+ Beilage
Europa Kultur Stadt III
deutsch/englisch

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 02/05 • März - April 2005 www.kulturrat.de 3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Arbeitsmarkt Kultur
In welche Richtung entwickelt sich der Arbeitsmarkt Kultur – Wachstum oder Stagnation? Aus Sicht der Bibliotheken, der Museen und der Theater wird der Frage nachgegangen, welche Chancen und welche Risiken Ein-Euro-Jobs in sich bergen.
Seiten 3 bis 5

Kulturfinanzierung
Welche Möglichkeiten bietet Public Private Partnership für Kultureinrichtungen und welche Fallstricke bestehen bei dieser Form der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen? Leistet Public Private Partnership der Ökonomisierung des Kulturbereiches Vorschub?
Seiten 6 bis 9

Vorstandsbericht
Was der Vorstand des Deutschen Kulturrates in den vergangenen zwei Jahren auf den Weg gebracht hat, welche Akzente gesetzt wurden und welche Wirkungen die Arbeit hatte, darüber wird im Vorstandsbericht Rechenschaft abgelegt. Veranstaltungen und wichtige Treffen werden aufgeführt.
Seiten 20 bis 21

EU-Dienstleistungsrichtlinie
Welche Gefahr der Kultur durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie droht und wie sich dieses Vorhaben der EU in die Politik einer stärkeren Ökonomisierung von Kultur einordnet, wird gefragt. Der Deutsche Kulturrat warnt vor der Verabschiedung der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie.
Seiten 16 bis 18

Europa Kultur Stadt
Inwieweit sind Städte von Migration betroffen, wie gehen sie damit um, was bedeutet Migration kulturpolitisch, wie kann das Thema Migration künstlerisch verarbeitet werden, diese Fragen werden in der Beilage aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.
Seiten I bis XII

Editorial

Schamhaftes Schweigen

Woran liegt es, dass die wirtschaftliche Lage der Maler, Schriftsteller oder Komponisten eine geringere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erhält, als zum Beispiel die Finanznot eines Theaters oder der Rückgang des CD-Absatzes eines Musikmultis?

Die großen Kulturinstitutionen, die Theater, Opern und Museen sind im Stadtraum und damit im Bewusstsein der Öffentlichkeit unübersehbar und die Film- und Musikindustrie feiert sich, wie gerade an der 55. Berlinale in Berlin zu sehen war, gekonnt selbst. Die Medien saugen begierig die „News“ des vermeindlich schillernden Kulturbetriebes auf. Nur die Protagonisten von all dem, die freischaffenden Künstler, werden oft vergessen. Im Durchschnitt leben sie von unter 1.000 Euro im Monat. Viele Künstler erreichen selbst dieses karge Einkommen nicht mehr und erhalten, sollten sie keinen der begehrten Taxijobs ergattert haben, mit viel Glück einen Ehrensold des Bundespräsidenten oder der Länder sonst Sozialhilfe. Wie groß dieses Problem wirklich ist, wird durch die zahlreichen Fragen deutlich, die nach der Umstellung der Sozialhilfe auf das Arbeitslosengeld II am Anfang des Jahres an den Deutschen Kulturrat gestellt wurden.

Künstler, von denen ich es nie und nimmer geglaubt hätte, leben schon seit Jahren von Sozialhilfe. Maler, deren neueste Werke gerade noch in einem Museum zu sehen waren und Schriftsteller, die regelmäßig verlegt werden, können offensichtlich nicht von ihrer Arbeit leben. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der jahrzehntelang eine der wichtigsten Einnahmequellen für Urheber war, fällt wegen seiner Finanznot immer öfter aus. Aber auch die öffentlichen Hände kaufen nur noch äußerst selten Kunstwerke an oder erteilen den Auftrag für eine Komposition. „Kunst am Bau“, für die eigentlich 2% der Bausumme von öffentlichen Gebäuden verwendet werden sollte, fällt wegen der Angst vor einem populistischen Rüffel des Rechnungshofes oder dem Bund der Steuerzahler immer öfter schon im vorauseilenden Gehorsam weg. Öffentliche Künstlerförderungsprogramme, Stipendien oder Atelierförderungen waren vielfach schon vor Jahren die ersten Einsparungsziele der Kommunen und Länder.

Bislang konnte man sich einreden, dass ein erfolgreicher Künstler auch gut von den Erträgen seiner Arbeit leben kann. Also war ein armer Künstler ein erfolgloser Künstler und letztlich selbst Schuld. Doch jetzt wo immer öfter auch anerkannte Künstler arm sind, geht diese einfache und schon immer falsche Rechnung nicht mehr auf.

Die Kulturpolitik tut sich sichtbar schwer mit diesem Problem. Dies liegt auch daran, dass die Künstler auf ihre schwierige Situation nicht laut genug aufmerksam machen.

Doch wer spricht schon gerne darüber, dass sein Verdienst nicht ausreicht, um überleben zu können. Das schamhafte Schweigen der Künstler könnten am besten die Künstler brechen, die selbst von Armut nicht betroffen sind. Sie könnten für die dringend notwendige öffentliche Beachtung für ihre Kollegen sorgen. Es ist Zeit für eine solche Solidarität unter Künstlern!

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Sinnvoll aufteilen und verknüpfen

Zur Reform des Föderalismus • Von Johanna Wanka

Die Reform des Föderalismus, die grundsätzlich von allen Beteiligten gewollt ist und von vielen Bürgerinnen und Bürgern erwartet wird, ist noch nicht gelungen. Die Bildungspolitik spielte für diesen Zwischenstand bekanntlich eine große, die Kulturpolitik indes eine marginale Rolle. Die Fortführung des Status quo kann aber kein dauerhaftes Ziel der Politik in Deutschland sein.

Die ursprünglich noch relativ klare Kompetenzverteilung im Grundgesetz wurde in der jahrzehntelangen Verfassungspraxis unter Mitwirkung aller Beteiligten so fein verflochten, dass nun das System hakt. Es ist daher grundsätzlich richtig, Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen. Es scheint jedoch auch eine Illusion zu sein, wenn man versucht, in einem Bundesstaat mit zwei staatlichen Ebenen zwei quasi berührungsfreie Rechtskreise schaffen zu wollen. Vielmehr kommt es auf eine sinnvolle Aufteilung und – dort wo es sachlich geboten ist – Verknüpfung von Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern an.

In der Kultur plädiere ich für eine Zusammenführung der Kulturstiftung der Länder und der Kulturstiftung des Bundes. Deutschland ist zu Recht stolz auf sein reiches kulturelles Erbe, allein 30 herausragende Zeugnisse unserer Geschichte wurden auf Grund ihrer universellen Bedeutung als Welterbestätten anerkannt. Viele stehen für neue gesellschaftliche Entwicklungen, die von ihnen ausgingen. Die Dichte an Theatern, Orchestern oder Museen nötigt Bewunderung ab. Ebenso verfügt Deutschland über eine vielgestaltige zeitgenössische Kunstszene. So verwundert es schon, dass Deutschland keine nationale Kulturstiftung hat. Das kulturelle Erbe zu wahren und die zeitgenössische Kunst zu fördern, wäre Auftrag einer vereinten Kulturstiftung. Das eine den Ländern und das andere dem Bund zuordnen zu wollen, ist weltfremd. Die zeitgenössische Kunst von heute ist das kulturelle Erbe von morgen. Kultur ist ein lebendiger Prozess der Auseinandersetzung, des sich Reibens, der sich nicht in Schubladen ordnen, zuordnen und verwalten lässt. Eine Lösung des Streits zwischen Bund und Ländern ist denkbar, wenn sie aus der Sicht der kulturellen Akteure, der Destinäre der Stiftung, um die es eigentlich gehen sollte, gedacht würde. Gerade die Form der Stiftung, die im öffentlichen Bewusstsein mit „Staatsferne“ verbunden wird, ist hierfür prädestiniert, lässt sie es doch zu, die Ferne staatlicher Einflussnahme, mit anderen Worten die fachliche Nähe in ihren Strukturen zu verankern. Voraussetzung ist jedoch, dass eine gemeinsame Verantwortung von Ländern und Bund für die deutsche Kultur, die mehr ist als nur ein Nebeneinander der Kulturen in den Ländern, akzeptiert wird. Gerade das nationale Interesse, das sich über die Kulturen der Länder wölbt, ist Anknüpfungspunkt für eine nationale Kulturstiftung. Im Zuge der Vereinigung Deutschlands fand die Forderung, die kulturelle Substanz in den neuen Ländern dürfe keinen Schaden nehmen, Eingang in den Einigungsvertrag. Warum soll das für die deutsche Kultur im Zuge der Föderalismusreform eigentlich nicht gelten? In diesem Geiste sollten auch alle Beteiligten bemüht sein, den mit dem so genannten „Eckpunktepapier“ begonnenen Weg der kulturpolitischen Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund erfolgreich zum Ziel zu führen.

Der „Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“, die anders als die anderen Fachministerkonferenzen traditionell auf die Verortung „in“ nicht nur Wert legt, sondern ihr wegen der darin zum Ausdruck gebrachten Eigenstaatlichkeit der Länder besondere formelle Bedeutung beimisst, wächst im Zusammenhang mit der Föderalismusreform eine neue Rolle zu, und zwar nicht nur im Bereich der Bildung, sondern auch in der Kultur. Sie soll aber keinesfalls der Herstellung gleichwertiger kultureller Verhältnisse in Deutschland dienen. An dieser Stelle sollte sie sich Zurückhaltung auferlegen, denn die kulturelle Vielfalt in den Ländern ist gerade das Pfund, mit dem Deutschland wuchern kann. Mir scheint, dass darüber die Formulierung gemeinsamer Interessen z.B. gegenüber der Europäischen Union ins Hintertreffen geraten ist. Eine Vielzahl von Regelungen des außerkulturellen Bereichs haben Einfluss auf die Kulturpolitiken der Länder und des Bundes, ohne dass dies im Einzelnen schon begriffen wurde. Spät erst haben wir Kulturpolitiker wahrgenommen, dass die Europäische Union im Rahmen von GATS auch die Liberalisierung kultureller Dienstleistungen grundsätzlich ermöglicht hat. Nun versuchen wir aus der Defensive ein völkerrechtliches Gegengewicht zu schaffen, indem unter dem Dach der UNESCO eine Konvention zum Schutz der Vielfalt kultureller Inhalte und künstlerischer Ausdrucksformen verhandelt wird. Auch die Bemühungen der Europäischen Kommission zur Regelung der Dienstleistungen im Binnenmarkt und die im Weißbuch zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse aufscheinende Absicht, auch diese zu harmonisieren, um ein „harmonisches Miteinander von Marktmechanismen und Gemeinwohlaufgaben sicherzustellen“, können Auswirkungen auf die nationalen Kulturpolitiken haben. Diese gilt es rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Auf diese Aufgabe muss die Kultusministerkonferenz sich einstellen, indem sie u.a. geeignete Strukturen schafft, in denen diese Fragen kurzfristig beraten und zur Entscheidung geführt werden können. Die Kultusministerkonferenz hat ein Konzept für solche Strukturreformen erarbeitet, das von den Ministerpräsidenten der Länder zum Ende vergangenen Jahres gebilligt wurde. Dies gilt es nun zügig umzusetzen. Wir wollen uns in der Kultusministerkonferenz künftig stärker auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren. Die Zahl der Gremien ist deutlich reduziert worden, Entscheidungen sollen künftig schneller fallen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Kultusministerkonferenz in Zukunft von der Öffentlichkeit wieder stärker als Konferenz der Kulturminister der Länder wahrgenommen wird. Wir müssen nicht zuletzt unsere Anstrengungen noch weiter verstärken um endlich zu einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik zu gelangen, die insgesamt auch den Erfordernissen

Weiter auf Seite 2

Foto: Archiv

Kultur-Mensch

Oliver Scheytt

Oliver Scheytt gehört zu den profiliertesten kommunalen Kulturpolitikern in Deutschland. Mit großem Geschick, Ideen, Liebe zu den Künsten und der Fähigkeit zum Politikmanagement hat er es als Kulturdezernent von Essen geschafft, die Stadt bundesweit kulturell zu platzieren.
In die Debatte um die Ausrichtung des Regionalverbands Ruhrgebiet hat er sich mit seiner Kandidatur als Regionaldirektor eingemischt und damit deutlich gemacht, dass Kultur und Bildung wichtige Felder sind, in denen sich das Ruhrgebiet profilieren könnte. Kultur ist nämlich nicht nur im Ruhrgebiet längst zu einem harten Standortfaktor geworden.

4 195981 603008 02

Fortsetzung von Seite 1

Sinnvoll aufteilen und verknüpfen

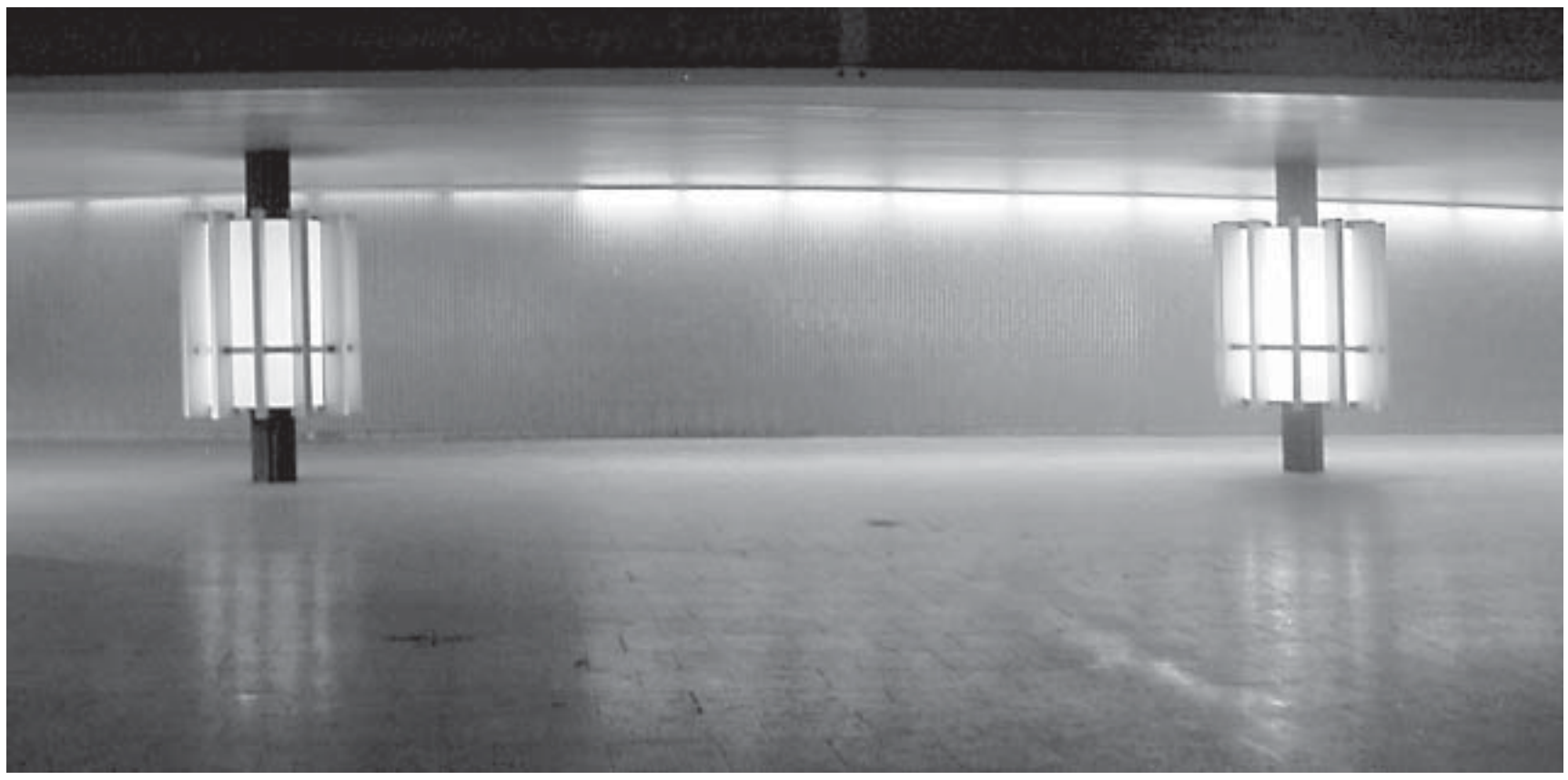
einer internationalen Vergleichbarkeit standhält. An einem Punkt, dem bereits meine Amtsvorgängerin, Frau Ministerin Ahnen, große Aufmerksamkeit schenkte, möchte ich anknüpfen. Es geht um die kulturelle Bildung, in deren Mittelpunkt die ästhetische Bildung steht. Sie vermittelt mehr als Kenntnisse im Malen, Singen, Tanzen, Theater spielen, Umgang mit Film und Medien usw. Sie bedeutet Aneignung der Welt und Auseinandersetzung mit ihr. Die kulturelle Bildung knüpft an grundlegende sinnliche Erfahrungen an und bietet Zugangsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen. Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten und -schulen und trotz länderspezifischer Unterschiede in den Konzeptionen von Ganztagsschulen muss es darum gehen, eine Ganztagsbildung zu ermöglichen, bei der die verschiedenen Partner ihre Stärken und Besonderheiten einbringen können. Gemeinsam mit den Trägern der außerschulischen Bildung müssen vor Ort Konzepte entwickelt werden, die die kulturelle Bildung in den Schulalltag einbinden, denn neben kognitiven Leistungen gehören auch musisch-kulturelles Interesse, Begabungen und soziale Kompetenz zu den zu entwickelnden Schlüsselkompetenzen. Hier muss die KMK einen regen und zügigen Informationsaustausch organisieren, damit die besten Praktiken im Interesse der Schülerinnen und Schüler zeitnah umgesetzt werden.

Die Verfasserin ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur und im Jahr 2005 Präsidentin der Kultusministerkonferenz ■

Kulturpolitik im Aufbruch?

Möglichkeiten und Widerstände im aktuellen gesellschaftlichen Umbruch • Von Max Fuchs

Das Bewusstsein einer krisenhaften Entwicklung begleitet die Moderne von Anfang an. Zum Teil liegt dies daran, dass die „Versprechungen der Moderne“ (eigenverantwortliches Subjekt, Freiheit, Wohlstand, Gerechtigkeit, Frieden, Wachstum etc.) stets von der dann doch nicht so guten Realität enttäuscht werden. Mit guten Gründen kann man jedoch annehmen, dass die Umbrüche national und weltweit, die in den späten 80ern des letzten Jahrhunderts begonnen haben, eine besondere Qualität hatten. Bereits jetzt wird die digitale Revolution mit der industriellen Revolution verglichen – auch in Hinblick auf die gesellschaftlichen Auswirkungen.



Kultur im Untergrund: das ZKMax, eine Außenstelle des Karlsruher Zentrums für Kunst und Medien (ZKM), in München **Foto: Martin Hufner**

Zeiten der Umbrüche sind immer auch Zeiten der Verunsicherung, der Entwurzelung und mit einem erheblichen Bedarf an Orientierung verbunden. Die bürgerliche Gesellschaft hat sich zu diesem Zwecke der Selbstbeobachtung und Selbstdeutung eine ganze Reihe von Institutionen und Wissenschaften geschaffen. Insbesondere ist es eine zentrale Funktion des Kulturbereichs, den Prozess der Selbstdeutung und das Angebot von Orientierungen auf Dauer zu stellen. Doch ist es auch und gerade der Kulturbereich selbst, dem seine angestammten Deutungsmuster, Sprachregelungen und Selbstverständlichkeiten, aber auch seine finanziellen Ressourcen zur Zeit verloren gehen. Das Ergebnis ist auch in der Kulturpolitik ein ausgesprochen heterogenes Verhalten der Akteure: Abwehr, Erkenntnisverweigerung, nostalgischer Rückzug, aber auch bedingungslose Kapitulation, Bereitschaft zur Aufgabe einer eigenen Identität. Die Veränderungsnotwendigkeiten – und dies macht es zur Zeit so schwer – betreffen sowohl den alltäglichen Kampf um die Existenzsicherung („politics“), aber eben auch ganz grundsätzliche Fragen nach Sinn, Zielen und Aufgaben des Politikfeldes („policy“). Insbesondere ist es der neue Einfluss des ökonomischen Denkens, so wie er – scheinbar unvermeidlich – in den letzten Jahren durch die Welthandelsorganisation und die EU der Medien- und Kultur-, aber auch der Bildungs- und Sozialpolitik aufgezwungen wird. In dieser Situation ist es ausgesprochen schwierig, in Ruhe das Bestehende – durchaus auch kritisch – zu überprüfen, notwendige Reformen vorzunehmen und sich auf Ziele zu verständigen. So wird man selbst als jemand, der Reformen für nötig hält, dazu gezwungen, sich gegen besseres Wissen für den Erhalt des Bestehenden einzusetzen, weil die Gefahr existiert, dass bei einer „Reform“ zu vieles einfach gestrichen und eben nicht bloß verändert wird. Die folgenden Ausführungen versuchen eher thesenartig eine selbstkritische und eher metatheoretische Diskussion von derzeitigen Diskursproblemen, geben jedoch auch eine Perspektive an.

Es hat sich in den letzten 150 bis 200 Jahren ein Konsens in Deutschland entwickelt, dass Kunst und Kultur so notwendig für alle seien, dass sie öffentlich unterstützt werden müssen. Daher gibt es im Kulturbereich ein Gefühl der Selbstverständlichkeit, dass insbesondere eine künstlerische (produktive und rezeptive) Praxis nicht bloß in anthropologischer Hinsicht für die Menschen wichtig seien (z. B. Recht auf Kunst und Spiel in der Kinderrechtskonvention), sondern diese anthropologische Notwendigkeit auch nur im Rahmen des derzeitigen deutschen Kultur- und Kunstsystems realisiert werden kann.

Dieser Konsens wird heute in verschiedener Hinsicht brüchig: Ein Blick in andere vergleichbare Länder zeigt, dass das Menschenrecht auf Kunst durchaus sehr verschieden umgesetzt wird. Insbesondere ist der Grad des öffentlichen Engagements höchst verschieden, ohne dass dies ein Gradmesser dafür ist, ob die betroffene Gesellschaft mehr oder weniger barbarisch, unzivilisiert oder unkultiviert wäre. Die Künste selbst haben zudem erhebliche Probleme in ihrer Selbstdefinition. Es gibt keine Kunstsparte, in der nicht offen über eine Krise diskutiert oder zumindest die Frage gestellt wird, was denn „die Relevanz“ der Sparte ausmacht. Auch gesamtgesellschaftlich gibt es kaum noch Bereiche, die nicht kritisch hinterfragt werden. Alles kommt zur Zeit „auf den Prüfstand“. Kultur- und Kunstpolitik werden sich dem auch nicht entziehen können.

In dieser Situation fragt man sich verstärkt, was denn die Gründe für den bisherigen „Kultur-Konsens“ waren. Man wird dabei in vielfacher Hinsicht fündig, etwa bei der Rolle des Bürgertums und seiner „Kultur“ im 19. Jahrhundert, bei der Untersuchung der deutschen Entwicklung von Nationalstaatlichkeit, bei der Untersuchung der Geschichte der verschiedenen Kunstsysteme und -betriebe, bei der Analyse der Geschichte der Künste selbst etc. Im Ergebnis kann man sagen: Das heutige deutsche Kunstsystem hat klar angebbare historische Ursachen, die sehr viel mit sozialen, kulturellen und politischen Wandlungsprozessen in der deutschen Gesellschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu tun haben. Diese gesellschaftlichen Grundlagen der Kunstpraxis sind heute brüchig geworden. Dies betrifft insbesondere die spezifischen Trägergruppen, aber auch die damals relevanten Kulturfunktionen, die das Kunstsystem zu erfüllen hatte.

Vor diesem Hintergrund kann und sollte Verschiedenes offensiv angegangen werden:
Man sollte in der Kulturpolitik die Erkenntnisse, die etwa die Geschichtswissenschaften und die Soziologie über Genese, Rolle und Funktion der Künste erarbeitet haben, bewusst zur Kenntnis nehmen. Dazu gehört insbesondere die Analyse der unterschiedlichen gesellschaftlichen Trägergruppen einzelner Kunstbereiche und Kunsteinrichtungen. Dazu gehört auch, den oft verwendeten Topos des Eigenwertes von Kunst und von Kunstautonomie sorgsam zu reflektieren und präziser darzustellen, was er jeweils bedeutet hat und in Zukunft bedeuten kann.
Man sollte sich gerade im Kunstbereich darüber klar werden, dass die Künste eine Kulturmacht sind, allerdings eine Kulturmacht neben anderen. Man kann auf anthropologischer Ebene die Erkenntnisse über die menschliche Notwendigkeit einer künstlerischen (produktiven und rezeptiven) Praxis nutzen. Man sollte sich zusätzlich darüber informieren, ob und wie die heutige (und zukünftige) Gesellschaft Systeme der Selbstreflexion und Beobachtung benötigt und inwieweit das Kunstsystem sich hier einordnen lässt. Gerade der in den Künsten der Moderne institutionalisierte (selbstreferentielle) Diskurs darüber, was denn „Kunst“ eigentlich ist und wie diese jeweils in Beziehung zur Gesellschaft steht, ist keine zu verheimlichende Schwäche, sondern vielmehr eine Art Laborsituation für den Zweifel der Moderne an sich selbst. Die Kultivierung dieses Zweifels ist dabei geradezu ein zivilisatorischer Akt, da oft genug eine brachiale Beendigung dieses Zweifelns in der Barbarei geendet hat.

Nach wie vor gibt es zudem einen engen Zusammenhang zwischen Bildung (als subjektiver Seite der Kultur) und Kultur (als objektiver Seite von Bildung). Kultur- und Kunstpolitik haben daher von „Natur“ aus eine enge Verbindung mit Bildungspolitik.

Wer Steuermittel wofür auch immer haben möchte, muss berücksichtigen, dass auf Dauer Gelder der Allgemeinheit nur für bestimmte, von der Allgemeinheit im Grundsatz akzeptierte Aufgaben ausgegeben werden können. Das heißt für die Kulturpolitik, dass es einen erneuten, politisch zu erreichenden gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität der Kulturförderung geben muss: Die Menschen müssen erkennbar wollen, wofür ihr Geld verwendet wird. Das bedeutet die Realisierung einer klassischen Idee der politischen Moderne, nämlich einen entsprechenden neuen Gesellschaftsvertrag in der Kulturpolitik zu erwirken. Das zentrale kulturpolitische Ziel und Menschenrecht (!) einer „kulturellen Teilhabe“ hat zwangsläufig das Ziel einer kultur**politischen** Teilhabe zur Folge. Dabei ist angesichts der Internationalisierung aller Lebensbereiche zu berücksichtigen, dass dieser „Vertrag“ je nach Land, vielleicht sogar je nach Region oder Kommune völlig unterschiedlich ausfallen kann, da „Kunst“ stets kulturell eingebunden ist. Dabei muss man sich vielleicht weniger Sorgen machen, als gelegentlich festzustellen ist. Denn das zentrale Charakteristikum der Moderne ist, dass das Individuum im Mittelpunkt steht. Dieser Einzelne muss nunmehr entscheiden, was wahr oder falsch, was gut oder böse, was schön oder hässlich ist. Die neu gewonnene Freiheit musste teuer bezahlt werden. Denn die Rückseite der Medaille, deren eine Seite Freiheit heißt, ist die Zerstörung von Verhaltenssicherheit, ist die Erkenntnis von Kontingenz, die nunmehr zu bewältigen ist. Die Diagnosen der Moderne klingen zwar durchaus unterschiedlich: Vom Unbehagen oder Leiden an der Moderne ist die Rede, von der Heimatlosigkeit des Menschen, von Entfremdung und Entzauberung der Welt. Gemeinsam ist jedoch allen Diagnosen ein stark verunsichertes Einzelwesen. Daher hat dieser Einzelne einen kaum zu stillenden Bedarf an Zeitdiagnose, Sinndeutung und Orientierung, an Möglichkeiten, sich und sein Verhältnis zur Welt zu reflektieren, in Beziehung zu anderen zu setzen, seine eigene Weltwahrnehmungsweise vor dem Hintergrund kultureller Vielfalt zu überprüfen und weiterzuentwickeln. All dies wird sich in Zukunft eher noch verstärken. Hier fanden die Künste in der Moderne immer schon ihre kulturelle Aufgabe, ohne dass dies ihrer „Autonomie“ Abbruch getan hätte. Überwiegend sah und sieht man vielmehr gerade in einer autonomen Kunst eine besonders gute Möglichkeit, diese Selbstbeobachtung vorzunehmen. Das zentrale Problem wird allerdings darin bestehen, die Akzeptanz und Relevanz der Künste gegenüber konkurrierenden Kulturmächten – und hier vor allem gegenüber den Medien – zu behaupten. Es ist außerdem erneut zu präzisieren, wie viel und welche Kunst die Menschen wollen. Denn für eine „kulturelle Grundversorgung“ kann es nur eine politische und keine „objektive“ Entscheidung über Art und Umfang geben. Und es muss geklärt werden, was Kulturpolitik über das engere Feld von Kunstpolitik hinaus sonst noch an Gestaltungsaufgaben hat.

Dass neben dieser Frage nach dem Grund für Kulturpolitik die Erhaltung und Verbesserung der Rahmenbedingungen auf der Tagesordnung bleibt, muss nicht gesondert erwähnt werden. Doch auch dieses pragmatische Alltagsgeschäft lässt sich besser erledigen, wenn man auf einem – durchaus auch theoretisch gefestigten – sicheren Boden steht.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Wachstumsbranche Kultur – aber unter welchen Bedingungen

Von Olaf Zimmermann

Noch vor einigen Jahren hörte man vom Arbeitsmarkt Kultur v.a. positive Nachrichten. In den Kulturwirtschaftsberichten des Landes NRW war von den enormen Wachstumspotenzialen die Rede und stolz wurde verkündigt, dass im Arbeitsmarktsegment Kultur inzwischen so viele Beschäftigte zu finden sind wie in industriellen Branchen. Es schien einen stetigen Aufwind zu geben.

Auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss sprach bei der Vorstellung der Studie „Kulturberufe in Deutschland – Statistisches Kurzportrait zu den erwerbstätigen Künstlern, Publizisten, Designern, Architekten und verwandten Berufen im Kulturberufemarkt in Deutschland 1995 – 2003“ im Oktober 2004 vom Kulturbetrieb als einer beachtlichen Wachstumsbranche. Sie betonte bei der Vorstellung der Studie, der Kulturbetrieb gebe darüber hinaus auch andere wichtige Impulse: „Denn die Eigenschaften, die uns das Erwerbsleben der Zukunft abverlangen wird – Flexibilität, Mobilität, Offenheit im Denken und im Handeln – sind hervorstechende Merkmale einer Tätigkeit im kulturellen Sektor. Kultur ist also auch in dieser Hinsicht nicht eine bloße Kostgängerin des Staates, sondern vielmehr Avantgarde des Arbeitsmarktes.“

Es stellt sich allerdings die Frage, um was für ein Wachstum es sich handelt. Um ein Wachstum an Beschäftigten oder an Umsätzen? Und wenn es sich um ein Wachstum an Beschäftigung handelt, ist weiter zu fragen, was für Beschäftigung entsteht und ob diese den abhängig Beschäftigten bzw. Selbstständigen auch ein auskömmliches Einkommen ermöglicht.

Statistische Daten zum Arbeitsmarkt Kultur

Die erwähnte Studie „Kulturberufe in Deutschland“ wurde von Michael Söndermann, Arbeitskreis Kulturstatistik, im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erstellt. Für die Studie wurden Daten des Mikrozensus, der Beschäftigtenstatistik und der Umsatzsteuerstatistik ausgewertet und zueinander in Beziehung gesetzt. Daten der Künstlersozialkasse wurden in die Untersuchung nicht einbezogen. Ebenfalls nicht einbezogen wurden die kulturwirtschaftlichen Berufe wie Verlags-, Buch- oder Musikalienhändler, Kunsthändler, Auktionatoren und Galeristen.

Die Daten des Mikrozensus beruhen auf einer 1-Prozent-Stichprobe aller deutschen Haushalte, die hochgerechnet wird. Die Zuordnung zu Berufen erfolgt durch die Befragten selbst. Eine Person gilt laut Mikrozensus als berufstätig, wenn sie regelmäßig mindestens eine Stunde in der Woche in ihrem Hauptberuf tätig ist. Auf Grund der sehr weiten Definition von Berufstätigkeit werden bei den Daten des Mikrozensus sehr hohe Fallzahlen erreicht.

Demgegenüber beruht die Umsatzsteuerstatistik auf den Daten, die von Unternehmen den Steuerbehörden gemeldet werden. In der Umsatzsteuerstatistik werden die in den Kulturberufen Selbstständigen erfasst, die einen Jahresumsatz von mindestens 16.617 Euro erwirtschaftet haben. Da die in der Künstlersozialkasse versicherten Künstler und Publizisten im Durchschnitt nur ein Einkommen von 11.078 Euro (Stand zum 01.01.2004) erzielen, ist davon auszugehen, dass ein Teil der in der Künstlersozialkasse versicherten selbstständigen Künstler und Publizisten einen Umsatz unter 16.617 Euro haben und damit in der Umsatzsteuerstatistik nicht erfasst wird. D.h. auf Grund der Abschneidegrenze bei der Umsatzsteuerstatistik werden deutlich geringere Fallzahlen als beim Mikrozensus erreicht.

In der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit werden abhängig Beschäftigte, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als Angestellte, Arbeiter oder Auszubildende nachgehen, erfasst. Die Daten werden von den Arbeitgebern gemeldet. In der Beschäftigtenstatistik werden nur jene Beschäftigten geführt, die mindestens 15 Wochenstunden arbeiten bzw. einen Mindestlohn von 400 Euro und mehr erhalten. Geringfügig Beschäftigte werden also in der Beschäftigtenstatistik nicht geführt.

Bei einer quantitativen Beschreibung des Arbeitsmarktes Kultur müssen die verschiedenen Statistiken miteinander in Beziehung gesetzt werden, um ein Bild erhalten zu können. Diese aggregierten Daten werden von Söndermann in „Kulturberufe in Deutschland“ zur Verfügung gestellt.

Selbstständige in Kulturberufen

Laut Mikrozensus sind in Deutschland 780.000 Erwerbstätige in Kulturberufen tätig. Im Vergleich dazu sind in der deutschen Automobilindustrie 620.000 Erwerbstätige beschäftigt. Von den nach dem Mikrozensus 780.000 Erwerbstätigen in Kulturberufen sind 318.000 Personen selbstständig. Davon finden sich in der Umsatzsteuerstatistik aber nur 118.600 Personen. D.h. rund 37% der laut Mikrozensus in den Kulturberufen Selbstständigen haben einen Umsatz von über 16.617 Euro und werden damit in der Umsatzsteuerstatistik erfasst. Umgekehrt heißt dies aber, dass immerhin 63% der laut Mikrozensus als in Kulturberufen Selbstständigen einen Umsatz haben, der unterhalb des Wertes liegt, der von der Umsatzsteuerstatistik erfasst wird. Bei den Selbstständigen aller Berufe ist das Verhältnis genau umgekehrt. Insgesamt 61% der im Mikrozensus als selbstständig Geführten werden auch in der Umsatzsteuerstatistik geführt. Bereits diese Daten liefern einen ersten Hinweis darauf, dass es sich bei den Selbstständigen in Kulturberufen um keine Selbstständigen im klassischen Sinne handelt.

Betrachtet man die von Söndermann zusammengestellten Zahlen (Kulturberufe in Deutschland, Tabelle 10) genauer, so zeigt sich, folgendes Bild:

- von den Lehrer für musische Fächer sind 72% der im Mikrozensus erfassten Selbstständigen auch in der Umsatzsteuerstatistik erfasst,
- bei den Architekten und Raumplanern gilt dies für 68%,
- bei den Fotografen bzw. dem Fotografischen Gewerbe für 65%,
- bei den Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstlern für 43%,
- bei den Schriftstellern und Journalisten für 35%,
- bei den Übersetzern und Dolmetschern für 33%,
- bei den Bildenden Künstlern und Restauratoren für 29%,
- bei den Designern für 25%,
- bei den Musikern für 18%,
- bei den Artisten für 16%.

Die Aufteilung nach Kulturberufen zeigt, dass immerhin mehr als die Hälfte der selbstständigen Lehrer für musische Fächer, Architekten und Raumplaner sowie Fotografen einen Umsatz von über 16.617 Euro im Jahr erwirtschaften. Demgegenüber erreicht nur ein Viertel der selbstständigen Designer einen Umsatz von über 16.617 Euro im Jahr. Und bei den selbstständigen Musikern und Artisten ist es sogar weniger als ein Viertel. D.h. drei Viertel der Selbstständigen dieser Berufsgruppen erzielen einen so kleinen Umsatz, dass sie umsatzsteuerlich nicht erfasst werden.

Bei einem beträchtlichen Teil der Selbstständigen in den Kulturberufen muss also davon ausgegangen werden, dass sie durch ihre selbstständige Tätigkeit nur unzureichend ihren Lebensunterhalt decken können. Umso bedeutsamer ist zumindest für den engeren Teil der Selbstständigen in den Kulturberufen die Künstlersozialversicherung, die eine soziale Absicherung im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung bietet. Wobei festzuhalten ist, dass die Mehrzahl der in der Künstlersozialversicherung Versicherten auf Grund ihres niedrigen Einkommens eine nur sehr kleine Rente beziehen wird. Die Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen Jahren werden das Problem noch verschärfen. Die gesetzliche Rentenversicherung wird in der Zukunft selbst bei einer durchschnittlichen Erwerbsbiografie nicht mehr den Lebensstandard der dann in Rente befindlichen Rentnergeneration sichern. Die Bundesregierung geht davon aus, dass eine zusätzliche private Alterssicherung aufgebaut wird. Mit Hilfe der steuerlich geförderten Riester-Rente soll es auch Beziehern kleiner Einkommen möglich sein, eine zusätzliche Alterssicherung aufzubauen. Bislang werden die Angebote aber nur zu einem geringen Prozentsatz der berechtigten Kulturschaffenden wahrgenommen.

Noch prekärer ist die Situation der Selbstständigen in Kulturberufen, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können und sich daher privat krankenversichern sowie eine eigenständige Alterssicherung aufbauen müssen. Es steht angesichts der Daten aus der Umsatzsteuerstatistik zu befürchten, dass dieses nur einem kleinen Teil der Selbstständigen in den Kulturberufen gelingt und darum in den nächsten Jahren viele ehemals Selbstständige, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden konnten, von der Altersarmut betroffen sein werden bzw. ihren Beruf weit über das Rentenalter hinaus ausüben müssen.

Laut Mikrozensus ist die Zahl der Selbstständigen in den Kulturberufen zwischen 1995 und 2003 um 50% gestiegen. Dieser Anstieg findet ein Pendant in der Zahl der Versicherten der Künstlersozialkasse, denn im selben Zeitraum stieg deren Zahl von 81.698 auf 131.699, d.h. um 50.001 Personen, das sind rd. 38%.

Abhängig Beschäftigte in Kulturberufen

Ebenso wie die Daten der Umsatzsteuerstatistik in der Studie „Kulturberufe in Deutschland“ mit denen des Mikrozensus verglichen wurden und sich hier zeigte, dass nur ein kleiner Teil der Selbstständigen in den Kulturberufen einen Umsatz erwirtschaftet, der umsatzsteuerstatistisch erfasst wird, grenzt ein Vergleich der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit mit dem Mikrozensus die Zahl der abhängig Beschäftigten ein. Dieses liegt in erster Linie daran, dass der Mikrozensus, wie beschrieben, einen umfassenderen Begriff von Beschäftigung anlegt als die Beschäftigtenstatistik. Doch weichen die Daten nicht so stark voneinander ab, wie der Vergleich des Mikrozensus mit der Umsatzsteuerstatistik.

Insgesamt 76% der vom Mikrozensus erfassten abhängig Beschäftigten in den Kulturberufen werden auch in der Beschäftigtenstatistik geführt, d.h. diese haben ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Betrachtet man die einzelnen Berufsgruppen ergibt sich folgendes Bild (Kulturberufe in Deutschland Tabelle 11):

- 94% der im Mikrozensus geführten abhängig beschäftigten Fotografen werden auch in der Beschäftigtenstatistik geführt,
- dies gilt ebenfalls für 91% der Musiker, Sänger und Darstellenden Künstler,
- für 83% der Lehrer für musische Fächer,
- für 81% der Architekten und Raumplaner,
- für 74% der Geisteswissenschaftler,
- für 73% der Publizisten,
- für 72% der Bibliothekare, Archivare und Museumsberufe,
- für 69% der künstlerisch-technischen Berufe,
- für 68% der Bildenden Künstler im Bereich angewandte Kunst/Design,
- für 60% der Raum-, Schauwerbegestalter,
- für 45% der Dolmetscher.

Festzuhalten ist zuerst, dass bis auf die Dolmetscher immerhin über 60% der im Mikrozensus als abhängig Beschäftigte in Kulturberufen Geführte sich in der Beschäftigtenstatistik wiederfinden. Eine solitäre Stellung nehmen die Dolmetscher ein. Nur 45% der Dolmetscher aus den Daten des Mikrozensus werden auch in der Beschäftigtenstatistik geführt. D.h. im Umkehrschluss immerhin 55% in der Berufsgruppe verdienen weniger als 400 Euro im Monat oder arbeiten weniger als 15 Wochenstunden und werden daher der Bundesanstalt für Arbeit nicht als abhängig beschäftigt gemeldet.

Demgegenüber sind 94% der Fotografen, zu denen in den hier zur Diskussion stehenden Statistiken auch die Kameraleute gerechnet werden, aus dem Mikrozensus auch nach der Beschäftigtenstatistik abhängig beschäftigt.

Einen ähnlich hohen Wert erreichen die darstellenden Künstler, Musiker und Sänger. Sie verfügen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen im Kulturbereich über eine relativ hohe soziale Absicherung, da sie zu 91% sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Schauspieler werden auch dann sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wenn sie beispielsweise in einem Fernsehfilm mitwirken, zehn Drehtage haben und danach wieder arbeitslos sind. D.h. anders als beispielsweise bei den Bildenden Künstler, bei denen die selbstständige Tätigkeit vorherrschend ist und bei einer kurzzeitigen Beschäftigung eher ein Werkvertrag geschlossen als ein Angestelltenverhältnis eingegangen wird, ist es bei den darstellenden Künstlern üblich, dass auch bei kurzzeitigen Beschäftigungen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis geschlossen wird. Dieses ermöglichte den Künstlern sich während der offiziellen Arbeitslosigkeit auf neue Rollen vorzubereiten. Die Filmproduktionsfirmen haben die Möglichkeit, die Schauspieler tatsächlich nur die Drehtage zu beschäftigen. Die gesamte Vorbereitungszeit wird letztlich von der Bundesagentur für Arbeit, also den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, bezahlt. Das „Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ wird die Fortführung der bisherigen Praxis unmöglich machen. Ab dem 1. Februar 2006 entsteht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erst, wenn innerhalb der letzten zwei Jahre zwölf Monate mit Versicherungspflicht vorliegen. Bislang sind die letzten drei Jahre maßgebend. Für Schauspieler, Regisseure, Kameraleute, Kostümbildner, die nicht fest an einem Theater beschäftigt sind, wird es schwer sein, die neuen Anforderungen zu erfüllen. Zusätzlich ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit der Trend zu einer Reduzierung von Gagen und Honoraren festzustellen bei gleichzeitiger Erhöhung der Leistungserwartung. Sofern Tariflöhne existieren, werden diese teilweise unterschritten. Ebenso verlangen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit Fernsehproduzenten und -sender umfangreichere Rechteübertragungen von Schauspielern und Regisseuren ohne Zahlung von Zusatz- oder Wiederholungshonoraren. D.h. die zunächst sehr positiv aussehende soziale Absicherung der Künstler von Bühne, Film und Theater ist bei genauerer Betrachtung nicht so günstig wie es auf den ersten Blick erscheint. Bereits jetzt zeichnet sich ein Trend ab, dass mehr und mehr Künstler selbstständig und nicht mehr abhängig beschäftigt arbeiten wollen. Sie werden voraussichtlich Mitglied der Künstlerversicherung werden, so dass ein weiterer Anstieg der Versichertenzahl in der Künstlersozialkasse zu erwarten ist.

Auffallend ist auch, dass von den Bibliothekaren, Archivaren und Museumsfachleuten nur 72% einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben. Bemerkenswert ist dies v.a. deshalb, weil gerade bei den Bibliothekaren und Archivaren in der Vergangenheit das abhängige Vollzeitbeschäftigungsverhältnis die Regel und die Selbstständigkeit die seltene Ausnahme war. Jetzt verfügt immerhin ein Prozentsatz von 28% über einen Arbeitsplatz, bei dem die Beschäftigung unter 15 Wochenstunden oder der Verdienst unter 400 Euro im Monat liegt.

Entwicklung des Arbeitsmarktes Kultur

In „Kulturberufe in Deutschland“ wird unter Nutzung von Daten der Beschäftigtenstatistik und Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung angenommen, dass die Schrumpfung des kulturellen Arbeitsmarktes für abhängig Beschäftigte nach einem Höhepunkt im Jahr 2001 mit 351.300 Arbeitsplätzen weiter anhalten wird, so dass voraussichtlich im abgelaufenen Jahr 2004 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Kulturbereich bei 332.500 gelegen haben wird, was in etwa dem Niveau von 1995 mit 330.000 Arbeitsplätzen entspricht.

Vor diesem Hintergrund wundert es wenig, dass im Museumsbereich die Ein-Euro-Jobs mit gemischten Gefühlen betrachtet werden. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte zwingt die Kultureinrichtungen inzwischen auch an den Personalkosten zu sparen, nachdem die Sparmöglichkeiten bei den Sachkostenetats ausgeschöpft worden sind. Zugleich gibt es genügend qualifiziertes Personal, das auch bereit ist, auf Werkvertrags- oder Honorarbasis zu arbeiten. Wahrscheinlich wird es ebenso nicht schwer sein, langzeitarbeitslose Akademiker zu finden, die mittels eines Ein-Euro-Jobs in einem Museum den Wiedereinstieg in das Berufsleben erhoffen.

Ebenso wenig erstaunt, dass der künstlerische Bereich der Theater von Ein-Euro-Jobs weniger betroffen sein wird. Hier bestehen offensichtlich – glücklicherweise - noch Sozial-

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Wachstumsbranche Kultur

standards, die ein Aufweichen der Beschäftigungsverhältnisse verhindern.

Die vorliegenden Daten und die Berichte aus den Kultureinrichtungen lassen die Prognose zu, dass die Entwicklung des Arbeitsmarktes Kultur zu einem Arbeitsmarkt der Selbstständigen anhalten wird. Passiert kein Wunder, verdient jedoch nur ein kleiner Teil der Selbstständigen im Kulturbereich auskömmlich. Die breite Masse wird auf zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sein. Die abhängige Beschäftigung, d.h. das normale Angestelltenverhältnis wird weiterhin abnehmen. Eine Festanstellung gehört fast schon der Vergangenheit an. Befristete Verträge sind auch bei abhängig Beschäftigten inzwischen eher die Regel als die Ausnahme geworden.

Wenn der Arbeitsmarkt Kultur ein Modell für die Zukunft ist, wie von manchen prognostiziert, so in erster Linie als Modell einer unsicheren, meist selbstständigen Beschäftigung. Die Euphorie über die wachsende Zahl an Beschäftigten wird gedämpft, betrachtet man deren Einkommenssituation. Es scheint so zu sein, dass in anderen Branchen auf hohe Umsatzrenditen gezielt wird bei gleichzeitiger Inkaufnahme einer sinkenden Zahl an Beschäftigten, wie es derzeit die Deutsche Bank mit einem Rekordgewinn und gleichzeitig verkündeten Abbau von Arbeitsplätzen vormacht. Im Kulturbereich hingegen wird ein Wachstum an Beschäftigten begrüßt, wie es die Kulturstaatsministerin in ihrer Rede zur Vorstellung der Studie „Kulturberufe in Deutschland“ formulierte, bei gleichzeitigem Schweigen über die geringen Umsätze. Beide Modelle sind unter gesellschaftspolitischem Blickwinkel sicherlich wenig zielführend.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ■

Hartz IV und 1-Euro-Jobs

Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse als Voraussetzung für 1-Euro-Jobs • Von Uwe Lübking

Die Haltung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu den so genannten 1-Euro-Jobs findet sich in der gemeinsamen Erklärung der kommunalen Spitzenverbände mit der Bundesagentur für Arbeit sowie den Wohlfahrtsverbänden einerseits sowie dem Zentralverband des Deutschen Handwerks andererseits wieder.

Die Hartz IV-Reform bezweckt durch eine Verstärkung der Vermittlungsaktivitäten einen effizienten Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums zur Beschleunigung der Stellenbesetzung. Bei den Vermittlungsaktivitäten muss die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität haben. Fördervoraussetzungen der Zusatzjobs:

- Zusatzjobs dürfen keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängen oder die Neueinrichtung verhindern (Zusätzlichkeit). Sie müssen im öffentlichen Interesse liegen.
- Die Ausfüllung der Begriffe Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse erfolgt durch die lokale Ebene und im Konsens der beteiligten Akteure.
- Die Beteiligung der Vertreter der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist dringend zu empfehlen. Aufgabe dieser Beteiligung ist es, den Dialog über die lokale Arbeitsmarktpolitik zu führen, die Prozesse zur öffentlichen Beschäftigung zu begleiten und zu bewerten, sowie insbesondere einen Konsens über das Verständnis von Zusätzlichkeit und öffentlichem Interesse herzustellen.

Öffentlich geförderte Beschäftigung soll nur den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zur Verfügung stehen, die absehbar nicht in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden können. Die Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung auf dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt dürfen nur dann genutzt werden, wenn Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen und reguläre Beschäftigung nicht gefährdet bzw. durch diese nicht ersetzt wird. Hierzu sind die Kriterien der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses strikt einzuhalten. In diesem Rahmen sind auch Beschäftigungspotenziale im Kultur- und Medienbereich denkbar. Der Bereich ist nicht von vornherein ausgeschlossen. Es können durchaus z.B. in Museen und Theatern 1-Euro-Jobs angeboten werden. Die Entscheidungen müssen vor Ort getroffen werden.

Informationsbroschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Durch das Merkmal der „Zusätzlichkeit“ soll verhindert werden, dass Arbeitsplätze im ersten Arbeitmarkt durch 1-Euro-Jobs ersetzt werden. Dies muss auch für den Kulturbereich gelten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass dort, wo fachliche Arbeit notwendig ist, diese Fachlichkeit ebenfalls aufrechterhalten bleibt. Aus diesem Grund hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund gegenüber der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auch kritisch gegenüber Plänen geäußert, die die digitale Kulturgutsicherung im Rahmen von 1-Euro-Jobs sicherstellen zu wollen. Das vorliegende Konzept für die digitale Dokumentation von Kulturgütern berücksichtigt die oben genannten Grundsätze und Ziele so genannter Zusatzjobs nicht in ausreichender Weise. Zum einen ist die Sicherung der Kunstgegenstände durch konservatorische Behandlung keine zusätzliche Aufgabe, sondern wird im Rahmen der Möglichkeiten durch qualifiziertes Personal in regulären Beschäftigungsverhältnissen betrieben. Zum anderen ist es äußerst fraglich, ob der Einsatz öffentlich geförderter Beschäftigung für die Teilnehmer dieser Programme eine realistische Perspektive auf Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt beinhaltet. Dies schließt ein Modell nicht aus, in dem „auch“ 1-Euro-Jobs eingesetzt werden. Gerade für ältere Langzeitarbeitslosen, die allein auf Grund ihres Alters in der derzeitigen Arbeitsmarktlage keine Aussicht auf eine Stellung im ersten Arbeitsmarkt haben, kann der 1-Euro-Job eine wertvolle Überbrückungshilfe leisten. Die Nachfrage nach den 1-Euro-Jobs zeigt, dass dieser Personenkreise durchaus bereit ist, derartige Tätigkeiten zu übernehmen.

Zum Schluss erlauben Sie mir den Hinweis, dass der Begriff 1-Euro-Job mehr als missverständlich ist. Die so beschäftigten Langzeitarbeitlosen erhalten nicht nur 1 Euro pro Stunde für ihre Tätigkeit, sondern darüber hinaus je nach sonstigem Einkommen und Vermögen ungekürzt das so genannte Arbeitslosengeld II, die damit verbundenen Versicherungsleisten sowie die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Je nach Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheit kommen die so genannten 1-Euro-Jobber damit in die Vergütung des Niedriglohnbereichs. Hinzu kommt, dass die Tätigkeiten je nach Ausgestaltung auch mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden sein sollen. Ich verweise insofern auf die gemeinsame Erklärung der kommunalen Spitzenverbände mit der Bundesagentur für Arbeit und den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege.

Der Verfasser ist Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit, Bildung und Kultur beim Deutschen Städte- und Gemeindebund ■

Ein-Euro-Jobs – Chance und Risiko

Über Chancen und Risiken des neuen Gesetzes aus der Sicht der Museen • Von Mechtild Kronenberg

Die Herstellung des Menschen ist seit Jahrtausenden eine preiswerte Angelegenheit – sein Unterhalt hingegen ist es nicht. Der Mensch finanziert sich durch Arbeit, und diese kostet wiederum Geld. Besonders öffentliche oder öffentlich geförderte Kultureinrichtungen wissen hiervon ein Lied zu singen. Kein Wunder also, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Museen, Bibliotheken oder Archiven sich zunehmend mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen konfrontiert sehen. Immer häufiger werden die Kernaufgaben mit Zeit-, Honorar- oder Werkverträgen bewältigt. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die über viele Jahre hinweg zur Sicherung des Tagesgeschäfts beitrugen, erscheinen als Juwel vergangener Zeiten.

Seit dem 1. Januar 2005 ist das so genannte Hartz-IV-Gesetz in Kraft. Demnach sind Empfänger des Arbeitslosengeldes II verpflichtet, Arbeitsgelegenheiten wahrzunehmen, die mit ein bis zwei Euro die Stunde vergütet werden. Die Kosten hierfür übernimmt die Bundesagentur für Arbeit. Als wichtiges Kriterium für diese 1-Euro-Jobs schreibt der Gesetzgeber vor, dass es sich um eine maximal neunmonatige sowie gemeinnützige Beschäftigung handeln muss. Darüber hinaus darf ausschließlich zusätzliche Arbeit errichtet werden: also Arbeit, die sonst nicht – zumindest nicht in diesem Umfang oder zu diesem Zeitpunkt – verrichtet wird.

Hartz IV wird auf den Kultursektor wirken wie auf keinen anderen. Besonders im Museumsbereich verläuft die hitzige Debatte um die Risiken und Chancen der neuen Regelung in zwei Argumentationslinien: Während einerseits befürchtet wird, dass Kultur zum Experimentierfeld der Arbeitspolitik wird und mit den durch die Arbeitsagenturen ergänzten Kulturetats neue Abhängigkeiten geschaffen werden, blicken andererseits zahlreiche Museumsdirektoren den beantragten 1-Euro-Jobs erwartungsvoll entgegen.

Die Kritiker der neuen Regelung befürchten, dass das Gesetz zu einer massiven Verdrängung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse führen und den seit Jahren anhaltenden Abbau von regulären Arbeitsplätzen im Museumsbereich verschleiern und weiter fördern wird. Doch wo für die Bewältigung der Kernaufgaben kaum noch fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen, können auch keine Arbeitskräfte verdrängt werden. Bereits früher haben in zahlreichen Museen so genannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des regulären Betriebes beigetragen. Auch zahlreiche Volontärinnen und Volontäre in den Museen beklagen, dass sie – anstatt gemäß der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für den Museumsbetrieb ausgebildet zu werden – zu einer deutlich geringeren Vergütung als ihrer wissenschaftlichen Ausbildung angemessen den Aufgabenbereich und die Verantwortung eines Kurators übernehmen müssen. Wettbewerbsverzerrungen, so die Kritiker, sind unausweichlich. Es ist daher zu erwarten, so die Kritiker, dass die 1-Euro-Jobs lediglich ein weiterer Baustein sind, den unterfinanzierten Kultursektor am Leben zu erhalten oder vielmehr noch, dass sie das endgültige Vernichtungspotential für den Arbeitsmarkt Museum darstellen könnten.

Die Befürworter der 1-Euro-Jobs hingegen argumentieren, dass die neue Regelung bei adäquatem und umsichtigem Einsatz auch eine große Chance bietet: Von der Inventarisation von noch unbearbeiteten Sammlungsbeständen bis zur Konzeption neuer Ausstellungsbereiche schlummern in den Museen zahlreiche Projekte, die es wert sind, endlich von kompetenten und motivierten Kräften angepackt zu werden. Darüber hinaus könnten kurzfristig – und je nach Bedarf, denn das Gesetz sieht die Jobs ja lediglich für zusätzliche Aufgaben vor – einige Service-Angebote und technische Bereiche verbessert werden. Eine qualifizierte Tätigkeit bietet mit Sicherheit eine größere Chance zu einem Wiedereinstieg in das Erwerbsleben als jahrelanges Warten. Langzeitarbeitslose werden daher glücklich sein, endlich wieder einer geregelten, sinnvollen und interessanten Tätigkeit nachgehen zu können. 1-Euro-Jobs, so das Fazit der Befürworter, sind also nicht nur ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung regulärer Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch für die Museen eine willkommene Möglichkeit, ihr Tätigkeitsfeld zu erweitern und zu verbessern.

Von der Realisierung des Konzeptes hingegen, in einer Großaktion etwa 20.000 Langzeitarbeitslose auf der Basis der 1-Euro-Jobs für die Sicherung und Vermarktung des Kulturguts zu schulen und einzusetzen, hat der Deutsche Museumsbund in einer ausführlichen Stellungnahme an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien allerdings entschieden abgeraten. Das lückenhafte Konzept wird sich weder für Langzeitarbeitslose noch für Museen sinnvoll oder gar gewinnbringend erweisen.

Das in den Museen bewahrte Kulturgut ist das Kapital unserer Zukunft. Die Chancen und Risiken des neuen Gesetzes sind daher sorgfältig abzuwägen und in Empfehlungen münden zu lassen, in welchen museumsrelevanten Bereichen 1-Euro-Jobs sinnvoll eingesetzt werden können. Hieran sollten alle Museumsverantwortlichen mitwirken.

Die Verfasserin ist Geschäftsführerin des Deutschen Museumsbundes ■

Grundsätzlich Beschäftigungspotenzial für Ein-Euro-Jobs

Antworten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

puk: Sehen Sie Beschäftigungspotenziale für so genannte Ein-Euro-Jobber im Kultur- und Medienbereich? Und wenn ja, in welchen Segmenten?

BMWA: Die Bundesregierung sieht grundsätzlich Beschäftigungspotenzial auch im Kultur- und Medienbereich für die von ihr als „Zusatzjobs“ bezeichneten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Diese Arbeitsgelegenheiten müssen im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein, so sieht es das Gesetz vor. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Die jeweilige Entscheidung über die Förderung obliegt den Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsagenturen und optierenden Kommunen vor Ort.

puk: Bestehen aus Ihrer Sicht Chancen für den Arbeitsmarkt Kultur aus dem Einsatz von Ein-Euro-Jobber oder gibt es das Risiko, dass trotz der vorhandenen Restriktionen, Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt durch Ein-Euro-Jobber ersetzt werden?

BMWA: Arbeitsplätze zu schaffen, ist Aufgabe der Wirtschaft. Diesen Prozess flankiert die Bundesregierung mit ihren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Zusatzjobs sind jedoch in erster Linie eine individuelle Hilfe zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit oder Ausbildung finden. Sie sind nur die letzte Alternative zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und insbesondere nachrangig gegenüber Maßnahmen zur Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung, Qualifizierung und anderen Förderinstrumenten. Die Zusatzjobs können dazu beitragen, die Erwerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten oder (wieder) zu erlangen. Auch soziale Qualifikationen werden vermittelt. Auch sie dienen der Verbesserung der Integrationschancen in den Arbeitsmarkt. Natürlich dürfen Zusatzjobs keinen Verdrängungswettbewerb auslösen. Gerade deshalb haben wir im Gesetz die Kriterien der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit zur Voraussetzung gemacht. Die Bundesregierung geht davon aus, dass Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsagenturen und optierende Kommunen verantwortungsbewusst mit dem Einsatz solcher Zusatzjobs umgehen, so dass Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten regulärer Beschäftigung vermieden werden.

Kontraproduktiv

Bibliotheken und der Ein-Euro-Job • Von Claudia Lux

Die Chancen und Risiken der Beschäftigung von Ein-Euro-Jobs im Bibliotheksbereich sind meiner Ansicht nach differenziert zu beurteilen.

Beschäftigungspotenziale für Ein-Euro-Jobs sehe ich im Bibliotheksbereich insbesondere für zeitlich befristete Projekte, die mit den vorhandenen eigenen finanziellen und personellen Ressourcen der jeweiligen Institution nicht zu erledigen sind.

Dies betrifft vor allem

- einfache Reinigungsprojekte (z.B. Reinigung von Magazinbeständen),
- Hilfe bei Bestandserhaltungsprojekten,
- einfache Klebe- und Reparaturarbeiten unter Anleitung,
- Räumarbeiten, Transporttätigkeiten und diverse einfache Ordnungsarbeiten.

Darüber hinausgehend gibt es projektorientierte Aufgaben, in denen die Möglichkeit des Einsatzes von qualifizierten Ein-Euro-Jobs im Einzelfall zu prüfen wäre. Ich denke hier z.B. an die Einarbeitung (Retro-Katalogisierung) übernommener Sammlungen in wissenschaftlichen Bibliotheken oder auch an bestimmte Bereiche der Digitalisierung von Beständen. Im laufenden Etat der Bibliotheken sind für derartige Aufgaben praktisch keine Kapazitäten vorhanden.

Als oberste Prämisse bei der Beschäftigung der „Ein-Euro-Jobs“ muss jedoch stets gelten, dass vorhandene Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt hierdurch nicht gefährdet werden. Ein Ersatz vorhandener Stellen durch 1-Euro-Jobs ist prinzipiell nicht möglich. Aus diesem Grund ist aus Sicht des DBV nur ein projektorientierter, zeitlich befristeter Einsatz der „Ein-Euro-Jobs“ in bisher gar nicht oder nicht ausreichend abgedeckten Bereichen anzustreben und zu befürworten.

Ähnlich wie bei bisherigen ABM-Projekten besteht im Einzelfall die Möglichkeit, erprobte bzw. qualifizierte Personen aus diesem Bereich in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Insbesondere deshalb wäre eine Reduzierung bzw. ein Ersatz von existierenden Stellen im Kulturbereich völlig kontraproduktiv zu den politischen Zielen von Hartz IV.

Die Verfasserin ist Vorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbandes ■

Differenzierung nötig

Von Klaus-Peter Böttger

Sieht man von den grundsätzlichen arbeitsmarktpolitischen Zweifeln ab und über die Sinnhaftigkeit derartiger Beschäftigungsverhältnisse im Sinne einer moralisch-humanen Tätigkeit hinweg, so darf man sich durchaus die selbstkritische Frage stellen, warum gerade der kulturelle Bereich sich offensichtlich sowohl für ehrenamtliche Beschäftigung als auch jetzt als Einsatzfeld von Ein-Euro-Jobber anbietet bzw. mit dem Etikett versehen wird „für kostenlose Arbeitskräfte geeignet“.

Degradieren sich aus der Not heraus und in der Schere zwischen gestiegenen Dienstleistungsansprüchen und konsolidierter Beschäftigungsvolumina Bibliotheken zu Ein-Euro-Institutionen?

Sicherlich gibt es einzelne Beschäftigungspotenziale für Ein-Euro-Jobs, aber es wäre m.E. nur ein weiterer, zudem unmoralischer Schritt in der Aushöhlung qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse und fachlicher Qualitätsstandards.

Kontraproduktiv

Sicherlich ist damit die Gefahr eines Imageverlustes verbunden, weil sich wieder einmal ausgerechnet der kulturelle Bereich als wenig zugänglich für solche „innovativen Experimente“ zeigt, aber wenn Kundenerwartungen an eine Bibliothek noch einen Anspruch auf Erfüllung haben sollen, dann muss man sich dieser Arbeitsmarktpolitik wiedersetzen.

So wäre es auch aus meiner Sicht blauäugig anzunehmen, dass in Kompensation zu den vorhandenen Restriktionen, Konsolidierungen, Haushaltssperren, Einstellungsstopps der bibliotheksfachlich unqualifizierte Ein-Euro-Jobber der Retter einer Bibliothek sein könne. Das Arbeitsfeld Bibliothek ist seit langem bemüht seinen Anspruch auf Professionalität durch Ausweitung und Integration unbibliothekarischer Professionen zu untermauern, da ist, nicht nur aus strategischen Gesichtspunkten, der Ein-Euro-Job im wahrsten Sinne kontraproduktiv.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Berufsverband Information Bibliothek ■

Ein-Euro-Jobs und Kultur

Von Rolf Bolwin

Die im Hartz–IV-Gesetz vorgesehenen „Arbeitsgelegenheiten“, so genannte Ein-Euro-Jobs, mit denen der Bezieher von Arbeitslosengeld II seine Bezüge aufbessern kann, sind insbesondere für die Theaterbetriebe von Interesse.

So haben Theater, bei denen die Personaldecke aufgrund der sinkenden öffentlichen Zuschüsse knapp geworden ist, die Möglichkeit, vor allem technisches Personal auf der Grundlage von Ein-Euro-Jobs zu engagieren. Hiervon wird durchaus Gebrauch gemacht. Das ist auch im Interesse der Arbeitnehmer, die andernfalls überhaupt keine Beschäftigung fänden. Warum soll eine arbeitslose Schneiderin nicht in der Schneiderei eines Theaters auf der Grundlage eines Ein-Euro-Jobs arbeiten? Das war im Übrigen auch schon früher nicht anders, als Arbeitslose in der Kultur im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt wurden. Soweit bisher ersichtlich, spielen die Ein-Euro-Jobs im künstlerischen Bereich keine größere Rolle. Insgesamt ist daher die Aufregung um die Ein-Euro-Jobs im Kulturbereich völlig überzogen und unangemessen.

Das Arbeitslosengeld II wird allerdings über die Ein-Euro-Jobs zu einer indirekten Kulturfinanzierung, was auch aus Sicht des Bühnenvereins nicht unproblematisch ist. Es macht unter dem Aspekt der Staatsfinanzen wenig Sinn, dass die öffentliche Kulturfinanzierung einerseits reduziert wird und Mitarbeiter entlassen werden, die andererseits mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit wieder beschäftigt werden.

Der Verfasser ist Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins ■

PPP - Ein Scheinriese?

Sich mit dem Modell der Public Private Partnership auseinandersetzen • Von Friedrich Loock

Ist „Public Private Partnership“ ein geeignetes Instrument, um der kontinuierlich wachsenden Finanznot zu entrinnen? Nein, PPP in der Kultur ist nicht mehr und nicht weniger ein ergänzendes, niemals aber ein ersetzendes Instrument.

PPP ist nicht dazu geeignet, um Kulturaufgaben der öffentlichen Hand teilzuprivatisieren. PPP ist ebenfalls ungeeignet, um Kulturaktivitäten in semi-öffentliche Strukturen zu überführen, die sich im rein privatwirtschaftlichen Wettbewerb durchaus behaupten können. PPP erscheint hingegen geeignet für kulturelle Vorhaben, die die öffentlichen Kulturaufgaben und die privaten Kulturaktivitäten sinnvoll ergänzen. Welche kulturellen Aufgaben konkret nicht (mehr) zu den öffentlichen Grundaufgaben gezählt werden, dies bedarf vorab jedoch einer kulturpolitischen Entscheidung der entsprechenden Mandatsträger. Ein PPP ohne politische Grundsatz-Entscheidung ist politisch unredlich und den Beteiligten gegenüber unfair.

Das Potenzial von Kultur-PPP für die öffentliche Hand wird insgesamt als hoch eingeschätzt. EU-weit verfügen neben Großbritannien auch Länder wie z.B. Spanien, Portugal und Griechenland über erheblich mehr PPP-Erfahrung als Deutschland. Aber Achtung: Eine vorteilhafte Wirkung auf Kulturorganisationen ist allein durch die Mitwirkung von Unternehmen nicht zwingend gegeben, da (a) inzwischen auch die öffentliche Hand in einigen Bereichen vorbildliche Strukturen aufweist und (b) Unternehmen nicht automatisch die kompetenteren Mitarbeiter haben.

PPP - eine umstrittene Form des öffentlich-privaten Zusammenwirkens

Nicht jedes Zusammenwirken von privater und öffentlicher Hand ist ein PPP. Kultursponsoring beispielsweise hat nichts mit PPP zu tun, denn hier werden Mittel von Unternehmen mit kommunikativer Zweckbindung einem bestehenden Kulturvorhaben zugeführt. Die Privatisierung von öffentlichen Kulturaufgaben bzw. öffentlichen Kultureinrichtungen ist auch kein PPP, da hier allenfalls Strukturen (z.B. Rechtsform und Rechnungslegung) neu ausgerichtet werden.

PPP entsteht dann, wenn sich eine öffentliche und eine private Institution zu einem gemeinsamen Vorhaben entschließen und dieses Vorhaben auch gemeinsam tragen. Im Gegensatz zu anderen Kooperationsmodellen umfasst ein PPP sämtliche Phasen eines Lebenszyklus‘ und sollte folglich auch über diesen Zeitraum bewertet werden. Diese vereinfachte Darstellung erklärt, weshalb insbesondere im Kulturbereich ein PPP bislang eher selten anzutreffen ist und Einschätzungen von PPP-kritischen Experten nicht ohne Grundlage sind, dass PPP wohl auch in naher Zukunft in Deutschland nicht umfassend Raum greifen wird.

Allen Unkenrufen jedoch zum Trotz: Es gibt bereits erfolgreiche PPP-Beispiele in der Kultur und es wird zukünftig weitere Kooperationen dieser Art geben. Das Literaturhaus in München ist eines dieser erfolgreichen Kultur-PPP’s. Weitere Beispiele sind: „museum kunst palast“ in Düsseldorf, Stadtbibliothek Gütersloh oder auch das Philharmonische Staatsorchester Bremen (vgl. dazu Loock, 144 ff. in: Litzel et al., Handbuch Wirtschaft und Kultur, Berlin 2003).

Selbstverständlich gibt es auch weniger rühmliche Beispiele – so das Festspielhaus in Baden-Baden, welches erst nach der kompletten Übernahme durch Stadt, Kreis und Land wieder gesundete –, doch sollten diese nicht dahingehend missbraucht werden, um allzu einseitig auf ein generelles Scheitern-Müssens eines PPP zu verweisen. Im Gegenteil: „Aus Fehlern lernen“ – dieses Recht und diese Pflicht sollten selbstverständlich auch beim Kultur-PPP gelten.

Strukturelle Begleitung

Beim PPP in der Kultur besteht Anlass weder zur Euphorie noch zur Resignation. Insgesamt stehen die Chancen für eine Etablierung der noch jungen Kooperationsform trotz der aktuell eher schwerfällig anmutenden Startphase auch in Deutschland gut. Doch darf das Entwicklungs- und Gestaltungspotential nicht überschätzt werden.

Die Entwicklungschancen eines Kultur-PPP hängen in sehr starkem Maße davon ab, ob für die Kulturaktivität ein ausreichend hohes unternehmerisches Geschäftsfeld-Interesse besteht. Hier haben es andere öffentliche Bereiche im Vergleich zur Kultur möglicherweise einfacher: Im Hoch- und Tiefbau beispielsweise oder bei Infrastruktur-Projekten gehen Unternehmen mit der öffentlichen Hand eine Partnerschaft ein, bei denen der Gegenstand des PPP zu einem nicht unwesentlichen Teil der unternehmerischen Geschäftstätigkeit entspricht. Hingegen kooperieren im Kulturbereich nicht selten Unternehmen mit der öffentlichen Hand, bei denen Kultur nicht oder kaum zum Haupt-Geschäftsfeld gehört.

Auch tun sich öffentliche Verwaltungen aktuell noch schwer mit einem PPP. Wer aber hat das größere Interesse an einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit? Mehrheitlich dürfte es wohl die öffentliche Hand sein. Also sollten die entsprechend beteiligten Verwaltungen der Gebietskörperschaften langwierige und zähe Prozesse vermeiden. Denn wenn Unternehmen, die sich grundsätzlich für ein Kultur-PPP interessieren und mit großem Engagement einem solchen Vorhaben zuwenden, die öffentliche Verwaltung und Politiker als zögerlich bzw. hemmend wahrnehmen, dann werden sich diese Unternehmen in aller Regel wieder zurückziehen und gegebenenfalls solchen Vorhaben vorerst eher skeptisch begegnen. Die Gefahr eines Flurschadens durch zögerliches Denken und Handeln ist also groß.

Angesichts der verbreiteten Unsicherheit ist in hohem Maße eine bestmögliche Vorbereitung eines Zusammenwirkens entscheidend. Zum einen sollten geplante PPP-Ausschreibungen frühzeitig angezeigt werden; häufig erkennen interessierte Unternehmen erst anhand des konkret ausgeschriebenen Projektes, welche Expertise in welcher Form benötigt wird. Zum anderen sollten begleitend zu den Vergabebekanntmachungen auch kompetente Vor-Vertragsverhandlungen stattfinden; bislang sind die Repräsentanten der öffentlichen Hand häufig nicht ausreichend über das Vorhaben informiert und daher nur eingeschränkt als Ratgeber und Wegbereiter dienlich.

Eine gute Vorbereitung hilft auch, die unvermeidlichen Abstimmungsbedarfe zwischen den letztlich ungleichen Partnern optimal zu lenken. Denn bereits vor Entstehen eines PPP fällt ein erheblicher Investitionsbedarf an, da der Betrieb von PPP-Projekten besondere Expertisen erfordert. An diesen Gutachten dürften vor allem die Unternehmen bzw. privaten Partner interessiert sein, da sie in der Regel einen Großteil der Betreiberrisiken tragen. Das sorgfältig abgestimmte Vertragswerk zwischen den Partnern regelt darauf aufbauend die Leistungen, Risiken und Liquiditätsströme.

Auch tarifrechtliche Bedingungen sollten Bestandteil der Verträge sein. Grundsätzlich sind aufgrund eines PPP tarifrechtlich keine Probleme zu erwarten. Allerdings ist die tarifvertragliche Zuordnung eines PPP nicht immer zweifelsfrei und daher entsprechend zu regeln. Gleichzeitig kann damit der Gefahr eines Missbrauchs von Kultur-PPP vorgebeugt werden: Kulturleistungen, die bisher in anderen Institutionen bzw. im Rahmen anderer Projekte erbracht wurden, werden somit nicht „ausgeflaggt“.

Quo vadis?

PPP ist ein eigenständiges Instrument mit eigenen Anforderungen und Bedingungen. Diese Eigenständigkeit muss sich zwingend auch in der korrekten Einordnung dieses öffentlich-privaten Zusammenwirkens widerspiegeln. PPP darf nicht mit Sponsoring oder Spenden gleichgesetzt werden, da jene Leistungen aus einer gänzlich anderen Intention heraus erfolgen sowie sich fiskalisch und administrativ erheblich von einem PPP unterscheiden.

Bei allem Streben nach Eigenständigkeit – die bestehende Rechtslage erscheint zur Zeit jedoch ausreichend, spezifische PPP-Gesetze sind aktuell nicht zwingend erforderlich. Empfehlenswert sind allerdings einheitliche Regelungen im Umgang mit PPP. Konkret sollte die öffentliche Hand bei der Berechnung der Projektkosten (= für sie entfällt die Umsatzsteuer) die durch Eigendurchführung entstehenden Steuerausfälle in die Berechnung einbeziehen. Dies wäre ein entscheidender Schritt zur Gleichbehandlung von privaten und öffentlichen Kalkulationen. Der nur scheinbare Kalkulations- und Wettbewerbsvorteil wäre somit fairerweise aufgehoben und würde eine angemessene fiskalische Bewertung der Einbindung privater Partner ermöglichen.

Auch in anderen Ländern tat man sich anfangs schwer mit dem Konstrukt „PPP“. Daher sollten Startschwierigkeiten keineswegs als Beleg für Nicht-Eignung fehlgedeutet werden. In Deutschland verliert man allerdings viel Zeit, indem man Erfahrungen Dritter für die Entwicklungsprozesse im Kultur-PPP mit dem Hinweis ablehnt, bei uns sei alles anders und daher nicht mit internationalen Erfahrungen vergleichbar. Dieses „Igel-Syndrom“ ist erfahrungsgemäß immer dort erkennbar, wo Mitwirkende Veränderungen im Denken und Handeln vermeiden wollen – aber eben jene Veränderungen sind für erfolgreiche Kultur-PPP in Deutschland unerlässlich.

Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass der Deutsche Bundestag am 1. April 2004 einen Antrag zu ÖPP/PPP beschlossen hat. Damit setzt er ein Zeichen, dass er die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Modell erkannt hat und die erforderlichen politischen Entscheidungen in die Wege leiten wird.

Der Verfasser ist Direktor des Instituts für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater Hamburg ■

Die Zurückhaltung endlich aufgeben

Public Private Partnerships im Kulturbereich • Von Dieter Neumann

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages hat sich, jüngst auch in einer Anhörung von Sachverständigen, mit den Chancen befasst, die in der Anwendung von Public Private Partnerships (PPP) im Kulturbereich liegen können. Die Bestandsaufnahme hat ergeben, dass im Bereich der Kultur bereits eine Vielzahl unterschiedlicher Kooperationsformen zwischen den öffentlichen Trägern kultureller Einrichtungen und Privaten besteht, vom Sponsoring und Spenden über privates Ausstellungsmanagement und dem privaten Betrieb von Orchestern mit staatlicher Förderung bis hin zur langfristig angelegten und institutionell in Stiftungen oder privatrechtlichen Gesellschaftsformen verfestigten Zusammenarbeit.

Ob man mit der Zusammenfassung all dieser Kooperationsformen unter dem begrifflichen Dach der PPP den bestehenden, aber sehr verschiedenen Initiativen einen Gefallen tut und ob dadurch greifbare Vorteile für die einzelnen Projekte entstehen, müsste sich noch erweisen.

Mit großer Gewissheit lässt sich hingegen heute schon feststellen, dass die PPP-Projekte, die sich etwa bei dem Betrieb kommunaler Versorgungseinrichtungen wie der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung oder der Instandhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften finden, mit Erfolg und das meint: mit handgreiflichen Effizienzvorteilen und Kostenreduzierung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben in der Zusammenarbeit mit Privaten durchgeführt werden. In diesen Bereichen hat sich auch der Begriff PPP entwickelt und bezeichnet dort die langfristig angelegte und vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und privaten Partnern zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, bei der die erforderlichen Ressourcen von den Partnern zum gegenseitigen Nutzen in einen Organisationszusammenhang eingestellt und die Risiken zwischen den Partnern danach aufgeteilt werden, wer das jeweilige Risiko am besten beherrschen kann.

In dieser Kerngestalt besteht auch im Bereich der Kultur ein namhafter und naheliegender Anwendungsbereich für PPP-Projekte. Vor allem drängt sich hier die Instandhaltung/Instandsetzung und Unterhaltung der öffentlichen Gebäude auf, die für kulturelle Zwecke verwendet werden. Einerseits sind dort – wie überhaupt bei öffentlichen Bauten – besondere Defizite erkennbar, andererseits aber auch besondere Effizienzvorteile bei der Einschaltung Privater in PPP-Projekten zu erwarten. Die systematische Auswertung der in- und ausländischen PPP-Projekte sowie die Erfahrungen aus den jüngsten PPP-Projekten – etwa der unlängst vereinbarten Sanierung und Bewirtschaftung von 88 Schulen des Kreises Offenbach durch private Unternehmen für die Dauer von 15 Jahren – haben gezeigt, dass mit der Einbindung von privaten Partnern in die Erhaltung und Bewirtschaftung staatlicher Gebäude und Liegenschaften Einsparungen von 15% bis 20% gegenüber der staatlichen Aufgabenerfüllung erreicht werden können. In vielen Fällen wird es überhaupt erst durch die Einbindung privaten Kapitals ermöglicht, die dringend erforderlichen Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchzuführen, weil die dem staatlichen Aufgabenträger derzeit und in absehbarer Zukunft zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel lediglich zur notdürftigen Verwaltung des Mangels ausreichen. PPP-Projekte sind daher ein wichtiger Beitrag für die Zukunftssicherung. Dies gilt auch und vielleicht besonders augenfällig für die zu kulturellen Zwecken genutzten Gebäude und Liegenschaften. Bei knappen oder erschöpften Haushaltsmitteln richtet sich die Aufmerksamkeit bei der Suche nach Ausgabenkürzungen typischerweise auf den Kulturbereich und erzeugt dort besondere Rechtfertigungszwänge. PPP-Projekte bei der Instandhaltung und Bewirtschaftung können mit ihren Wirtschaftlichkeitsvorteilen zur Entlastung der Haushalte und damit zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur in dem Sinne wesentlich beitragen, dass auch in der näheren Zukunft noch akzeptable Spielorte und Ausstellungseinrichtungen oder Schulen zur Verfügung stehen.

Bei der Auswahl geeigneter Projekte wird es sich als nützlich erweisen, eine ausreichende kritische Größe für solche PPP-Projekte zu schaffen. Eine allgemeine Regel lässt sich dazu nicht aufstellen, so dass auch die Sanierung und Bewirtschaftung weniger öffentlicher Gebäude, sogar nur die eines einzigen Gebäudes in einem PPP-Modell erfolgreich sein kann. Es ist aber zu bedenken, dass die Effizienzvorteile dann besonders kräftig ausfallen können, wenn durch die Zahl der öffentlichen Gebäude die Synergieeffekte auf der Seite des privaten Partners gezielt mobilisiert werden. So können die in Betracht kommenden Gebäude des Kulturbereichs in einer eigenen Rechtsgestalt zusammengefasst werden, etwa in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts oder einer anderen der kommunalrechtlich zulässigen Organisationsformen. Für kommunenübergreifende Vorhaben können auch die Rechtsformen der kommunalen Zusammenarbeit für Vorhaben in Anspruch genommen werden.

Bei der Ausgestaltung solcher PPP-Projekte wird gewiss auf die spezifischen Bedürfnisse des Kulturbereichs zu achten sein. Das notwendige rechtliche Instrumentarium steht bereit, das Interesse privater Partner mit Fachkompetenz, Erfahrung und Finanzierungskraft auch. Es ist Zeit, die mancherorts noch anzutreffende Zurückhaltung der öffentlichen Aufgabenträger gegenüber PPP-Projekten im Kulturbereich aufzugeben.

Der Verfasser ist Rechtsanwalt und befasst sich mit Fragen des Public-Private-Partnership ■

Nur selten gut

Warum die Public-Private-Partnership kein gutes Rezept für die Kultur ist • Von Alexander Bretz

Public-Private-Partnership klingt sehr schick nach moderner Verwaltung. Noch besser klang sie in der Spezialform des Cross-Border-Leasing: Unter diesem Aufkleber verkauften einige Kommunen ihre Infrastruktureinrichtungen (z.B. die Kanalisation in Bochum, die Straßenbahn in Nürnberg oder das Klinikum St. Georg in Leipzig) an US-amerikanischen Investment-Firmen, um sie kurzerhand längerfristig zurückzuleasen. Das Schöne dabei: Die Investoren konnten durch die Abschreibungen nach US-amerikanischen Steuervorschriften Mega-Gewinne von bis zu 300 Prozent einstreichen. Die deutschen Kommunen mussten sich dagegen mit dem so genannten Barwertvorteil in Höhe von nur 4 % genügen – was ihnen aber meistens völlig zur Haushaltsentlastung ausreichte: durch die unterschiedliche bilanzielle Zuordnung des Leasingguts zu Leasing-Geber und Leasing-Nehmer konnten die Beteiligten die verhökerte Infrastruktur nach Bedarf zweimal erscheinen oder ganz verschwinden lassen. Experten hatten das Modell als typischen Fall einer allseits geliebten „Win-Win-Situation" gepriesen.

Nun ermitteln die amerikanischen Staatsanwaltschaften wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Und der amerikanische Gesetzgeber hat die Gesetzeslücke schnellstens geschlossen. Ein Extremfall? Wohl kaum, da es doch noch einige Fälle mehr als die genannten gegeben haben soll. Eher ein Symbol, was passieren kann, wenn sich deutsche Verwaltungen von hippen Trends beflügeln lassen und Dinge tun, bei denen nicht etwa nur altbezopfte Bürokraten staunen, sondern sich auch normal Denkende wundern. Jüngstes Beispiel dafür: die Public-Private-Partnership im Kulturbereich. Da gebe es beträchtliches Potenzial. Natürlich nicht zur Einsparung, nein, sondern zur Erweiterung der Handlungsfähigkeit der Verwaltungen bei Erfüllung ihrer öffentlichen Kulturaufgaben. Sagen die Experten. Doch was ist dran an dieser Verheißung?

Bereits die Formen und Beispiele der Public-Private-Partnerships sind verwirrend vielfältig. Gemeinsamer Nenner ist, dass die öffentliche Hand sich einen Partner sucht, der ko-finanziert. Jedem Euro aus dem öffentlichen Haushalt wird so ein Euro aus der privaten Schatulle hinzugesellt. Klingt wieder nach so einer Win-Win-Situation. Doch problematisch sind nicht nur die Ziele solcher Partnerschaften, problematisch sind auch die Motivationen der Partner.

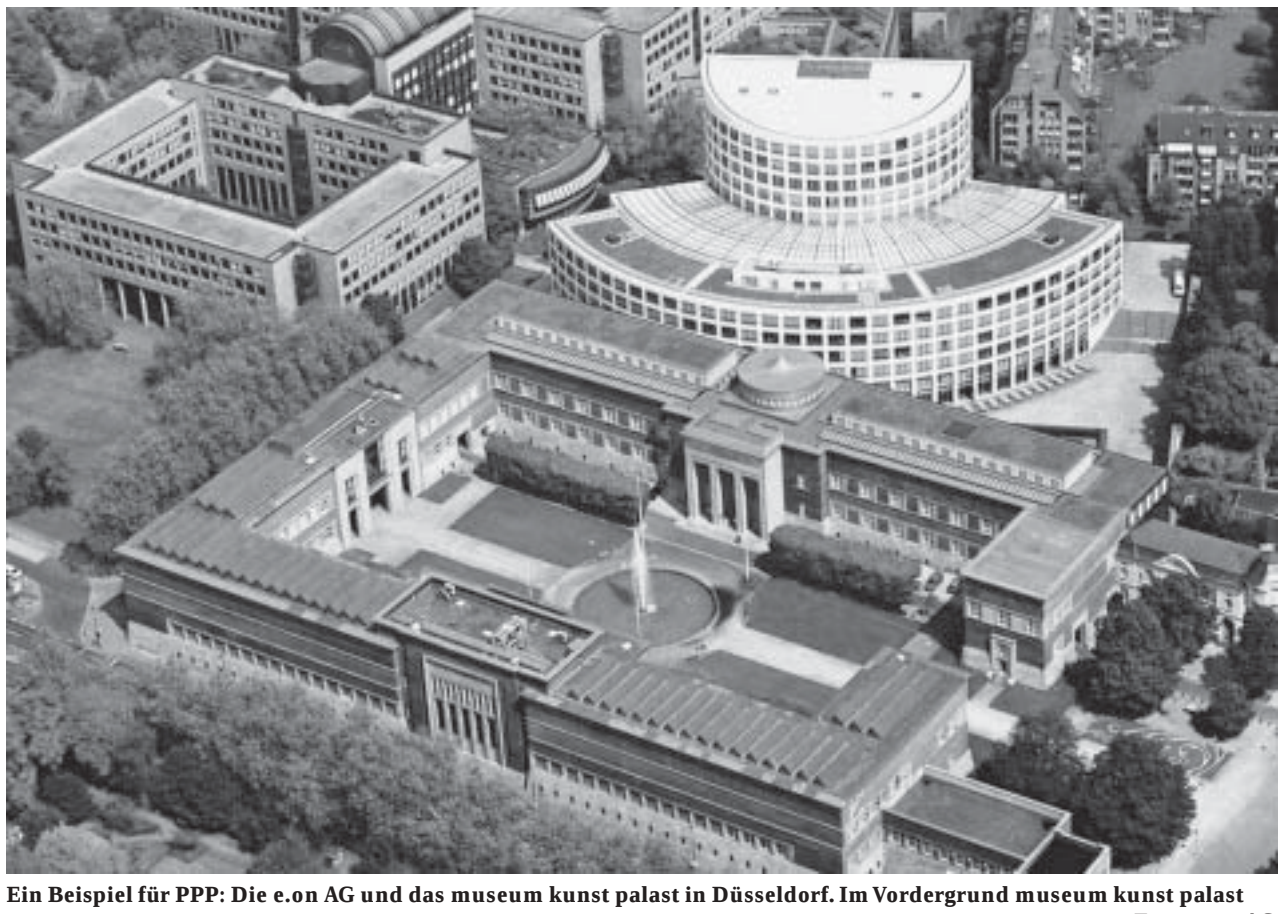
Wenn eine bestimmte Aufgabe als öffentliche Aufgabe verstanden wird, also eine politische und demokratisch legitimierte Mehrheit nach ausführlicher Diskussion endlich die Entscheidung trifft, sagen wir, ein bestimmtes Theater zu betreiben, dann ist diese Entscheidung wichtig. Durch die demokratische Legitimation ist sie sogar sehr wichtig, so wichtig, dass es wohl kaum legitim sein dürfte, diese Entscheidung durch die Beteiligung eines Partners aus der privaten Wirtschaft zu beeinflussen.

Denn entweder geht es aus kultureller Sicht ohnehin nur um infrastrukturelle Hilfsaufgaben, die sich privat oft besser erledigen lassen, wie das Catering oder den Betrieb des Hauses. Wenn um diese Aufgaben private Betreiber konkurrieren, dann sollte die öffentliche Hand sich ganz zurückziehen und den betreffenden Bereich insgesamt „outsourcen". Für eine Public-Private-Partnership besteht dann kein Bedarf. Oder schärfer ausgedrückt: Der Betrieb eines solchen Bereiches in öffentlicher Trägerschaft würde zur Wettbewerbsverzerrung auf dem – ja offensichtlich vorhandenen – Markt führen.

Anders, wenn es um die kulturelle Kernaufgabe geht: Das Theater selbst, der Spielplan, die Programmentscheidungen, das Ensemble. Hier hakt es noch mehr am Geld. Die Pläne sind größer als die finanziellen Möglichkeiten. Warum also nicht auch diese Kernaufgabe privatisieren und durch eine Public-Private-Partnership den öffentlichen „Daumen drauf"?

Doch Vorsicht! Nur die wenigsten Private-Partner gehen idealistisch an die Partnerschaft heran. Verfolgen sie nicht einen direkten Erwerbszweck durch die Partnerschaft selbst (wie beispielsweise der Kantinencaterer aus dem Infrastrukturbeispiel), so ist meist Image-Pflege das Motiv. Denn Public-Private-Partnership, das heißt ja auch „Corporate Citizenship", also gesellschaftliches Engagement der privaten Wirtschaft im Kulturbereich. Das ist einer von diesen „augenzwinkernden Kompromissen" zur stärkeren Finanzbeteiligung privater Unternehmen, weil die öffentliche Hand ihr Geld bei weitem nicht so gerne für die Kultur ausgibt wie für die Subvention privater Unternehmen. Und manches private Unternehmen liebt so einen Deal.

Also sprechen bereits grundsätzliche Erwägungen gegen solche Mischfinanzierungen: Was öffentliche Kulturaufgabe ist, das muss auch aus öffentlichem Beutel bezahlt werden. Jede Form der Public-Private-Partnership für eine Aufgabe, die als öffentlicher Kulturauftrag beschlossen wurde, relativiert nur die demokratische Grundentscheidung zu einem „Ja, aber ..." Und legt sie hinter diesem sanften Schein für ein Vielfaches von Legislaturperioden fest, ohne dass eine Änderung möglich wäre. Von einem Scheitern des Projekts und den daraus resultierenden Folgelasten für den betroffenen öffentlichen Haushalt ganz zu schweigen.



Ein Beispiel für PPP: Die e.on AG und das museum kunst palast in Düsseldorf. Im Vordergrund museum kunst palast
Foto: e.on AG

Bleibt das Argument der Befürworter, durch die Public-Private-Partnership könnten zusätzlich – sonst nicht zu leistende – Kulturaufgaben angegangen werden und die Eigeninteressen des Private-Partners könne man durch eine faire Gremienbeteiligung lösen. Und tatsächlich gibt es einige wenige Beispiele für solche funktionierende Konstruktionen. Doch sie alle sind geprägt von Ausnahmeumständen und einer komplizierten rechtlichen Konstruktion. Da gibt es das regional verwurzelte Großunternehmen mit dem leichten Image-Problem, das für die Konzernzentrale einen attraktiven Innenstadt-Standort gefunden hat, indem es gleichzeitig das benachbarte Museum finanziert und sich bei den inhaltlichen Kultur-Entscheidungen wie der Ausstellungsplanung zurückhält. Das kann es mal geben, aber wohl nicht sehr oft. Denn vielleicht will der Private-Partner vielleicht doch bei den inhaltlichen Entscheidungen mitentscheiden: Bitte nicht so viel anspruchsvolle Hochkultur, mehr massenwirksame Events! Oder er hält sich – vorerst – zurück und profitiert nur vom Imagegewinn durch „seine" Kulturinstitution. So kommt es im schlimmsten Fall zu einer Konzentration auf die Leuchtturm-Kultur, im besten Fall zu einer versteckten Subventionierung des Marketing-Etats des Unternehmens.

Bleibt also allenfalls ein kleiner Anwendungsbereich für die Public-Private-Partnership im Kulturbereich, der noch dazu höchst komplizierte rechtliche Konstruktionen voraussetzt. Alles steht und fällt aber mit der Frage, ob eine Kulturaufgabe als öffentliche Aufgabe anzusehen ist. Darüber lässt sich streiten und diskutieren. Aber wenn es so ist, dann muss die öffentliche Hand diese Aufgabe auch in einer Form erfüllen, die transparent und frei von privaten Fremdeinflüssen und -interessen ist. Und wenn es nicht so ist, gehört die Aufgabe schleunigst privatisiert: Es gibt kein Bleiberecht der öffentlichen Hand in Glamour-Kulturaufgaben, die mühelos privat zu finanzieren sind.

Der Verfasser ist Rechtsanwalt in Berlin und spezialisiert auf die Beratung und Betreuung von Unternehmen der Kulturwirtschaft, insbesondere Mode- und Produktdesign sowie Kulturvermittlung ■

Sponsoring an der Bayerischen Staatsoper

Oder von der Kunst, einen Sponsor zu finden • Von Maurice Lausberg

Sponsoring steckt an den meisten Theater- und Operbetrieben Deutschlands noch in den Kinderschuhen. Die durchschnittlichen Sponsoringeinnahmen der 10 größten deutschen Opernhäuser (exklusive Bayerische Staatsoper) liegen durchschnittlich bei etwa 500.000 € pro Jahr. Ein erprobter Umgang mit dem Thema ist bisher bei wenigen Kulturinstitutionen zu erkennen. So beruhen Sponsoring-Partnerschaften oft noch auf der Initiative interessierter Unternehmen. Diese stoßen dann auf Strukturen, welche den „unvorhergesehenen Fall" nicht bewältigen können. Wer kümmert sich um den Sponsor? Was kann man ihm bieten? Wie hoch ist eine angemessene Sponsoringsumme?

Kultursponsoring wurde an der Bayerischen Staatsoper von Anfang an als Vertriebsaufgabe verstanden: wie werden die richtigen Unternehmen und deren Lenker davon überzeugt, ein vielschichtiges Sponsoringprodukt zu erwerben. Dieser produkt- und kundenorientierte Sponsoringansatz hat sich an der Bayerischen Staatsoper ausgezahlt – in nur drei Jahren wurden die Spenden- und Sponsoringeinnahmen von ca. 700.000 € auf rund 1,9 Mio. € ausgebaut.

Um beim Sponsoring erfolgreich zu sein, muss man die Motivation eines Sponsors verstehen. Ein Opernhaus bietet dem Sponsor die Möglichkeit, eine zwar sehr kleine, aber handverlesene und selektierte Zielgruppe auf nahezu konkurrenzlose Weise anzusprechen; und dies in einem emotional positiv besetzten Umfeld. In dieser scharf umrissenen Zielgruppe steigert der Sponsor durch das Engagement seinen Bekanntheitsgrad, bzw. seine Reputation. Die Wirkung des Kultursponsoring in Bezug auf die Reputationssteigerung konnte übrigens u.a. an der Bayerischen Staatsoper mit Hilfe des Reputationsmodells von Prof. Manfred Schwaiger (Institut für Unternehmensentwicklung und Organisation an der Universität München) in einer Studie eindrücklich nachgewiesen werden: Diejenigen Besucher, welche die Siemens AG als Sponsor der Festspielpremiere „Die Meistersinger von Nürnberg" wahrgenommen haben, beurteilten das Unternehmen in Bezug auf seine Reputation vielfach signifikant besser als diejenigen Besucher, die das Sponsoringengagement nicht wahrgenommen haben. Die beiden weiteren Motivatoren für Sponsoren sind Kundenbindung – insbesondere durch Events – und Mitarbeitermotivation („Der Arbeitgeber engagiert sich").

Ein Sponsoringengagement muss eine oder mehrere dieser Zielsetzungen im Vergleich zur klassischen Werbung besser erfüllen und dabei preislich attraktiv sein, sonst ist es wirtschaftlich nicht zu begründen.

Um dem Sponsor Konkretes anbieten und präsentieren zu können, ist die Kreation und Darstellung eines Sponsoringproduktes erforderlich. Dieses setzt sich in unserem Fall aus drei Komponenten zusammen:

1. Die Bayerische Staatsoper selbst mit den damit verbundenen Werten und Attributen
2. Das künstlerische Angebot, d.h. die aktuellen Opernproduktionen und Premieren
3. Die konkreten Leistungen, die einem Sponsor geboten werden – im wesentlichen Werbeleistungen (z.B. Logo im Programmheft), Public Relations-Leistungen (z.B. gemeinsame Pressekonferenz), exklusive Sponsorenveranstaltungen und erleichterter Zugang zum künstlerischen Angebot, z.B. in Form von Karten.

Anhand der Fundraising-Pyramide ist genau festgelegt, welcher Sponsor, welche Leistungen (Sponsoringprodukte) für welchen finanziellen Sponsoringbeitrag erhält. Dabei wird darauf geachtet, dass Produkt- und Preisgestaltung transparent, gerecht und konsistent sind. Schritt für Schritt wurden an der Bayerischen Staatsoper mögliche Projekte und damit verbundene Leistungen für Sponsoren ermittelt und gewichtet und zu Produkten gebündelt. So finden sich Konzerne und große Unternehmen als Exklusivsponsoren für einzelne Produktionen (Beispiel: Audi und der *Ring der Nibelungen*), oder als Mitglied im *Premium Circle* wieder. Mittelständler und kleinere Unternehmen können von interessanten Angeboten u.a. im *Patron* und *Classic Circle* profitieren. Von Kommunikationsleistungen in Form von Logoplatzierung über gemeinsame Pressearbeit bis hin zum VIP-Event in der *Premium Circle Loge* werden den Sponsoren somit attraktive Leistungen als Vehikel für Reputationssteigerung, Kundenbindung und Mitarbeiterbindung geboten.

Neben dem Sponsoringprodukt hat sich die Erschließung von Kontakten und Netzwerken als entscheidender Erfolgsfaktor herausgestellt; Sponsoring ist „regionales People Business". Aufbau und Entwicklung brauchen Zeit, Geduld, Mühe und viel Arbeit – ein Investment, welches sich lohnt, auch wenn es sich oft nicht sofort auszahlt. Bevor der Intendant zum Hörer greift und ver-

Weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Sponsoring an der Bayerischen Staatsoper

sucht den Vorstandsvorsitzenden des größten Konzerns in der Stadt an den Apparat zu bekommen, sollte systematisch analysiert werden, über welche Kontakte die Kulturinstitution bereits verfügt. Diese gilt es transparent zu machen. Beispielsweise befinden sich unter den Fördervereinen, unter den Abonnenten sowie unter den Bekannten der Mitarbeiter eines Opernhauses i.d.R. genügend Entscheidungsträger aus der Wirtschaft, die dem betroffenen Theater nahe stehen. Diese müssen identifiziert und angesprochen werden. Sponsoring ist die Kunst, die Absagehemmung bei Unternehmen zu erhöhen – dies gelingt nur über den persönlichen Kontakt und die emotionale Bindung.

Die Erfahrungen an der Bayerischen Staatsoper zeigen allerdings auch, dass Unternehmen das Kultursponsoring häufig noch auf Basis von Mäzenatentum behandeln. Wie eine kürzlich vorgestellte Studie von Roland Berger Stragtegy Consultants zeigt, sehen ein Großteil der Unternehmen Kultursponsoring als gesellschaftliche Verantwortung und nur wenige verfolgen mit ihren Sponsoringengagements kommerzielle Ziele.

Um dagegen anzuwirken und überzeugende Argumente für eine kommerzielle Sponsoringberechtigung zu liefern, wurden an der Bayerischen Staatsoper die Leistungen für Sponsoren detailliert quantifiziert. Beispielsweise im *Premium Circle* erzielt ein Mitgliedsunternehmen mit Logo und Text mehr als 550.000 hochwertige Kontakte pro Jahr in einer attraktiven Zielgruppe. Das entspricht bei einem Tausenderkontaktpreis von 10 – 20 € einem Wert von ca. 7.000 €. Zudem enthält das *Premium Circle* Angebot drei exklusive Eventoptionen für Sponsoren und deren Gäste sowie die Einladung zu zwei hochkarätigen Veranstaltungen. Nach Vergleich mit Preisen von Eventagenturen entspricht dies einem monetären Gegenwert von rund 20.000 €. Und nicht zuletzt erhält ein Premium Circle Mitglied Kartenvergünstigungen in Höhe von ca. 5.000 € p.a. In Summe belaufen sich die Premium Circle Leistungen also auf über 30.000 €, die Kosten für eine Mitgliedschaft liegen gerade einmal bei 25.000 €.

Die Beispielkalkulation verdeutlicht, dass sich Sponsoring an der Bayerischen Staatsoper mit herkömmlichen Marketingmaßnahmen durchaus messen lassen kann. Reichweite, hohe Kontaktqualität sowie Optionen für hochkarätige Events zur Kundenbindung: das alles hat nachvollziehbare Preise. Dennoch wollen nur wenige Unternehmen von solchen Berechnungen wissen. Entscheidungen fallen leider immer noch oft aufgrund persönlicher Beziehungen und Vorlieben.

Zudem ist bedauerlich, dass nicht alle Firmen die Möglichkeiten ihrer Sponsoringengagements voll ausschöpfen. Vertraglich zugesicherte Leistungen verfallen oft ungenutzt. Hier sind auch die Kulturinstitutionen gefragt, anzuregen und hinzuweisen, denn der anstrengende Sponsor ist der bessere Sponsor: Er bleibt auch in der Zukunft bei der Stange, weil er weiß, was er von seinem Investment hat. Schade ist auch, dass die Sponsoringbotschaft in Form von Anzeigen in Tageszeitungen, oder Radiospots nur selten in die Breite kommuniziert wird. Dabei liegt hier der entscheidende Hebel, den Sponsoringinhalt in größerem Stil reputationssteigernd zu nutzen.

Die Erfahrung an der Bayerischen Staatsoper zeigt, dass sich marktorientiertes und professionelles Handeln in Sachen Sponsoring lohnt und zwar für beide Seiten: Kulturschaffende und Sponsoren. Um den vollen Nutzen aus dem Kultursponsoring zu ziehen, müssen jedoch beide Seiten noch professioneller und aktiver werden. Kultursponsoring sollte nicht nur Liebhaberei des Chefs sein, sondern als ein sensibles, intelligentes Marketinginstrument verstanden werden, das es voll auszuschöpfen gilt – eine persönliche Liebe zur Oper kann dabei natürlich nicht schaden.

Der Verfasser ist der Leiter des Development der Bayerischen Staatsoper ■

Szenenfoto aus Alban Bergs „Lulu“ an der Bayerischen Nationaloper in München: Margarita De Arellano als Lulu **Foto: W.E. Rabanus**

Der Kunst geht es so gut wie nie zuvor

Das neue Gesicht des Kultursponsorings • Von Max Hollein

Leere Kassen, schwierige Finanzlagen, Kürzungen – trotz der permanenten Diskussion rund um sinkende Kulturetats infolge der allerorts angespannten Haushaltssituation der öffentlichen Hand muss gesagt werden: der Kunst geht es so gut wie nie zuvor. Gebettet in eine rasant gewachsene institutionelle Infrastruktur steht sie im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses und ist im Wettbewerb der Kommunen als „weicher Standortfaktor“ mittlerweile sogar Liebkind jedes noch so bodenständigen Lokalpolitikers. In den letzten dreißig Jahren waren es folgerichtig die Kultureinrichtungen, die allerorts aus dem Boden geschossen sind und eine nie dagewesene Dichte erreicht haben. Waren es 1970 noch rund 1.500 Museen in Deutschland, hat sich diese Zahl bis 2002 nahezu vervierfacht.

Eine Konsolidierung dieser Situation – so unpopulär und so tragisch sie für die kulturelle Vielfalt einzelner Orte sein mag – ist unausweichlich und bereits im Gange. Dies manifestiert sich nicht in einem offenen, aggressiven Verdrängungswettbewerb, sondern in einem schleichenden Sterben und Zusammenführen. Allein damit wird sich die finanzielle Schieflage innerhalb der institutionalisierten Kultur jedoch nicht lösen lassen. 90% der finanziellen Unterstützung für Kunst und Kultur kommen nach wie vor von Bund, Ländern oder Kommunen. Es ist allerdings eine Tatsache, dass sich die öffentliche Hand in Bezug auf die Subventionierung von staatlichen und städtischen Kultureinrichtungen in einem finalen Rückzug befindet. Eine Entwicklung, der wir Direktoren mit zivilem Ungehorsam entgegen treten, die wir aber de facto nicht aufhalten können. Auf kompensierende Gelder der Europäischen Union ist in diesem Zusammenhang nicht zu hoffen – gerade 0,05% des Gesamtetats werden für kulturelle Zwecke verwendet, die europäischen Prioritäten werden auch in Zukunft weit abseits der Kultur liegen.

Die Finanzierung orientiert sich folgerichtig zunehmend in Richtung Privatwirtschaft. In Anbetracht dieser Situation wird sich die Zusammenarbeit von Kunst und Unternehmen in Zukunft mehr und mehr zu einer strategischen entwickeln – jenseits von punktuellem Mäzenatentum und spontanem persönlichem Engagement. Man braucht sich keine Illusionen zu machen: Auch wenn offiziell rund 41% der deutschen Unternehmen als Hauptbeweggrund für Kultursponsoring noch gesellschaftliche Verantwortung angeben, ist diese Ausgabe stets als Marketinginstrument mit einer ganz klaren Kosten-Nutzen-Rechnung zu sehen. Die Kultureinrichtung ist dabei ein langfristiger Partner und muß diesbezüglich auch professionell aufgestellt sein. Das bedeutet nicht nur eine eigene Abteilung für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu haben, sondern auch die Sprache des Sponsors zu sprechen – im Grunde genommen bereits im Vorfeld eine auf den Sponsor abgestimmte Kampagne zu erarbeiten, um ihn überhaupt zu gewinnen. Die Initialzündung, die Marketingidee, die ersten PR-Konzepte müssen in diesem Zusammenhang in erster Linie von der Kulturinstitution kommen, um dann gemeinsam mit dem Sponsor weiterentwickelt zu werden.

So ist etwa die Schirn Kunsthalle anlässlich der Ausstellung „Shopping“ eine strategische Partnerschaft mit der Galeria Kaufhof eingegangen. Dies resultierte in einem vom Kaufhaus finanzierten Großprojekt der konsumkritischen amerikanischen Künstlerin Barbara Kruger, das die gesamte 2.200m² umfassende Fassade der Frankfurter Filiale mit einem großen Augenpaar und dem Spruchband „Du willst es, du kaufst es, du vergisst es“ verhüllte. Damit nicht genug, drehte die Schirn im Zusammenhang mit dem Sponsor den Spieß um: der Sponsor Galeria Kaufhof war in der Schirn selbst, dem Hauptort der Ausstellung, nicht präsent, dafür war die Schirn in der Galeria Kaufhof mit Werbung für die Ausstellung und Institution allgegenwärtig. Selbst die Werbeprospekte und Einkaufstüten des Kaufhauses präsentierten sich während der Laufzeit im „Corporate Design“ der Schirn-Ausstellung – für die Galeria Kaufhof ein Riesenerfolg.

Mit simplem Logo Placement unter dem Ausstellungstitel ist es schon lange nicht mehr getan. Weder ist dies effektiv genug für die Zielsetzungen des Unternehmens, noch nutzt es ausreichend die Potenziale, die das Kultursponsoring zu bieten hat. Kunstsponsoring ist – etwa im Vergleich zum Sportsponsoring – relativ kostengünstig, zielgruppenspezifisch (jüngeres, akademisch gebildetes und individualistisches Publikum mit gehobenem Einkommen) und mit geringem Streuverlust. Das Produkt – die Ausstellung, das Konzert – ist mit einem großen Imagetransferpotenzial ausgestattet und eine ideale Plattform für Corporate Entertainment und Firmenkultur. Die positive Wahrnehmung des Kunstsponsoring liegt bei etwa 90%. Die Reichweiten, laut empirischer Studien, bei einem gestützten Recall bei ca. 70%. Zum Vergleich: selbst sehr gute Fernsehspots erreichen selten einen höheren Recall als 45%, bei Plakaten liegt er gar nur bei 23%. Eine Befragung in der Kunstsammlung NRW hat den direkten Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung des Sponsorships und der Einstellung zum sponsernden Unternehmen nachgewiesen: Die Besucher, die das Sponsorship wahrnahmen, waren der Marke gegenüber signifikant positiver eingestellt als jene, denen das Sponsoring unbemerkt blieb.

Die Zusammenarbeit mit dem begleitenden Unternehmen beginnt weder kurz vor noch endet sie nach der Eröffnung oder Premiere. Die langfristige Kooperation, der Austausch zwischen den „beiden Welten“ ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit. Auf diese Weise können auch die Mitarbeiter eines Unternehmens – und das wird in Zukunft besonders an Bedeutung gewinnen – optimal in die Kooperation integriert und zu deren Multiplikatoren gemacht werden. Nichts ist kontraproduktiver, als eine einsame Entscheidung aus der kulturbeflissenen Chefetage, die bei den Mitarbeitern als Geldverschwendung angesehen wird. Einen erfolgreichen integrativen Ansatz des Kultursponsoring verfolgt die Deutsche Bank bereits

Weiter auf Seite 9

Schirn Kunsthalle Frankfurt: Besucher in der Carsten-Nicolai-Ausstellung (bis 28.März 05) **Foto: Schirn**

Fortsetzung von Seite 8

seit Jahren mit ihrer eigenen Kunstsammlung und den vielfältigen Sponsorships. Die Beschäftigung mit moderner Kunst „verschafft uns in der Bank andere Perspektiven auf die Welt, sensibilisiert uns, wie auch unser soziales Engagement dazu beiträgt, besser zu verstehen, was die Menschen denken“ – so formuliert Deutsche-Bank-Vorstand Tessen von Heydebreck die Motivation hinter diesem weitreichenden Engagement.

Als Kulturschaffender muß ich hier auch ganz deutlich sagen, dass es oft die Gespräche mit Persönlichkeiten aus der Wirtschaft sind, Gespräche die sich beileibe nicht permanent um Kunst und Sponsoring drehen, die oft ungemein inspirierend für die eigene Arbeit sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass Kunst immer auch eine Reflexion von gesellschaftlichen Zusammenhängen darstellt und das gerade auch in einer marktwirtschaftlich orientierten Weltordnung es die Manager und Unternehmer sind, die Seismographen für weitreichende Entwicklungen sein können.

Haben wir also bald amerikanische Verhältnisse im Kulturbereich, wie so oft zu lesen ist und mittlerweile auch von so manchem budgetgeplagten Kämmerer gefordert wird? Mit Sicherheit nicht, denn einerseits ist man in Deutschland weit von der amerikanischen, fast durchwegs in Form privater Stiftungen organisierten Institutionsstruktur entfernt und noch viel wichtiger – und das wird fast immer falsch gesehen – baut das amerikanische Support System in diesem Bereich nur zu einem kleinen Teil auf Sponsoring auf. Viel wichtiger ist dort das Mäzenatentum, also die Spende ohne direkte Gegenleistung.

Im Land der niedrigen Ertragssteuern gilt das Spenden in der wohlhabenden Gesellschaft als erste Bürgerpflicht. Bill Gates hat in den vergangenen fünf Jahren 19,2 Milliarden Euro – die Hälfte seines derzeitigen Vermögens – für wohltätige Zwecke gespendet. Diese Summe scheint enorm, aber Fakt ist, dass jemand wie Bill Gates – oder Ted Turner, George Soros, Eli Broad u. a. – gesellschaftlich überhaupt nicht überleben könnten, wenn sie nicht einen Teil an die Gesellschaft zurückgeben würden. „Do not ask what your country can do for you but what you can do for your country“ gilt eben auch im Bereich des wohltätigen Spendens. Mit der Folge natürlich, dass eine Unzahl von Institutionen untereinander um diese Gelder konkurrieren – Universitäten gegen Museen, Krebsforschung gegen die UNO und dass es je nach Gemütsverfassung zu leichten Verschiebungen in den gesellschaftlichen Prioritäten kommt. So mussten einige New Yorker Stiftungen für Obdachlose nach dem 11. September die Gesellschaft aufrufen, nicht weiter an sie zu spenden, da sie aufgrund der enormen Solidarität und der unerwarteten, exorbitanten Geldflüsse Gefahr liefen, ihren Non-Profit-Status zu verlieren.

In den USA gibt es bereits eine neue Gruppe von Mäzenaten, durchwegs hocherfolgreiche Personen aus den neuen Wirtschaftsfeldern der IT-Branche, die sich von den klassischen, im Hintergrund agierenden Stiftern unterscheiden. Diese neuen Unterstützer verlangen Transparenz, Effizienz und insbesondere Ergebnisse. Das Geld muss Wirkung zeigen und messbare Resultate hervorrufen. Die Institutionen müssen eine Mission definieren und diese auch in absehbarer Zeit erreichen können. Es ist das klassische short and mid range planning, das die Wirtschaft jetzt auch dem Kulturbereich abverlangt.

Professionalisierung ist jedoch auch auf Seiten des Sponsors oder Mäzens gefragt. Denn im Grunde genommen ist die Neuorientierung der Kultur hin zur Finanzierung durch den privaten Sektor ein Weiterreichen der Verantwortung in Bezug auf die Entscheidung, was förderungswürdig erscheint. Ein steuerschonendes Modell einer Unternehmensstiftung, die Kultur unterstützt – wie etwa in Deutschland die Gemeinnützige Hertie Stiftung – bedeutet, dass die nicht ausbezahlten Steuern über die Spenden der Stiftung wieder der Öffentlichkeit zukommen. Die Entscheidung über die Förderung von Projekten liegt nicht mehr in der kommunalen Struktur, bei den Bürgermeistern, Kämmerern oder Kulturdezernenten, sondern innerhalb der Unternehmensstruktur bei den Stiftungsvorständen. In diesem Sinne sind Stiftungsmittel Steuergelder, die nicht an den Staat ausbezahlt wurden. Folgerichtig stellt etwa auch Michael Endres, ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Vorsitzender der Gemeinnützigen Hertie Stiftung fest: „Eine Stiftung arbeitet nur dann wirklich gut, wenn sie mit dem Geld besser umgeht als die öffentliche Hand.“

Die mäzenatische Tätigkeit wird in Zukunft öffentlicher werden und das Sponsoring zielgerichteter. Wenn die Titelstory des amerikanischen Wochenmagazins Business Week ankündigt „The New Face of Philanthropy – Our exclusive ranking of the most generous givers – and a look at a few cheapskates“ dann kann man erahnen, was auch Good Old Europe bevorsteht. Wer gemeinnützig spendet, wird groß gefeiert und jene, die es nicht tun, werden öffentlich an den Pranger gestellt.

Bleibt die alte Angst vor dem Einfluss der Sponsoren und privaten Geldgeber auf die Kunst, die Furcht vor dem stromlinienförmigen Zurechtstutzen der Inhalte angesichts eines auf Konsens und heile Welt ausgerichteten Unternehmensimages. Doch die Realität sieht anders aus. Die Vielfalt der Unternehmen bietet einerseits eine Vielfalt der Möglichkeiten und Image Identities – was nicht zum Bankkonzern passt, ist dann eben etwas für den anarchischen Energy-Drink-Produzenten. Den größten Einfluss auf das Programm, auf die Inhalte hätten die Sponsoren, wenn es sie nicht gäbe – dann nämlich wären Projekte überhaupt nicht realisierbar.

Der Verfasser ist Direktor der Schirn Kunsthalle Frankfurt ■

Marketing nicht länger als Feind sehen

Von Dettloff Schwerdtfeger

Ist die Musik Dienerin des Textes, oder darf umgekehrt der Text und seine Verständlichkeit der Musik geopfert werden? Am Ende ihrer ersten Blütezeit und zu Beginn des 18. Jahrhunderts war das u.a. eine existenzielle Frage der Gattungsgeschichte im Musiktheater. Erst in der Reformoper *Orpheus und Euridike* finden Gluck und sein Librettist Calzabigi schließlich zu einer exemplarischen Antwort, die die Gattung vorerst wieder möglich gemacht hat.

Heute – in einem Zeitalter einzigartiger kultureller Vielfalt und Freiheit – wird u.a. darüber diskutiert, ob künstlerische oder wirtschaftliche Belange die Entscheidungen von Theaterleitungen bestimmen. Auch diese Frage bedroht die Existenz des Theaters: Willkür droht Kunst dort zu ersetzen, wo die Freiheit immer weniger durch Urteilskraft und Geschmack von Experten gezügelt wird; Einfältigkeit und Einfallslosigkeit drohen Kunst dort zu ersticken, wo Urteilskraft und Geschmack sich im Markt einem massenhaften Durchschnitt annähern. Es ist also dem künstlerischen ebenso wie dem haushalterischen Exzess vorzubeugen, damit Kunst am freiheitlichen Klima gedeiht. Geht das, indem beide Paradigmen dichotomisch als unvereinbare Führungssysteme einander entgegengestellt werden? Ist nicht vielmehr eine Versöhnung beider anzustreben? Diese Frage steht am Anfang einer Auseinandersetzung mit einem markenpolitischen Konzept für Theater – und sie kann mit „Ja!“ beantwortet werden, wenn man „Marketing“ richtig versteht. Zu einem richtigen Verständnis von Marketing gehört dabei vor allem, dass die Produktpolitik vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen nicht weiter als „Feind der künstlerischen Freiheit“ tabuisiert wird.

Das produktpolitische Markenkonzept für Theater stellt einen Versuch dar, markt- und publikumsbezogene Entscheidungen in den künstlerischen Entscheidungsprozess zu integrieren. Die künstlerisch Verantwortlichen haben in der Regel ein gutes Gespür für die Publikumswirksamkeit der geplanten Werke und Inszenierungen. Die Werkstatistik des Bühnenvereins zeigt darüber hinaus regelmäßig, dass *Zauberflöte*, *Hänsel und Gretel* oder *Carmen* immer gehen. Wie sollte es aber möglich sein, diese „Steuerung auf Sicht“ durch ein strategisch ausgerichtetes programmatisches und produktpolitisches Konzept zu ergänzen? Wie kann die wahrgenommene Unsicherheit des Theaterbesuchers hinsichtlich Interpretation, Regie, Inszenierung und Ausstattung reduziert werden? Wie kommt der Intellektuelle und Avantgardist ebenso wie der Hedonist im Theater regelmäßig auf seine Kosten?

Was heißt Markenpolitik für Theater?

Der scheinbar größte Widerspruch zwischen der Konzeption einer Marke und der eines Theater-Spielplans liegt in der Konstanz und Kontinuität, die bei täglich wechselnden Programminhalten im Repertoirebetrieb des Theaters ja kaum zu realisieren sind. Daraus resultiert, dass sich das Markenverständnis im Kulturbereich fast ausschließlich auf Institutionen (z.B. „Lindenoper Berlin“) oder Personen (aktuell z.B. „Christoph Schlingensief“ in Bayreuth) bezieht. Aus dieser Warte ist es dem Theatermanagement kaum möglich, den eigenen Markt durch markenpolitisch differenzierte Angebote zu segmentieren.

Hier setzt nun die „Markenpolitik für Theater“ an: Ihr Ziel ist es, neue, zusätzliche Entscheidungs- und Managementoptionen bereitzustellen und damit den Handlungsspielraum zu erweitern. Die Markenpolitik verfolgt dabei natürlich auch das Ziel, durch einen guten Auftritt am Markt mit hochwertigen Kulturangeboten die Legitimation für öffentliche Förderungen zurück zu gewinnen, die in den vergangenen Jahrzehnten – oft durch Besucherschwund – manchenorts verloren gegangen scheint.

Die Ansprüche der Kunden sind entscheidend

Wenn es um Marketing geht, geht es immer um Bedürfnisse des Marktes. Im Kulturbereich muss angenommen werden, dass „der Markt“ zunächst den Teil der Gesellschaft darstellt, der Theater will. Woher rühren sonst die starken bürgerschaftlichen Initiativen, die bis heute die Dichte der Kulturlandschaft ausmachen? Diskussionen über den Niveauverfall im Zusammenhang mit Marketing erübrigen sich somit. Also stellt sich die Frage: Welche sind mögliche Ansprüche oder – nach Prof. Dr. U. Koppelmann, Inhaber des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Beschaffung und Produktpolitik an der Universität zu Köln – „nahe der Verhaltensoberfläche liegende leistungsgerichtete Wünsche“ des Publikums? Diese gehen jedenfalls über rein inhaltliche Aspekte des Theaterangebotes hinaus (siehe Kasten).

Wünsche des Publikums

- *intellektuelle* Ansprüche: richten sich auf die dargebotenen Theaterinhalte selbst.
- *gesellschaftliche* Ansprüche: umfassen auch das Publikum als Teil der aufgeführten Leistung.
- *emotionale* Ansprüche: lassen sich angesichts von Werken wie „Romeo und Julia“, „Fidelio“ oder „Schwanensee“ kaum verleugnen.
- *Erlebnis*-Ansprüche: sind ganzheitlich ausgerichtet und werden unterschiedlich verstanden.
- *Bewertungs*-Ansprüche: richten sich auf eine bewusste und kritische Wahrnehmung des Erlebnisses.
- *Wirkungs*-Ansprüche: betreffen den Einfluss, den der Theaterbesuch auf das Verhalten oder Denken jedes Einzelnen nimmt.

Gestaltungsmittel prägen die Marke

Um den unterschiedlichen Ansprüchen zu begegnen, werden ergänzend dazu Gestaltungsmittel des Theaters identifiziert. Diese umfassen traditionelle Aspekte der Theaterarbeit und beziehen sich auf Sparten-, Programm-, Inszenierungs- und Besetzungsentscheidungen. Der Gestaltungsspielraum speist sich damit aus künstlerischen Optionen, die mindestens implizit natürlich schon immer eine Rolle spielen. Markenpolitik bedeutet lediglich die Fokussierung solcher Entscheidungen auf strategische Ziele. Die Theaterwissenschaft hat als System einen „theatralischen Code“ erkannt (vgl. E. Fischer-Lichte, *Semiotik des Theaters*). Dieser ermöglicht eine Differenzierung der möglichen Gestaltungsmittel einer Theaterproduktion. Es empfiehlt sich, zur Gestaltung von wahrnehmungsidentischen Theaterprodukten die Gestaltungsmittel nach Kundenansprüchen zu gruppieren. Unterschiedliche Inszenierungskonzepte – vom traditionellen Illusionstheater bis zur moder-

Weiter auf Seite 10

	Firmenmarke	Familienmarke	Monomarke	
			Produktmarke	Personenmarke
Programmebene	· Vollspartentheatermarke · Spartentheatermarke	**ABONNEMENTS** · intellektuell		· Urheber-/ Autorenmarke
Produktionsebene		· emotional · erlebnisorientiert · bewertungsorientiert · wirkungsorientiert		· Regiemarke
Aufführungsebene	· Spielstättenmarke mit bestimmter Aufenthaltsqualität	· gesellschaftlich	· Einzelproduktion	· Ensemblemarke · Solistenmarke

Fortsetzung von Seite 9

Marketing nicht länger als Feind sehen

nen interpretierenden Inszenierung – werden anspruchsgerecht zu Produktbündeln zusammengefasst.

Ableitung von Markenstrategien für das Theater

Vor dem geschilderten Hintergrund lassen sich hergebrachte Markenbegriffe in ein System überführen. Es resultieren zahlreiche verschiedene Markenstrategien für Theater: Vor allem die Abonnements werden nach dieser Systematik zum produktpolitischen Instrument des strategischen Theatermarketings. Durch Erarbeitung konkreter Produkthandbücher wird es möglich, Abonnements als markenpolitisch profilierte Angebote zu entwickeln. Dramaturgie und künstlerisches Betriebsbüro setzen dabei nach wie vor alle wesentlichen Impulse im inhaltlichen Bereich. Die zielgruppengerechte Positionierung der Abonnements wird jedoch vom Produkt- und Markenmanagement gesteuert und überwacht.

Zu abstrakt? Vielleicht hilft am Schluss ein Beispiel: Überregionale Aufmerksamkeit hat die Produktion *Leonce und Lena* vom Berliner Ensemble (Premiere: 1. Mai 2003) erlangt. Was kann man hier markenpolitisch lernen? Mit der Regie von Robert Wilson, dem renommierten Berliner Ensemble, einem bekannten Werk des Repertoires und der Bühnenmusik von Herbert Grönemeyer wurde eine prägnante Gestaltungsmittelkombination ausprobiert und gefunden. Allgemein kann man sagen, dass die Gestaltungsmittel „Werkauswahl“, „Bühnenmusik“, „Besetzung“ und „Regie“ in einer Weise kombiniert wurden, die neben intellektuellen auch gesellschaftliche und emotionale Besucheransprüche angesprochen haben. Dies ist eine genuin künstlerische Entscheidung gewesen. Ein markenpolitischer Ansatz wäre, die produktpolitische Prägnanz dieser Produktion in einer Produktionsreihe weiterzuentwickeln und so den einmaligen Erfolg regelmäßig zu wiederholen. Die Markenleistung ist die prägnante Gestaltungsmittelkombination, die Programminhalte sind – ganz im Sinne des Repertoirebetriebs – auch weiterhin austauschbar, die Markenwirkung entsteht durch Prägnanz, Wiedererkennbarkeit und Identifikation mit dem Produkt. Schließlich braucht die so entwickelte Abo-Reihe nur noch einen wirksamen Markennamen, aber bitte nicht „Abo-Zyklus B2“!

Der Verfasser ist Kulturmanager und als Berater für die Firma ICG Culturplan tätig. Sein Beitrag bezieht sich auf seine gleichnamige Dissertation, die bei der Fördergesellschaft Produkt-Marketing erhältlich ist. ■

Vom kulturellen Kick der Promiskuität

Martin Heller über böse Eventkultur und rückwärtsgewandte Kulturpolitik

Zwischen 1986 und 1999 war Martin Heller erst Kurator und dann Direktor des Museums für Gestaltung Zürich, ab 1997 zudem Direktor des Museums Bellerive Zürich. Dann übernahm er für vier Jahre die künstlerische Direktion der Expo.02, der Schweizer Landesausstellung 2002. Mit seinen Ansichten über Kunst, Kulturpolitik und Städteplanung provoziert Heller gerne gestandene Kulturpolitiker. Er kann sich das leisten, denn er ist erfolgreich. Erfolgreich aber ist er, weil er es hervorragend versteht, zu überzeugen.

Über seine Firma Heller Enterprises – derzeit fünf Mitarbeitinnen und Mitarbeiter – ist der Kulturunternehmer, Autor und Ausstellungsmacher mit Projekten insbesondere in Deutschland, Österreich und der Schweiz aktiv. Darunter fallen die künstlerische Leitung der Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europas 2010, die Steuerung der Tiroler Landesausstellung 2005 („Die Zukunft der Natur“) oder eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Kasernenareals in der Zürcher City. *politik und kultur* unterhielt sich mit Heller über Kulturpolitik und die Ökonomisierung der Kultur.

puk: Wo sehen Sie das Schwergewicht Ihrer Arbeit?
Martin Heller: Mich interessiert je länger je weniger die Tagesaktualität als vielmehr jene Entwicklungsarbeit, die als Programm gelesen werden kann. Im Sinne einer künstlerischen Strategie. Solche Projekte gibt es nicht sehr häufig. Beispiele dafür sind meine Intendanz in Bremen oder meine frühere Tätigkeit als Direktor des Museums für Gestaltung Zürich. Auch bei der Expo.02, der Schweizer Landesausstellung, konnte ich über die konkrete Autorenarbeit hinaus deutlich machen, wie ich die Rolle der Kultur in ihrem Beziehungsfeld zu Politik und Wirtschaft zu bestimmen suche.
puk: Kann man die Expo.02 und die Bremer Kulturhauptstadtbewerbung vergleichen?
Heller: Bremen und die Schweizer Landesausstellung haben nicht viel gemeinsam. Strukturell allerdings schon; beide sind wesentlich bestimmt von einer Großwetterlage: der zunehmenden Ökonomisierung von Kultur. Ich stelle gerade in Deutschland immer wieder fest, dass diesbezüglich große Ängste vorhanden sind. Zu Unrecht, wie ich meine – man muss den Tatsachen ins Auge schauen. In den letzten zehn, fünfzehn Jahren ist die Ökonomisierung von Lebensbereichen wie Bildung, Gesundheitswesen rapide voran geschritten. Die Frage des Nutzens wird heute überall gestellt, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht.
puk: Und Sie kennen die Antworten?
Heller: Aus meinem Expo-Abenteuer habe ich eine grosse Lust und Neugier mitgenommen, herauszufinden, was zwischen Kunst und Wirtschaft alles möglich ist. Zugleich ist wichtig, angesichts der Ökonomisierungszwänge bewusst zurückzugehen auf das, was Kultur im Wesen ausmacht. Deswegen war die Erfindung unserer Formel „Brutstätten und Besessene“ in Bremen so wichtig – Brutstätten als Orte, in denen an dem künstlerische Prozesse entstehen, und Besessene als jene unverzichtbaren Kulturschaffenden, die ihre Vision über alles stellen. Die Kulturpolitik und damit auch die Kultur hat sich neuen Begründungen zu stellen, muss sie auch selbst mittragen und begleiten. Dazu zählen durchaus neue Nutzenvorstellungen: etwa Kultur als Standortfaktor oder als Entwicklungsfaktor. Aber: Man sollte als Gegengift immer auf den Kern zurückkommen. Kultur kann nur entstehen, wenn es diese Besessenen gibt. Sie sind diejenigen, die Kunst und Kultur möglich machen. Dazu brauchen sie keine Fürsorge – Paternalismus ist mir fremd. Aber sie brauchen Wertschätzung und Achtung, und bestimmte Wirkungsbedingungen. Wenn Kommunen ihren Kulturbereich stärken wollen, müssen erst einmal diese Stätten definiert und gefördert werden.
puk: Sie sagten „Keine Angst vor der Ökonomisierung von Kultur“. Sehen Sie keinen Widerspruch in der Förderung von Event und Kultur?
Heller: Das muss ich verdeutlichen. Bei der Ökonomisierung der Kunst muss man sehr genau, sehr kritisch hinschauen. Aber ich habe keine Angst vor diesen Rahmenbedingungen. Der Megatrend Ökonomisierung ist gegeben. Da wird keiner gefragt. Die schwindenden Budgets sind gegeben. Und es ist gegeben, dass wir uns ein kulturelles System aufgebaut haben, das nicht mehr so einfach finanzierbar ist. Dieses System ist mittlerweile ein Amalgam unterschiedlichster Interessen und Formate. Viele scheinbare Widersprüche sind darin faktisch aufgehoben. Was ist das Kulturhauptstadt-Projekt anderes als ein Event? Was ist eine Landesausstellung anderes als ein Event? Ich wehre mich gegen althergebrachte Kulturpolitiker, die reflexhaft über die böse Eventkultur schimpfen. Man kann zu Recht manches gegen einen überhitzten Kulturbetrieb einwenden. Den finde ich aber nicht nur im Eventbereich, sondern auch in der Giesskannen-Förderung.
puk: Ist die heutige Kulturpolitik eine rückwärtsgewandte?
Heller: Vor zehn Jahren hätte ich auch noch gedacht: Event, Jubiläen... wie langweilig. Heute denke ich: Jedes banale Jubiläum ist eine Chance. Und zwar deshalb, weil wir uns im normalen kulturellen Alltag schwer tun, etwas Außerordentliches zu bewegen. Das Interessante an Events ist deshalb, dass man sie als Hebel benutzen, an sie andocken kann. Als Beispiel mag die Fussball-Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz dienen. Mit Heller Enterprises und einigen Partnern haben wir die Initiative ergriffen für ein gemeinsames Kulturprogramm in der Schweiz und Österreich. Nicht als Beigemüse zur Euro 2008, sondern um eine Plattform zu nutzen, die vom Fussball her bereits gezimmert ist, inklusive Publikum und Kameras.
puk: Gibt es dann noch so etwas wie eine Nachhaltigkeit?
Heller: Die Nachhaltigkeit der Schweizer Expo.02 etwa liegt nicht in den Gebäuden. Die sind abgebaut. Die Nachhaltigkeit liegt in der Erinnerung, in den Bildern; im Gefühl des Publikums, des Kollektivs. Da gab es Dinge, die man nie vergessen wird: die Wolke über dem Neuenburgersee zum Beispiel, oder der schwimmende Würfel von Jean Nouvel. Dinge, die mittlerweile verschwunden sind, aber gerade deshalb umso prägender.
puk: Und bei Ihnen, als Macher?
Heller: Es hat sich durch die Expo.02 innerhalb einer überaus breiten Kulturszene ein neues Netzwerk ergeben. Dazu ein Bewusstseinsprung: Es wurde klar, dass unser Weg der Sinn macht. Derzeit plane ich mit IBM Schweiz – dem CEO bin ich seit der Landesausstellung in grosser Sympathie verbunden – eine Ausstellung über Manager, als soziale Klasse. Das ist unendlich spannender als in einem Museum zu sitzen und sich vorzunehmen, wir könnten mal was über Manager machen. Alle Formen von Promiskuität, die sich durch die Gegebenheiten des aktuellen Lebens ergeben, finde ich enorm interessant.
puk: Sind in der Schweiz die Berührungsängste zwischen Wirtschaft und Kultur nicht so stark wie in Deutschland?
Heller: Die Unterschiede sind nicht sehr gross. Ich sprach mehrfach mit Martin Roth, dem einstigen Verantwortlichen für die Themenausstellungen der Expo Hannover, über solche Fragen. Wir beide konstatierten große Aufmerksamkeit seitens der Wirtschaft. Denn Kultur kann etwas bringen, was „die“ Wirtschaft nie und nimmer zu leisten imstande ist: Content zumal, aber auch Emotionen, Widerständigkeit und Beharrlichkeit. Vor diesem Hintergrund unterscheide ich klar zwischen zwei Aspektierungen der Ökonomisierung. Auf der einen Seite geht es um die Frage nach effizientem Management von Kulturereignissen, und auf der anderen um Sponsoring, und um die Finanzierung von Kunst und Kultur. Das darf man nicht durcheinanderbringen. Allein schon deshalb, um nicht der ebenso saloppen wie falschen Formel Vorschub zu leisten, auch Kultur müsse sich immer rechnen. Kultur rechnet sich sehr wohl, aber anders.
puk: Welche Zukunft geben Sie der Kulturpolitik?
Heller: Hier sehe ich große Unterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland. Zum einen, weil die materiellen Gegebenheiten in Deutschland um einiges schlechter sind. In der Schweiz jammern alle auf sehr hohem Ausstattungsniveau. In Deutschland besteht Kulturpolitik momentan aus drastischen Antithesen und Polarisierungen vom Typus: Schließe ich eher einen Kindergarten, oder eine Theatersparte? Genau darum erscheint mir die Kulturhauptstadt-Bewerbung als politisches Projekt so interessant, und darum plädiere ich dafür, die Erfahrungen daraus in Umlauf zu bringen. Wie fühlt es sich in den jeweiligen Kommunen an, wenn man in Zeiten brutalen Mangels ein kulturelles Großprojekt durchsetzen will? Alle haben wir schließlich die Erfahrung gemacht, dass jede Forderung, Kultur finanziell bevorzugt zu behandeln, spezifische Begründungen verlangt. Diese Begründungen wiederum müssen auf strategische Ziele abgestützt sein, die man erst einmal formulieren muss. Das ist Kulturpolitik am Beispiel von Kulturhauptstadt-Bewerbungen und davon lässt sich einiges übersetzen in den kulturpolitischen Alltag von Nichtbewerber-Städten.
puk: Was ist den Bürgern ihre Kultur wert?
Heller: In der Regel sind die Vergabekriterien von privater Seite natürlich immer auf dieselben Institutionen gerichtet. Also gilt es, gerade bei privaten Sponsoren die Lust zu wecken, etwas für das Experimentelle zu tun. Man muss den Leute zeigen, dass es sich lohnt, ins Offene zu gehen. Bei der Bremer Kulturhauptstadt-Bewerbung beispielsweise wollte ich nicht auf – in meinen Augen – vordergründige Bürgerpartizipation in Form irgendwelcher Ideenwettbewerbe setzen. Deshalb haben wir erst zu einem späteren Zeitpunkt das Bremer Weltspiel entwickelt. Es ist eine Einladung insbesondere auch an nichtprofessionelle Kulturakteure, Ideentransfer zu betreiben, über Deutschland hinaus. All das ist privat finanziert. Daher bietet das Weltspiel die Möglichkeit, über Anträge schnell und unbürokratisch zu entscheiden. Die Hälfte des Geldes stammt von unseren Partnerfirmen; es gibt aber auch einen Mäzen, der mir innerhalb einer halben Stunde 300.000 Euro zusicherte, auf eineinhalb Jahre hin. Mein Respekt für solche Menschen ist riesig. Denn schlussendlich ist das eine Frage von Vertrauen, die wichtigste Kategorie in diesem Spiel. Der Mäzen gibt das Geld ja nicht der Stadt Bremen, nicht einmal der Kulturhauptstadt-Bewerbung. Er gibt das Geld eigentlich mir als eine Art kultureller Treuhänder, weil er mein Engagement für diese Stadt schätzt, und mir vertraut. An diesem Punkt bin ich zutiefst berührt, weil sich völlig neue Perspektiven eröffnen. Interessenvertreter von Einrichtungen können da nicht mehr mithalten. Vertrauen dieser Art setzt entweder, wie in Bremen, eine unabhängige Intendanz voraus, oder, wie in Zürich, die Freiheit eines Kulturunternehmers.

Das Interview führte Andreas Kolb ■

Erfolgreicher Querdenker: Martin Heller **Foto: Marc Wetli Zürich**

„Nie wieder CDs kaufen“

Das Problem, wenn die Privatkopie zur primären Nutzungsform wird • Von Thorsten Braun

Wert der Kreativität

Schaut man heute in die einschlägigen Computerzeitschriften oder Internet-Foren, so wimmelt es von Schlagzeilen wie „Geschickter als kaufen“, „Musik kostenlos und völlig legal“, „Hits for free“. Wer heute noch Musikprodukte kauft, seien es CDs oder Musik-Downloads, scheint nicht mehr „up-to-date“ zu sein. Verwundert reibt man sich die Augen: Kann das denn wirklich stimmen? Die Antwort ist: leider ja.

Schon seit geraumer Zeit ist die Feststellung berechtigt, dass zwar immer mehr Musik genutzt, aber immer seltener dafür bezahlt wird. Die Schere zwischen kopierter und verkaufter Musik geht immer weiter auseinander. Das Urheberrechtsgesetz leistet dieser Entwicklung weiter Vorschub. Denn die legale „Privatkopie“ eröffnet vielfältige Möglichkeiten, den Musikbedarf zu befriedigen, ohne dafür bezahlen zu müssen. Und diese Möglichkeiten werden massenhaft genutzt. Die Privatkopie ist schon lange keine Ausnahme mehr, sondern die Regel. Was mit dem Kopieren auf Audio-Leercassetten begann, ging über das „Brennen“ von CDs sowie dem Herunterladen von Musik auf die Festplatte und ist heute beim automatisierten Aufnehmen von Musik aus Internetradio- und Rundfunkprogrammen angekommen.

Die „intelligente“ Aufnahmesoftware

Neue Aufnahmesoftware (z.B. Tobit ClipInc., Air2MP3, AudioJack, Stationripper, Streamripper) vereinfacht das gezielte Aufnehmen einzelner Musikaufnahmen aus Rundfunk- und Internetradio-Programmen. Wo man früher vor dem Radio saß, um mit seinem Cassetten-Recorder mit Start- und Pause-Taste einzelne Songs aufzunehmen, zeichnet man heute bequem Musikprogramme auf, die automatisiert in die einzelnen Songs unterteilt und separiert mit allen Informationen zu Künstler und Titel auf der Festplatte des PCs abgelegt werden. Von dort können sie beliebig weiterverarbeitet, beispielsweise auf CD-Rohling gebrannt werden. Der Aufnahmevorgang wird durch umfangreiche Servicefunktionen automatisiert, wobei auch das gezielte Aufnehmen vorbestimmter Musikaufnahmen möglich ist, ohne dass der Nutzer das übertragene Gesamtprogramm anhören muss.

Funktionsweisen der Software

Als Quellen für die Musikaufnahmen dienen sowohl herkömmliche Rundfunksendungen als auch Internetradio-Programme. Werden Musiksendungen aus dem Hörfunk oder Fernsehen aufgenommen, werden zur Aufteilung des Programms in die einzelnen Musiktitel sog. Schnittlisten („Cut-Lists“) benötigt, die die Anbieter der Software liefern oder andere Nutzer derselben Software zur Verfügung stellen. Hier eröffnen sich für die Anbieter weitere Geschäftsmodelle. So ist bereits angekündigt worden, die Schnittlisten kostenpflichtig anzubieten.

Die Funktionsweise der Software lässt sich schematisch wie in Abb. 1 (siehe rechts) darstellen:

Das Aufzeichnen von Musik aus Internetradio-Programmen ist sogar noch einfacher. Denn die „Schnittlisten“ werden ohne weiteres Zutun der Nutzer aus den von den Internetradios automatisch mitgelieferten Song-Informationen (sog. „ID3-Tags“) erstellt (siehe Abb. 2 rechts). Als Basis für die Software, die Internetradio aufzeichnet (z.B. Streamripper, Stationripper), dient die Shoutcast-Technologie. Shoutcast bietet sehr bequeme Möglichkeiten zum Auffinden gewünschter Songs (siehe Abb. 3 unten).

Die Gefahren einer solchen Software liegen auf der Hand, gerade auch im Zusammenspiel mit neuen Formen von „Internetradio“. Reine Musikkanäle, in denen nur ein eng abgegrenztes Repertoire einer bestimmten Musikrichtung übertragen wird (z.B. „Pop International der 80er“, „Der Beatles-Kanal“), können bereits ohne weiteres den Musikbedarf eines Verbrauchers vollständig befriedigen. Doch das Internet bietet noch viel mehr Möglichkeiten, ein Programm sogar individuell auf den Musikgeschmack und die Wünsche jedes einzelnen Hörers zuzuschneiden. Funktionen, mit denen Titel bei Nichtgefallen übersprungen werden können, sind erst der Anfang. Durch weitere Einflussmöglichkeiten („Never-Play-It-Again“; Angabe von Lieblingskünstlern und/oder -titeln) ist es möglich, jedem Hörer ein individuell für ihn konzipiertes Programm zu übertragen. Mit einem redaktionell gestalteten Vollprogramm, das für alle Hörer gleich und in dem Musik nur ein Bestandteil von mehreren ist, haben diese Formen des „Internetradios“ nichts zu tun.

Wenn dann noch Software-Angebote hinzutreten, die die einzelnen Programmbestandteile gezielt aufnehmen, bedeutet dies eine übermächtige Konkurrenz zu kommerziellen Download-Angeboten für Musik.

Wie gesagt, das Urheberrechtsgesetz setzt derzeit dieser Entwicklung nichts entgegen. Und wenn es nach dem Referentenentwurf für das Zweite Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft geht, wird sich daran auch in Zukunft nichts ändern. Zwar hat das Bundesjustizministerium die Gefahren durch neue Aufnahmetechnologien durchaus gesehen. Aber, gehandelt hat es nicht. § 53 Abs. 1 UrhG soll auch weiterhin in sich widersprüchlich, missbrauchsanfällig und viel zu weit gefasst bleiben. Die Schranke der Privatkopie wird nicht auf einen Anwendungsbereich begrenzt, der allenfalls noch gerechtfertigt ist. Die Bundestagsabgeordneten sind aufgefordert, dies zu hinterfragen und doch noch Änderungen an dem Gesetzentwurf vorzunehmen.

Was ist zu tun?

Wenn schon an der Schranke der Privatkopie festgehalten werden soll, so muss sie zumindest auf wenige, eng umgrenzte Ausnahmefälle begrenzt werden, in denen die Herstellung eines Vervielfältigungsstücks (gegen pauschale Vergütung) überhaupt noch gerechtfertigt ist. Die berechtigten Ausnahmen könnten hinsichtlich der Überspielung von Ton-/Bildträgern die Sicherungskopie vom eigenen Original und hinsichtlich des Aufnehmens von Rundfunksendungen („off-the-air-copying“) das sog. „time-shifting“ sein, also das Aufzeichnen einer Rundfunksendung, um diese zu einem späteren Zeitpunkt anhören bzw. ansehen zu können. Letzteres entspricht beispielsweise der „fair use“-Doktrin des US-amerikanischen Rechts und ist notwendig, um die dargestellten „intelligenten“ Aufnahmetechnologien zu verhindern, die allein dem Ziel dienen, die kostenlose Musikversorgung aus Rundfunk- und Internetradio-Angeboten zu ermöglichen. Solche Aufnahme-Tools sollten ausdrücklich verboten werden.

Schließlich sollte auch die Zulässigkeit des Herstellenlassens von Kopien durch Dritte aufgrund der evidenten Missbrauchsmöglichkeiten entfallen.

Darüber hinaus sollte ausübenden Künstlern und Tonträgerherstellern hinsichtlich der Übertragungsformate, die jenseits der herkömmlichen Rundfunksendung liegen, ein Ausschließlichkeitsrecht gewährt werden. Die Gewährung eines bloßen Vergütungsanspruchs an Stelle eines Ausschließlichkeitsrechts ist nur dort hinnehmbar, wo Musik in einem redaktionell gestalteten Programm ohne interaktive Elemente (also ohne direkte Möglichkeit der Einflussnahme für den Hörer) gesendet wird. Der Gesetzentwurf äußert sich hierzu gar nicht. Ein weiteres Gebiet, wo er auf technologische Entwicklungen nicht reagiert, obwohl die Gefahren für die Rechteinhaber bereits klar auf der Hand liegen.

Es bleibt viel zu tun

Es ist zu befürchten, dass auch der „zweite Korb“ des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft wieder den technologischen Entwicklungen hinterherhinken wird. Von einem „Urheberrecht für das neue Jahrtausend“, das von der Tonträgerwirtschaft dringend benötigt wird, kann derzeit jedenfalls noch keine Rede sein.

Der Verfasser ist Syndikus der Deutschen Landesgruppe der IFPI e.V. (International Federation of the Phonographic Industry), Berlin ■

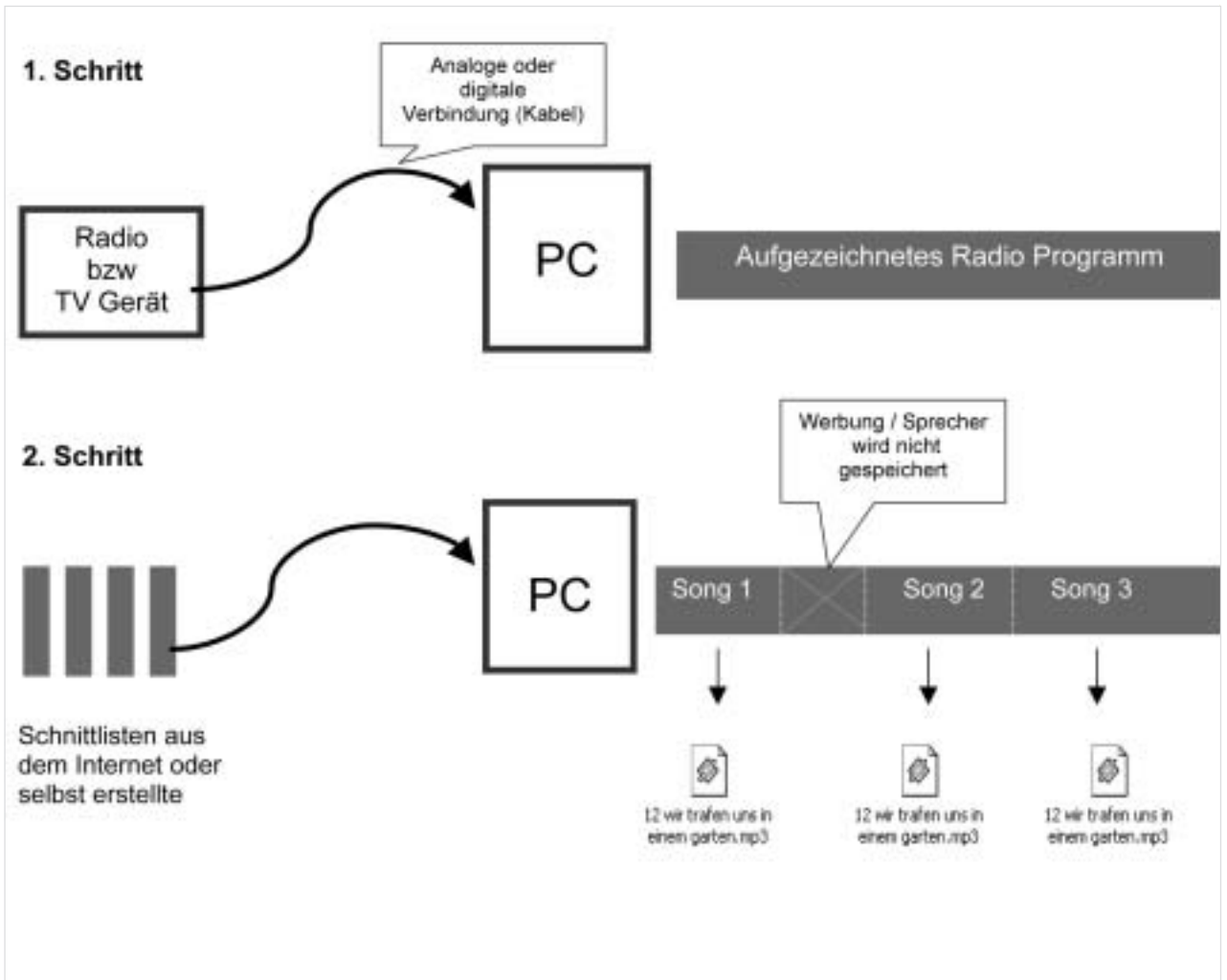


Abb. 1: Funktionsweise der Software

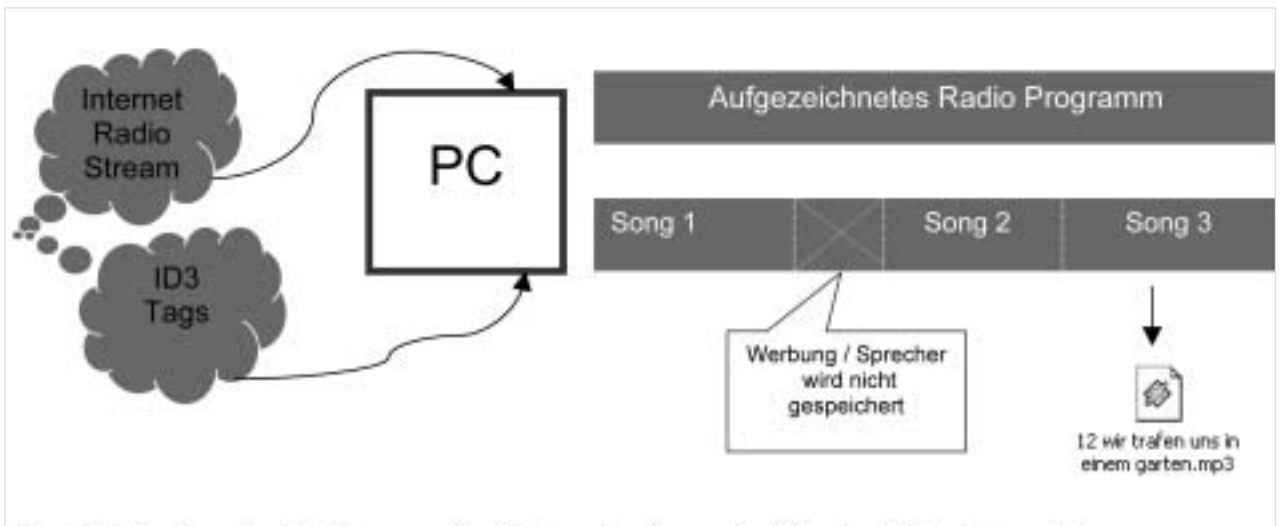


Abb. 2: Von den Internetradios automatisch mitgeliefert: Die Song-Informationen (ID3-Tags)

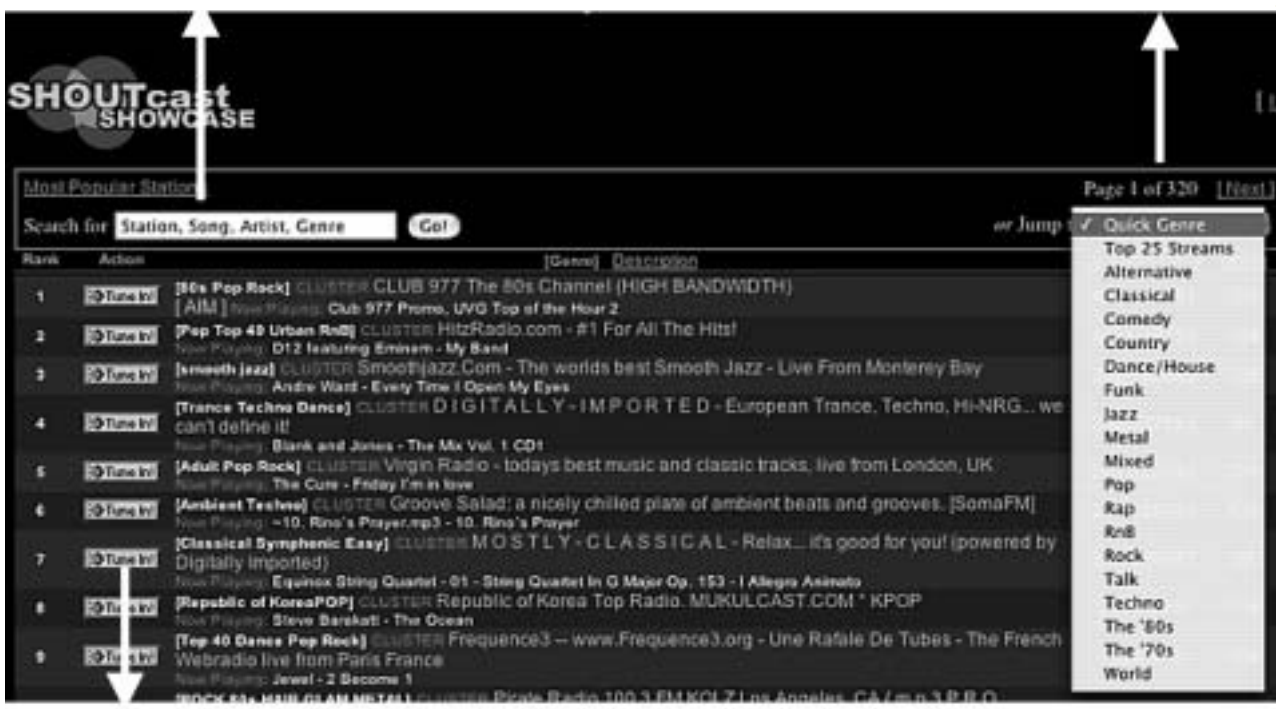


Abb. 3: Suche nach Song oder Künstler, liefert alle Radio-Streams, in denen der Song oder Künstler gerade läuft. Verfügt über 6.400 (!) Radiostationen

Harsche Kritik am Referentenentwurf zu Korb II

Von Gabriele Schulz

Wert der Kreativität

Bis zum November 2004 erbat das Bundesministerium der Justiz Stellungnahmen und Meinungen zum Referentenentwurf für den so genannten Korb II Urheberrecht in der Informationsgesellschaft. Der Deutsche Kulturrat hat im November 2004 seine Stellungnahme vorgelegt und verdeutlicht, dass er noch erheblichen Handlungsbedarf sieht (siehe hierzu auch *politik und kultur* 1/2005). Über die Stellungnahmen und Positionen der so genannten interessierten Kreise hinaus fordert das Bundesministerium der Justiz auf seinen eigens eingerichteten Seiten unter http://www.kopien-brauchen-originale.de zur Diskussion um diesen Korb II auf. Ein solcher Diskussionsbeitrag war das Symposion der VG Wort am 17. Januar dieses Jahres unter dem Titel „Ein Korb für Künstler“.

In dieser hochkarätig besetzten Veranstaltung gingen die Redner mit dem Vorhaben der Justizministerin hart ins Gericht. Aus den Begrüßungsworten von Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Geschäftsführender Vorstand der VG Wort, ging sogleich hervor, welche Bedeutung die VG Wort diesem Gesetzesvorhaben beimisst. Als zentralen Kritikpunkt stellte Ferdinand Melichar nochmals die geplanten Neuregelungen zur Pauschalvergütung heraus. Nicht nur dass statt einer Erhöhung der seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten feststehenden Vergütungssätze faktisch eine Erniedrigung droht, überdies ist statt einer Festlegung per Gesetz, wie zur Zeit festgelegt, oder auf dem Verordnungsweg, wie vielfach gefordert, ein Tarifverhandlungsverfahren zwischen den Verwertungsgesellschaften und der Geräteindustrie geplant, welches die Gefahr der Rechtsunsicherheit und vor allem lange Verhandlungen mit großen Unsicherheiten für die Unternehmen und die Rechteinhaber in sich birgt. Bereits bei den Anhörungen zu Korb II im vergangenen Jahr wurde letztere Neuregelung sowohl von den Vertretern der Rechteinhaber als auch der Geräteindustrie abgelehnt. Dennoch scheint das Bundesministerium der Justiz hieran festhalten zu wollen.

Als Geschenk brachte Bundesjustizministerin Zypries den ca. 120 geladenen Gästen in ihrem Grußwort jedoch mit, dass die Cessio legis nun doch nicht in den Korb II aufgenommen wird. Hiergegen haben sich die Vertreter der Urheber mit Vehemenz und – wie es scheint – mit Erfolg gewehrt. Ansonsten ließ die Ministerin keinen Zweifel daran, dass der Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung nach der Ressortabstimmung in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden soll.

Zum Auftakt der Veranstaltung hielt der Schriftsteller und Nobelpreisträger Günter Grass eine beeindruckende Rede zur Stellung der Urheber in der Gesellschaft. Er klagte über die Missachtung der Schriftsteller durch die Öffentlichkeit, durch die Verlage aber auch das Regietheater. Anschaulich, und vor allem eindringlich stellte Günter Grass klar, dass niemand anderes als die Urheber, die Schöpfer künstlerischer Werke, erst jenen Grundstoff produzieren, der die Wertschöpfungskette Kultur in Gang setzt. Besonders hart ging Grass mit jenen internationalen Konzernen ins Gericht, die den Buchmarkt dominieren und mit Autoren und ihren Werken wie mit einer Ware wie jeder anderen umgehen. Die Worte von Grass verankerten bei jedem noch einmal, worum es beim Urheberrecht geht, um den Schutz der Schöpfer kreativer Werke, um deren gerechten Anteil an der Wertschöpfungskette. Urheberrechtliche Vergütungen sind keine Almosen und auch kein Handelshemmnis, sondern eine Entlohnung der Urheber.

Ebenso deutlich, wenn auch in einer anderen Tonlage vorgetragen kritisierte der Wissenschaftsverleger Dr. Wulf D. von Lucius die im Referentenentwurf vorgeschlagene Neuregelung der Pauschalvergütung. Wulf von Lucius unterstrich in seinen Worten die Leistungen, die Verlage, von ihm besonders in den Blick gerückt Wissenschaftsverlage, für ihre Autoren erbringen. Er verdeutlichte, dass sich die Abgabe auf Geräte, die zur Vervielfältigung geeignet sind, auf die gesamte Lebensdauer eines Gerätes beziehen und damit alle urheberrechtsrelevanten Vergütungen abgegolten werden. Ungeeignet erscheint aus seiner Sicht das geplante Verfahren, die Vergütungssätze künftig in Tarifverhandlungen zu ermitteln.

Der promovierte Urheberrechtler und Leiter des Ressorts Innen bei der Süddeutschen Zeitung Dr. Heribert Prantl ließ ebenfalls an der geplanten Regelung zur Pauschalvergütung kein gutes Haar. Scharf kritisierte er, dass trotz zweier Vergütungsberichte, in denen die Bundesregierung die Anhebung der Vergütungssätze empfohlen hat, immer noch nichts geschehen ist und im Gegenteil die nun geplanten gesetzlichen Neuregelungen vor allem das Wohl der Geräteindustrie im Blick haben und nicht die gerechte Vergütung der Urheber. Es ist davon auszugehen, dass die Einnahmen der Rechteinhaber aus der Pauschalvergütung sinken werden. Prantl benutzte hierfür den Begriff einer Enteignung der Urheber.

Professor Dr. Fred Breinersdorfer stand vor der schwierigen Aufgabe, eine Rede zu einem Thema zu halten, welches sich bereits erledigt hat. Er wollte sich mit der geplanten Cessio legis, d.h. die Übertragung aller Einzelrechte, z.B. am Drehbuch oder der Filmmusik an den Produzenten auseinander setzen. Der Drehbuchautor und Produzent ließ sich von der Aussage der Ministerin aber nicht beirren und verdeutlichte in einer filmreifen Rede als Mann mit zwei Hüten, einem als Produzent und einem als Drehbuchautor, welche Auswirkungen die Cessio legis auf die Urheber gehabt hätte.

Redner beim Symposion der VG Wort: Günther Grass Foto: Achim von Michel

Die Veranstaltung der VG Wort war nicht nur ein intellektuelles Vergnügen dank der klugen und konzisen Beiträge aller Redner. Sie war zugleich ein Musterbeispiel des „prodesse et delectare“, denn alle Vorträge hatten so viel Witz, im besten Sinne des Wortes, dass das Publikum gebannt auf seinen Stühlen saß und allen Rednern aufmerksam zuhörte. Beim späteren Empfang gab es ausreichend Gelegenheit zur Diskussion. Es bleibt zu hoffen, dass die VG Wort die ausgezeichneten Beiträge in einem Sammelband veröffentlichen und so einem breiten Kreis zugänglich machen wird.

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten

Kritische Anmerkungen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk • Von Heinrich Bleicher-Nagelsmann

Bereits in meinem Grußwort zur Eröffnung der Veranstaltung des Initiativkreises öffentlich-rechtlicher Rundfunk dürfte deutlich geworden sein, dass wir von Seiten des Deutschen Kulturrates (DKR) dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem Kulturauftrag einen kaum zu überschätzenden Stellenwert zumessen. Aus den Beiträgen am Vormittag und auch durch Frau Piehl und Herrn Henke vom WDR ist uns allen dieser Stellenwert noch einmal deutlich vor Augen geführt worden. Wo soviel Lob und Licht ist, werden allerdings auch Schatten sichtbar und da Verbesserungen immer möglich und erwünscht sind, möchte ich im folgenden quasi als „agent culturel“ auch aus Zeitgründen einige eher kritische Anmerkungen machen.

Wer den „Leuchtturm WDR“ sieht, wird gern zugestehen, dass er ein sehr positives Beispiel innerhalb der ARD für die Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrages darstellt. Vergegenwärtigt man sich die eindrucksvolle Aufzählung von Gebhard Henke, der insbesondere den Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für den Film herausgestellt hat, kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich bei der nahezu lückenlosen Aufzählung der Highlights um ein „Pfeifen im Walde“ handelt. In Frage gestellt ist doch, ob auch in Zukunft noch ausreichend Finanzmittel bei ARD und ZDF für solche Produktionen zur Verfügung stehen. Deutlich hat der Bundesverband deutscher Fernsehproduzenten vor einer Gefährdung der Existenz mittelständischer TV-Produzenten durch die Sparpolitik der Fernsehsender gewarnt. Man sieht die Gefahr, dass nach der jüngsten Gebührenentscheidung der Ministerpräsidenten die Produzenten als „schwächstes Glied“ zwischen Politik und Sendern zerrieben werden (so Verbandspräsident Burgemeister anlässlich der Hauptversammlung am 25. November 2004 in Berlin). Nimmt man die Entwicklung der drei vergangenen Jahre, ist nach Aussagen des Verbandssprechers Karl-Otto Saur die Zahl der 90-minütigen Fiction-Produktion aller Sender von 300 auf 170 Filme pro Jahr gesunken. Dies hat in erster Linie an der Sparpolitik der Privatsender gelegen. Dass dieser Trend sich als Folge der verminderten Gebührenerhöhung auch bei öffentlich-rechtlichen Sendern bemerkbar macht, ist zu befürchten.

Tatsache ist, dass die negativen Auswirkungen einer unzureichenden Gebührenerhöhung in der ARD im Kulturbereich bei den Klangkörpern bereits greifen. Wenn die Hörfunkdirektorin Monika Piel des WDR noch betonen kann, dass beim WDR die Klangkörper und Chöre nicht gefährdet sind, gilt dies für den Bayerischen Rundfunk und den Südwestrundfunk schon nicht mehr. Der Bayerische Rundfunk hat angekündigt, dass bis zum Ende der Spielzeit 2005/2006 das Münchener Rundfunkorchester aufgelöst wird. Damit sollen neun Millionen Euro pro Jahr gespart werden. Beim Südwestrundfunk ist von einer Kooperation oder möglichen Fusion der SWR-Orchester mit dem Rundfunksinfonieorchester Saarbrücken die Rede. Detaillierte Informationen zu diesem Komplex kann sicher der Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung, Gerald Mertens, geben, der bei dieser Veranstaltung anwesend ist.

Um die Konsequenzen für die Kulturprogramme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ermessen zu können, muss eine Debatte über das, was als Kulturprogramm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu bezeichnen ist, geführt werden. In seinen Ausführungen hat Dr. Eckhard Bezug auf die Kulturstudie von ARD und ZDF genommen und zu Recht auf die Notwendigkeit neuerer Untersuchungen hingewiesen. Wenn wir zu einem für Programmentwicklung und Programmkritik praktikablen Kulturbegriff kommen wollen, muss hieran weiter gearbeitet werden. Hierzu möchte ich einen Denkanstoss geben, auch wenn Prof. Rossen-Stadtfeld bereits die damit verbundenen definitorischen Probleme angesprochen hat. Wenn wir nicht zu einer genaueren Unterscheidung zwischen Unterhaltung und Kultur im engeren Sinn kommen, wird man keine angemessene Diskussion führen und Politik entwickeln können. Selbst wenn man von einem weiten Kulturbegriff ausgeht, muss dieser für den Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks doch präzisiert werden. Der Verfassungsrechtler Prof. Dieter Grimm hat schon 1983 in einem Vortrag zum „Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen“ exemplarisch für den Rundfunk folgendes ausgeführt:

„Aus der Zugehörigkeit des Rundfunks zur Kultur folgt die Notwendigkeit einer kulturrechtlichen Interpretation der Rundfunkfreiheit…. Als kulturelle Freiheit bezieht sich Rundfunkfreiheit auf das Programm und seine spezifisch publizistische Ausdrucksform. Dagegen sind kulturelle Freiheiten weder wirtschaftliche Freiheiten noch garantieren sie regelmäßig private Strukturen. Eine den kulturrechtlichen Anforderung entsprechende Rundfunkordnung muß ein kulturell angemessenes Programm gewährleisten. Dazu gehört sowohl die Vermittlung kultureller Grundlagen von Person und Gesellschaft als auch *ein zugänglicher Anteil kultureller Sendungen im engeren Sinne* (Hervorhebung HBN).“

Trotz des von mir eingangs angesprochenen zutreffenden weiten Kulturbegriffs müssen wir also für eine sinnvolle und zukunftsweisende Debatte des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrags um Differenzierung bemüht sein. In Abgrenzung zu anderen Programmbestandteilen, z.B. Unterhaltung und Sport steht ein engerer Kulturbegriff zur Diskussion. Es geht um Programmbeiträge, die eher mit dem Begriff einer Hochkultur (die schönen Künste) in Abgrenzung zu Massen- oder Populärkultur zu benennen sind. Auch und gerade im Bewusstsein, dass Übergänge fließend bzw. (siehe E- und U-Musik) im Wandel begriffen sind. Es geht um das kulturelle Subsystem im engeren Sinn.

Zu dieser Debatte haben Helmut Volpers und Hans-Jürgen Weiss in ihrer Studie über „Kultur- und Bildungsprogramme im bundesdeutschen Fernsehen“ (BLM Schriftenreihe, Band 22, München 1992) einen Beitrag geleistet. Im folgenden beziehe ich mich auf diese Studie.

In Bezug auf das Vielfaltsgebot des Bundesverfassungsgerichts werden als Kultur „gesonderte Programmleistungen verstanden, die eindeutig
1. gegenüber Programmangeboten, die sich auf die Meinungs- und politische Willensbildung beziehen,

Weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

2. gegenüber Programmangeboten, die über die laufende Berichterstattung hinausgehen, und
3. gegenüber Unterhaltungsangeboten abzugrenzen sind.“

In dieser Perspektive ist es zwingend erforderlich, einen Kernbereich der Kulturvermittlung und Kulturhervorbringung durch das Fernsehen zu bestimmen, der gegenüber den typischen Unterhaltungsangeboten abgegrenzt ist.

Natürlich gibt es wie schon angemerkt Übergänge zwischen Kultur- und Unterhaltungsprogrammen. Manchmal übrigens, wenn man den Beitrag genauer bewertet, entgegen dem ihm zugewiesenen Sendeplatz.

Hier ist weder die Zeit noch der Ort eine vertiefte Begriffsdiskussion zu führen oder gar detaillierte Kriterien aufzustellen. Dies erscheint mir jedoch sinnvoll für eine zukünftige Bestands- und Entwicklungsdebatte für den Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Anhaltspunkte liefert übrigens auch die schon angesprochene Studie der ARD/ZDF-Medienkommission zu Kultur und Medien.

Sinnvoll wäre es, nach ca. 15 Jahren, eine neue Studie über Kultur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu machen. Ich befürchte allerdings, dass wenn man diese qualitativ und quantitativ valide betreibt, im Rückblick schmerzliche Lücken offenbar werden. Was wurde abgewickelt, was zur Unkenntlichkeit verändert oder auf Sendeplätze geschoben, wo nur noch ein Schattendasein möglich war bzw. ist? Wir alle erinnern uns noch an die Verschiebung des Kulturmagazins der ARD am Sonntag hinter den Programmplatz von Sabine Christiansen. In diesem Zusammenhang müsste meines Erachtens auch das aktuelle Beispiel der politischen Magazine, die Veränderung ihrer Länge und Sendeplätze diskutiert werden. Sie sind – diesmal im weiteren Sinn verstanden – ein Beitrag zur politischen Kultur in unserem Land.

Auf die konkrete Bedrohung von Klangkörpern und Chören hatte ich bereits hingewiesen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn einer der Urheber des sogenannten SMS-Papieres, der Ministerpräsident Milbradt, Kürzungen bei den Klangkörpern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert. Statt von Ironie müsste man vielleicht eher von Scheinheiligkeit sprechen. Waren es doch die Ministerpräsidenten Steinbrück, Milbradt und Stoiber selbst, die in ihrem Papier diese Richtung angegeben hatten. Sie hatten gefordert, die beiden Kultursender ARTE und 3SAT zu vereinen. Das würde eine Halbierung der Kulturprogramme bedeuten und Vielfalt entsprechend reduzieren. Eine weitere Forderung: Die Berechtigung von ARD und ZDF zu den bisherigen zusätzlichen digitalen Angeboten (Eins MuXx, EinsExtra, EinsFestival, ZDFdokukanal, ZDFinfokanal, ZDF-Theaterkanal) und die Kooperationsmöglichkeit mit kommerziellen Anbietern sollen entfallen. Selbst wenn man trefflich über den Kulturcharakter einzelner Programmbestandteile der Sender streiten kann, ist der ZDF-Theaterkanal unbestritten einer *der* Kulturkanäle des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. An dieser Stelle sei die Anmerkung erlaubt, dass zur umfassenden Realisierung des Kulturauftrages unseres Erachtens auch Kultur im Vollprogramm gehört. So wünschenswert Spartenkanäle erscheinen mögen und auch im Interesse mancher Zuschauer sind, stehen sie aufgrund technischer Bedingungen doch nicht allen Gebührenzahlern zur Verfügung. Hier existiert ein Mangel dem abgeholfen werden muss.

Ein wahrhaft unkulturelles Streichkonzert soll nach Vorstellung der Ministerpräsidenten beim Hörfunk im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stattfinden. Wenn man sich die Formatierung der Hörfunkprogramme in den vergangenen Jahren vor Augen führt, muss auch hier deutlich HALT gesagt werden. In der bewährten Tradition des Rundfunks zur Förderung von neuer Musik, die nicht stromlinienförmig einem Zeitgeschmack entspricht, gilt es auch zukünftig, das zu fördern, was sich vom Minderheitenprogramm zum Kulturprogramm für (qualifizierte) Mehrheiten entwickeln kann. Hierfür müssen Ressourcen bereitgestellt werden.

Statt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schützen und seinen Kulturauftrag zu befördern, sind maßgebliche Ministerpräsidenten damit beschäftigt, ihn zu demontieren und ihm die Legitimationsgrundlage zu entziehen. Von den Intendanten hätte ich mir gewünscht, dass sie hiergegen stärker opponiert hätten und den Weg nach Karlsruhe ernsthaft in Erwägung ziehen würden. „Wenn schon Streichung, dann nicht bei der Kultur“ hätte es meiner Auffassung nach heißen müssen. Man sägt nicht den Ast ab, auf dem man sitzt.

Bedauerlicherweise kam auch von manchen Gremien nur verhaltener Protest. Ich befürchte, hier macht sich zu großer Parteien- bzw. staatlicher Einfluss geltend. Ein deutliches Beispiel für das ungesunde Gewicht von Regierungsvertretern in Rundfunkgremien ist der ZDF-Rundfunkrat. Die Intendantenwahl hat deutlich gemacht, in welch schwierige Situation der öffentlich-rechtliche Rundfunk damit gerät. Dies bitte ich nicht als Kritik am amtierenden Intendanten des ZDF selbst zu werten. Sein ARD-Kollege Jobst Plog hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Verhältnis von 31 politisch besetzten Stühlen bei einer Gesamtheit von 77 insgesamt wenig förderlich ist. Selbst wenn man politischen Parteien zu Recht eine Vertretung zugesteht, ist die Vermutung begründet, dass zum Beispiel die Präsenz von drei Ministerpräsidenten unter 13 Mitgliedern des ZDF-Verwaltungsrates die Staatsfreiheit des Rundfunks beeinträchtigt. Es ist meines Erachtens dringend notwendig, auch die Diskussion um die Staatsferne des Rundfunks und seiner Gremien erneut offensiv zu diskutieren.

Es muss ein Denken jenseits der Quote geben. Foto: Martin Hufner

Dr. Eckhard hat in seinem Beitrag die noch offene Frage gestellt, ob es, gemessen an den Kosten, zu viel oder zu wenig Kultur gebe. Meine Antwort: Es kann gar nicht genug geben. Es muss ein Denken jenseits der Quote geben. In diesem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, welchen Einfluss die Verpflichtung von Harald Schmidt für die ARD hat. Welche Mittel für Kulturprogramme im engeren Sinne stehen aufgrund der außerordentlichen Summe, die an Herrn Schmidt gezahlt wird, für Kultur nicht mehr zur Verfügung und welche Sendeplätze sind in der Folge davon tangiert? Es ist meines Erachtens an der Zeit, das Verfahren zur Quotenmessung grundsätzlich zu revidieren und auch im Interesse des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrages neu zu bewerten. Eine Selbstverpflichtung, die den Horizont des bornierten Quotendenken, nicht überschreitet, verfehlt ihr Ziel.

Der Verfasser ist Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Bei dem Beitrag handelt es sich um das geringfügig überarbeitete Statement bei der Tagung des Initiativkreises öffentlich-rechtlicher Rundfunk am 26.1.2005 in Köln.

Das Durcheinander der Hilfsverben

Eindrücke von einer Kölner Tagung über den Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks • Von Armin Conrad

„Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, unter dieser Überschrift hatte der Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk Köln Ende Januar zu einem Symposium eingeladen. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Deutschen UNESCO-Kommission, der Deutschen Bischofskonferenz und dem Deutschen Kulturrat. Etwa 200 Teilnehmer hatten sich angemeldet, ca. die Hälfte davon war ins Tagungszentrum des Erzbistums Köln gekommen.

Helge Rossen-Stadtfeld, Bundeswehruniversität München erklärte, warum das Kulturwesen Mensch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seinen Kulturauftrag braucht. Der Medienforscher im Ruhestand, Josef Eckardt, fütterte seine Zuhörer mit Statistik über das Kulturinteresse in Deutschland. Gebhard Henke vom WDR begründete, warum Tatort-Krimis durch ihre Spiegelungen „deutscher Befindlichkeiten“ eigentlich Kultursendungen sind. Monika Piel vom WDR wählte die quantitative Beweisführung. Sie zählte in zwanzig Minuten und mit atemloser Strenge die unfassbar vielen WDR-Kulturleistungen auf. Prof. Klaus Katz vom WDR ging rezeptiv vor und stellte nach einem Besuch der WDR-Internetseite fest, dass die Kulturquote in den Regionalprogrammen im Grunde übererfüllt sei. Ulrich Deppendorf vom WDR sah das mit Blick auf den gesamten Rundfunk im Prinzip genauso. Ingrid Haas, Direktorin bei RTL, dagegen nicht.

Es gab Statements von Heinrich Bleicher-Nagelsmann vom Deutschen Kulturrat, Grußworte von Verena Metze-Mangold von der Deutschen UNESCO-Kommission, David Hober von der Katholischen Rundfunkarbeit und Manfred Kops vom Veranstalter, dem Initiativkreis öffentlicher Rundfunk IÖR.

Was kam raus? Hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Kulturauftrag? Ja. Erfüllt er diesen Kulturauftrag? Ja. Ist dieser Kulturauftrag durch die Kommerzialisierung, die auch eine Selbstkommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, bedroht? Ja. Bleibt ein Unbehagen nach dieser Veranstaltung zurück? Ja.

Gut, ich habe mir die letzten Referate nicht mehr angehört. Und deshalb kann ich auch keine verlässliche Zahl liefern, wie oft die Überschrift der Tagung von Referenten und Diskutanten in den Mund genommen worden ist. 50mal? 100mal? 200mal? „Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“, das klang im Kölner Maternushaus so wie in den achtziger Jahren „Deutsche Demokratische Republik“ aus dem Munde einer Gebetsmühle namens Erich Honecker, nur ohne dessen pfeifende Hochtonartikulation. „Kulturauftrag des öff.-rchtl. Rdfks.“, eine anthropologische Konstante?

Man kam ins Grübeln? ‚Kulturbegriff’, auch so ein Wort zum Abarbeiten? Mal eng und streng, mal weit und kosmisch gedehnt. Und so fiel Prof. Rossen-Stadtfeld von der Bundeswehr-Hochschule auch bald auf die Nase, als er den ARD-Anstalten vorwarf, das Erste sei bald nur noch ein Sender „für Volksmusik und Fußball“. Volksmusik ist Kultur, antwortete ein anderer Referent und es gab viel Beifall.

Und zweifellos gab es auch Erkenntnisgewinn. Wer es noch nicht wusste: Die begriffliche Einhegung des Wortes Kultur bestimmt sich im Fernsehen nach den Interessen seiner Benutzer. Wer rechtfertigen soll, ob sein Programm genügend Kultur enthält, weitet den Kulturbegriff aus, zur Not bis zum Anschlag. Wer Kulturjournalisten gängeln möchte, engt ihn wieder ein und wer Hochkultur veranstaltet, sieht sich durch einen engen Kulturbegriff auch besser bedient. Schließlich ist dann die Konkurrenz um die knappe Sendezeit nicht so groß.

Der Kulturbegriff gedreht, gewendet, gegrillt und stahlgehärtet, „everybodies darling“, das „kleine Schwarze“ in der von Marktschlachten geprägten medienpolitischen Diskussion.

Viele Medienmenschen saßen im Saal, nicht nur vom WDR. Sie kamen von Verbänden, Gewerkschaften, Parteien auch von der wegen ihrer bösen Liberalisierung der Fernsehmärkte so gern gegeißelten EU. Es waren Kulturschaffende da, Printjournalisten, Kirchenvertreter. Und alle im Grunde entschlossen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hochzuhalten, weil, ja eben weil er diesen Kulturauftrag hat. Und dann fühlte sich mancher doch allein gelassen. Da strampeln sich Konzertveranstalter und Kulturinitiativen in NRW ab, stellen Veranstaltungen hin, und Hörfunk und Fernsehen bringen nichts darüber. Das bewirkt nicht nur narzisstische Kränkungen, das hat auch handfeste materielle Folgen. Die Antworten der Referenten auf dem Podium auf diese Kritik: Man könne eben nicht alles bringen, man müsse auswählen, auch das sei öffentlich-rechtlicher Auftrag. Das war routiniert und doch irgendwie dürftig.

Es verstärkte sich während der Referate und der Diskussionen ein Eindruck, der vermutlich vermieden werden wollte. Nämlich, dass ein ‚Kulturauftrag’ etwas ist, was man dem Rundfunk, auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, doch abringen müsse. Eine Messgröße für Legitimation vor den politischen Entscheidern, die angeblich letzte, die den öffentlich-rechtlichen Anstalten noch bleibt.

Kann es sein, dass wir uns da etwas vormachen? Dass wir da in der verkehrten Spur unterwegs sind? Dass wir in großem Konsens miteinander mindestens etwas falsch ausdrücken? Dass wir vielleicht nur die Hilfsverben durcheinander bringen? Hat(!) also der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Kulturauftrag? Oder ist(!) er der Kulturauftrag? Und wenn er es ist, gibt es die Gesellschaft noch, die für sich einen solchen Kulturauftrag empfindet? In Zeiten irritierender Statements über fremde Kulturen, Assimilationsdruck ‚Kopftuchtrageregeln und Hartz IV, in diesen Zeiten gefühlter Verunsicherung darüber, „wer wir eigentlich sind“, in diesen Zeiten wachsender kultureller Schmuckleisten finanziell hochpotenter Wirtschaftsriesen, die die Kultur gerne auf die Pay-Roll ihrer Marketing-Abteilung nehmen, sind kulturelle Aufträge oft so schnell definiert wie vergessen. Und wo Menschen mehr und mehr darauf abgerichtet sind, die Herrschaft der Geldökonomie in ihre tägliche Gedankenwelt einzugravieren, muss man sich nicht wundern, wenn ein simpler – nur kulturellem Tun an sich verpflichteter – Auftrag eher stört. Manches, was bei diesem Symposium in Köln gesagt wurde, wird vor dieser Gedankenfolie vielleicht verständlich.

Wie soll ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk einen Kulturauftrag erfüllen, wenn die Menschen sich großenteils selbst nicht mehr als Kulturauftrag begreifen? Mögen, wollen, dürfen? Wenn die Fähigkeit, Kultur wahrzunehmen, durch die Mainstream-Schablonen von Warner, Sony und Bill Gates zur Einnahme von Bildschirm-Menüs deformiert ist. Wer meint, daneben könne sich auf Dauer ein unabhängiger Kulturauftrag behaupten, der irrt. Kulturelle Dienstleistungen sind in Europa der Markt der Zukunft. Was in Köln diskutiert wurde, hatte damit wenig zu tun.

Professor Rossen-Stadtfeld von der Bundeswehr-Universität in München hatte in sein Referat einen vorsichtigen Satz eingebaut: „Einen speziellen Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu definieren und abzugrenzen vom Gesamtauftrag, könnte redundant werden.“ Es war ein Hinweis auf das, um das es wirklich geht: Öffentlich-rechtlich organisierte und kontrollierte Rundfunkanstalten und künftig hoffentlich auch öffentlich-rechtlich organisiertes und kontrolliertes Online, sind Garanten für Demokratie und auch für zivilen Umgang unter Menschen. Das ist(!) der Kulturauftrag.

Der Verfasser ist Redaktionsleiter bei KulturZeit 3sat ■

Alkoholrausch, Kunsttheorie und Sportpolitiken

Die Stiftung Aufarbeitung und ihre Wissenschaftsförderung • Von Peter Maser

Anfang November 2004 haben wahrscheinlich die meisten eine kleine Pressemeldung einfach überlesen: „Ehemaliges SED-Vermögen finanziert DDR-Aufarbeitung. Stiftung erhält 55 Millionen Euro Kapital.“ Die wenigen, die den kurzen Text zur Kenntnis genommen hatten, werden sich gewundert haben: In diesen Zeiten der klammen Kassen 55 Millionen Euro für eine Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, wie ist das möglich? Das jetzt zur Ausschüttung gekommene Kapital stammte aus Geldbeständen, die die SED im Umfeld der Kommunistischen Partei Österreichs geparkt hatte, um sie dem Zugriff der demokratischen Kräfte nach der friedlichen Revolution 1989/90 zu entziehen. Nach langwierigen Gerichtsprozessen mussten diese Vermögenswerte nun herausgerückt werden, um im Prozeß der deutschen Einheit einer sinnvollen Verwendung zugeführt zu werden. Rainer Eppelmann MdB und Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Aufarbeitung erklärte sich deshalb auch höchst zufrieden damit, „daß die Arbeit der Stiftung künftig zumindest zu einem guten Teil aus dem Vermögen der einstigen SED finanziert wird“.

Wie konnte es zu dieser Regelung kommen? Als die Bundestag-Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ auf die in Österreich geparkten SED-Millionen aufmerksam wurde, war bald eine interfraktionelle Übereinkunft darüber hergestellt, dass zumindest ein Teil dieses Geldes, wenn er denn je freigegeben werden sollte, der Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Verfügung gestellt werden solle. Das war um so notwendiger, als zahlreiche Initiativen, die aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR hervorgegangen waren, inzwischen mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Gerald Häfner erklärte dazu in der Debatte zum Stiftungsgesetz am 2. April 1998: „Im Kern ist die Aufarbeitung zurückliegenden Unrechts eine politisch-kulturell-gesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe, die vor allem ‚unten’ in der Gesellschaft selbst passieren muß. Wer wäre dazu besser prädestiniert als diejenigen Menschen, die auf Grund ihrer Biographie, ihres besonderen und besonders schweren Lebensweges ebenso wie ihrer persönlichen Entscheidungen in diesem Leben ohnehin schon mehr als andere ihre Aufgabe sehen, diese Arbeit zu tun und sie heute vielfach nicht mehr fortsetzen können, weil die Mittel dazu fehlen. Deshalb wollen wir mit der Stiftung vor allen Dingen helfen, diese so wichtige Arbeit fortzusetzen: die Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen, auch der Opferverbände, die Arbeit der unabhängigen Archive, die Arbeit der freien und unabhängigen Forscher, die vielfach nicht die Möglichkeit hatten, ein Hochschulstudium zu durchlaufen, aber auf Grund ihrer persönlichen Kenntnisse und Erkenntnisse viel genauer wissen, wovon die Rede ist, wenn es um die Aufarbeitung dieser Vergangenheit geht.“

Die Bestimmung in § 3.3 des Gesetzes vom 5. Juni 1998, dass die Stiftung – neben einem jährlichen Zuschuß des Bundes – „im Rahmen der Verfügbarkeit“ Mittel aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR zugewiesen bekommen solle, musste vor sechs Jahren noch recht utopisch wirken. Wir Kommissionsmitglieder wollten damals aber nicht die Hoffnung abschreiben, dass die beiseite geschafften SED-Millionen eines Tages doch noch für die Aufarbeitung der Diktatur eben dieser Partei zur Verfügung stehen würden.

Seit ihrer Gründung hat die Stiftung Aufarbeitung bundesweit mehr als 1.000 Projekte mit 14 Millionen Euro fördern können. Unterstützt werden u.a. die Arbeit der Verbände der Opfer der SED-Diktatur, wissenschaftliche Konferenzen und Veranstaltungen der politischen Bildung, die Erschließung von Archivbeständen zu Opposition und Widerstand in der DDR, Projekte in Museen und Gedenkstätten, verschiedene Ausstellungen, die Drucklegung von Publikationen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und eine Reihe von Film- und anderen Medienprojekten sowie eigene Veranstaltungen der Stiftung. Eine besonders breite Resonanz fanden die vielfältigen Bemühungen der Stiftung, anlässlich des 50. Jahrestages den Juniaufstand 1953 erneut in das historische Bewußtsein des vereinigten Deutschland einzuordnen.

Die Wissenschaftsförderung, die von einem eigenen Fachbeirat der Stiftung koordiniert wird, stellt nur einen Teilbereich im Spektrum der Stiftungsaktivitäten dar und konzentriert sich insbesondere auf die Vergabe von Doktorandenstipendien, durch die Dissertationen zur Geschichte der DDR im weiteren Sinne ermöglicht werden. Pro Jahr können etwa acht solcher Stipendien vergeben werden, deren Höhe den Fördersätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft entspricht. Im Fachbeirat Wissenschaft wirken führende Zeitgeschichtsforscher, Museums- und Gedenkstättendirektoren, aber auch Vertreter unabhängiger Historikergruppen und Journalisten zusammen. In jedem Herbst ist es unsere wichtigste Aufgabe, die neuen Stipendienanträge auf ihre Qualität und ihre Relevanz für das Stiftungsanliegen zu prüfen. Erfreulicherweise haben wir immer sehr viel mehr Anträge zu prüfen, als wir Stipendien vergeben können. Die Qualität, aber auch die thematische Breite der Anträge hat sich fortlaufend gesteigert. Neben Themen zur Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, insbesondere auch zu Opposition und Widerstand im SED-Staat, nehmen inzwischen auch Untersuchungen zur Kulturpolitik und zu einzelnen künstlerischen Entwicklungen und Persönlichkeiten einen beachtlichen Raum ein. Immer häufiger werden uns auch Projekte vorgetragen, in denen die DDR-Geschichte in einer vergleichenden Perspektive betrachtet wird. Schaut man auf die inzwischen stattliche Reihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung, darf man wohl sagen, hier ist die deutsche Einigung inzwischen weitgehend Wirklichkeit geworden. Dissertationsprojekte zur DDR werden heute keineswegs mehr nur an Universitäten der neuen Länder bearbeitet, vielmehr erreichen uns entsprechende Anträge heute völlig selbstverständlich aus ganz Deutschland. Durch regelmäßige mehrtägige Stipendiatenkolloquien versucht die Stiftung, ihre Stipendiaten untereinander in Kontakt zu bringen. Für die Mitglieder des Fachbeirates, die an diesen Kolloquien aktiv diskutierend und beratend teilnehmen, sind diese Tage immer so etwas wie ein nachgeholtes Studium generale. Haben wir zunächst bis zu zwei Stunden über „Alkohol und Alkoholrausch in der DDR“ diskutiert, so schließt sich unmittelbar daran das Gespräch über die „Kunsttheorie in der DDR“ an. Es könnte aber auch um „Jugendliche Subkulturen in Thüringen“, den „Pankower Friedenskreis“, das „politische Grenzregime der DDR gegenüber Polen und der Tschechoslowakei“, den „Ikarus-Mythos in der DDR-Literaturgeschichte“, „Jugendmoden und Jugendkulturen“, „autonome Künstlergruppen und deren Beitrag zur Ausprägung dissidenter Kulturmilieus in der DDR“, „die Architektur des MfS“ oder die „Sportpolitiken in BRD und DDR in den 1960er Jahren“ gehen. Alle Projekte unserer Stipendiaten, von denen einige inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, tragen im Sinne des Stiftungsauftrages dazu bei, „Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten [...], die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen“ (Stiftungsgesetz §2.1).

Aus der Präsentation zur Festschrift zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Herrmann Weber.
Foto: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Verfasser ist Vorsitzender des Fachbeirates Wissenschaft der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ■

Deutscher Kulturrat begrüßt Bundesstiftung Baukultur

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Bundesstiftung Baukultur

Bundesstiftung Baukultur gehört nach Berlin

Berlin, den 16.12.2004. Der Deutsche Kulturrat begrüßt den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung Baukultur. Eine Institution, die sich auf nationaler Ebene für die Belange der gebauten Umwelt engagiert, ist in Deutschland überfällig.

Die Disziplinen der Baukultur, ob Hochbauarchitektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur, Stadtplanung, Ingenieurbaukunst oder Denkmalschutz, waren hierzulande lange Zeit ein Stiefkind in der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Dafür gab es einen einfachen Grund: Baukultur zielt nicht auf reine Kunst ab, sondern bewegt sich in einem Spannungsfeld von Ästhetik und Funktion.

Erst die Erweiterung des allgemeinen Kulturbegriffs hat einen neuen Blick auf die Baukultur ermöglicht. Dabei haben andere europäische Länder früher als Deutschland erkannt, dass sie in der Öffentlichkeit für die gebaute Umwelt werben müssen. Beispiele sind unter anderem Finnland, wo eine gute gebaute Umwelt als Staatsziel in der Verfassung verankert ist, und die Niederlande, die mit dem NAI in Rotterdam das weltweit größte Architekturmuseum und -institut unterhalten.

Seit Herbst 2000, als die Bundesregierung - angeregt durch die europäischen Vorbilder - die Initiative Architektur und Baukultur gestartet hat, hat das öffentliche Gespräch über die gebaute Umwelt an Popularität gewonnen. Um breite Bevölkerungskreise zu erreichen, muss der einmal in Gang gesetzte Dialog aber weiter vertieft werden. Dazu ist die geplante Bundesstiftung Baukultur ein geeignetes Instrument. Wichtig ist dabei, dass die Stiftung das gesamte Spektrum der Baukultur im Blick hat. Um dies noch einmal deutlich zu machen, sollte im zweiten Satz von § 2 des Gesetzesentwurfes das Wort „Baukultur“ durch „die baukulturellen Leistungen der Gegenwart und der Vergangenheit“ ersetzt werden.

Der Deutsche Kulturrat vertritt bereits seit Jahren die Position, dass Stiftungen mit einem ausreichenden Stiftungskapital ausgestattet werden müssen, um aus den Erträgen des Stiftungskapitals die angestrebten Zwecke erfüllen zu können. Der Deutsche Kulturrat fordert daher die Bundesregierung auf, die Stiftung Baukultur mit einem solchen ausreichenden Stiftungskapital auszustatten, damit sie unabhängig von den jährlichen Haushaltsentscheidungen des Deutschen Bundestags ihren Aufgaben nachkommen kann.

Um ihre Ziele verwirklichen zu können, bedarf die Stiftung einer soliden Ausstattung. Die bis jetzt in den Finanzplan der Bundesregierung eingestellten 1,5 Millionen Euro jährlich bis 2008 lassen eine große Lücke zum geschätzten Finanzbedarf „von bis zu 2,5 Millionen Euro“ jährlich klaffen. Diese Summe der Drittmittelakquise zu überlassen, ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation zumindest gewagt, zumal Sponsoren erfahrungsgemäß außerordentliche Projekte bevorzugen, nicht aber einen laufenden Betrieb.

Schon jetzt ist absehbar, dass sich das Finanzproblem der Stiftung im Laufe der Jahre noch verschärfen würde, da der Gesetzesentwurf einen degressiven Verlauf der staatlichen Unterstützung vorsieht. Wer eine Bundesstiftung Baukultur will, muss auch entsprechende Bundesmittel zur Verfügung stellen.

Für den Erfolg der Stiftung wird es gerade vor diesem Hintergrund wesentlich sein, ihre ohnehin knapp bemessenen Ressourcen optimal zu nutzen. Deshalb sollte der Sitz der Stiftung nicht in das Belieben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gestellt werden. Nach Ansicht des Deutschen Kulturrates muss die Stiftung in Berlin angesiedelt werden.

In Berlin sind Politik, Verwaltung, Medien und die Organisationen der Zivilgesellschaft konzentriert. Wer etwas bewirken will, muss dort präsent sein. Das zeigen nicht zuletzt die Hauptstadtbüros älterer wie jüngerer Kulturinstitutionen, die ihren Hauptsitz außerhalb Berlins haben. Im Gegensatz zu diesen Institutionen wird die Bundesstiftung Baukultur aber über einen deutlich geringeren Etat verfügen. Die vorhersehbaren Kosten für ein Zweitbüro sollten deshalb lieber unmittelbar der Baukultur zugute kommen. Außerdem dürfte die internationale Aufmerksamkeit von Berlin aus leichter zu erringen sein als von einem anderen deutschen Standort.

Für die Glaubwürdigkeit und Effektivität der Stiftung ist es außerdem von zentraler Bedeutung, dass die angestrebte Unabhängigkeit der Stiftung Baukultur auch durch die Besetzung des Stiftungsrates deutlich wird. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Stiftungsrat. Der Deutsche Kulturrat vertritt die Auffassung, dass neben Mitgliedern der Bundesregierung einerseits Mitglieder des Konvents der Baukultur andererseits mit gleichem Gewicht vertreten sind. Da der Deutsche Bundestag als Haushaltsgesetzgeber die Bundesstiftung Baukultur in der jetzigen Konstruktion als Zuwendungsstiftung kontrollieren muss, lehnt der Deutsche Kulturrat die Besetzung des Stiftungsrates mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags ab.

Absichtsvoll missverstanden

Oder geht ein Riss durch den kulturpolitischen Diskurs • Von Gabriele Schulz

Bereits seit einiger Zeit geistern die Begriffe „Daseinsvorsorge“ und „Grundversorgung“ durch die kulturpolitische Debatte. In dieser Zeitung haben sich Max Fuchs, Olaf Zimmermann, Hans-Jürgen Blinn, Fritz Pleitgen, Monika Griefahn, Barbara Gessler und andere mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Ausgangspunkt waren jeweils die internationalen Verhandlungen um den Handel mit Dienstleistungen sowie die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, ebenfalls ein internationales Instrument. Ebenso wurde sich mit den europäischen Bestrebungen zur Regelung des Dienstleistungssektors wie dem Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und der EU-Dienstleistungsrichtlinie auseinander gesetzt. Innerhalb des Deutschen Kulturrates mündete die Debatte in die Erarbeitung und Verabschiedung der Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ (siehe hierzu *politik und kultur* 1/2005).

Der Verabschiedung gingen intensive Diskussionen voraus. So wurde die Frage aufgeworfen, ob der Kulturbereich überhaupt mit dem Dienstleistungsbegriff gemeint sei und ob eine Betonung der grundgesetzlich verankerten Kunstfreiheitsgarantie den Kulturbereich nicht vor der Subsummierung unter den Dienstleistungsbegriff bewahre. Ebenfalls wurde gründlich die Frage debattiert, ob Grundversorgung bzw. Daseinsvorsorge nun eine Versorgung auf einem Minimalniveau bedeute, die gerade noch zugestanden wird und alles darüber hinausgehende dem Sparstift zum Opfer fiele oder anders gesagt, ob der Kulturbereich sich nicht selbst Ast absägt auf dem er sitzt, wenn zur Daseinsvorsorge bzw. Grundversorgung Position bezogen wird.

Die ausführlichen Debatten haben sich im Ergebnis gelohnt. Mit der Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ legt der Deutsche Kulturrat ein umfassendes Papier vor, in dem die unterschiedlichen Sektoren des Kulturbereiches von der künstlerischen Produktion, über die Kultureinrichtungen, die Kulturvereine und die Kulturwirtschaft beschrieben und in ihrer Wechselwirkung dargestellt werden. Es wird dargelegt, dass es sich bei Kunst und Kultur um Waren besonderer Art handelt, die daher eines besonderen Schutzes bedürfen und es wird daran erinnert, dass in verschiedenen gesetzlichen Grundlagen die Förderung des kulturellen Lebens bereits verankert ist. Deskriptiv wird sich der Frage genähert, was unter kultureller Daseinsvorsorge zu verstehen ist, um es schließlich auf den Punkt zu bringen, dass „Daseinsvorsorge im Bereich der Kultur (...) ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten (meint), das zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht. Neben der quantitativen Sicherung von kulturellen Angeboten ist deren Qualität ein wesentliches Charakteristikum.“ Bewusst hat sich der Deutsche Kulturrat gegen planerische Vorgaben entschieden. Es geht eben nicht darum, wie es z.B. beim Bibliotheksplan 1973 noch diskutiert wurde, festzulegen, wie viele Medieneinheiten für wie viele Menschen in welcher Entfernung zur Verfügung stehen müssen. In der Vergangenheit hat sich erwiesen, dass diese Planungsdaten eben nicht in die Tat umgesetzt wurden. Ziel muss viel mehr sein, im Dialog mit der Zivilgesellschaft, mit den Bürgerinnen und Bürgern festzulegen, welches Kulturangebot in welcher Kommune angeboten werden soll. Regionale Besonderheiten, wie z.B. ein ausgeprägtes Interesse für eine künstlerische Sparte, müssen dabei genauso Berücksichtigung finden, wie z.B. die Bevölkerungsstruktur. Kultur als Daseinsvorsorge ist eine Beschreibung, die vor Ort mit Leben erfüllt werden muss. In der Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ werden zugleich Forderungen an den Gesetzgeber formuliert, um Kunst und Kultur besser abzusichern. So zielt die Forderung nach der Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz nicht in erster Linie darauf ab, die Kulturförderung zu verbessern, sondern vielmehr ist eine solche Staatszielbestimmung eine Argumentationshilfe, wenn es beispielsweise um den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatze für Kulturgüter oder die Sicherung der Künstlersozialversicherung und anderes mehr geht. Kultur als Daseinsvorsorge meint eben mehr als die Infrastruktur an Kultureinrichtungen, Kultur als Daseinsvorsorge zielt auf die Sicherung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur ab. Dabei galt es bei der Stellungnahme die unterschiedlichen Positionen aus den Reihen des Deutschen Kulturrates zu berücksichtigen und eine Konsens zu erarbeiten, der mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner.

Dialog vorantreiben

Die Kulturpolitische Gesellschaft als Personenzusammenschluss von Verantwortlichen aus der Kulturverwaltung, aus Kulturinstitutionen, aus Kulturverbänden und der kulturpolitisch interessierten Öffentlichkeit hat es bei ihren Diskussionen einfacher. Hier geht es nicht um die Verteidigung einmal erreichter Standards für einen bestimmten Bereich, die u.U. zu Lasten von anderen gehen, hier geht es nicht um die Wahrung von Verbandsinteressen. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat die Freiheit durchaus kontrovers den kulturpolitischen Dialog voranzutreiben und avantgardistische Positionen zu vertreten. Kontrovers wurde auch in den Kulturpolitischen Mitteilungen, der Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft, in zwei Ausgaben das Thema „Daseinsvorsorge“ diskutiert, wobei man den Eindruck gewinnen konnte, dass der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft Oliver Scheytt, der bereits in den 90er Jahren die Diskussion um die kulturelle Grundversorgung anregte, ziemlich allein auf weiter Flur steht.

Rettungsanker oder Trugbild

Ein positives Signal war daher die außerordentliche Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft am 20.01.2005 in der Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin. In zwei Diskussionsrunden sollte das Thema „Kulturelle Grundversorgung – Rettungsanker oder Trugbild der Kulturpolitik?“ diskutiert werden. In der ersten Runde debattierten unter der Überschrift „Was ist und wozu brauchen wir kulturelle Grundversorgung“ Kurt Eichler, Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund und Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft; Prof. Dr. Hermann Glaser, Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft; Barbara Kisseler, Staatssekretärin für Kultur Berlin; Dr. Oliver Scheytt, Kultur-, Bildungs- und Jugenddezernent der Stadt Essen, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Die Moderation hatte Jörg Stüdemann, Dezernent für Kultur und Sport, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft inne. Die Karten waren so gemischt, dass mit Oliver Scheytt und Olaf Zimmermann zwei Befürworter für eine Definition der Daseinsvorsorge auf dem Podium saßen und mit Kurt Eichler und Barbara Kisseler zwei Gegner. Hermann Glaser nahm eine neutrale Rolle ein, schwenkte im Laufe der Diskussion zu den Befürwortern der Debatte um die Daseinsvorsorge um. Sowohl die Podiumsdiskussion als auch die anschließende Diskussion mit dem Publikum zeigte, dass ausgiebig aneinander vorbei geredet wurde. Im Kern liegen die Positionen gar nicht so weit auseinander, streitig ist in erster Linie, ob der Begriff Daseinsvorsorge oder Grundversorgung verwandt werden sollte. Denn selbstverständlich müssen die Verantwortlichen vor Ort Entscheidungen treffen, wie die Kulturförderung aussehen soll, welche Akzente gesetzt werden sollen und – durchaus schmerzlich – welche Maßnahmen in der Zukunft nicht mehr gefördert werden können. Diese kulturpolitischen Entscheidungen müssen von der Politik zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Künstlerinnen und Künstlern und den Kultureinrichtungen getroffen werden. Dieses ist nichts anderes als eine lokale Verortung der kulturellen Daseinsvorsorge. Genauso wird kulturelle Daseinsvorsorge in der Stellungnahme des Deutschen Kulturrates verstanden. Es geht weder um planerische Vorgaben, wie teilweise unterstellt, noch um einen „Masterplan“ Kultur, der von Berlin aus dirigistisch vorgibt, was vor Ort geschehen soll. Zugestanden werden muss den Kritikern des Begriffs der Daseinsvorsorge bzw. Grundversorgung, dass dieser weder besonders schön noch kulturell anmutet.

Nachdem die Emotionen bei der ersten Diskussionsrunde heftig hoch kochten, sollte die Debatte in der zweiten Diskussionsrunde unter dem Titel „Wer trägt die Verantwortung für die kulturelle Grundversorgung?“ fortgeführt werden. Es diskutierten: Monika Griefahn, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft; Dr. Norbert Lammert, MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Mitglied im Kuratorium des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft; Dr. Iris Magdowski, Kulturbürgermeisterin der Landeshauptstadt Stuttgart, Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft; Dr. Karsten Rudolph, MdL NRW, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft; Dr. Helga Trüpel, MdEP, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments, Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft. Moderiert wurde diese Runde von Prof. Dr. Olaf Schwencke, Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft.

Gleich zu Beginn erklärte der Moderator Olaf Schwencke die Diskussion zur Grundversorgung für abgeschlossen und fragte Helga Trüpel nach der Kulturpolitik der Europäischen Union, Kulturpolitik im Sinne von Kulturförderung. Es entzündete sich daran eine zwar amüsante aber mäßig zum Sachverhalt beitragende Diskussion zur finanziellen Ausstattung der Kulturförderprogramme und deren Sinn und Zweck, dem Thema Daseinsvorsorge bzw. Grundversorgung wurde sich aber nicht mehr substantiell genähert. Dieses lag keineswegs an den Diskutanten, die beharrlich immer wieder versuchten, zu dem Thema zu sprechen, zu dem sie eingeladen wurden und deren Einschätzung von größtem Interesse gewesen wäre, vielmehr wurde vom Moderator jede aufkeimende Diskussion zum Thema erstickt. Es wurde damit eine Chance vertan, zu verdeutlichen, dass die Begriffe Daseinsvorsorge und Grundversorgung zwar sperrig sind, jedoch dazu dienen zu umschreiben, welche Verantwortung der Staat künftig in der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur sowie der Kulturförderung übernehmen soll.

Fazit

Insgesamt machte die Veranstaltung offenkundig, welche Kommunikationsprobleme in der kulturpolitischen Diskussion bestehen. Auf der einen Seite stehen jene, die pragmatisch die internationalen und europäischen Debatten zur Dienstleistungsproblematik verfolgen und versuchen auf dieser Folie eine Idee einer nachhaltigen Kulturpolitik zu entwickeln. Deren Duktus mag teilweise technokratisch wirken, gemeint ist nicht mehr und nicht weniger als die Sicherung und Fortentwicklung der kulturellen Substanz im Lichte veränderter Rahmenbedingungen. Auf der anderen Seite stehen jene, die aus Sicht der Verwaltung versuchen das Beste aus den vorhandenen Ressourcen zu machen und dieses mit der kulturpolitischen Idee des Bürgerrechts Kultur zu verbinden. Ob diese Position weniger technokratisch ist, sei dahingestellt.

Zu wünschen ist, dass die Debatte weitergeht, dass eine Kommunikation entsteht und beginnende Diskussionen nicht abgewürgt werden.

von rechts nach links: Kurt Eichler, Oliver Scheytt, Jörg Stüdemann, Hermann Glaser, Barbara Kisseler, Olaf Zimmermann. **Foto: Franz Kröger**

Deutscher Kulturrat warnt vor Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Berlin, den 16.12.2004. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, warnt vor der Verabschiedung der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie und lehnt sie in der vorliegenden Fassung ab.

Zielrichtung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Von der vorherigen EU-Kommission wurde im Februar 2004 der Vorschlag für eine „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt“ (EU-Dienstleistungsrichtlinie) vorgelegt. Dieser Richtlinienvorschlag wird zur Zeit in den europäischen Gremien beraten. Der Ausschuss der Regionen hat bereits in seiner Stellungnahme vom 30.09.2004 Bedenken gegenüber die Richtlinie geäußert. Die Behandlung im Europäischen Parlament wird in der ersten Jahreshälfte 2005 erfolgen.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie steht im Kontext der so genannten **Lissabon-Strategie**, mit der das Ziel verfolgt wird, bis zum Jahr 2010 den EU-Binnenmarkt zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Die Richtlinie zielt darauf, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der bestehende Hindernisse im Dienstleistungsverkehr beseitigen soll. Mit der Richtlinie wird ein **horizontaler Ansatz** angelegt, d.h. alle Dienstleistungsbereiche für Unternehmen und Verbraucher werden gleichermaßen erfasst. Einige wenige Branchen wie Bankdienstleistungen oder Telekommunikation und hoheitliche Aufgaben werden ausgenommen. Der horizontale Ansatz der Richtlinie hat zur Folge, dass branchen- bzw. sektorspezifische Besonderheiten nicht berücksichtigt werden.

Daraus folgt, dass auch Dienstleistungen des Bildungs- und Kulturbereiches, die audiovisuellen Medien und Dienstleistungen der Gebietskörperschaften, insbesondere der Kommunen, wie Waren angesehen werden und damit nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie in vollem Umfang den Marktgesetzen unterliegen, ohne dass ihr besonderer Charakter oder ihr gesellschaftlicher Nutzen berücksichtigt würden.

Vor dem Hintergrund der derzeit wieder verstärkt stattfindenden Diskussion über die geistigen Grundlagen Europas und insbesondere der Europäischen Union ist darauf hinzuweisen, dass gerade Kultur und Künste, dass die Künstlerinnen und Künstler sowie generell die Kulturschaffenden sehr viel stärker als bisher im politischen Handeln berücksichtigt werden müssen. Das heißt aber auch, Prinzipien und Handlungskonzepte von Kunst und Kultur, die bereichsspezifischen Regeln ihrer Entstehung, Verbreitung und Rezeption zu respektieren. Insbesondere heißt das, dass eine rein marktbezogene Denkweise nicht angemessen ist und letztlich für die notwendige kulturelle Vielfalt schädlich wäre. Diese Erkenntnis ist der Grund für entsprechende Schutzklauseln und Sonderregelungen, so etwa auch für die Bemühung um eine Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt: zwar sind in Teilbereichen auch künstlerische Prozesse und Produkte Waren, aber es sind auch dann Waren eigener Art, deren kulturelle Bedeutung als werttragend und identitätsstiftend nicht durch eine Behandlung als bloßes Wirtschaftsgut in Frage gestellt werden darf.
Unter den verschiedenen genannten Maßnahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist für den Kulturbereich die geplante Einführung des **Herkunftslandsprinzip** besonders bedeutsam. Dieses hätte zur Folge, dass der Dienstleistungserbringer nur den Rechtsvorschriften des Landes, in dem er seinen Sitz hat, also des Herkunftslandes, unterliegt. D.h. konkret Dienstleister aus anderen EU-Mitgliedsstaaten können in Deutschland ihre Leistungen anbieten und müssen sich dabei ausschließlich an die Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes und nicht mehr die im Inland geltenden Qualitäts- und Sozialstandards halten.

Die Richtlinie verfolgt einen dynamisierten Ansatz. Sie soll sukzessive verwirklicht werden, bis im Jahr 2010 der Prozess abgeschlossen sein soll. Ein wesentliches Ziel der Richtlinie ist die Stärkung der Mobilität von kleinen und mittleren Unternehmen.

Kultur in der EU-Dienstleistungsrichtlinie

In seinem **Positionspapier „Kultur als Daseinsvorsorge“** (http://www.kulturrat.de/daseinsvorsorge.htm) hat der Deutsche Kulturrat herausgearbeitet, dass Kunst und Kultur in zunehmendem Maße unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Dies gilt nicht nur mit Blick auf den wirtschaftlichen Erfolg von Künstlern oder Kultureinrichtungen, sondern auch in Hinblick auf die Einbeziehung von Kunst und Kultur in internationalen Abkommen, die den Markt regeln sollen. Kunst und Kultur werden sowohl von der Welthandelsorganisation (WTO), der UNESCO als auch der Europäischen Union als Dienstleistungen klassifiziert. Daraus folgt, dass Kunst und Kultur, sofern sie bei internationalen Abkommen oder eben auch im Geltungsbereich der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht explizit ausgenommen werden, den gleichen Regeln wie andere Dienstleistungsbereiche unterliegen.

In dem Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird klargestellt, dass sie keine Anwendung auf Tätigkeiten finden soll, die der Staat in Erfüllung seiner sozialen, kulturellen, bildungspolitischen und rechtlichen Verpflichtungen ausübt und bei denen kein Entgelt gezahlt wird. D.h. konkret, dass der **hoheitliche Bereich** von der Richtlinie ausgenommen werden soll. Ebenso wird der Kulturbereich in Trägerschaft der öffentlichen Hand explizit angesprochen und eingeschränkt. Da hier in der Regel aber ein Entgelt verlangt wird, sei es als Jahresgebühr für die Nutzung einer Bibliothek, in Gestalt eines Eintrittsgeldes in das Museum oder Theater bzw. beim Elternbeitrag für Musikschulen, läuft diese Einschränkung ins Leere.
Keine Anwendung soll die EU-Dienstleistungsrichtlinie darüber hinaus auf „**Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“** finden. Hierbei wird Bezug auf das „Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ genommen. Demgegenüber sollen **„Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“** nicht ausgenommen werden. Auch wenn Kulturdienstleistungen von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen als Dienstleistungen von allgemeinem Interesse betrachtet werden können, ändert sich diese Betrachtungsweise, sobald es ein privatwirtschaftliches Pendant bzw. Teilprivatisierungen gibt. Da zunehmend mehr öffentlich geförderte oder in Trägerschaft der öffentlichen Hand befindliche Kultureinrichtungen wie z.B. Theater, Museen oder Musikschulen Privatisierungstendenzen unterliegen, sind sie potenziell gefährdet. Der Deutsche Kulturrat schließt sich daher der Forderung des Europäischen Parlaments an die Europäische Kommission an, einen gesetzlichen Rahmen für „Dienstleistungen im allgemeinen Interesse“ vorzuschlagen. Es wird gefordert, dass alle von der öffentlichen Hand geleisteten und finanzierten Dienstleistungen ausdrücklich vom Anwendungsbereich der geplanten „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“ ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus findet die EU-Richtlinie ohnehin Anwendung auf **private Kultureinrichtungen** – und seien es auch Scheinprivatisierungen der öffentlichen Hand -, auf die Tätigkeit von **Künstlerinnen und Künstler** sowie die **Unternehmen der Kulturwirtschaft**.

Der Kunst- und Kulturbereich ist also wie andere Sektoren auch von der EU-Dienstleistungsrichtlinie unmittelbar betroffen.

Die Einbeziehung audiovisueller und kultureller Dienstleistungen sowie der Filmförderung verbietet sich aber schon aus Art. 151 des EG-Vertrags zur Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt. In dem der Kommissionsvorschlag in Art. 2 audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen nicht komplett ausschließt, unterläuft er die Position der EU-Kommission im Zusammenhang mit den GATS-Verhandlungen, bei denen diese explizit nicht in den Angebots- bzw. Forderungskatalog einbezogen waren. Der Deutsche Kulturrat fordert deshalb, sämtliche audiovisuellen und kulturellen Dienstleistungen einschließlich der kollektiven Verwertung von Urheberrechten aus dem Geltungsbereich des Richtlinienvorschlag herauszunehmen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Maßnahmen zur Filmförderung verwiesen, die gemäß der filmwirtschaftlichen Mitteilung der Kommission vom 16. März 2004 (KOM (2004) 171 endg.) geregelt sind und damit auch nicht unter den Anwendungsbereich der EU-Dienstleistungsrichtlinie fallen dürfen.

Zu den kulturellen Dienstleistungen zählt auch die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften; auch diese ist daher von einer allgemeinen EU-Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen. Die Tätigkeit der Verwertungsgesellschaften ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten dürfen Verwertungsgesellschaften nur mit staatlicher Genehmigung und unter strenger staatlicher Aufsicht tätig werden; dies gilt nach dem Wahrnehmungsgesetz auch für Deutschland. Nach der Dienstleistungsrichtlinie könnten dagegen Verwertungsgesellschaften aus allen Mitgliedsstaaten der EU in allen anderen Mitgliedsstaaten tätig werden, ohne der dortigen Staatsaufsicht unterworfen zu sein. Die – im Interesse von Urhebern und Nutzern eingeführte – durch die staatliche Kontrolle garantierte Qualitätssicherung der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften würde damit beseitigt. Ebenso würden dadurch die nach deutschem Recht wichtigen sozialen und kulturellen Aufgaben der Verwertungsgesellschaften (vgl. §§ 7 S. 2 und 8 Wahrnehmungsgesetz) umgangen. Eine Einbeziehung der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften in eine allgemeine EU-Dienstleistungsrichtlinie verbietet sich darüber hinaus auch, weil sich die Kommission schon völlig unabhängig davon intensiv mit den spezifischen Problemen der Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten im Binnenmarkt, also der Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften, befasst (Mitteilung der Kommission vom 16.4.2004 KOM (2004) endg.).

Kultur als Daseinsvorsorge

In seinem Positionspapier „Kultur als Daseinsvorsorge“ hat der Deutsche Kulturrat ausführlich dargelegt, dass **Kunst und Kultur einen Doppelcharakter** haben. Sie sind Wirtschaftsgüter aber auch kulturelle Güter, die von großer gesellschaftliche Bedeutung sind.

Kunst und Kultur müssen nach Auffassung des Deutschen Kulturrates ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sein. Unter kultureller Daseinsvorsorge versteht der Deutsche Kulturrat ein kontinuierliches flächendeckendes Kulturangebot in verschiedenen künstlerischen Sparten zu erschwinglichen Preisen mit niedrigen Zugangsschwellen. Dieses Angebot muss qualitativ anspruchsvoll und der Innovation verpflichtet sein. Der Deutsche Kulturrat misst in seinem Positionspapier „Kultur als Daseinsvorsorge“ der kulturellen Bildung eine besondere Bedeutung bei, da kulturelle Bildung dazu beiträgt, Interesse für Kunst und Kultur zu wecken und zu fördern.

Der Deutsche Kulturrat befürchtet, dass bei der Anwendbarkeit der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie auf den Kulturbereich, der Ökonomisierung von Kunst und Kultur weiterer Vorschub geleistet wird und die Qualität des künstlerischen und kulturellen Angebotes leiden würde.

Forderungen des Deutschen Kulturrates

· Der Deutsche Kulturrat fordert, gegenüber der horizontalen Regelung des Dienstleistungsbereiches sektoralen Regelungen den Vorzug zu geben. Sektorale Regelungen ermöglichen, dass die spezifischen Ausgangslagen sowie Bedingungen eines Bereiches Berücksichtigung finden können. Das Prinzip des Herkunftslandes ist abzulehnen.

· Sollte die EU-Kommission an einer horizontalen Regelung des Dienstleistungssektors festhalten wollen, fordert der Deutsche Kulturrat eine Ausnahmeregelung für den Kunst-, Kultur- und Medienbereich einschließlich des Films sowie der kollektiven Verwertung von Urheberrechten. Der Deutsche Kulturrat sieht die EU-Kommission und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in der Verantwortung, hier die im EG-Vertrag festgelegte Kulturverträglichkeitsprüfung konsequent anzuwenden und auf Grund der Gefahren für die genannten Bereiche, eine Ausnahme von der Richtlinie festzulegen.

· Darüber hinaus sieht der Deutsche Kulturrat die Gefahr, dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten im Kulturbereich einschränkt. Da die Europäische Union im Kulturbereich nach Art. 151 EG-Vertrag nur subsidiär handeln darf, würde eine Anwendung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf den Kulturbereich diesem Vertragsartikel zuwider laufen. Die Bewahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt zählen zu den Grundwerten der Europäischen Gemeinschaft. Neben ihrer Festschreibung in Art. 151 EG-Vertrag sind sie in Art. 22 der Charta der Grundrechte der EU verankert und werden in der von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch zu ratifizierenden Verfassung an mehreren Stellen zu finden sein.

· Ferner muss nach Auffassung des Deutschen Kulturrates bei komplexen freiberuflichen Dienstleistungen wie z.B. Architekturdienstleistungen das Bestimmungslandprinzip erhalten bleiben, da nur so anerkannte Qualitätsstandards gesichert werden können.

· Ebenso müssen erreichte Sozialstandards im Kulturbereich fortgelten, da sie wesentliche Voraussetzung für die Qualität künstlerischer Leistungen sind. Das kulturellen Leben in Deutschland zeichnet sich nicht nur durch eine große Quantität und Vielfältigkeit des kulturellen Angebotes, sondern auch durch eine hohe Qualität aus. Diese darf durch die Einführung des Herkunftslandsprinzips nicht gefährdet werden.

CONBRIO

NEUHEITEN
ZUR MUSIKMESSE
APRIL 2005

Capriccio für Siegfried Palm
Ein Gesprächsporträt von Michael Schmidt
Unter Mitwirkung von Theo Geißler, Juan Martin Koch, Brigitte Palm und Ludwig Harig
Paperback, ca. 192 Seiten
€ 14,80
CB 1171, ISBN 3-932581-71-7

Henriette Zehme:
Zeitgenössische Musik und ihr Publikum
Eine soziologische Untersuchung im Rahmen der Dresdner Tage der zeitgenössischen Musik
ZeitMusikSchriften Band 1(Hellerauer Beiträge zur zeitgenössischen Musik)
Paperback, 228 Seiten
€ 14,80,
CB 1151, ISBN 3-932581-51-2

ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Tel. 0941/945 93-0
Fax 0941/945 93-50
www.conbrio.de
info@conbrio.de
ConBrio...
...wir machen der Musik Beine

Kippt die Dienstleistungsrichtlinie?

Der Untergang des Abendlandes findet auch diesmal nicht statt • von Karin Junker

Droht diesmal der Untergang des Abendlandes? Man könnte es glauben angesichts der geballten Ablehnung des Vorschlags der Europäischen Kommission für eine „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“, auch von Seiten des Deutschen Kulturrates.

Worum geht es? Nach Auffassung der Kommission um die überfällige „Vollendung eines wirklichen Binnenmarktes für Dienstleistungen“. Die Richtlinie soll einen Beitrag zur Verwirklichung der so genannten Lissabonstrategie leisten. Zur Erinnerung: Im März 2000 setzte sich der Europäische Rat in der portugiesischen Hauptstadt zum Ziel, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wovon wir jetzt, zur Halbzeit, allerdings noch ziemlich weit entfernt sind. Aber es ist ja nicht grundsätzlich verwerflich, ehrgeizige Ziele zu verfolgen. Die so genannte Dienstleistungsrichtlinie – samt Anlagen 89 Seiten umfassend – soll Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten beseitigen und allseitige Rechtssicherheit schaffen. Aber gerade letzteres wird in Zweifel gezogen.

Der Richtlinienvorschlag hat einen horizontalen Ansatz, d. h. er soll für sämtliche Dienstleistungen gelten, so weit sie nicht bereits in sektorspezifischen Richtlinien – z.B. der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen – geregelt sind. Das ist ein weites, wahrscheinlich zu weites Feld, das auch bei Wohlmeinenden viele unbeantwortete Fragen aufwirft. Als Dienstleistung gilt „jede selbständige wirtschaftliche Tätigkeit, bei der einer Leistung eine wirtschaftliche Leistung gegenübersteht“, die „von Dienstleistern erbracht“ wird, „die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind.“

Alles klar? Handelt es sich doch um „einen sehr weiten Bereich wirtschaftlicher Tätigkeiten, wie beispielsweise Unternehmensberatung, Zertifizierungs- und Prüfungs- oder Wartungstätigkeiten, die Unterhaltung und die Bewachung von Büroräumen, Werbung, Personalagenturen, einschließlich Zeitarbeitsvermittlungen, die Dienste von Handelsvertretern, Rechts- und Steuerberatung, Dienstleistungen des Immobilienwesens, wie die Tätigkeit der Immobilienmakler, Dienstleistungen des Baugewerbes und der Architekten, Handel, die Veranstaltung von Messen, die Vermietung von Kraftfahrzeugen, Sicherheitsdienste, Dienstleistungen der Fremdenverkehrsbranche, einschließlich der Dienste von Reisebüros und Fremdenführern, audiovisuelle Dienste, Sportzentren und Freizeitparks, Dienstleistungen im Freizeitbereich, Gesundheitsdienstleistungen und häusliche Dienste wie die Pflege älterer Menschen.“ Das dürfte genügen, um zu verdeutlichen, dass der Richtlinienentwurf jede Menge Zündstoff enthält.

Herkunftslandprinzip

Hauptkritikpunkt, gegen den die unterschiedlichsten Akteure Sturm laufen, ist das so genannte Herkunftslandprinzip, nach dem – von Ausnahmen abgesehen – „der Dienstleistungserbringer nur den Rechtsvorschriften des Landes unterliegt, in dem er niedergelassen ist.“ Versteht sich, dass zwischen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und Liberalisierungsgegnern diesbezüglich eine herzliche Gegnerschaft besteht, aber auch der nicht eben linksverdächtige Bundesrat stellt fest, dass der Kommissionsvorschlag zu einer „weitest gehenden Verdrängung des Staates, in dem die Dienstleistung erbracht wird, zugunsten der Vorschriften des Herkunftslandes“ führt. Will sagen: Die Dienstleistungsrichtlinie begünstigt Billiganbieter aus Niedrig-Standard-Ländern zu Lasten von Inländern, die an hohe Standards etwa des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes gebunden sind. Die Sorge ist nicht unberechtigt, und die Ausnahmen, die in dem Entwurf enthalten sind, können keineswegs alle Bedenken ausräumen.

Nach ausführlicher Lektüre der beachtlichen Fleißarbeit verfällt man leicht in eine gewissen Ratlosigkeit nach dem Motto: Nichts Genaues weiß man nicht. Auch der Bundesrat bezweifelt, „ob die Auswirkungen in sensiblen Bereichen wie Sicherheit, Rechtssicherheit, Gesundheits- und Verbraucherschutz, Waffenrecht oder auch auf überwiegend staatlich finanzierte Tätigkeiten im Bildungs- und Forschungsbereich sachgerecht sind.“

Sensible Bereiche

Zu den besonders sensiblen Bereichen zählen Kunst, Kultur und Medien, die bekanntlich unter das Subsidaritätsprinzip fallen. Die Kulturhoheit, Rundfunkhoheit inklusive, obliegt den Mitgliedsstaaten bzw. in Deutschland den Bundesländern, was schon seit längerem zumindest partiell die Begehrlichkeit einschlägiger Brüsseler Kommissare hervorruft, verstärkt durch allerlei Anwürfe des VPRT (Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation), der sich Schützenhilfe aus Brüssel erhofft in dem Bestreben, dem öffentlich-rechtlichen System die Grundlage zu entziehen. Aber das ist eine andere Baustelle.

Die Stellungnahme des Bundesrates, die ja nur eine von vielen ist, stellt das erklärte Ziel der Kommission, den Binnenmarkt im Dienstleistungsbereich zu verwirklichen, keineswegs infrage. Auch der Bundesrat sieht durchaus Chancen für Entfaltungsmöglichkeiten deutscher Dienstleistungsunternehmen, findet aber auf stattlichen 22 Seiten gleich dutzendweise Haare in der Liberalisierungs-Suppe, nicht zuletzt unter Berufung auf das Subsidaritätsprinzip, etwa, um ein „exotisches“ Beispiel zu nennen, bei der Veranstaltung von Glücksspielen. Diese sollen, so fordert der Bundesrat, ebenso aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen werden wie die audiovisuellen Dienstleistungen, insbesondere Rundfunk und Filmförderung. Denn: „Medien haben eine über den wirtschaftlichen Aspekt hinausgehende weit reichende kulturelle Bedeutung.“ Hier sind Bundesrat, ARD und ZDF (ebenso wie die Europäische Rundfunk-Union (EBU) auf europäischer Ebene) ganz nah beieinander, was ja nicht immer so ist. Es dürfte an dieser Stelle nicht nötig sein, in epischer Breite darzustellen, warum der audiovisuelle Bereich in einer EU-Dienstleistungsrichtlinie nichts zu suchen hat. Es müsste Einigkeit bestehen, dass alles dafür getan werden muss, der Aushöhlung von spezifischem Rundfunk- bzw. Medienrecht entgegenzustehen.

Die geltende Fernsehrichtlinie, das so genannte Telekompaket (das z. B. ausdrücklich „Must-Carry“-Vorschriften enthält, die nach der Dienstleistungsrichtlinie aber hinterfragt werden sollen) und eine Reihe von einschlägigen Schutzrechten sowie die e-commerce-Richtlinie stellen einen weit gefassten Rechtsrahmen dar, der zwar durchaus Ergänzungen – vor allem in Bezug auf Online-Angebote - bedarf, aber nicht im Kontext mit einer Dienstleistungsrichtlinie, die sich nur am Faktor Wirtschaft und nicht am Faktor Kultur, genauer gesagt, kulturelle Vielfalt, orientiert. Zweifellos ist eine Anpassung der Fernsehrichtlinie und anderer Vorschriften an die technischen Entwicklungen und das veränderte Kommunikationsverhalten nötig, weshalb sich das Europäische Parlament vehement für einen abgestuften Regelungsrahmen in Form einer Inhalte-(Content-)Richtlinie ausgesprochen hat – aber auch das ist ein anderes Thema.

Was den Hörfunk angeht, haben wir bisher in Europa ohne grenzüberschreitende Gesetzgebung ganz gut gelebt. Hier hat es einen Harmonisierungsdruck wie im Fernsehbereich nie gegeben. Es wäre völlig widersinnig, unter dem Vorzeichen, Hürden abbauen zu wollen, neue Hürden zu errichten, wo es bisher keine gab.

Von Kunst, Kultur und Kulturschaffenden ist in dem Richtlinienentwurf nirgendwo die Rede, aber es ist klar, dass auch Kunst und Kultur, in welcher Form auch immer, unter die Dienstleistungsrichtlinie fallen können, denn auch Kunst und Kultur haben, wie Medien, einen Doppelcharakter. Sie sind ein Kulturfaktor von ideellem Wert, aber ebenso Wirtschaftsgut und Dienstleistungsfaktor. Und weil es hier zwar möglicherweise um gewinnträchtige Dienstleistungen, nicht aber um die Marktgesetze des Teppichhandels und der Vermarktung von Butter, Eier, Käse geht, ist die Sorge des Deutschen Kulturrates vor negativen Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie berechtigt. Ob sektorale Vorschriften sinnvoll sein könnten, wäre sorgfältig zu prüfen. Auch sie können leicht mit dem Subsidaritätsprinzip kollidieren. Am besten wäre, die Bereiche Kunst, Kultur und Medien völlig aus dem Anwendungsbereich auszuklammern.

Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, die deutsche Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt, hat noch viel vor sich, um alle Interessen unter einen Hut zu packen und einen abstimmungsreifen Vorschlag in das Parlament einzubringen. Wie man hört, hat sie sich vorgenommen, die Zahl der Änderungsanträge unter 800 (!) zu halten, wogegen jedoch andererseits mit deutlich höheren Nummern spekuliert wird. Herzlichen Glückwunsch, Evelyne! Inzwischen liegt ein Arbeitsdokument vor. Es stößt sich hauptsächlich am Herkunftslandprinzip und wirft viele klärungsbedürftige Fragen auf, aber Aussagen zu Medien, Kunst und Kultur sind darin (noch) nicht aufgenommen. Man darf jedoch hoffen, dass sie diesbezüglich auf der richtigen Seite ist.

Inzwischen Proteste

Inzwischen haben auch Berlin und Paris Protest angemeldet, Bundeskanzler Schröder befürchtet nun Lohndumping und andere Risiken. Selbst bei der deutschen Wirtschaft ist der Jubel in Bedenken umgeschlagen. Im Zentralverband des Deutschen Handwerks fürchtet man mal wieder die Abschaffung des Meisterbriefs – zu Unrecht, behauptet die Kommission. Die für die Informationsgesellschaft und Medien zuständige Kommissarin Viviane Reding verabreicht Beruhigungspillen: der Rundfunk, der öffentlich-rechtliche zumal, sei „sicher“. Wozu dann der Hinweis auf „audiovisuelle Dienste“? Vom Kulturkommissar hört man nichts. Es fehlt an lauten Stimmen für die Kultur!

Ein Blick zurück, nicht im Zorn: Die europäische Integration ist seit jeher ein Prozess learning by doing. Es gab Eurosklerose, der Motor einer immer größer werdenden Gemeinschaft geriet immer mal ins Stottern, und es gab Phasen, da kam man gedanklich kaum hinterher. Typisch ist, vor allem in Deutschland, bei neuen Vorhaben immer erst einmal ein Antireflex. Die Begeisterung derer, die einst auszogen, die Schlagbäume niederzureißen, verzagt angesichts der Mühen der Ebenen. Hier schlägt die Stunde der Bedenkenträger. Trotzdem ist es z. B. zur Zollunion, dem Binnenmarkt, dem Euro, einem immer stärker werdenden direkt gewählten Parlament und jetzt auch einem Verfassungsvertrag in spe gekommen.

Apropos Binnenmarkt: Der war das Negativthema im Wahlkampf 1989 schlechthin. In der angepeilten grenzüberschreitenden Freiheit für Menschen, Waren, Kapital und Dienstleistungen (!) wähnten breite Kreise, nicht zuletzt die Gewerkschaften, das Einfallstor für Überflutung mit Drogen, Kriminellen und Terroristen, und vor allem Sozialdumping auf der ganzen Linie. So schlimm ist es bekanntlich nicht gekommen, dafür haben schon an die dreihundert Richtlinien gesorgt, um die zum Teil ebenso erbittert gerungen wurde. Wir sind überwiegend sogar ziemlich gut damit gefahren.

Wird die Dienstleistungsrichtlinie also gekippt? Auch diesmal darf man davon ausgehen, dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Schon hören wir die Signale, die Binnenmarktkommissar McCreevy aussendet. Er ließ per Pressemeldung wissen, dass er guten Willens sei, die Bedenken „einiger Mitgliedstaaten und Europaabgeordneten“ zu berücksichtigen. Ihm sei die einvernehmliche Verständigung auf einige Liberalisierungsmaßnahmen wichtiger als die reine Lehre. Noch ist nicht zu erkennen, welche Zugeständnisse er konkret zu machen bereit ist, aber wenn alles den üblichen europäischen Gang nimmt, wird am Ende mit einer Vielzahl von Veränderungen ein Kompromiss herauskommen, mit dem alle leben können (und müssen). In dieser Disziplin sind die Europäer Weltmeister.

Der Untergang des Abendlandes findet daher auch diesmal gewiss nicht statt.

Der Verfasserin war von 1989 bis 2004 Mitglied im Europäischen Parlament ■

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

DEUTSCHE ORCHESTER

Zwischen Bilanz und Perspektive

Herausgegeben von der Jungen Deutschen Phiharmonie, mit Beiträgen von Wolfram Goertz, Heiner Gembris, Monika Griefahn, Gerald Mertens u.a.

ConBrio Verlagsgesellschaft

Anlässlich ihres 30. Geburtstages zieht die Junge Deutsche Philharmonie Bilanz und zeigt Perspektiven für die Orchesterlandschaft in Deutschland auf.

160 Seiten, Paperback,
CB 1166
ISBN 3-932581-66-0

Ich möchte *politik und kultur* (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Deutsche Orchester – zwischen Bilanz und Perspektive

Meine Adresse (=Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ **Ort**

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH, Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, Fax: 0941/945 93 50

Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt

Bewertung des UNESCO-Abkommens aus Sicht der Kultusministerkonferenz • von Wilhelm Neufeldt

Die Länder haben im November 2003 im Bundesrat erklärt, dass die Wahrung und Förderung der kulturellen Vielfalt für sie ein vorrangiges Anliegen ist und ein wichtiges Ziel der Kulturpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sein muss. Sie sehen in der angestrebten UNESCO-Konvention eine wichtige Orientierungshilfe bei den Verhandlungen im Rahmen des GATS, indem sie die Besonderheiten des Kultursektors zum Ausdruck bringt und dazu beiträgt, die kulturspezifischen Aspekte stärker zum Tragen zu bringen.

Ausdrücklich loben will ich, und das ist – wie die jüngsten Ereignisse insbesondere in der Föderalismuskommission gezeigt haben – nicht immer so, das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Ländern und dem Bund und die sehr gute Zusammenarbeit insbesondere mit dem Auswärtigen Amt. Ebenso erfreulich ist das bislang einvernehmliche Zusammenwirken der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten. Sicher wird es noch in konkreten Fragen zu unterschiedlichen Positionen kommen, nicht nur zwischen den Staaten und der Kommission, sondern auch zwischen den nunmehr 25 Mitgliedstaaten, aber es scheint doch so zu sein, dass das Anliegen der UNESCO-Konvention im Grundsatz unstrittig ist.

Möglicherweise hat zur Entspannung auch die Erkenntnis beigetragen, dass die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und Ausnahmen für den Kultursektor keine unüberwindlichen Gegensätze bilden müssen. Vielmehr geht es darum, internationale Handelsregelungen und die Besonderheiten der Kultur mit ihrem Doppelcharakter (Gegenstand staatlicher Kulturpolitik zu sein und gleichzeitig Handelsgut) in einen gerechten Ausgleich zu bringen. Zu Recht hat die Deutsche UNESCO-Kommission darauf hingewiesen, dass nationale Ausnahmeforderungen für die Kultur ebenso wie der Freihandel an die internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten gebunden sind.[1] Die Vorschläge, die Frau Prof. Dr. Schorlemmer in der letzten Fachtagung zum Verhältnis von GATS und UNESCO-Übereinkommen unterbreitet hat, scheinen mir den richtigen Weg zu weisen.

Dienstleistungen machen rund 2/3 des Bruttoinlandsprodukts der EU aus. Die EU deckt mehr als ¼ des gesamten Welthandels im Dienstleistungsbereich ab. Diese Zahlen belegen die wirtschaftliche und nicht zuletzt beschäftigungspolitische Bedeutung des Dienstleistungssektors, die durch den Abbau von Handelshemmnissen gestärkt werden kann. Die Kultur nimmt in Deutschland nach der Zahl der Beschäftigten einen nicht unbedeutenden Platz ein. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den Kulturberufen belief sich nach einer von Frau Staatsministerin Weiss in Auftrag gegebenen Studie[2] im Jahr 2003 auf rund 780.000 Personen. Bezogen auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung entspricht dies einem Anteil in Höhe von 2,2 Prozent. Im Vergleich stehen den 780.000 „Kulturberuflern“ 620.000 Beschäftigte in der gesamten Automobilindustrie gegenüber, eine Branche immerhin, die oft als tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft bezeichnet wird. Zwischen 1995 und 2003 ist die Zahl der im Kultursektor Tätigen insgesamt um 31 Prozent gestiegen. Dies bedeutet ein jährliches Wachstum um 3,4 Prozent, dem im gleichen Zeitraum ein Nullwachstum im Gesamt der erwerbstätigen Bevölkerung gegenübersteht. Der Anteil des Kulturbereiches an der Gesamtbeschäftigung hat sich also in den letzten acht Jahren signifikant vergrößert, wobei klar ist, dass diese Berufe nicht im öffentlichen Sektor entstanden sind, im Gegenteil, dort war die Zahl der Kulturbeschäftigten rückläufig. Die Gruppe der selbstständigen Kulturberufe wächst vier mal schneller als das Gesamt der Selbstständigen in der Bevölkerung.

Ist es vor diesem Hintergrund wirklich eine provokante Frage, ob der Abbau von Hemmnissen nicht auch eine Chance für Deutschland bedeuten könnte?

Die Bedingungen für den internationalen Kulturaustausch, sind trotz aller Restriktionen in einzelnen Ländern und Regionen heute so gut wie nie zuvor. Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Demokratisierung in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die EU-Erweiterung, Reisefreiheit, aber auch die immer schnellere Verbreitung von Inhalten über moderne Medien haben günstige Voraussetzungen geschaffen, um eigene künstlerische Angebote bekannt zu machen oder fremde kennen zu lernen. Kultur kann ohne den wechselseitigen Austausch, ohne Offenheit gegenüber fremden Einflüssen nicht gedeihen. Ich meine, niemand will zu den Zeiten der Abschottung zurück. Das Handeln mit kulturellen Gütern und Dienstleistungen darf im Grundsatz nicht in Frage gestellt werden. Um die Kultur dürfen keine protektionistischen Zäune gezogen werden.

Jedoch muss der kulturelle Reichtum bewahrt werden. Die Staaten dürfen ihres kulturpolitischen Gestaltungsspielraumes, den sie zur Bewahrung der kulturellen Vielfalt, des Meinungspluralismus und letztlich zur Wahrung ihrer Identität einsetzen, nicht verlustig gehen. Hierfür benötigen wir – trotz der nicht zu unterschätzenden flexiblen Ausgestaltung des GATS – die UNESCO-Konvention als Gegengewicht zu einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise.

Wie sich der Bund und die Länder im Ziel der Konvention einig sind, so trifft das auch auf Detailfragen zu. So darf bei aller guter Absicht durch die Konvention nicht ein zusätzlicher Verwaltungsapparat geschaffen, den Vertragsstaaten nicht überbordender Verwaltungsaufwand (Notifizierungs- und Berichtspflichten) aufgebürdet und es dürfen keine (einklagbaren) Leistungsrechte Einzelner postuliert werden.

Lassen Sie mich aber abschließend noch ein Wort zum GATS sagen: Mit seinen 12 Dienstleistungssektoren und 155 Subsektoren erlaubt es nach meinem Dafürhalten in der Tat ein sehr differenziertes Vorgehen bei der Liberalisierung, wenn es innerhalb der Europäischen Union gelingt, am politischen Konsens, Kultur nicht zu liberalisieren, festzuhalten. Denn die Staaten bzw. die EU-Kommission haben das Initiativrecht, also immer auch die Möglichkeit, nicht initiativ zu werden. Zudem hat die EU eine restriktive Verhandlungslinie festgeschrieben, indem sie bei den für alle Sektoren verbindlichen Verpflichtungen Beschränkungen eingetragen hat, wonach in sämtlichen EU-Mitgliedsstaaten „Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatlichen Monopolen oder ausschließlichen Rechten privater Betreiber unterliegen“ können. Daneben hat sich die EU vorbehalten, Subventionen auf Staatsangehörige eines Mitgliedstaats zu beschränken bzw. staatliche Förderung nicht auf niedergelassene Anbieter aus Drittstaaten auszuweiten.[3] Die EU-Kommission hat weder Forderungen im Kulturbereich an Drittstaaten gestellt, noch macht sie selbst Liberalisierungsangebote. Zudem enthält das GATS eine Schutzklausel für Dienstleistungen, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden, also solche, die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht werden. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob wir in Deutschland nicht schon den Ast, auf dem wir sitzen, abgesägt haben:

In Deutschland werden seit mehreren Jahren zunehmend Kulturdienstleistungen aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung unter den Schlagworten „Rechtsformwandel“, „Verwaltungsoptimierung“ und nicht zuletzt „Flexibilisierung“ ausgegliedert und in gewöhnliche Kapitalgesellschaften oder sonstige Körperschaften umgewandelt. Ehemalige Staatsmuseen oder Staatsballette sind plötzlich nur noch beschränkt haftbar zu machen. Im günstigsten Fall handelt es sich um „Scheinprivatisierungen“, also von der öffentlichen Hand beherrschte Tochterunternehmen, zum Teil handelt es sich um „echte“ Privatisierungen (Übertragung öffentlicher Einrichtungen an Trägervereine).

Formal unterscheiden sich die privatisierten Unternehmen nicht von anderen Kapitalgesellschaften, die kulturelle (kulturwirtschaftliche) Zwecke verfolgen, nur dass der „Shareholder“ die öffentliche Hand ist und/oder sie exklusiv von der öffentlichen Hand finanziert werden. Sind aber nicht auch die Kulturstiftung der Länder, die Kulturstiftung des Bundes oder die Deutsche Stiftung Denkmalschutz privatrechtliche Stiftungen, die im Wettbewerb mit den anderen privatrechtlichen Kulturstiftungen stehen.

Eine besondere Vorreiterrolle nimmt ein uns durch seinen Apfelwein bekanntes Land ein, dem jetzt die Gemütlichkeit gehörig ausgetrieben wird. Es wird straff nach wirtschaftlichen Grundsätzen einer Aktiengesellschaft organisiert und wohl künftig auch durch einen Vorstandsvorsitzenden geführt. Dort ist der gesamte staatliche Kunstbesitz bis hin zum letzten Karton mit archäologischen Scherben bewertet und in die Bilanz des Landes aufgenommen worden. Die an Kunst und Kultur Interessierten, die z.B. die FAZ wegen ihres Feuilletons und nicht allein wegen Kunstmarktseiten kaufen, sind besorgt und fragen nicht zu Unrecht, wie weit diese Entwicklung noch getrieben werden wird und ob noch ein Gefühl dafür vorhanden ist, dass es sich um eine öffentliche Aufgaben der Daseinsfürsorge handelt.

So haben Staat und Kommunen die Kultur aus dem Kernbereich ihrer Tätigkeit, auf den man sich nur noch beschränken will, herausdefiniert. Im Ergebnis wurden die privatisierten Einrichtungen per Definition aus der Schutzklausel des GATS entlassen. Für sie gilt grundsätzlich das Gebot der Liberalisierung.

Bayern oder Baden-Württemberg beschreiten einen anderen Weg. Sie belassen es bei der Zuordnung der Kunst- und Kultureinrichtungen zur öffentlichen Hand und ermöglichen ein wirtschaftlicheres Handeln - um nicht missverstanden zu werden, es handelt sich um ein Ziel, das meine volle Unterstützung findet – im Rahmen des öffentlichen Haushaltsrechts.

Der Wirtschaftsteil des Tagesspiegels berichtete am 12. Januar 2005 über ein neues Urteil des EuGH, wonach öffentliche Aufträge an kommunale Firmen (meist der Daseinsfürsorge) nicht ohne Ausschreibung vergeben dürfen, wenn an diesen Firmen auch Private beteiligt seien, was die Kommunen aber nicht als praktikabel ansehen. Ein Rechtsexperte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes prognostizierte, dass dieses Urteil faktisch zu einer stärkeren Tendenz der Rekommunalisierung führen wird. Vielleicht – und darüber sollten wir diskutieren – brauchen wir eine erneute „Rekommunalisierung/Verstaatlichung“ der Kunsteinrichtungen. Gehören sie – nach alldem was heute gesagt wurde – nicht doch zum Kernbereich?

Der Verfasser ist Leiter der Kulturabteilung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg ■

Der Beitrag ist die leicht überarbeitete Fassung des Statements anlässlich der Veranstaltung zur Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt am 17.1.2005 in Berlin.

1 Resolution der 64. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission, Leipzig am 7. und 8. Juli 2004
2 Michael Söndermann, „Kulturberufe in Deutschland“
3 unesco heute online, Ausgabe 10. Oktober 2003, Stichwort: GATS und kulturelle Vielfalt

Europa und die Kultur

Verhandlungen ums Geld, um Dienstleistungsfreiheit, bei der UNESCO und um die Zukunft der Programme • Von Barbara Gessler

Einen ersten Höhepunkt des Jahres erreicht die Debatte um den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt und zwar sowohl innerhalb des Europäischen Parlaments (Berichterstatterin die deutsche SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt) als auch durch eine mögliche „neue“ Haltung Deutschlands im Ministerrat.

Während die Bundesregierung bisher auf die enormen positiven potenziellen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch eine Liberalisierung der grenzüberschreitenden Dienstleistungen hingewiesen hatte, scheinen die Bedenken auch in anderen Staaten gegenüber manchen dem Richtlinienvorschlag zugrunde liegenden Prinzipien inzwischen so virulent geworden zu sein, dass der weitere institutionelle Entscheidungsprozess sehr intensiv sein wird und sowohl von Abwägungen geprägt, aber auch von stichhaltigen und guten Argumenten begleitet werden muss.

Vorläufig geschlossen scheint dagegen bei Redaktionsschluss die Diskussion um die unmittelbare Zukunft der Kulturhauptstädte, nachdem sowohl Rat als auch Parlament sich über eine Erhöhung des Budgets zugunsten der neuen Mitgliedstaaten einigen konnten. Gleichzeitig arbeitet die Europäische Kommission derzeit, wie angekündigt, an einer Revision des Auswahlverfahrens.

Beim Budget nicht nur für die Kulturprogramme sondern für die Prioritäten im Rahmen der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 wird es in diesem Jahr in die entscheidende Runde gehen, in der die luxemburgische und im zweiten Halbjahr die britische Präsidentschaft eine große Herausforderung zu bewältigen haben werden. Unter dem Titel „Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht“, unter die auch die Kulturprogramme in der „Agenda 2007“ fallen, redet man jedoch von durchaus bescheidenen 1,8 % der Gesamtausgaben. Im Frühsommer sollte eigentlich sowohl allgemein, als auch für einzelne Sektoren (für Kultur und audiovisuelle Fragen Ende Mai) mehr Klarheit geschaffen werden, aber ob dieser Zeitplan angesichts der disparaten Interessenslage innerhalb der Union gehalten werden kann, erscheint mehr als fraglich. Eine zeitliche Verschiebung der Entscheidungen wird, wie bereits in der Vergangenheit erfahren, sicher auch praktische Folgen für die konkrete Gestaltung der einzelnen Programme haben.

Positiv jedoch scheint die Einigung mit Blick auf das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission bei der UNESCO verlaufen zu sein. Bedenken vonseiten einiger Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Griechenland bezüglich einer wichtigen Rolle für die Kommission konnten beruhigt werden. Für die Europäische Kommission ist es besonders wichtig, dass eine Koordinierung der gemeinsamen Position bei den Verhandlungen im Vorfeld stattfindet und dass das Gewicht, das dieser gemeinsam erhobenen Stimme somit verliehen wird, nicht gemindert wird. Welche inhaltlichen Fortschritte man im Februar in Paris erreicht haben wird, ist beim Verfassen des Artikels noch nicht erkennbar gewesen.

Wie es innerhalb der EU um die Politik zum Schutz der kulturellen Vielfalt im audiovisuellen Bereich bestellt ist und wie sie zukünftig gestaltet werden soll, etwa wenn es um die in der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen vorgesehenen Quoten für europäische Programme geht oder welcher technologische Bereich eigentlich dafür zugrunde gelegt werden wird, wird derzeit bei der Generaldirektion Informationsgesellschaft, wo dieser Bereich seit Beginn des Jahres angesiedelt ist, eruiert. Ersten Input geben die Ergebnisse einer Studie, die Anfang des Jahres erscheinen soll, nach der nach wie vor nur 12,5 % des nationalen TV-Programms aus dem europäischen Ausland stammen, die Quoten im allgemeinen jedoch respektiert würden. Die Frage nach dem Regelungsbereich der Richtlinie und der Neugestaltung der Gesetzgebung mit Blick auf den Inhalt und nicht auf sein technologisches Transportmittel ist eine, die auch im Zusammenhang mit den GATS-Verhandlungen eine nach wie vor sehr große Rolle spielt und aufmerksam beobachtet wird.

Zumindest für den Rundfunk lässt sich das Jahr in jeder Hinsicht als eine Herausforderung an.

Die Verfasserin ist Leiterin der EU-Vertretung in Bonn ■

Kulturpolitik und der Schwedische Kulturrad

Von Per Svenson und Gudrun Vahlquist

Der Schwedische Kulturrad wurde 1974 als staatliche Dachorganisation zur Umsetzung der vom Reichstag beschlossenen Kulturpolitik auf nationalem Niveau gegründet. Bei aller Wortverwandtschaft, der Deutsche Kulturrat und der schwedische Kulturrad unterscheiden sich erheblich in ihren Strukturen und Aufgaben – der Deutsche Kulturrat ist der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, der Schwedische Kulturrad ist eine staatliche Behörde, die dem Ministerium für Bildung und Kultur und somit der Regierung untersteht. Im Herbst 2004 wurde das Kulturministerium in Folge einer „mit-legislativen" Regierungsumbildung nach acht Jahren der Selbständigkeit wieder mit dem Bildungsministerium vereinigt. Es ist zu hoffen, dass nach diesen acht Jahren, in der die Kulturpolitik an Sichtbarkeit und Profil inmitten der großen Politik hinzugewinnen konnte, die Rückkehr in den Schoß des Ressorts von Wissenschaft und Bildung, und damit dessen Mittel, eine fruchtbare Kombination hervorbringen wird. Und bislang ist der Schwedische Kulturrad in seinen Aufgaben und in seinem Status auch nicht betroffen worden – wie gesagt, bislang.

Dreißig Jahre im Rückblick

Einiger unterschiedlicher parteipolitischer Standpunkte über das Ausmaß von Subventionen für die Kulturpolitik zum Trotz, war es ein einhelliger Reichstag, der die zukünftigen Ziele der staatlichen Kulturpolitik festlegte – die kulturelle Gleichberechtigung sei ebenso wichtig wie die finanzielle und die soziale.

Im Bereich Kultur bewirkte dieser Entschluss eine erhebliche Zunahme der Regierungszuständigkeiten. Der Staatliche Kulturrad wurde gebildet, um die Mittel und Maßnahmen auf nationalem Niveau im Einklang mit den neuen Zielen zu koordieren. Diese Ziele, 1974 nur recht allgemein formuliert, kennzeichneten Kultur als Grundvoraussetzung für freie Meinungsäußerung, für die Entfaltung der persönlichen schöpferischen Tätigkeit und zur Förderung von Dezentralisierung, von künstlerischen und kulturellen Neuerungen sowie des internationalen Kulturaustauschs. Diese Ziele und die mit ihnen einhergehenden zusätzlichen Finanzmittel sollten sowohl den Provinzen und Kommunen als auch Institutionen und Interessensverbänden als Anreiz dienen, um kulturpolitsche Fragen und Initiativen auf die Tagesordnung zu bringen.

Die späten 70er und die 80er Jahre waren die Zeit heftiger Reformen und Entwicklungen. Zwischen 1970 und 1980 hatte sich der staatliche Kulturhaushalt mehr als verdoppelt. Städte und Kreise konnten sogar einen weitaus größeren Zuwachs verbuchen, und das heutige strukturelle Netzwerk professioneller regionaler und lokaler Einrichtungen wie Museen, Theater und Bibliotheken war weitestgehend fertiggestellt. Veraltete Institutionen waren modernisiert und neue wie das Film Institut, Schauspielschulen, städtische Musikschulen, und Tournée-Vermittlungen für Theater, Konzerte und Ausstellungen waren geschaffen worden.

1995 stellte die Regierungskommission für Kultur ihren Zwischenbericht zu den Ergebnissen der *Den nya kulturpolitiken (Die neue Kulturpolitik)* seit 1974 vor. 1996 präzisierte das Parlament einige der Formulierungen des Beschlusses von 1974:

- Gewährleistung der freien Meinungsäußerung und Schaffung einer wirklichen Chance für alle, um von dieser Freiheit Gebrauch zu machen,
- daran zu arbeiten, die Chance für alle zu schaffen, um sowohl am kulturellen Leben und an kulturellen Erfahrungen teilzunehmen, als auch um sich mit eigenen kreativen Tätigkeiten befassen zu können,
- Förderung der kulturellen Vielfalt und der künstlerischen Erneuerung und Qualität; dabei gleichzeitig den negativen Auswirkungen kommerziellem Missbrauchs entgegenwirkend,
- es der Kultur zu ermöglichen, eine dynamische, herausfordernde und unabhängige Kraft in der Gesellschaft zu sein,
- Erhalt und Nutzung des kulturellen Erbes,
- Förderung der Bildung,
- Förderung des internationalen Kulturaustauschs und von Zusammenkünften unterschiedlicher Nationen in Schweden.

Lediglich zwei Gesetze

Lediglich zwei Kulturbereiche werden in Schweden direkt per Gesetz reguliert: Erstens das kulturelle Erbe, bzw. sein Umfeld und dessen Erhalt und Pflege und zweitens das öffentliche Bibliothekswesen. Zusätzlich gibt es eine verbindliche Absprache zwischen der Regierung und den politischen Parteien hinsichtlich der Filmindustrie. Des weiteren verabschiedet der Reichstag auf Regierungsvorschlag Resolutionen, die auf den Zielen und Richtlinien der Kulturpolitik sowie deren organisatorischen Grundlagen und dem Verfahrensschlüssel der Mittelzuweisung für verschiedene kulturelle Zwecke beruhen. Der Reichstag entscheidet auch, welche lokalen und regionalen Institutionen berechtigt sind, Regierungszuschüsse für laufende Kosten zu erhalten, die dann vom Kulturrad verwaltet werden. Die Regierung benennt die Experten, besetzt die Kommissionen und beruft die Aufsichtsräte und Direktoren der staatlichen Kultureinrichtungen.

Die staatliche Ebene

Somit trägt der Kulturrad die volle Verantwortung sowohl bei der Vergabe von Zuschüssen und Fördermitteln an Einrichtungen, Organisationen und Projekte als auch in der Verständigung mit Partnern aus dem Kulturbetrieb und den angeschlossenen Bereichen. Der Kulturrad ist auch für Gutachten, deren Auswertungen und der Berichterstattung zuständig.

Der Rat vergibt seine Zuschüsse nicht an Einzelpersonen, sondern allein an Institutionen und Organisationen bzw. relevante Bereiche. Einzelne Künstler werden von gesonderten staatlichen Gremien gefördert, z.B. vom Konstnärsnämnden, dem Författarfonden oder dem Bildkonstnärsfonden.

Zwei Stadtansichten Stockholms **Fotos: Archiv**

Der Kulturrad erfüllt eine übergeordnete Funktion. Andere staatliche Behörden sind auf Schlüsselpositionen im Kulturbereich und des kulturellen Erbes spezialisiert. So verwaltet das Riksantikvarieämbetet (Amt für staatliches Kulturerbe) das Kulturerbegesetz und die damit verbundenen Kompetenzen, u.a. die Betreuung der 12 schwedischen in die UNESCO Liste aufgenommenen Weltkulturerbestätten. Das Amt arbeitet mit den Kulturerbe-Abteilungen der Regionalverwaltungen zusammen. Die Staats- und Regionalarchive sind Regierungsbehörden mit besonderen für das Archivwesen gestalteten Zuständigkeiten. Das Schwedische Film Institut ist eine für die Filmpolitik zuständige Regierungsbehörde. Das Swedish Institute trägt, gemeinsam mit dem Kulturrad, die Gesamtverantwortung für den kulturellen Austausch mit dem Ausland.

Ferner gewähren andere Fonds Fördermittel und Zuschüsse an einzelne Künstler. So wurde 1994 eine Stiftung – Future Culture – befugt mit dem Auftrag über 10 Jahre hinweg langfristige und innovative Projekte zu fördern. Das Stiftungsvolumen belief sich auf SEK 529 Millionen (ca. EUR 58 Millionen).

Die regionale und lokale Ebene

In ganz Schweden hat sich eine Struktur von unabhängigen, professionellen regionaler und lokaler Einrichtungen mit einer gemeinsamen Finanzierung durch die Zentralregierung herausgebildet. Die Regionalverwaltungen, häufig mit Partnern aus örtlichen Gemeinwesen, sind die Hauptbezugsberechtigten, da sie für die regionalen Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Orchester, Museen und Theater verantwortlich sind. In den nächsten Jahren wird man große Veränderungen der regionalen Strukturen und deren Funktion für Schweden erleben - das Verhältnis zur Zentralregierung mit inbegriffen, was auch Auswirkungen auf die Kulturpolitik haben könnte.

Der lokale Kulturbetrieb sollte von den Gemeinden selbst getragen werden, da ihr Engagement ungefähr 60 Prozent der öffentlichen Ausgaben im Kulturbereich ausmacht. Sie unterhalten die öffentlichen Bibliotheken und die städtischen Musik- und Kunstzentren. Sie bezuschussen Bildungsvereine und kulturelle Veranstaltungen. Vielerorts, vor allem in den größeren Städten, sind sie für Theater und Konzerthäuser zuständig. Desweiteren tragen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die Verbände von Kulturschaffenden und Laienaktivitäten einen großen und wichtigen Teil zum kulturellen Leben bei. Der Kulturrad vergibt Zuschüsse an regionale Künstler für Beratertätigkeiten in den Bereichen Tanz, der bildenden Kunst und der kulturellen Vielfalt, um somit die kulturellen Netzwerke und die Entwicklung innerhalb ihrer künstlerischen Bereiche zu fördern.

Der internationale Kulturausstausch

Der Kulturrad ist seit langem in der Förderung des internationalen Kulturaustauschs sehr erfahren. Er unterstützt Organisationen, Interessensverbände und Partner, die sich in gemeinsamen Projekten, Netzwerken und in Seminaren engagieren. Aktiv vertreten ist der Kulturrad in zahlreichen internationalen Organisationen und Netzwerken wie der UNESCO, der EU, der Nordischen Kulturstiftung und der Initiative Ars Baltica. Er beteiligt sich am Compendium Cultural Policies in Europe und ist der EU Culture Contact Point Schweden. Seitdem die Regierung dem Kulturrad im Jahre 2003 die Verantwortung für den internationalen Astrid Lindgren Memorial Award für Kinderliteratur und für den langfristig angelegten Sweden-South Africa Fund für kulturelle Kooperation übertragen hat, haben sich die internationalen Beziehungen noch erweitert.

Ab diesem Jahr und auch weiterhin wird die zukünftige Funktion des Kulturrads in Bezug auf Belange des internationalen Austauschs stärker präzisiert werden. Die Regierung hat die Betätigungsfelder der im internationalen Kulturaustausch tätigen Hauptakteure analysiert, und es ist zu erwarten, dass genauere Abgrenzungen, aber auch Verknüpfungspunkte vorgegeben werden, die dann, neben anderen schwedischen Organisationen auch den Kulturrad und das Swedish Institute anbelangen werden.

Die vielen Eindrücke, die über Sateliten TV, Video, Internet und andere Medien übermittelt werden, haben starke Auswirkungen auf Wissen, Einstellungen, life-style und Verbraucherverhalten mit sich gebracht. Es ist nicht allein die Folge der Globalisierung, die Schweden noch näher mit dem Rest der Welt verbindet, sondern es liegt vielmehr an Schwedens EU Mitgliedschaft und den vielen Menschen aus aller Welt, die hier leben und Schweden zu einer multikulturellen Gesellschaft machen. Diese Situation hat, und wird es auch weiterhin haben, einen Einfluss auf die Kultur, auf die kulturpolitischen Ziele, Programme und Maßnahmen. Seien Sie sich sicher.

Per Svenson ist Leiter der Presseabteilung des Schwedischen Kulturrad. Gudrun Vahlquist ist Chefberaterin des Schwedischen Kulturrad. ■

INFORMATIONEN

Der Schwedische Kulturrad hatte 2004 Fördermittel in Höhe von SEK 1,4 Milliarden (ca. EUR 153 Millionen) zur Verfügung. Der Rat verteilt diese Regierungsmittel an regionale Museen, Bezirksbibliotheken und kommunale Theater und Einrichtungen für Tanz und Musik. Desweiteren gehen die Gelder u.a. an

- öffentliche Bibliotheken
- Tonaufnahmen
- Forschung und Entwicklung
- Freie Tanz- und Musikgruppen
- Internaltionaler Kulturaustausch
- Kultur am Arbeitsplatz
- Kultur in sozial schwachen Gebieten
- Kunst-Periodika
- Literatur (Fiktion, Sach- und Kinderbücher)
- Minderheiten-Kulturen
- Kunstaktionen in der Provinz
- Beraterhonorare für regionale Künstler
- Projekte von großen Museen
- Entfaltungsaktionen (development activities)
- Behindertengerechter Zugang zu Kultur oder Zugang zur Kultur für Behinderte
- Kulturelle Vielfalt

Die Mittel wollen Vielfalt und Qualität fördern. Der Kulturrad betrachtet es als außerordentlich wichtig, dass lebendige Kultur sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für jene außerhalb der urbanen Zentren zugänglich ist.

Die Organisationsstruktur des Statens Kulturradet
Der Vorstand des Kulturradet wird von der schwedischen Regierung ernannt. Generaldirektorin ist Frau Kristina Rennerstedt. Ausgewiesene Experten in den Arbeits- und Beratergruppen stellen die bestmögliche Verteilung der Mittel sicher. Das Sekretariat beschäftigt ungefähr 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Besucheradresse:
Langa raden 4, Skeppsholmen
Anschrift: P.O. Box 7843, 103 98 Stockholm
Tel +46-8-519 264 00
Fax +46-8-519 264 99
kulturradet@kulturradet.se
www.kulturradet.se

UNESCO, WTO, GATS, EU, puk und mehr

Der Vorstand hat in seiner Amtszeit vom März 2003 bis zum März 2005 die in der Amtsperiode des vorherigen Vorstands begonnene stärkere internationale Ausrichtung der Arbeit des Deutschen Kulturrates konsequent fortgeführt. In zunehmendem Maße werden die Rahmenbedingungen des kulturellen Lebens durch internationale Abkommen oder europäische Richtlinien vorgeprägt. Die Globalisierung macht auch vor dem Kultur- und Medienbereich nicht halt, im Gegenteil gerade hier vermuten die Anhänger des Wirtschaftsliberalismus noch Wachstumspotenziale.

Der Vorstand bei einem Treffen mit der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Angela Merkel und mit Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert: v.l.n.r.: Christian Höppner (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Heinrich Bleicher-Nagelsmann (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Angela Merkel (Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Norbert Lammert (Vizepräsident des Deutschen Bundestages), Max Fuchs (Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates). Foto: Peer Steinwald

Der Kulturbereich tut sich im Gegensatz zum Mediensektor teilweise noch schwer, anzunehmen, dass auch er zu den Dienstleistungen gezählt wird und daher ebenso wie andere Dienstleistungssektoren von den Liberalisierungsbestrebungen auf der internationalen wie der europäischen Ebene betroffen ist. Auch wenn die Erarbeitung einer Schauspielproduktion und schließlich die Aufführung vor Publikum etwas anderes ist, als das Streichen einer Wand oder Transport von Waren von A nach B, wird Kultur in den internationalen und europäischen Debatten längst zu den Dienstleistungen gezählt. D.h. sowohl die Welthandelsorganisation (WTO) als auch die UNESCO ebenso wie die Europäische Union ordnen Kunst und Kultur unter den Dienstleistungen ein. Dieses Faktum kann nicht weg diskutiert werden, es mag dem Kulturbereich gefallen oder nicht. Besonders schmerzlich bei der Diskussion um Kultur als Dienstleistung ist, dass die Besonderheiten der kulturellen Produktion und Rezeption oftmals keine Berücksichtigung finden. Doch Kunst ist etwas anderes als der Transport von Waren. Kunst und Kultur haben immer einen Doppelcharakter, Kunst und Kultur sind oft ein Wirtschafts- aber stets ein Kulturgut. Sie verweisen auf die Transzendenz des Menschen. In der Kunst drücken sich Menschen aus, Kunst ist auch ein Spiegel der Gesellschaft und wirkt in diese zurück.

Bei aller Bedeutung von Kunst und Kultur für die Gesellschaft finden sie nicht ausschließlich im öffentlichen Sektor statt. In vielen kulturellen Sparten von der Musik über die darstellenden Künste, die Literatur, die Bildende Kunst, die Baukultur, das Design bis hin zum Film und Medienbereich sowie der Soziokultur existiert neben dem öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Kulturbetrieb auch ein marktwirtschaftliches Segment. Der Buchmarkt ist in erster Linie marktwirtschaftlich organisiert. Autorinnen und Autoren wollen vom Verkauf ihrer Werke leben, sie suchen daher Verlage, die die Bücher herstellen, drucken und vertreiben. Bildende Künstlerinnen und Künstler leben ebenfalls in erster Linie davon, dass sie ihre Bilder, Skulpturen oder Grafiken z.B. an Sammler verkaufen. Der Verkauf an ein Museum, d.h. an die öffentliche Hand ist für die Mehrzahl der Bildenden Künstler eher die Ausnahme als die Regel. Die Sparten Baukultur und Design sind ohnehin in erster Linie marktwirtschaftlich organisiert. Im Musikbereich ist die gesamte Popularmusik fast ausschließlich marktvermittelt und im Bereich der darstellende Künste gibt es neben den Staats-, Landes- und Stadttheatern auch Privattheater mit oder ohne festes Haus. Allein diese kurze Auflistung zeigt, dass der Kulturbereich traditionell ein starkes kulturwirtschaftliches Standbein hat. Es liegt daher auf der Hand, den Kulturbereich auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Und in dem Maße, in dem öffentliche Kultureinrichtungen privatisiert werden bzw. stärker Eigenmittel erwirtschaften müssen, werden auch sie in zunehmendem Maße unter wirtschaftlichen Kriterien betrachtet und geraten in das Blickfeld der Liberalisierungsbefürworter.

Sensibilisieren gefragt

Es war daher ein wesentliches Anliegen des Vorstands in seiner Amtszeit, innerhalb des Kulturbereiches dafür zu sensibilisieren, dass Kunst und Kultur nicht per se von der Liberalisierung ausgenommen sind und es daher dringend erforderlich ist, sich mit so kulturfern erscheinenden Verhandlungen wie den GATS-Verhandlungen, den europäischen Prozessen wie dem Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinen Interesse und der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu befassen. Es geht nicht nur darum, den öffentlichen bzw. den öffentlich geförderten Kulturbereich in seiner Dichte und Ausdifferenziertheit zu erhalten, es geht auch um den Erhalt von Regelungen wie der Buchpreisbindung oder dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Kunst und Kultur.

Zusammengefasst werden die Debatten um die Bewahrung von Kunst und Kultur vor der rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise unter der Diskussion um die Daseinsvorsorge oder „Grundversorgung“. Beide Begriffe, die teilweise auch synonym gebraucht werden, zielen darauf ab, einen Bereich zu beschreiben, der jenseits des Marktgeschehens von der öffentlichen Hand gewährleistet sein muss. Dabei geht es nicht um planerische Vorgaben, wie sie etwa in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts angestrebt wurden, sondern um politische Festlegungen und Entscheidungen, was unter „Daseinsvorsorge“ verstanden werden soll. Diese Festlegungen müssen im Zusammenspiel von Bürgern, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Politik gewonnen werden. Man kann sagen, dass die Diskussion um die Daseinsvorsorge die Wiedergewinnung des Primats der Politik in der kulturpolitischen Debatte ist, nachdem in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts mit den Neuen Steuerungsmodellen und anderen Instrumenten der Verwaltungsvereinfachung ein Primat der Verwaltung in der kulturpolitischen Debatte Einzug gehalten hat.

Über die Bestimmung der kulturellen Daseinsvorsorge, also jenem Bereich, den der Staat entweder in seiner eigenen Trägerschaft oder durch freie Träger mit öffentlicher Unterstützung bereit halten sollte, hinaus, geht es in dieser Debatte auch darum, die Rahmenbedingungen für die nationale Kulturwirtschaft so optimal wie möglich zu gestalten. D.h. konkret den ermäßigten Mehrwertsteuersatz genauso zu erhalten wie die Künstlersozialversicherung, die im europäischen Vergleich einmalig ist.

Auf Grund der Bedeutung der Diskussion um die Frage der kulturellen Daseinsvorsorge hat der Vorstand diese Diskussion in den Mittelpunkt seiner Arbeit in seiner Amtszeit gestellt. Er hat dabei zum einen auf internationale Verhandlungen, wie den GATS-Verhandlungen oder der Erarbeitung der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, und europäische Vorhaben wie dem Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse oder der EU-Dienstleistungsrichtlinie reagiert, aber auch Positionierungen im Inland angeregt und angestoßen, wie z.B. die Anträge im Deutschen Bundestag zur Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Ebenso wurden in dieser Amtszeit verschiedene Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates zu diesem Themenkomplex erarbeitet und verabschiedet, die jeweils unter intensiver Mitwirkung von Vorstandsmitgliedern entstanden sind.

Kulturelle Daseinsvorsorge

Begonnen wurde die Auseinandersetzung mit dem Thema der kulturellen Daseinsvorsorge noch in der Amtszeit des letzten Vorstands anlässlich eines Treffens im Februar 2003 mit EU-Handelskommissar Pascal Lamy zum Thema GATS. EU-Handelskommissar Pascal Lamy hatte für die EU-Kommission und mithin für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union das Verhandlungsmandat bei den GATS-Verhandlungen (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen). In dem Gespräch sicherte Pascal Lamy dem Vorstand zu, dass er sich dafür einsetzen wird, den Kultur- und Medienbereich nicht in die GATS-Verhandlungen einzubeziehen und damit von der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen auszunehmen. Die EU-Kommission hat in die GATS-Verhandlungen in Cancún daher keine Angebote für den Kultur- und Medienbereich eingebracht, aber auch keine Forderungen an andere Länder gerichtet.

Bis zum September 2003 hat der Deutsche Kulturrat die Öffentlichkeit intensiv über die möglichen Gefahren einer Liberalisierung von Kulturdienstleistungen im Rahmen der GATS-Verhandlungen informiert und so das Thema in der Öffentlichkeit präsent gehalten. Zusammen mit der ARD, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem INCD (International Network of Cultural Diversity) hat sich der Deutsche Kulturrat während der GATS-Verhandlungen in Cancún im September 2003 bei den dortigen Verhandlungsdelegationen für Ausnahmeregelungen für die Kultur eingesetzt. Ebenso hat der Deutsche Kulturrat in Cancún intensive Gespräche mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments sowie Vertretern von Kulturorganisationen und Künstlern aus aller Welt geführt.

Im Oktober 2003 wurde bei der UNESCO-Generalkonferenz in Paris die Erarbeitung einer Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt verabschiedet. Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates gehörte als offizielles Mitglied der deutschen Delegation in Paris an. Innerhalb der Deutschen UNESCO-Kommission arbeitet der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates intensiv an der Erarbeitung der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt mit, die bereits im Herbst 2005 verabschiedet werden soll. Die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt hat zum Ziel, die Entwicklung der nationalen Kulturwirtschaften zu unterstützen und vor einer Liberalisierung zu schützen sowie auch weiterhin eine nationale Kulturpolitik der Mitgliedsstaaten ermöglichen. Es wird sich erweisen müssen, ob die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt ein scharfes Instrument, völkerrechtlich verpflichtendes gegenüber der Dienstleistungsliberalisierung im Rahmen des GATS wird.

Grünbuch Dienstleistungen

Begleitet wurden die Debatten in der Zeitung des Deutschen Kulturrates *politik und kultur*, der dank der Unterstützung des Auswärtigen Amtes für drei Ausgaben eine englischsprachige Beilage beigefügt werden konnte.

Im September 2003 verabschiedete der Deutsche Kulturrat eine Stellungnahme zum Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. In diesem Grünbuch unternahm die EU-Kommission den Versuch, Dienstleistungen zu differenzieren in Dienstleistungen von allgemeinem Interessen, in Dienstleistungen von allgemein wirtschaftlichem Interesse und in Dienstleistungen von wirtschaftlichem Interesse. Letztere sollen uneingeschränkt im Binnenmarkt liberalisiert werden, erstere sollen einen besonderen Schutz erfahren. Für den Kulturbereich bedeutsam ist, dass Kulturdienstleistungen, also z.B. Angebote von Museen, als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse eingeschätzt werden, sobald Eintrittsgeld genommen wird, auch wenn dieses längst nicht dazu dienen kann, die Kosten für den Unterhalt der Kultureinrichtung zu decken. Der Europäische Gerichtshof hat dieses in seiner jüngsten Rechtssprechung am Beispiel der Museen noch einmal bestätigt, indem er al-

Weiter auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

lein den Verkauf von Eintrittskarten bereits als wirtschaftliche Tätigkeit qualifiziert und eine Einordnung als Dienstleistung von allgemeinem Interesse verneint. In seiner Stellungnahme zum Grünbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse hat der Deutsche Kulturrat dafür plädiert, Kultur zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu rechnen.

Bericht des Vorstands

Damit tritt der Deutsche Kulturrat für ein flächendeckendes hochstehendes Kulturangebot zu erschwinglichen Preisen ein.

Der Deutsche Kulturrat hat sich zugleich in der Verpflichtung gesehen, aus dem Kulturbereich selbst heraus die Debatte um Kultur als Daseinsvorsorge zu führen und damit zu beschreiben, wie ein Kulturangebot auszusehen hat, welches zur Daseinsvorsorge zählt und damit vor einer Liberalisierung gesichert wird. Es wurde daher eine adhoc-Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge eingerichtet, die sich unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Die Debatte wurde mit Textbeiträgen aus allen Sektionen angereichert und es wurde in insgesamt sechs Sitzungen unter Beteiligung von Vertretern aus den Kommunalen Spitzenverbänden, der Länder, des Bundes und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Stellungnahme erarbeitet, die vom Sprecherrat des Deutschen Kulturrates im September 2004 verabschiedet wurde.

In der Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge!“ nimmt der Deutsche Kulturrat grundlegend zu kulturpolitischen Fragen Stellung. Er unterstreicht, dass das kulturelle Leben in Deutschland auf den Säulen:

· Künstler
· Kultureinrichtungen
· Kulturvereine (Bürgerschaftlichen Engagements)
· Kulturwirtschaft

beruht. Er hat definiert, dass unter Kultur als Daseinsvorsorge ein flächendeckendes hochstehendes Kulturangebot mit niedrigen Zugangsschwellen zu verstehen ist. Zugleich hat der Deutsche Kulturrat deutlich gemacht, dass sowohl öffentliche bzw. öffentlich geförderte Kultureinrichtungen als auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk jenen Kunstformen verpflichtet sind, die nicht marktgängig sind und sich beim Publikum erst noch durchsetzen müssen. Ebenso sind die Kultureinrichtungen aber auch gefordert, um das Publikum zu werben. Kulturelle Bildung ist eine besondere Verpflichtung für Kultureinrichtungen, um das Publikum zu qualifizieren und künftige Generationen an Kunst und Kultur heranzuführen. Ebenso setzt sich der Deutsche Kulturrat in dieser Stellungnahme für die Verankerung des Staatsziels Kultur in der Verfassung ein, wie auch für die konsequente Umsetzung der bestehenden Staatsziele Kultur in den Verfassungen der Länder.

Neben dem Thema Kultur als Daseinsvorsorge wurde in der Amtszeit des Vorstands die Gesetzgebung des Bundes und die Richtlinienpolitik intensiv begleitet. Ein wichtiges Thema ist dabei stets die Urheberrechtspolitik. Der Deutsche Kulturrat hat sich sowohl zur Vorbereitung eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft positioniert wie zur kulturellen und sozialen Bedeutung der Verwertungsgesellschaften.

Ein besonderes Augenmerk richtet der Vorstand auf die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler. Da die Einkommen der meisten Künstlerinnen und Künstler mit ca. 11.000 Euro Durchschnittseinkommen im Jahr relativ klein ist, hat der Deutsche Kulturrat bereits in der Amtszeit des letzten Vorstands eine adhoc-AG soziale Sicherung eingerichtet. Diese adhoc-AG hat eine Stellungnahme zur Verbesserung der soziale Lage der Künstler-innen und Künstler vorbereitet, die im Juni 2004 verabschiedet wurde. In dieser Stellungnahme appelliert der Deutsche Kulturrat bei den anstehenden Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme, besonders der Krankenversicherung, die soziale Errungenschaft der Künstlersozialversicherung zu sichern. Ebenso fordert der Deutsche Kulturrat eine verbesserte Altersabsicherung der Künstlerinnen und Künstler. Zusammen mit Bundessozialministerin Ulla Schmidt, MdB hat der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates im Dezember 2004 eine gemeinsame Veranstaltung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung und des Deutschen Kulturrates zur zusätzlichen Alterssicherung von Künstlerinnen und Künstlern eröffnet.

Kulturelle Bildung

Ein weiteres wichtiges Thema in der Amtszeit des Vorstands waren Fragen der kulturellen Bildung. Die Chancen der kulturellen Bildung bei der Entwicklung der Ganztagsschule zu nutzen, dafür setzt sich der Deutsche Kulturrat in seiner Stellungnahme „Chancen der Kulturellen Bildung nutzen! – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Ausbau der Ganztagsschulen“ vom März 2004 ein. Im September 2004 fand die Abschlusstagung „Kulturelle Bildung in der Bildungsreform – Konzeption Kulturelle Bildung“ des gleichnamigen Projektes des Deutschen Kulturrates statt. Der Deutsche Kulturrat wird im Frühjahr 2005 nach zehn Jahren ein neues Kompendium zur kulturellen Bildung in Deutschland vorlegen. Darin werden alle Bereiche der kulturellen Bildung wie auch die verschiedenen künstlerischen Sparten Berücksichtigung finden. Neben einem Überblick zu den Handlungsfeldern kultureller Bildung wird der Schwerpunkt in der Darstellung der Rahmenbedingungen kultureller Bildung und deren Auswirkungen auf die Trägerlandschaft liegen.

Die Arbeit des Vorstands wäre nicht möglich, ohne die Unterstützung der ehrenamtlichen Gremien des Deutschen Kulturrates. Unser besonderer Dank gilt daher sowohl den Fachausschüssen als auch dem Sprecherrat. Hier werden teilweise sehr kontroverse Diskussionen geführt, doch stets wird das Ziel im Blick gehalten, einen Konsens zu erarbeiten, der mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner und der darauf abzielt, die Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen Bereiche des kulturellen Lebens zu verbessern, ohne dass ein Bereich dabei belastet wird. Ebenso danken möchten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturrates namentlich dem Geschäftsführer Olaf Zimmermann, der sowohl die Arbeit des Vorstands als auch die der anderen Gremien des Deutschen Kulturrates unterstützt. Unser Dank gilt ebenfalls unseren Gesprächspartnern aus den Verbänden, aus den Kommunalen Spitzenverbänden, den Ländern, dem Bund und der europäischen Ebene. Dieser Austausch, das Lob aber auch die Kritik, sind für uns ein Ansporn in unserer Arbeit. Die nachfolgenden Auflistungen zeigen, dass die vergangenen zwei Jahre eine produktive Zeit waren.

Prof. Dr. Max Fuchs
(Vorsitzender)
Heinrich Bleicher-Nagelsmann
(Stellvertretender Vorsitzender)
Christian Höppner
(Stellvertretender Vorsitzender) ■

IN DER AMTSZEIT DES VORSTANDS VERABSCHIEDETE STELLUNGNAHMEN:

· Deutscher Kulturrat warnt vor Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (16.12.2004)
· Deutscher Kulturrat begrüßt Bundesstiftung Baukultur – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Bundesstiftung Baukultur (16.12.2004)
· Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (09.11.2004)
· Kultur als Daseinsvorsorge! (29.09.2004)
· Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zum Programm „Kultur 2007“ (29.09.2004)
· Kulturzuständigkeit ist mehr als Kulturförderung! – Diskussionspapier des Deutschen Kulturrates zur Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern (24.06.2004)
· Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Entwurf des „Gesetz zur Änderung des Deutsche-Welle-Gesetzes“ (24.06.2004)
· Deutscher Kulturrat fordert Politik auf, die soziale Sicherung der Künstlerinnen und Künstler zu stärken! – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (24.06.2004)
· Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Mitteilung der Kommission an dem Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss „Die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten im Binnenmarkt“ (07.06.2004)
· Positionspapier: Kulturelle und kulturpolitische Herausforderungen der europäischen Erweiterung – Deutscher Kulturrat sieht Zivilgesellschaft in der Verantwortung (29.04.2004)
· Chancen der Kulturellen Bildung nutzen! – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Ausbau der Ganztagsschulen (25.03.2004)
· Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Vorbereitung eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft (11.12.2003)
· Nicht an der Nachwuchsförderung sparen! – Deutscher Kulturrat fordert, die musisch-künstlerischen Wettbewerbe zu erhalten (26.09.2003)
· Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur stärken! – Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Aktive verbessern (26.09.2003)
· Schutz der kulturellen Vielfalt muss im Vordergrund der Überlegungen stehen! – Positionspapier des Deutschen Kulturrates zum Grünbuch der Europäischen Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (KOM 2003 (270) endg.) (26.09.2003)
· Resolution: Bürgerschaftlich Engagierte nicht mit unangemessenen Haftungsrisiken belasten – Deutscher Kulturrat fordert Präzisierung der Haftungsregelungen für ehrenamtliche Vorstandsmitglieder (26.06.2003)
· Resolution: Deutsche Kulturstiftung als Chance?! – Deutscher Kulturrat fordert inhaltliche und strukturelle Sicherung der Deutschen Kulturstiftung (17.06.2003)
· Resolution: Die deutsche Sprache stärken! Deutscher Kulturrat fordert, Deutsch als dritte Arbeitssprache der Europäische Union zu verankern (27.03.2003)

IN DER AMTSZEIT DURCHGEFÜHRTE VERANSTALTUNGEN:

· Veranstaltungen im Rahmen der WTO-Verhandlungsrunde in Cancún zusammen mit der ARD und der Heinrich-Böll-Stiftung (September 2003)
· Gemeinsame Tagung mit der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel zum Thema Bürgerschaftlichen Engagements (Juni 2003)
· Vergabe des Kulturgroschens 2003 an William Forsythe (Dezember 2003)
· Tagung Eurovisionen zusammen mit dem Goethe-Institut, der Robert-Bosch-Stiftung und Bundeszentrale für politische Bildung (April 2004)
· Parlamentarischer Abend zum Thema Daseinsvorsorge zusammen mit dem WDR (September 2004)
· Fachtagung “Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung” (September 2004)
· Zwei Funkhausgespräche zusammen mit dem WDR (Oktober 20004)
· Informationstag zusammen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung zum Thema Riester-Runde (Dezember 2004)
· Vergabe des *puk*-Preises zusammen mit DeutschlandRadio (Dezember 2004)
· Veranstaltung mit dem Initiativkreis öffentlich-rechtlicher Rundfunk, dem WDR und der Deutschen UNESCO-Kommission (Januar 2005)

IN DER AMTSZEIT GEFÜHRTE GESPRÄCHE MIT SPITZENPOLITIKERN:

· Gespräche mit Kulturstaatsministerin Weiss (Oktober 2003, Juni 2004, September 2004, Februar 2005)
· Gespräch mit dem Präsidium der Kultusministerkonferenz, Ministerin Dr. Annette Schavan, Ministerin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Minister Steffen Reiche (Oktober 2003)
· Gespräch mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz Staatsministerin Doris Ahnen (Juni 2004)
· Gespräch mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka (Februar 2005)
· Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, MdB (März 2004)
· Gespräch mit der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der CDU Dr. Angela Merkel (Januar 2005)

VOM VORSTAND WAHRGENOMMENE VERTRETUNGEN IN EXTERNEN GREMIEN:

· Arbeitskreis gesellschaftliche Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte (Prof. Dr. Max Fuchs)
· Beirat der Kulturstiftung des Bundes (Prof. Dr. Max Fuchs)
· Fachausschuss Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission (Prof. Dr. Max Fuchs)
· Programmausschuss von RTL (Christian Höppner)
· Rundfunkrat der Deutschen Welle (Heinrich Bleicher-Nagelsmann)

Zeitschriften bei ConBrio

politik!kultur
nmz
JAZZ ZEITUNG
Oper&Tanz
Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz
Zeitschrift für KulturAustausch

ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Tel. 0941/945 93-0
Fax 0941/945 93-50
E-Mail: info@conbrio.de
www.conbrio.de

ConBrio...
...wir machen der Musik Beine

Umsatzbesteuerung von Künstlern – keiner steigt mehr durch

Ist ein DJ ein Kammermusikensemble im Sinne des Gesetzes? • Von Jens Michow

Eigentlich gibt es ja nur drei Möglichkeiten: Der Umsatz eines Künstlers, also im wesentlichen sein Honorar, ist entweder gem. § 4 Nr. 20 a) Umsatzsteuergesetz (UStG) steuerfrei, gem. § 12 Abs. 1 UStG mit dem Regelsteuersatz von derzeit 16% oder gem. § 12 Abs. 2 Nr. 7 a) UStG ermäßigt mit derzeit 7 % zu besteuern.

Aber leicht sieht das – wenn überhaupt – nur auf den ersten Blick aus. Das zeigt sich spätestens, wenn man in den verworrenen Wortlaut der Vorschriften einsteigt. Dort ist nämlich nicht etwa von Künstlern oder Künstlergruppen die Rede, sondern durchweg nur von „Theatern, Orchestern, Kammermusikensembles und Chören“ etc., deren Umsätze im Falle des Vorliegens gewisser zusätzlicher Bedingungen entweder steuerfrei oder ermäßigt zu besteuern sind. Es handelt sich dabei um auslegungsbedürftige Begriffe, die, wie die Rechtsprechung festgestellt hat, lediglich exemplarischen Charakter haben.

Aber wie immer, wenn es der Rechtsprechung vorbehalten bleibt, Begriffe auszulegen, gibt es Rechtsunsicherheiten und Abgrenzungsprobleme. So hat die Rechtsprechung zunächst festgestellt, dass Theater, Orchester, Kammermusikensembles und Chöre ohne Rücksicht auf die Art der Musik und die Qualität der Darbietung begünstigt sind. Während jedoch einige Kommentatoren kleinere Musikgruppen nur unter die Vorschriften subsumieren wollten, sofern sie Kammermusik betreiben und Jazzgruppen ausschlossen, sofern sie nicht den Umfang eines Orchesters erreichten, erkannte die Finanzverwaltung bis vor kurzem als Orchester, Kammermusikensembles und Chöre alle Musiker- und Gesangsgruppen an, die aus zwei oder mehr Mitwirkenden bestehen. Grundsätzlich ausgeschlossen sowohl von der Steuerbefreiung als auch der ermäßigten Besteuerung waren – jedenfalls in der Vergangenheit – lediglich solistische Leistungen.

Die Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 20 a UStG wurde unter der Voraussetzung gewährt, dass die Leistungen der Theater, Orchester, Kammermusikensembles und Chöre den Leistungen der entsprechenden Einrichtungen des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder Gemeindeverbände entsprachen und „die zuständige Landesbehörde“ die Gleichartigkeit der zu befreienden Ensembleleistung mit den entsprechenden Leistungen der Öffentlichen Hand bescheinigte.

Die Inanspruchnahme der Steuerermäßigung nach § 12 Abs. 2 Nr. 7 a) UStG stand – jedenfalls gem. bisheriger Praxis der Finanzverwaltung – zwar auch bereits in der Vergangenheit Musikensembles offen, dessen Leistungen im weitesten Sinne – unabhängig von der Musikrichtung – mit den Leistungen der Theater, Orchester, Kammermusikensembles und Chöre gleichzusetzen waren. Da alle Begriffe zwangsläufig eine Personenmehrheit voraussetzen, waren solistische Leistungen von der Ermäßigung grundsätzlich ausgeschlossen. Gesetzgeberisches Motiv dieser Begünstigung war es, die „Grundversorgung mit Kultur“ für den Verbraucher günstiger zu gestalten. Allerdings haben zahlreiche Musikensembles in ganz offenbarer Unkenntnis ihrer gesetzlichen Option in der Vergangenheit die entsprechenden Chancen nicht genutzt.

Letztendlich war aber alles zumindest schematisch klar: Ensembles werden unter gewissen Voraussetzungen begünstigt, Solisten sind immer benachteiligt. Einzige Ausnahme bei den Ensembles: „Wann immer das Tanzbein geschwungen wird, gilt der Regelsteuersatz“. Da der gesetzlichen Begriffsaufzählung jedenfalls konzertmäßige Darbietungen immanent waren, ließ die Finanzverwaltung regelmäßig nicht zu, dass auch Tanzensembles die Begünstigung in Anspruch nahmen, da ihre Leistungen nicht dem Kultur- sondern dem nicht begünstigten Unterhaltungsbereich zuzurechnen sind.

Wer irgendeine nachvollziehbare Logik hinter dem System der unterschiedlichen Behandlung von Solisten und Ensembles suchte, musste lange suchen, aber irgendwie nahmen die Solisten ihr Schicksal trotz allem hin. Bis zum Jahre 2003. In einer Entscheidung vom 3. April 2003 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine aufsehenerregende Entscheidung mit erheblicher Bedeutung für die deutsche Veranstaltungswirtschaft gefällt. Gemäß Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) verbietet es der Grundsatz der steuerlichen Neutralität, die für Künstlergruppen mögliche Befreiung von der deutschen Umsatzsteuer Einzelkünstlern vorzuenthalten. Mit Erlass vom 31. Juli 2003 setzte das Bundesministerium der Finanzen das EuGH-Urteil in innerstaatliches Recht um. Seitdem gilt: Auch die Umsätze von Solisten sind, sofern auch die übrigen Voraussetzungen des § 4 Nr. 20 a) UStG vorliegen, steuerfrei.

Nach dem Urteil des EuGH zur Steuerfreiheit von Solisten war klar, dass auch die unterschiedliche Behandlung von Solisten und Ensembles bei der Zubilligung des ermäßigten Steuersatzes nicht länger aufrecht erhalten werden konnte. Mit Urteil vom 23. Oktober 2003 entschied der EuGH, dass der deutsche Gesetzgeber auch auf die Leistungen der Solisten, die diese gegenüber Veranstaltern erbringen, den ermäßigten Umsatzsteuersatz gewähren muss. Das Urteil wurde mit Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. März 2004 in innerstaatliches Recht umgesetzt.

So, könnte man denken, dann ist ja jetzt endlich alles klar: keine Unterscheidung mehr zwischen Solisten und Ensembles. Auch Solisten sind Kammermusikensembles im Sinne des Gesetzes, oder Chöre. Oder Orchester.

Trotz eigentlich unmissverständlicher Erlasse des Bundesministeriums der Finanzen besteht bei den Finanzämtern allerdings nach wie vor großes Durcheinander. So wird argumentiert, dass es grundsätzlich darauf ankommen solle, wo und in welchem Rahmen der jeweilige Auftritt stattfände. Trete z.B. ein Künstler im Rahmen einer Betriebsveranstaltung oder einer ‚Tanzbelustigung’ auf, sei seine Leistung nicht begünstigt. Das ist aber juristisch nicht vertretbar. Gemäß gefestigter Rechtsprechung kommt es regelmäßig auf die konkrete Leistung und nicht auf den Rahmen an, in welchem sie stattfindet.

Und auch die Künstler vermögen zumeist kaum nachzuvollziehen, wieso sie denn von ihrem altbewährten Regelsteuersatz abweichen sollen. Schließlich ist 16% doch weniger als 7% und wer verzichtet schon freiwillig auf Geld.

Die Veranstalter argumentieren, dass sie gem. eines Urteils des Bundesfinanzhofs aus dem Jahre 1998 nur noch berechtigt seien, den nach dem Gesetz geschuldeten Umsatzsteuersatz als Vorsteuer geltend zu machen. Werde ihnen ein zu hoher Umsatzsteuersatz berechnet, könnte ihnen die Finanzverwaltung den zu hoch geltend gemachten Vorsteueranteil im nachhinein aberkennen.

Und schließlich: wer gilt eigentlich im umsatzsteuerrechtlichen als Künstler? Welche Solisten und welche Ensembles fallen denn nun unter die so transparente Aufzählung der Theater, Orchester, Kammermusikensembles und Chöre? Sind DJ’s Solisten im Sinne des Erlasses? Warum fallen Dirigenten aus dem Raster und werden von den Finanzämtern ebenfalls nicht als Solisten iSd der §§ 4 Nr. 20 a) und 12 Abs. 2 Nr. 7 a) UStG behandelt ?

Fragen über Fragen. Konkrete Antworten gibt es leider kaum. Es wird Zeit, dass der Gesetzgeber eine Überarbeitung der entsprechenden Vorschriften vornimmt. Sowohl Künstler als auch Veranstalter sitzen mal wieder auf einem steuerrechtlichen Pulverfass.

Der Verfasser ist Rechtsanwalt bei Michow Rechtsanwälte Hamburg und Präsident des Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft ■

WDR 3

Neu(es) entdecken...

Bilder © Getty, Corbis, MEV, N. Brall

Mehr als 300 Konzerte pro Jahr frei Haus

WDR 3 Konzert
Montag bis Samstag ab 20:05 in Ihrem Radio

WDR 3-Hörertelefon: 0180 5678 333 (12C/Min aus dem deutschen Festnetz)
www.wdr3.de
Übrigens: Für Radio und TV zahlen Sie nur 53 Cent am Tag.

WDR 3. Das Kulturereignis

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:

- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Kulturelle Bildung

Drucksache 14/8040 (21.01.2002)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Faktenbericht 2002 zum Bundesbericht Forschung 2000

Drucksache 14/5946 (02.05.2001)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Berufsbildungsbericht 2001

Drucksache 15/4045 (27.11.2004)
Erste Beschlussempfehlung und erster Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12. Ausschuss)
Zu dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung
- Drucksachen 15/3676, 15/3986 –
Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12. Ausschuss)
1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Gerda Hasselfeldt, Maria Eichhorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
- Drucksache 15/3488 –
Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen
2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ina Lenke, Klaus Haupt, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Drucksache 15/3512 –
Solides Finanzierungskonzept für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für unter Dreijährige

Drucksache 15/4684 (19.01.2005)
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion
Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes

Soziale Sicherung

Drucksache 15/4242 (17.11.2004)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Haushalts- und Wirtschaftsführung 2004
Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 15 13 Titel 636 12 – Zuschuss des Bundes an die Künstlersozialkasse-

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude — Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Bürgerschaftliches Engagement

Drucksache 15/4076 (28.10.2004)
Entschließungsantrag der FDP-Fraktion zu der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-Drucksachen 15/3439, 15/4051-
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen

Auswärtige Kulturpolitik

Drucksache 15/4046 (27.10.2004)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)
a) zu dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung
- Drucksache 15/3278 –
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Deutsche-Welle-Gesetzes
b) zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Griefhahn, Eckhardt Barthel (Berlin), Detlef Dzembritzki, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Claudia Roth (Augsburg), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 15/1214 –
50 Jahre Deutsche Welle – Zukunft und Modernisierung des Deutschen Auslandsrundfunks
c) zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Neumann (Bremen), Günter Nooke, Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
- Drucksache 15/1208 –
50 Jahre Deutsche Welle – Perspektiven für die Zukunft

Europa

Drucksache 15/4213 (12.11.2004)
Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen Vorlagen (Eingangszeitraum 27. Oktober bis 9. November 2004)
2. Überweisung von EU-Vorlagen gemäß § 93 Abs. 1 GO
2.11 **Vorschlag für einen Beschluss des Rats über den Abschluss eines Abkommens zwischen der Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Bereich audiovisuelle Medien über die Voraussetzungen und Bedingungen für die Beteiligung der Schweizeischen Eidgenossenschaft an den Gemeinschaftsprogrammen MEDIA Plus und MEDIA-Fortbildung sowie einer Schlussakte** KOM (2004) 649 endg.; Rasdok. 13271/04
2.22 **Vorschlag für eine Empfehlung des Rates und des Europäischen Parlaments betreffend die verstärkte europäische Zusammenarbeit zur Qualitätssicherung in der Hochschulbildung** KOM (2004) 642 endg.; Ratsdok. 13495/04

Plenarprotokolle

Plenarprotokoll Bundestag 15/141 (24. November 2004) 13056 B; 13059 C
Tagesordnungspunkt 1
a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)** – Drucksachen 15/3660, 15/3844 -
b) Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008** – Drucksachen 15/3661, 15/3844, 15/4326)
(Tagesordnungspunkt 1.13)
Redner: Dr. Christina Weiss, Staatsministerin BK, Petra- Evelyne Merkel (SPD)

Plenarprotokoll 806 (26. November 2004) 579 C-581 C
Bundesrat Stenographischer Bericht 806. Sitzung
Tagesordnungspunkt 2
Gesetz zur **Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter** und weiterer Personen (Drucksache 833/04, zu Drucksache 833/04)
Redner: Kurt Beck (Rheinland-Pfalz), Franz Thönnes, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung
Tagesordnungspunkt 3
Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder **(Tagesbetreuungsausbaugesetz** – TAG) – gemäß Artikel 84 Abs. 1
Redner: Ute Schäfer (Nordrhein-Westalen), Christa Stewens (Bayern), Dr. Ralf Stegner (Rheinland-Pfalz), Erwin Huber (Bayern), Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Herbert Mertin (Rheinland-Pfalz)
Tagesordnungspunkt 10
Gesetz zur **Änderung des Deutsche-Welle-Gesetzes** – Drucksache841/04 –
Tagesordnungspunkt 53
Benennung eines stellvertretenden Mitglieds des Kuratoriums der **Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“** – gemäß § 7 Abs. 3 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“
– Drucksache 757/04 -

Plenarprotokoll Bundestag 15/145 (2. Dezember 2004) 13484 C-13495 C; 13553 C-13564 A; 13566 A-1350 B
Tagesordnungspunkt 5
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Zukunft der Freiwilligendienste – Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und der generationsübergreifenden Freiwilligendienste als zivilgesellschaftlicher Generationenvertrag für Deutschland – Drucksache 15/4395 –
Redner: Anton Schaaf (SPD), Thomas Dörflinger (CDU/CSU), Anton Schaaf (SPD), Jutta Dümpe-Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Sibylle Laurischk (FDP), Dr. Michael Bürsch (SPD), Andreas Scheuer (CDU/CSU), Anton Schaaf (SPD), Jutta Dümpe-Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Klaus Riegert (CDU/CSU), Ute Kumpf (SPD)
Tagesordnungspunkt 14
a) Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Klarheit für eine einheitliche Rechtschreibung** – Drucksache 15/4261 –
b) Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Vera Lengsfeld, Josef Philip Winkler und weiterer Abgeordneter: **Die Einheit der deutschen Sprache bewahren** – Drucksache 15/4249 –
Redner: Günter Nooke (CDU/CSU), Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD), Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP), Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hans Joachim Otto (Frankfurt) (FDP), Erika Steinbach (CDU/CSU), Heinrich Wilhelm Rohsöhr (CDU/CSU), Jörg Tauss (SPD), Vera Lengsfeld (CDU/CSU), Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU)
Tagesordnungspunkt 16
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Abriss des Palastes der Republik nicht verzögern** – Drucksachen 15/315, 15/3887 –
Redner: Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD), Renate Blank (CDU/CSU), Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP), Vera Lengsfeld (CDU/CSU)

Plenarprotokoll Bundestag 15/135 (28. Oktober 2004) 12280 C-12304 B
Tagesordnungspunkt 3
a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG)** – Drucksachen 15/3676, 15/3986, 15/4045 –
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion
Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen
zu dem Antrag der FDP-Fraktion
Solides Finanzierungskonzept für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für unter Dreijährige
(Drucksachen 15/3488, 15/3512, 15/4045)
c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ausbau von Förderungsangeboten für Kinder in vielfältigen Formen als zentraler Beitrag der öffentlichen Mitverantwortung für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern
zu dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion
Ausbau und Förderung der Tagespflege als Form der Kinderbetreuung in der Bundesrepublik Deutschland
zu dem Antrag der FDP-Fraktion
Tagespflege als Baustein zum bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebot – Bessere Rahmenbedingungen für Tagesmütter, -väter, Eltern und Kinder
zu dem Antrag der FDP-Fraktion
Faire Chancen für jedes Kind – Für eine bessere Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an
(Drucksachen 15/2580, 15/2651, 15/1590, 15/2697, 15/3036)
d) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
zu dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion
Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in den Beruf fördern
(Drucksachen 15/1983, 15/3035)
Redner: Renate Schmidt, Bundesministerin BMFSFJ, Maria Eichhorn (CDU/CSU), Katrin Göring- Eckhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ina Lemke (FDP), Nicolette Kressl (SPD), Maria Eichhorn (CDU/CSU), Peter Götz (CDU/CSU), Christel Humme (SPD), Caren Marks (SPD), Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Maria Eichhorn (CDU/CSU), Klaus Haupt (FDP), Marlene Rupprecht (Tuchenbach) (SPD), Andreas Scheuer (CDU/CSU), Maria Eichhorn (CDU/CSU), Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU), Christel Humme (SPD), Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos), Ingrid Fischbach (CDU/CSU)

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Hoyzer for Intendant

Für die armseligen fünfstelligen Gehälter, die sie beziehen, haben unsere öffentlich-rechtlichen ARD-Intendanten und auch die Hörfunk-Direktoren schon eine Menge auszuhalten. Von rechts hinten wird ihnen das messerscharf kalkulierte Steinbrück-Milbradt-Stoiber-Papier (SMS) immer wieder um die Ohren gehauen, dessen „inhaltliche" Forderungen sie in weit vorauseilendem Gehorsam doch substanziell schon längst erfüllt haben. Udo Reiters Fönwelle Figaro, Gernot Romanns norddeutsches Kuschel-Klassikradio oder der hessische Kultur-Dudelsender mögen als Beispiele aus dem Musikantenwinkel dienen.

Konsumentengerechte Industrie-Konserven statt teurer Eigenproduktion – des Südwestfunkes geschmeidiger Vorarbeiter Peter Voß hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: Über die Berichterstattungsfunktion hinaus habe der öffentlich rechtliche Funk eigentlich keinen Kulturauftrag. Was da in den letzten fünfzig Jahren an produktivem Instrumentarium samt Know-How entstanden ist, ob Filmproduktion, Orchester oder Chor, sei unter mäzenatischem Aspekt, sozusagen als freiwillige Leistung zu sehen. Sein Fortbestand gehöre angesichts der Forderung nach „Ausschöpfung der Wirtschaftlichkeits-Reserven" (SMS-Papier) auf einen strengen Prüfstand. Sehr vernünftig: Man begräbt ein halbes Jahrhundert hart erarbeitete Kultur-Kompetenz auf dem Friedhof des angeblich vermodernden Bildungsbürgertums, für das man mit Fussball-WM, Yvonne Catterfield, Microsoft, Big Brother und McDonalds gesamtgesellschaftlich betrachtet innovativen Ersatz gefunden hat. Weg mit Hörspiel-Autoren, anspruchsvollen Features, Orchesterbeamten. Platz da für Harald Schmidt, Beckenbauer, Beckmann und Gottschalk, die neuen Oberlehrer der Nation. Und den Jauch kaufen wir auch. Dafür haben wir die knapp neunzig Cent Gebührenerhöhung, die unseren Anstalten wohl doch zuwachsen wird, gern und im SMS-Sinne renditeträchtig für die nächsten zehn Jahre vorab schon mal ausgegeben. Ach wie gern wären wir mit den von der KEF vorgeschlagenen und von kleingeistigen Landesfürsten weggeknapsten zwanzig Cent unserer Mäzenatenrolle auch noch gerecht geworden – dämpfelt es aus den Intendantenbüros. Und die Krokodilstränen heben den Grundwasserspiegel bundesweit um einen halben Meter.

Theo Geißler, Herausgeber der „neuen musikzeitung" und „Jazzzeitung" sowie Mitherausgeber der puk, Moderator der Radiomagazine „taktlos" (BR/nmz) und „contrapunkt" (BR) Foto: Barbara Haack

Wie nicht anders zu erwarten: Diese Suppe ist versalzen. Sozusagen von schräg oben, aus dem vollökonomischen Himmelreich der Europäischen Union, droht neues Ungemach. Angezettelt vermutlich von der neidischen Privatfunker-Konkurrenz hierzulande. Nachdem wir RTL, SAT1, Pro7 und Konsorten (im Verbund mit Warner, Universal und Sony) die ästhetische Konfektion unserer jüngsten Gesellschaftsreform maßgeblich zu verdanken haben, legen diese anerkannt unpolitischen Kräfte zurecht Wert auf ihr Copyright. Es ist ja auch nicht einzusehen, dass gewissermaßen mit öffentlichen Mitteln hochsubventionierte Distributionsapparate hemmungslos Programmkonzepte abkupfern, Personalstrukturen bis ins Detail kopieren, Layouts „übernehmen" – gerade so wie nordkoreanische Schneiderwerkstätten das Branding von Levis-Jeans oder kleinkriminelle Schwarzbrenner auf dem Schulhof die teuren Contents der Majors. Also: Weg mit den Rundfunkgebühren oder eben den Werbe-Einnahmen, es geht nur eins von beidem!

Peinlich. Der argumentative Atlantik-Wall unserer Öffentlich-Rechtlichen wider solche existenzgefährdenden Herausforderungen fußte bislang auf einer gesetzlich nicht fundierten, aber immerhin intuitiven Übernahme der französischen „Exception Culturelle". Sie versetzt Frankreich in den privilegierten Stand, dass europäische Gesetzgebung seine gewachsenen Kultur-Strukturen nicht dominieren darf. Und doppelt peinlich: Ausgerechnet dieses – möglicherweise privilegierende – Alleinstellungsmerkmal, nämlich ihren Kulturauftrag, sind unsere öffentlich-rechtlichen Sender-Oberen gerade dabei zu verjuxen.

Wer rettet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor sich selbst, fragen wir mit Cato´scher Hartnäckigkeit an dieser Stelle zum dritten Mal. Vielleicht will er ja gar nicht mehr gerettet werden.

Im Spannungsfeld zwischen Partei-Proporz und längst ausgelagerten Wirtschaftsinteressen (wer prüft eigentlich die Nebenverdienste der Direktoren und der Intendanten, die ihrer Frauen und Kinder...) hat sich an den Sender-Spitzen mit wenigen Ausnahmen doch eine Personaldecke breitgemacht, deren mentale Zweidimensionalität sich leider nicht in der Digitalisierung und Roboterisierung der von ihnen geleiteten Produktionsstätten erschöpft. So gerät Medien-Macht als elementar gesellschaftsgestaltendes Element ins Zentrum ökonomischer Interessen, wobei jede Form von Kultur, wie wir sie bislang verstanden haben, zwangsläufig als Störfaktor wirken muss. Kein Wunder, dass kürzlich bei einer Tagung in Köln über den Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zwischen Programmverantwortlichen und Referenten gewisse Differenzen über die Auslegung des Kulturbegriffes aufkamen.

Das ist erst der Anfang. So wie der Fußball nicht zuletzt durch Medien-Hype und reichlich öffentlich-rechtliche Gelder zum Spielfeld mafiotischen Spekulantentums verkam, gibts, geht es so weiter, in fünf Jahren „Dschungel-Camp"-Reprisen auf dem Theaterkanal und Arte sendet nonstop „Fliege". Schon 2006 führt Intendant Robert Hoyzer den öffentlich-rechtlichen Fußballsender 3Sat zu Quoten-Rekorden, indem er, gemeinsam mit Boris Becker, Michael Schumacher und – natürlich Franz Beckenbauer – die Schiedsrichterleistungen bei der Weltmeisterschaft live kommentiert. *„Es ist immer Hochkultur, wenn man Fünfe einfach mal grade sein läßt"* (Schlingensief? Oder Kohl?? Oder Schröder???).

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Der Neue Tag Druck- und Verlagshaus GmbH, Weiden

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, incl. Porto im Jahr

Aboverwaltung:
PressUP GmbH, Postfach 70 13 11, 22013 Hamburg
Tel. 040/414 48-466
Conbrio@pressup.de

puk ist in Bahnhofsbuchhandlungen sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden. Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

Gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

DEUTSCHER KulturRAT

Europa Kultur Stadt

kulturstiftung des bundes

März. – April 2005 | Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in *politik und kultur* | Ausgabe III

Inhalt

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland, dieses ist eine Binsenweisheit. Wie die Kulturpolitik darauf reagiert, welchen Stellenwert Migranten im kulturellen Leben haben, inwieweit sich mit Migrantenkultur auseinandergesetzt wird, steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe von Europa Kultur Stadt.
Hilmar Hoffmann setzt sich in seinem Artikel vor dem Hintergrund der Migration mit zwei Modellen der Stadtpolitik, der Wachstumspolitik oder der Integrationspolitik, auseinander. Er erinnert daran, dass gerade die Künsten und die kulturellen Kräfte insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft und zur Integration leisten können. In einem Gespräch mit dem Kuratorium des Projektes Migration, einem Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes wird ausgelotet, wie künstlerische Projekt anregt werden können, die sich mit dem Thema Migration auseinandersetzen. An dem Gespräch nahmen teil: Martin Rapp und Aytaç Eryilmaz (DOMiT), Regina Römhild (Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt), Marion von Osten (Institut für Theorie der Gestaltung und Kunst an der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Zürich) sowie Kathrin Rhomberg und Virginia Friedlaender (Kölnische Kunstverein).
Am Beispiel der Bewerberstädte zur Kulturhauptstadt Europa 2010 Braunschweig, Bremen, Essen, Halle/Saale, Görlitz, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam und Regensburg wird deutlich, wie unterschiedlich Kommunen mit Fragen von Migration konfrontiert sind und wie Migranten bzw. das Thema Migration in die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 einbezogen werden. ■

Content

Germany has long since become a nation of immigrants; that is a truism. How cultural policies respond to that fact, how important immigrants are in the nation's cultural life, and how much attention is paid to immigrant culture are the focus of this issue of „Europe Culture City."
In his article Hilmar Hoffmann examines two models for urban policy, growth policy, and integration policy against the backdrop of migration. He reminds us that the arts, and cultural forces in general, are in an especially good position to make important contributions to humanizing society and to integration. In an interview with the curatorial board of the project Migration, an initiative of the Federal Cultural Foundation, the participants explore how to encourage artistic projects that consider the theme of migration. The participants were: Martin Rapp and Aytaç Eryilmaz (DOMiT), Regina Römhild (Institute for Cultural Anthropology and European Ethnology), Marion von Osten (Institute for the Theory of Art and Design at the Zurich Academy of Art and Design), as well as Kathrin Rhomberg and Virginia Friedlaender (Art Association of Cologne).
The examples of cities applying for the title of Cultural Capital of Europe 2010—Brunswick, Bremen, Essen, Halle an der Saale, Görlitz, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam, and Regensburg—make it clear how different communities are confronted with questions of migration and how migrants and the theme of migration are incorporated into their applications. ■

Über die Bilder: Was macht Kultur aus? Architektur, Geschichte, lebendige Gegenwart. Europa Kultur Stadt will Antworten geben aus dem Blickwinkel von Migrationsbewegungen.

About the photographs: What defines culture? Architecture, history, lively every-day culture? Europa Kultur Stadt wants to give answers from the perspective of migration-movements.

Studenten vor der Universität Halle | Foto: Thomas Ziegler | Students in front of the university of Halle | Photo: Thomas Ziegler

Das duale Stadtregime

Von Hilmar Hoffmann

Auf einer Konferenz der Kulturpolitischen Gesellschaft in Frankfurt am Main hat Hartmut Häußermann, Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Berliner Humboldt Universität, das duale Stadtregime analysiert, wie es in der heutigen Kommunalpolitik die Regel sei: Eine der Optionen favorisiert das Wachstumsregime. Die Positionierung der Kommunen in der Konkurrenz zu anderen „hot spots" werde durch systematische Förderung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur und von imagebildenden kulturellen „Leuchttürmen" gestützt (zu Lasten der übrigen kulturellen Strukturen in der Fläche, vor allem aber zum Nachteil der sozialen Stadtpolitik).

Gleichzeitig und parallel dazu, korrespondiert als andere Option ein so genanntes „Integrationsregime". Das bemüht sich systematisch um Stärkung jener Kräfte, welche die Stadtgesellschaft zusammenhalten und den sozialen Frieden sichern. Dabei geht es auch um die soziale Grundsicherung der Bürger und um die Integration von Minderheiten bzw. Migranten, die in manchen Stadtteilen längst schon die Mehrheit bilden. Dieses „Integrationsregime" ist für die Lebensqualität der urbanen Gesellschaft verantwortlich. Es ist ein Charakteristikum der deutschen Städte, dass Slums oder Milieus der Unsicherheit hierzulande nicht existieren, wie sie in den französischen, britischen Städten, erst recht den entsolidarisierten US-Amerikanischen Subzentren wie der Bronx oder Harlem als Synonyme für Randständigkeit gelten. Sie würden bei uns als menschenverachtende Realität mitnichten toleriert werden. Wie kommt es zu dieser Asymmetrie sich widersprechender Optionen von koexistierenden Kulturen in der Gemeindepolitik? Ich denke, dass die Gewissheit, bei uns werde der Anspruch auf soziale Integration und Lebensqualität in einem solidarischen Gemeinwesen von niemandem ernsthaft in Frage gestellt, auch prinzipiell nicht aufgegeben, mit tradierten Standards der Kultur zusammenhängt. Ein starkes Gerüst von als unverzichtbar behaupteten Werten des Gemeinschaftslebens wurde spätestens seit der deutschen Klassik durch den kulturellen Diskurs im Alltag fest verankert. Unsere Bühnen, Literaturhäuser, Filmtheater und Galerien diskutieren und aktualisieren diese lebensdienlichen Standards des zivilisatorischen Zusammenlebens. Sie werden dabei unterstützt vom sozialen Engagement der Bürger, von den Religionsgemeinschaften, den Projekten des interkulturellen Dialogs, den Museen mit ihrem Beitrag zur Interpretation der Welt oder den Diskursen der ästhetisch-kulturellen Bildung.
Die Gesellschaft braucht Menschen, die nicht nur diese Standards erfüllen, sondern die in die Lage versetzt werden, diese auch selbständig zu setzen.
Opernhäuser oder Krabbelstuben, lautet die Provokation der eingangs zitierten Frankfurter Fragestellung. Aber ohne das Unterfutter der kulturellen Tradition und ihrer Einrichtungen wäre der Ruf nach Krabbelstuben und Kindergärten, damit zu sozialer Integration längst verhallt.
Dieses Gerüst entsteht aber nicht automatisch. „Kultur" ist schließlich kein Eintopf, der allen gleich gut mundet, egal, was der Löffel gerade herausholt. Manche möchten uns Kultur-Rationen wie Vitamingaben verordnen. Aber Kultur war in Deutschland nie ein Einheitsbrei.
Auch in der kulturellen Sphäre spielen sich ähnliche Auseinandersetzungen ab wie in der Gesellschaft. Daher ist es für die Steigerung von Lebensqualität und für die mentale Integration keineswegs egal, welche Art von Diskursen im kulturellen Feld mit welchem Ziel stattfinden.

Weiter auf Seite II

The dual „city regime"

by Hilmar Hoffmann

At a conference of the Cultural Policy Society in Frankfurt am Main, Hartmut Häußermann, Professor For Regional and Urban Sociology at Berlin's Humboldt University, examined the dual approach to urban development commonly found throughout urban policy today. The first approach favours a "regime of growth", where the local authority asserts its competitive position against other "hot spots", initiating targeted measures to promote a business-friendly infrastructure and create image-building "lighthouse" cultural institutions and events (at the cost of other broad cultural structures, and disadvantaging, above all, social urban policy).
In a simultaneous and parallel development, the second option pursues a "regime of integration", seeking to systematically buttress forces instrumental in a cohesive urban society and ensure social peace - a process concerned with basic social provision for all citizens and moves to integrate migrants and minorities, who, in some urban districts, have long since been the majority. This integrative approach is responsible for the life-quality found in urban society: German cities are marked by the absence of the slums or milieus of insecurity found in French or British cities or, above all, the de-solidarised US American sub-centres like the Bronx or Harlem, synonyms for marginality. In Germany, they would be seen as a cynical, inhumane reality, and regarded as totally unacceptable.
But where are the roots of this asymmetry between the contradictory options of co-existing cultures in local authority policy? I believe the certainty that here no-one seriously questions or has, in principle, abandoned our aspirations to social integration and life-quality in a community based on solidarity, is linked to transmitted cultural standards. Since German classicism, at the latest, the ongoing cultural discourse in everyday life has provided a firm foundation to anchor a solid framework of values on communal life, which are viewed as absolutely vital. Our theatres, venues for literary readings, cinemas, and galleries debate and update these life-serving standards in shared civic and civilised life. In this process, they are supported by the citizens' social commitment, religious communities, projects in intercultural dialogue, the museums with their contributions to interpreting the world, and the aesthetic-cultural educational discourses.
Society does not only need people able to fulfil these standards, but has to put people in a position where they can set such standards independently.
"Opera houses or crèches?" was the way the Frankfurt conference above provocatively formulated the question. But without the underlying substance provided by cultural tradition and its facilities and institutions, the call for crèches and kindergartens – and hence, for social integration – would have long died away.
But this supporting framework does not appear automatically – after all, "culture" is not a stew tasting the same to everyone no matter what they happen to ladle out of it. Some would like to prescribe rations of culture, rather like vitamin shots, but culture in Germany has never come in one standardised flavour. The cultural sphere also experiences similar conflicts to those found in society as a whole – and for this reason, in terms of improving life-quality and intellectual inte-

Continued on page II

Fortsetzung von Seite I

Das duale Stadtregime

Die Freiheit der Entfaltung der kulturellen Kräfte ist zwar unabdingbar, aber darüber darf die Gefahr nicht verdrängt werden, dass elitäre, esoterische oder opportunistische, nationalistische oder rassistische Diskurse auch in der Kultur ihre Nischen suchen und in einer miserablen politischen Wirklichkeit immer wieder auch finden (denken wir nur an die nationalkonservative Zeitschrift „Mut“).
Weil über die Sinnfrage, wie wir in metaphysisch obdachloser Zeit leben wollen, in der kulturellen Sphäre seit dem 11. September 2001, intensiver diskutiert wird, muss es dafür genügend freie kulturelle Institutionen geben, die weder vom Wohlwollen der Volksvertreter zur Linken wie zur Rechten, noch allein von der Akzeptanz durch das Publikum abhängig sein dürfen. Wie ich in meiner langen Zeit beim Goethe-Institut erfahren konnte, gibt es zahlreiche Menschen außerhalb Deutschlands, die es als ein Geschenk der klassischen deutschen Philosophie zu würdigen wissen, wie dezidiert etwa Immanuel Kant darauf beharrt, dass auch in der Herrschaft der Vernunft nicht alles dem blanken unmittelbaren Nutzen unterworfen werde. Für Kant sind die Gebote der Sittlichkeit per definitionem bekanntlich Gebote der praktischen Vernunft.
So gesehen ist es keineswegs selbstverständlich, dass die der Repräsentation und der Imageproduktion wegen besonders geförderten „Leuchttürme“ wichtig und nützlich sind für die Integration in die Gemeinschaft: Sie können, wenn der Zugang zu ihnen privilegiert ist und bleibt, genau so gut zur Vertiefung des Risses in der Gesellschaft zwischen Fremd und Eigen, Oben und Unten, beitragen. Auch die wegen ihrer positiven Folgen für den Arbeitsmarkt neuerdings hoch gelobte Kulturwirtschaft ist nicht schon automatisch an der Entwicklung von Lebensqualität und sozialer Integration beteiligt. Es tummelt sich im Kulturbereich im Vielen Vielerlei. Der Streit zwischen Optionen der Integration und jenen der opportunistischen Feier eines selbstzweckhaften Wachstums reproduziert sich letztlich auch in den Künsten.
Wichtig für die Lebensqualität in einer zukunftsfähigen Gesellschaft sind jene lebendigen kulturellen Milieus und Sparten des kulturellen Lebens, in denen die Ausprägungen der humanen Qualitäten des Miteinanders unter den neuen Bedingungen von Globalisierung und all der anderen kulturellen Herausforderungen entwickelt werden – so wie im Milieu der Weimarer Klassik einst die humanen Konzepte für die neue bürgerliche Welt entworfen wurden.
Die Frankfurter Öffentlichkeit reagierte kürzlich mit blankem Entsetzen, als eine aus ihrer Wohnung eines gemeinnützigen Trägers hinausgeworfene alte Frau kurze Zeit danach auf einer Parkbank tot aufgefunden wurde. Was anderswo, selbst in modernen Industriestaaten, kaum eine Zeitungsnotiz für Wert befunden worden wäre, wird bei uns (noch) als nicht kommentarlos hinnehmbare Schande wahrgenommen. Auf eine solche humane Haltung und ein solches solidarisches Verständnis vom Gemeinwesen möchte in Deutschland (noch) niemand verzichten. Umso mehr bedarf es der Symbolarbeit der freien Künste und ihrer Institutionen sowie der kulturellen Kräfte insgesamt, jedenfalls in einer Zeit ohne universelle Standards der Moral, damit *unsere* menschlichen Standards nicht gänzlich verloren gehen.

Der Verfasser war Kulturdezernent in Frankfurt/Main sowie Präsident des Goetheinstituts ■

Continued from page I

The dual „city regime“

gration, it does indeed matter what kind of discourses are taking place in the cultural field and what goals they have. The freedom to evolve culturally may be inalienable, but this should not let us lose sight of the danger that elitist, esoteric, opportunist, nationalist or racist discourses are also seeking to find their cultural niche too – and, given a deplorable political reality, repeatedly manage do so (one only need recall the national conservative magazine *Mut* (Courage)).
Since September 11, 2001, the cultural sphere has been engaged in a more intensive debate on the question of how we intend to live in an era of metaphysical destitution, a discussion that inevitably requires enough independent cultural institutions, neither at the mercy of elected representatives' political goodwill, whether on the left or the right, nor merely the captive of broad public acceptance. As I constantly discovered during my years with the Goethe Institute, there are indeed numerous people in other countries who value, as a gift of classical German philosophy, Immanuel Kant's adamant insistence that, even under the rule of reason, not everything is subject to undiluted direct utility. For Kant, as is well known, moral laws are, by definition, maxims of practical reason.
In these terms, it is far from self-evident that the prestige and image-building generated by specifically funded "lighthouses" is inherently significant or useful in creating integration in the community. If access to these cultural "lighthouses" is – and remains – the privilege of a few, they could just as well serve to deepen the rift in society between the other and the own, top and bottom. Even the cultural economy, recently lauded so highly for its effect on the job market, does not automatically contribute to improved life-quality and social integration. The cultural sector is packed with a whole range of issues; ultimately, the dispute over integrative options and opportunistically celebrating self-serving growth is reproduced in the arts.
For life-quality in a society fit for the future, those lively cultural milieus and branches of cultural life are crucial where the human qualities of shared life under the new conditions of globalisation, and all the many other cultural challenges, are being expressed and evolved – just as, once, the milieu of Weimar classicism provided the setting to generate humane ideas for the new civic world.
Recently, the Frankfurt general public expressed their total outrage over the case of an old woman found dead on a park bench who, shortly before, had been evicted from an apartment rented from a non-profit organisation. An event hardly thought worth mentioning in the papers in other parts of the world, even in modern industrial countries, is (still) considered here, in Germany, an intolerable scandal that must be made public. No-one in Germany is (yet) willing to abandon an attitude so humane or a notion of community so much rooted in solidarity – and all the more then do we need independent art and its institutions, and cultural forces altogether, as a symbolic message, at least in an era without universal moral standards – so that *our* standards of humanity are not completely lost.

The author was president of the Goethe-Institute and Head of the Culture Department in the Frankfurt City Authority ■

Suchbewegung nach dem Besseren

Ein Gespräch mit dem Kuratorium des Projektes Migration

Die Kulturstiftung des Bundes hat 2002 mehrere Initiativprojekte entwickelt, die aus ihrer Sicht wichtige und für Deutschland aktuelle Themenbereiche betreffen. Das sind unter anderem Projekte über die Deutsche Einigung, Mittel- und Osteuropa, Herausforderung des 11. Septembers und Migration. Für die verschiedenen Initiativprojekte wurden Projektträger aus unterschiedlichen deutschen Städten ausgewählt, die Kulturstiftung des Bundes hat darüber hinaus alle Projektpartner ausgewählt und nominiert. Im Fall des Migrations-Projektes sind das DOMiT (vertreten durch Martin Rapp und Aytaç Eryilmaz), das Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt (vertreten durch Regina Römhild), das Institut für Theorie der Gestaltung und Kunst an der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Zürich (vertreten durch Marion von Osten) und der Kölnische Kunstverein als maßgeblicher Träger und Ausrichter des Projektes vor Ort (vertreten durch Kathrin Rhomberg und Virginia Friedlaender). Zur Zielsetzung des Projektes gehören die Förderung der Untersuchung, Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte der Migration in Deutschland, die Initiierung künstlerischer und wissenschaftlicher Projekte, die Förderung des Dialoges zwischen KulturschaffenDen und WissenschaftlerInnen, die Ermöglichung einer breiten und vertiefenden Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit dem Thema Migration in Deutschland sowie die Präsentation der Ergebnisse der transdisziplinären Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Ausstellungsprojekt im September 2005 in Köln. Hier ein Gespräch mit den verschiedenen Beteiligten über den Verlauf des Projektes.

Frage: Migration – im Zeitalter von Multikulti und Globalisierung ein Thema, das in aller Munde und aller Köpfe sein sollte. Trotzdem hat man den Eindruck, dass eine fundierte und substantielle Auseinandersetzung mit dem Thema noch aussteht. Es geht hier sicherlich auch um ein großes Stück bundesrepublikanischer Geschichte – der „Gastarbeitergeschichte“ –, das erst aufgearbeitet werden muss. Aber es geht ja auch um mehr: Um die Bedeutung des Phänomens für unsere soziale und politische Realität innerhalb eines neuen Europas. Welche Aufgabe hat das Projekt vor diesem Hintergrund, welchen Wirkungsgrad erhofft es sich, was versteht man überhaupt unter dem Thema Migration?

Marion von Osten: Natürlich hat es in Deutschland bereits viele unterschiedliche Initiativen gegeben, die Geschichte der Arbeitsmigration in der Nachkriegszeit – oder auch jene zur Zeit der Industrialisierung – vor allem in der Forschung und in Ausstellungen zu thematisieren. Die deutsche Migrationsforschung hat aber erst seit kurzem den nationalen Blickwinkel erweitert und erkannt, dass Migration eben genau jenes positive Potenzial besitzt, Orte und Menschen miteinander zu verbinden – auch und gerade über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Das ist ein Ansatz, der für unser Projekt zentral ist. Gleichzeitig wurden Ansätze dieser Art in der breiten Öffentlichkeit und auch in den Medien bislang kaum wahrgenommen. Wenn man beispielsweise die oben genannten Initiativen genauer anschaut, dann sieht man, wie wenig finanzielle Mittel ihren Projekten zur Verfügung standen. Die darin geleistete Arbeit migrantischer Selbstorganisationen basiert zumeist auf ehrenamtlicher Arbeit, und die Ausstellungen hatten ein sehr kleines Budget. Dazu kommt die Marginalisierung auf Seiten der offiziellen Institutionen. Beim genauen Hinsehen erweckt die Geschichte des Diskurses zu und über Migration in Deutschland daher den Eindruck, dass es sich um ein „Randthema“ handelt, in dem eine „Minderheit“ ausgemacht wird.

Das Kuratorium Migration bei der Diskussion | The Kuratorium Migration in discussion

Martin Rapp: Genau diese „Entmarginalisierung“ steht auch im Fokus unserer Arbeit. Migration ist ein universalgeschichtliches Phänomen und hat in allen Jahrhunderten stattgefunden, Einwanderung und Auswanderung hat die modernen Gesellschaften Europas kontinuierlich verändert. Die Vorstellungen von homogenen (Kultur-)Nationen ist eine rückwärtsgewandte Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert. In den europäischen Großstädten leben Menschen aus aller Herren Länder. In den Kölner Schulen haben mehr als die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund. Die Erinnerung an die Einwanderung ihrer Großeltern wird zwar als Familiengeschichte überliefert, sie hat aber bisher kaum Eingang in die offizielle Geschichtsschreibung gefunden, d.h. ihre Migrationserfahrung erscheint immer noch als Ausnahme von der Regel und bleibt deshalb mit einem Makel behaftet. Dabei prägt sie längst die Alltagskultur. Das Projekt Migration will diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse sichtbar machen und wird dabei Vorstellungen von Nation, Differenz und kultureller Identität in Frage stellen.

Frage: Wie kann man diese Muster denn überhaupt erfolgreich aufbrechen – und dies dann auch noch visuell darstellen?

Marion von Osten: Das Projekt Migration verfolgt bewusst einen gegensätzlichen Ansatz: Es behauptet, das Migration einen wesentlichen und ganz grundsätzlichen Anteil an der Konstitution unserer Gesellschaften hat. Es stellt das Thema quasi ins Zentrum: Einerseits, was seine konzeptionelle Ausrichtung angeht – andererseits, was die Wahl der Orte der abschließenden Ausstellung angeht, die mitten in der Innenstadt von Köln liegen. In allen Teilen des Projektes, also auch in der Ausstellung selbst, geht es um den Aushandlungsprozess zwischen der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft seit der Nachkriegszeit. D.h. wir versuchen, den Ort beschreibbar zu machen, in dem das, was wir heute unter Migration verstehen, definiert wird und wurde. Gleichzeitig betont das Projekt eine gemeinsam geteilte transnationale und europäische Geschichte, die gerade durch Migration in ihren unterschiedlichen Ausprägungen – der Ein- und Auswanderung, der Saisonarbeit, der Pendelmigration etc. – bestimmt wurde.

Frage: Das hört sich nach einer völlig veränderten Perspektive an. Kathrin Rhomberg, können Sie konkretisieren, wie man sich das Ergebnis – zum einen die Ausstellung, zum anderen auch die Publikation, in die der ganze Recherche- und Erkenntnisprozess einfließt – am Ende vorzustellen hat? Welche Themen und Arbeitsbereiche werden sich widerspiegeln?

Kathrin Rhomberg: Das Projekt Migration hat sich zum Ziel gesetzt, die wissenschaftliche Erforschung von Migration zu unterstützen und gegebenenfalls auch neue methodische Ansätze in Deutschland zu fördern, die eine langfristige, nachhaltige Perspektive haben. Wir versuchen daher, sowohl mit der Ausstellung als auch mit der Publikation ungewöhnliche, neue Wege zu gehen. Gemeinsam mit einem Architektenteam entwickeln wir ein Ausstellungsformat, das künstlerische Arbeiten, aber auch sozialhistorische Dokumente wie Fotos, Objekte, Dokumente und wissenschaftliche Erkenntnisse zusammenführt. Wir streben damit weder eine reine Kunstausstellung noch eine ausschließlich sozial- und kulturgeschichtliche Dokumentation an. Vielmehr möchten wir mit einer Zusammenführung von künstlerisch, sozialwissenschaftlich und dokumentarisch erarbeiteten Zugängen eine atmosphärische, nach künstlerischen Verfahrensweisen entwickelte Ausstellung erarbeiten, bei der die verschiedenen Darstellungsformen der Disziplinen ihre spezifischen Eigenheiten und Qualitäten behalten können. Dabei basiert unsere Konzeption und Arbeit nicht zuletzt auf dem Fundament, das durch die kontinuierliche Arbeit von DOMiT gelegt ist.

Aytaç Eryilmaz: Unser Part ist, ganz konkret und nach wissenschaftlichen Methoden die Geschichte der Arbeitsmigration aus zwölf Ländern aufzuarbeiten, mit denen die Bundesrepublik und die DDR seit den 50er Jahren Verträge zur Anwerbung von Arbeitskräften geschlossen hat. Die wissenschaftliche Recherche wird von einem interdisziplinären Team von Historikern, Literatur-, Religions- und SozialwissenschaftlerInnen wie Kulturanthropologen geleistet. Das Material wird von einer wissenschaftlichen Dokumentarin archivgerecht erfasst und aufbewahrt. Unsere MitarbeiterInnen haben selbst einen Migrationshintergrund und verfügen über entsprechende Sprachkenntnisse. Sie führen lebensgeschichtliche Interviews mit Zeitzeugen, recherchieren in Archiven und sammeln Dokumente und persönliche Erinnerungsstücke, die als zeitgeschichtliche Quellen für die wissenschaftliche Forschung oder als Exponate für die Ausstellung geeignet sein können. Wir sammeln Fotos, Filme, Dokumente, Plakate und Gegenstände, Material, das die vielfältigen und widersprüchlichen Geschichten der Einwanderung widerspiegelt. In der Ausstellung werden wir thematische Schwerpunkte setzen, die diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse am besten sichtbar machen.

Kathrin Rhomberg: Dieses Montageverfahren möchten wir auch bei der Publikation anlegen: Es wird neben einem Ausstellungsführer eine gemeinsame, umfassende Publikation geben, in der Kunst, Wissenschaft

Weiter auf Seite III

Fortsetzung von Seite II
und Sozialgeschichte zusammengeführt werden. Mit anderen Worten: Es soll eine Art Standardpublikation zum Thema Migration werden, in der Beiträge internationaler AutorInnen mit den wissenschaftlichen Ergebnissen der zweijährigen Forschung des Projektes Migration – Bildbeiträgen von KünstlerInnen, literarischen Texten, Interviews, Fotos und Dokumenten, Songtexte und Statements – zusammenfließen werden. So soll sowohl in der Ausstellung als auch in der Publikation ein vielfältiger Blick auf ein anderes, migrantisch geprägtes Deutschland möglich werden, durch den schließlich die Beiträge der Migration, ihre Prägungen durch Kultur, Ökonomie und Politik ebenso wie ihre zukunftsweisende Potenziale deutlich werden.

Frage: Das heißt, die Arbeit rekurriert immer wieder auf wissenschaftliche Ergebnisse. Wie verhält sich da der klassisch-akademische Part, Frau Römhild?

Regina Römhild: Generell lässt sich ein Thema wie Migration nicht für eine Ausstellung bearbeiten, ohne die Fragen und Ergebnisse einer damit befassten internationalen wissenschaftlichen Debatte zu berücksichtigen. Aber das würde man sonst vielleicht in Form einer wissenschaftlichen Beratung realisieren. Neu in unserem Fall ist, dass wir als WissenschaftlerInnen von Anfang an in einen transdisziplinären Arbeitsprozess eingebunden waren, dass wir also die Fragestellungen und Produktionen des Projektes aktiv mitgestalten, auch mit eigenen Forschungen. Und auch für uns ist diese Form der transdisziplinären Zusammenarbeit eine neue Herausforderung, die oft einige Anstrengungen in der gegenseitigen Verständigung erfordert. Aber sie ermöglicht, die Expertise aus unterschiedlichen Wissensgenres – dem sozial-, kultur- und kunstwissenschaftlichen Bereich ebenso wie der künstlerischen, der dokumentarischen und der politischen Praxis – produktiv zu machen für das, was wir gemeinsam erreichen wollen: nämlich das Thema der Migration jenseits eingefahrener Pfade der Diskussion in und für Deutschland neu aufzuwerfen. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen daher zwei internationale Symposien, die im Rahmen des Projekts organisiert werden. Nachdem im letzten Jahr in Rethymnon, Griechenland, die Formierung Europas an der „Peripherie“ Thema war, wird im November diesen Jahres in Köln Deutschland aus der Perspektive der europäischen und der globalen Bewegungen der Migration zur Diskussion stehen.

Frage: Und damit von der Vergangenheit in die Zukunft: Welchen Erkenntniswert generiert dieser Prozess für die Gestaltung und den Umgang mit einem neuen Europa?

Regina Römhild: Das Wissenschaftlerteam am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt, das ich leite, bringt die Perspektiven einer avancierten, transnational orientierten Migrationsforschung ein – für die deutsche Diskussion relatives Neuland. Denn hier, das zeigte zuletzt wieder die Debatte um „Zuwanderung“ und „Integration“, geht der Blick auf Migration noch immer vom Kontrollzentrum des Nationalstaates und seiner Mehrheitsgesellschaft aus: ein national verengter Blick, der an den Staatsgrenzen endet. Aber Migration widersetzt sich diesem Blick. Als Prinzip der Bewegung über Grenzen führt sie das Bild der geschlossenen Container-Gesellschaft ad absurdum. Die Wirksamkeit dieses Prinzips deutlich zu machen, ist ein Ziel des Projektes – mit Blick auf die Geschichte der Arbeitsmigration, die aus Deutschland schon lange eine transnationale Einwanderungsgesellschaft gemacht hat. Und erst recht mit Blick auf die neuen Dimensionen einer sich globalisierenden Migrationslandschaft Europa, die seit 1989, mit den Umbrüchen in Osteuropa und den weltweit veränderten Kräfteverhältnissen, Gestalt annimmt. Im allseits kolportierten Bild der „Festung Europa“ wiederholt sich die Fantasie des abschließbaren Containers – diesmal mit Blick auf ein scheinbar weitab vom Zentrum stattfindendes Geschehen an den europäischen Außengrenzen.

Frage: Das heißt sogar möglicherweise, sich von der Idee einer nationalen Grenze als topografische Größe in Kürze zu verabschieden?

Regina Römhild: Die Forschungen des Projektteams zeigen ganz konkret, dass hier, in den ehemaligen Anwerbeländern der „Gastarbeit“ im Süden und Osten Europas, die Konturen einer zukünftigen europäischen Einwanderungs- und Transitgesellschaft ausgehandelt werden und dass daran die Bewegungen der Migration als eigenständige Kraft besonderen Anteil haben. Aus dieser Perspektive erweist sich Europa als ein Laboratorium der Grenze und der Entgrenzung, als ein noch offenes, weiter zu befragendes Projekt.

Aytac Eryilmaz | Aytac Eryilmaz

Frage: Wie sieht konkret der Austausch zwischen wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeitsmethoden aus?

Marion von Osten: Im Projekt arbeiten eine große Zahl wissenschaftlicher MitarbeiterInnen mit, deren Eltern als ArbeitsmigrantInnen nach Deutschland kamen. Seit zwei Jahren sind sie mit der historischen Aufarbeitung der Arbeitsmigration in der BRD wie auch der Vertragsarbeit der DDR beschäftigt. Parallel dazu arbeitet eine Gruppe von ForscherInnen in Frankfurt, die von Anfang an mit FilmemacherInnen und KünstlerInnen vernetzt war, über die neuen Grenzziehungen Europas aus der Perspektive der ehemaligen „Entsendeländer“ Türkei, Griechenland und Yugoslawien. Länder, die seit 1989 – mit Beginn der Transformationen im Osten und der Installation der Schengengrenze – selbst zur Einwanderungsregion geworden sind. Beide Projektteile haben eine transnationale Perspektive, den Prozess der Europäisierung wie auch die neuen globalen Veränderungen im Blick. In der Konzeptphase wurden diese Prämissen als Voraussetzung für ein gemeinsames Projekt erkannt und die verschiedenen Herangehensweisen thematisch weiterentwickelt und auf ihre Parallelen und Widersprüche hin geschaut. Es ist der Versuch, einen Dialog zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart herzustellen, statt chronologisch abzuhandeln, was einmal war und was nun ist. Das ist für Kathrin Rhomberg und mich als die verantwortlichen Ausstellungsmacherinnen eine – um nicht zu sagen – die große Herausforderung: diesen Dialog zu vermitteln und darzustellen im Format einer großen thematischen Ausstellung, in das wir wiederum die Potenziale der künstlerischen Bearbeitungen des Themas mit historischen und zeitgenössischen Arbeiten einbringen werden.

A search for the better

An Interview with the Committee for the Migration Project

In 2002 the Federal Cultural Foundation developed several initiatives on subjects that it deemed important and relevant for Germany today. Included are projects concerning German unification, Central and Eastern Europe, the challenges arising from September 11th, and migration. Project members from different German cities were chosen for the various initiatives, and the Federal Cultural Foundation selected and nominated all the project partners. The Migration Project's partners are DOMiT [Documentation Center on Turkish Immigration] (represented by Martin Rapp and Aytaç Eryilmaz), the Institute for Cultural Anthropology and European Ethnology at the University of Frankfurt am Main (represented by Regina Römhild), the Institute for the Theory of Art and Design at the Zurich Academy of Art and Design (represented by Marion von Osten) and the Art Association of Cologne, which functions as the principal member and organizer of the project on site in Cologne (represented by Kathrin Rhomberg and Virginia Friedlaender). The aims of the project include encouraging the investigation, reappraisal, and documentation of the history of migration in Germany, initiating artistic and scholarly projects, stimulating dialogues between creative artists and scholars, promoting a broad and deepening awareness and examination of the subject of migration in Germany, as well as a presentation of the results of the transdisciplinary collaboration in a joint exhibition to take place in Cologne in September 2005. What follows is a discussion with the various participants on the progression of the project.

Question: In an age of multiculturalism and globalization, migration is a topic that we all should be talking and thinking about. Nevertheless, one has the impression that a sound and substantial examination of the subject hasn't taken place yet. And certainly a major part of Germany's history—the history of the *Gastarbeiter*, or guest workers—is part of this, and must be dealt with at the outset. But there is really more at stake: the significance of the phenomenon for the social and political reality of Germany within a new Europe. Against this background, what is the project's mandate, what degree of effectiveness does it hope to achieve, and how is the theme "migration" to be understood?

Marion von Osten: Of course there have already been many different initiatives in Germany—predominantly in the form of research and exhibitions—to explore the history of the migration of labor in the postwar period as well as during the period of industrialization. Migration research in Germany has only recently, however, expanded its perspective beyond the national, recognizing that migration possesses that very positive potential to link places and people—beyond, and especially despite, national borders. Such a starting point is central to our project. At the same time, up to now the general public and the media have hardly noticed approaches of this sort. If, for example, you look more closely at the above-mentioned initiatives, you will see how little money was available for their projects. The work done by migrants' own organizations is mostly voluntary work, and the exhibitions had very small budgets. In addition, there's the role of official institutions in marginalization. That is why, when closely examined, the history of the discourse on migration in Germany gives the impression that one is dealing with a "marginal subject" in which a "minority" is constituted.

Martin Rapp: And it is precisely this "demarginalization" that is a focus of our work. Migration is a universal historical phenomenon that has occurred through the centuries; immigration and emigration are constantly changing Europe's modern societies. The notions of homogenous (cultural) nations is a backward-looking idea from the nineteenth century. The major European cities are populated by people from all four corners of the earth. More than half of the children attending Cologne schools come from a background of migration. The memory of their grandparents' immigration is passed down as part of the family history, though it has thus far scarcely found its way into official historiography—that is, their migration experience still appears as an exception to the rule, and hence it continues to be stigmatized. At the same time, the migration experience has long had an influence on everyday culture. The Migration Project aims to make this process of social transformation visible, and in doing so will question the notions of nation, difference, and cultural identity.

Question: How can one successfully break down these patterns at all—and then represent it visually on top of that?

Marion von Osten: The Migration Project deliberately pursues a different approach: we maintain that migration makes an essential and very fundamental contribution to the constitution of our societies. We place the subject of migration virtually in the center: on the one hand, with regard to the project's conceptual orientation; on the other, with regard to the choices of the sites for the concluding exhibition, which are located in the middle of downtown Cologne. All parts of the project, including the exhibition itself, deal with the process of negotiation between "majority" and "minority" society since the postwar period. That is, we are trying to make it possible to describe the place where what we understand today under migration was and is defined. At the same time, the project emphasizes a common, shared transnational and European history that was actually determined by migration and the different ways it takes its form—immigration, emigration, seasonal work, shuttle migration, and so on.

Question: That sounds like a completely different approach. Kathrin Rhomberg, can you explain in concrete terms how one ultimately envisions the result—on the one hand, the exhibition and on the other, the publication, which will incorporate the entire investigative and discovery process? What themes and fields will be reflected?

Kathrin Rhomberg: The Migration Project has set as its goal the support of scholarly exploration of migration and, if applicable, the encouragement of new methodological approaches in Germany that have a long-ranging, sustainable outlook. That is why we are trying to follow paths not usually taken, both with regard to the exhibition as well as the publication. Together with a team of architects, we are developing an exhibition format that brings together artistic works but also socio-historical documents like photographs, objects, documents, and scholarly findings. Our aim in doing this is to produce neither an art exhibition in the pure sense nor a documentation that exclusively focuses on social and cultural history. Rather, by bringing together artistic, social-scientific, and documentary approaches, we would like to effect an exhibition atmosphere that is developed following artistic procedures but in which the different forms of representation used by each of the disciplines are able to retain their specific features and qualities. And both our concept and our work is based not least on the foundations laid by DOMiT's ongoing efforts.

Aytaç Eryilmaz: Our part is to reappraise, very concretely and following scholarly methods, the history of the migration of labor from twelve countries with which, beginning in the 1950s, the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic made agreements regarding the recruitment of labor. The scholarly inquiry is undertaken by an interdisciplinary team consisting of experts in the fields of history, literature, religion, and the social sciences, such as cultural anthropology. An information specialist records and preserves the material following archival procedures. The people working on this project come from a migration background themselves and possess the corresponding language abilities. They conduct interviews with contemporary witnesses, asking them about their life histories, do archival research, and assemble documents and personal keepsakes which, as surviving historical sources, could be applied to the scholarly research, or which could be adapted as exhibits for the final exhibition. We are collecting photographs, films, documents, posters, and objects—materials that reflect the multifaceted and contradictory histories of immigration. The exhibition will prioritize those themes that best make visible the processes of social transformation.

Kathrin Rhomberg: We also hope to apply this montage approach to the publication: In addition to an exhibition guide, there will be a comprehensive joint publication that brings together art, scholarship, and social history. In other words, it is to become a sort of standard publication on the subject of migration in which contributions by international authors and the scholarly results of the Migration Project's two years of research—artistic works, literary texts, interviews, photographs and documents, song lyrics, and statements—will coalesce. And thus, in the exhibition as in the publication, a multifaceted view of another Germany, one shaped by migration, will become possible, through which ultimately the contributions of migration, its formative influences via culture, economy, and politics, as well as its forward-looking potential, will become clear.

Question: Your work seems to return again and again to the scholarly results. Ms Römhild, how does the classical academic approach come into play here here?

Regina Römhild: In general, a subject like migration cannot be adapted for an exhibition without taking into consideration the issues and results of the international scholarly debate around the topic. Normally one might perhaps do that in the form of academic consultation. What is different here is that we as scholars have been integrated from the beginning into a cross-disciplinary working process, actively participating in the structuring of the questions and output of the project, and often incorporating our own research. This form of transdisciplinary cooperation is a new challenge for us as well. It is a challenge that often demands that a certain amount of effort be made toward mutual understanding, but which also enables expertise from different genres of knowledge—from the fields of the social sciences, cultural studies, and the fine arts, as well as from the practical experience of art, documentation, and politics—to be productive in reaching our common goal: that is, to reopen the discussion in and for Germany on the subject of migration, going beyond the well-worn path the discussion has usually taken. This is why two international symposia organized within the framework of the project are at the center of our work. Following last year's symposium in Rethymnon, Greece, which focused on the formation of a new Europe at the "periphery", the discussion at this year's symposium in November in Cologne will look at Germany from the perspective of the European and global migration movements.

Question: And thus a shift from the past to the future: What value does the knowledge generated by this process have for the shaping of, and interacting with, a new Europe?

Regina Römhild: The team of scholars I lead at the Institute for Cultural Anthropology and European Ethnology at the University of Frankfurt am Main introduces the perspectives of an advanced and transnationally oriented research on migration—relatively virgin territory in

Continued on page IV

Continued from page III

A search for the better

the German debate. For here in Germany—and this was seen once again in the recent public discussion on immigration and integration—the view on migration still emanates from the control center of the nation-state and its "majority" society: a view that is restricted to the national, and which ends at the national borders. But migration refuses to comply with this view. As a principle of movement over borders, migration reduces the image of the closed "container society" to absurdity. Making the effectiveness of this principle clear is a goal of this project—with an eye to the history of the migration of labor, which long ago turned Germany into a society of transnational immigration. And, even more so with a view to the new dimensions of a Europe globalizing itself into a migration landscape, a process that has been taking shape since 1989 with the upheavals in Eastern Europe and the changing relations of power worldwide. In the image of a "Fortress Europe," an image that is peddled everywhere and by everyone, the fantasy of the closeable container repeats itself—this time with a view to events seemingly taking place far from the center at the outer borders of Europe.

Question: That could even potentially mean the idea of a national border as a topographical area will be abandoned before long.

Regina Römhild: The project team's research reveals very concretely that here in the countries that once recruited *Gastarbeiter* from southern and eastern Europe the contours of a future European immigration and transit society are being negotiated and that the movements of migration as an independent force are very specifically contributing to this. From this point of view Europe has proven to be a laboratory of borders and the elimination of borders, as a project that is still open and that should continue to be queried.

Question: What, precisely, does the exchange between scholarly and artistic working methods look like?

Marion von Osten: There are a large number of scholars working on the project whose parents came to Germany as migrant laborers. For two years they have been preoccupied with the historical reappraisal of the migration of labor into the Federal Republic of Germany as well as of contract work in the German Democratic Republic. In parallel with this, a group of researchers in Frankfurt that has been working with filmmakers and artists from the outset is looking at the new European border delineations from the perspective of the former "sending countries" of Turkey, Greece, and Yugoslavia. These are countries that since 1989—the beginning of the transformations in Eastern Europe and the installation of the Schengen border—have themselves become immigration destinations. Both parts of the project have a transnational point of view, considering both the process of Europeanization and the new global changes. In the concept phase, these premises were understood as being the prerequisite for a joint project, and the various approaches were thematically developed, and parallels and contradictions were considered. It is an attempt to produce a dialogue between the past and the future instead of treating chronologically what was then and what is now. This has been for Kathrin Rhomberg and me, as the two people responsible for the creation of the exhibition, a major if not *the* major challenge: to mediate this dialogue and to portray it in the form of a large, thematic exhibition—a format into which we will in turn introduce, via historical and contemporary works, the possibilities for treating the theme artistically.

Migration – In Braunschweig gelebte Normalität

Von Wolfgang Laczny

Wer sich heute mit dem Thema Migration und dem dazugehörigen Aufgabenfeld der Integration auseinandersetzt angesichts polarisierender öffentlicher Diskussionen wie der „Kopftuchdebatte" oder der Mediendebatte „Ist die multikulturelle Gesellschaft gescheitert" muss seinen Blickwinkel innerhalb dieses komplexen Aufgabenfeldes sehr genau wählen. In diesem Beitrag soll von den kommunalen Bemühungen und Erfahrungen mit Migration und Integration in der Kommune Braunschweig die Rede sein. Für Braunschweig stehen beide Themen seit den ersten Nachkriegsjahren für ein kontinuierlich gestaltetes, kommunalpolitisches Handlungsfeld und sind daher in Aufgaben, Erscheinungsformen und Problemen gelebte politische, gesellschaftliche und kulturelle Normalität.

Entwicklung

Die Entwicklung der Zuwanderung in Braunschweig ist ähnlich strukturiert wie in anderen größeren Städten Deutschlands. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zuwanderung geprägt durch Vertriebene und Flüchtlinge aus Osteuropa. Ab den sechziger Jahren kam ein steigender Anteil an Zuwanderern insbesondere aus den süd- und südosteuropäischen Ländern hinzu, die als Arbeitskräfte angeworben wurden. In den achtziger Jahren erhöhte sich der Anteil der Zuwanderer aus anderen Teilen der Welt. Mit der Eröffnung der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) 1983 kam Braunschweig im Asylverfahren niedersachsenweit eine besondere Bedeutung zu. Mittlerweile leben und arbeiten hier dauerhaft Menschen aus über 140 Nationen.

Integrationsfähigkeit der Stadt

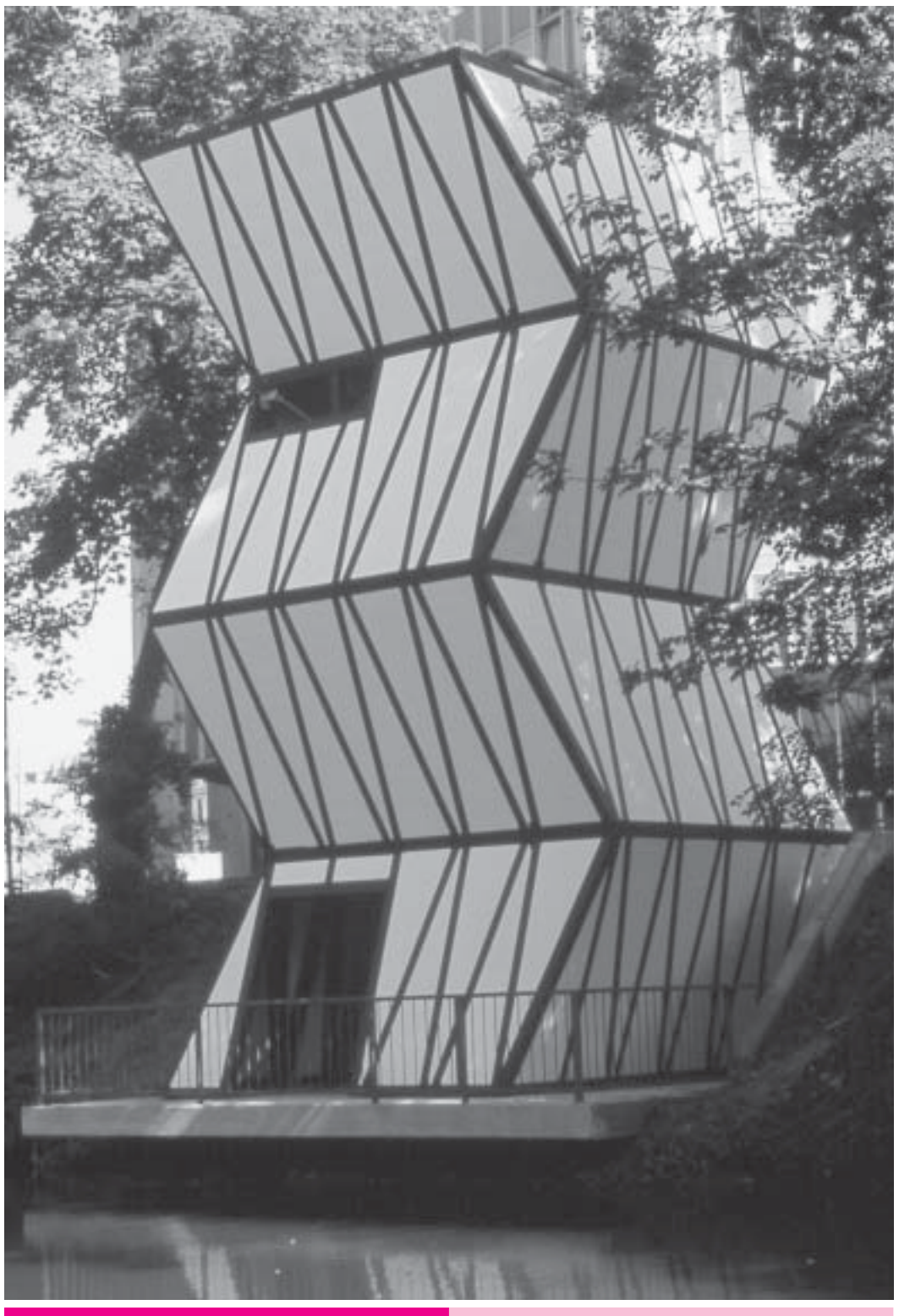
Braunschweig sah und sieht die Integrationsfähigkeit der Stadt als Chance und Aufgabe für die Zukunft und hat dabei schon frühzeitig einen beteiligungsorientierten Weg eingeschlagen, der die Grundlage des wachsenden Erfolges der Integration in Braunschweig bildet. Die Stadt Braunschweig nimmt in Niedersachsen mittlerweile in weiten Teilen der Integrationspolitik eine führende Rolle ein. Kennzeichnend für die langfristig verfolgten Ansätze der Integrationspolitik sind im Wesentlichen vier Säulen.

1. Selbstorganisationen:
Die Stadt Braunschweig fördert seit 20 Jahren ein Begegnungsstättenkonzept, indem sie Mietkosten bezuschusst, Migrantenvereinen Räumlichkeiten in städtischen Liegenschaften kostenlos zur Verfügung stellt und ermöglicht, dass kommunale Gemeinschaftseinrichtungen als Treffpunkte dienen können. Seit wenigen Jahren arbeitet mit städtischer Unterstützung eine Internationale Begegnungsstätte mit derzeit acht Vereinen als Dauernutzern. Damit werden insbesondere in Stadtteilen mit hoher Migrantenbevölkerung ethnisch kulturelle Rückzugsräume und gleichzeitig soviel interkulturelle Begegnungen wie möglich geschaffen.
Integration fängt im Lebensumfeld an, Wohnen und Nachbarschaft, Kindergarten, Migrantenverein, Schule und Jugendtreff. Die Initiativkraft einheimischer Bürger kann dabei aktiviert und einbezogen werden. In nahezu allen Stadtteilen, in denen Zuwanderer vermehrt leben, haben sich in Braunschweig soziale Stadtteilinitiativen und trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaften gebildet, die nach Lösungsansätzen zum nachbarschaftlichen Miteinander im Wohnquartier suchen. Insbesondere in Niedersachsens größtem Programmgebiet der „Sozialen Stadt" ist die integrative und aktivierende Stadteilentwicklungsstrategie fest verankert. Projekte und Veranstaltungen der Migranten erfahren vielfältige finanzielle, organisatorische und sachliche Unterstützung durch die unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt je nach inhaltlichem Charakter der Projekte.
Durch diese facettenreiche Unterstützung der Selbstorganisationen der Migranten durch die Stadt ist ein reges soziales und kulturelles Vereinsleben mit vielen Orten der Begegnung und verschiedenen interkulturellen Initiativen entstanden. Ihre vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen bilden eine wichtige Grundlage für die wechselseitige Verständigung. Gleichzeitig sind die rund 70 internationalen Vereine, Gesellschaften und interkulturellen Initiativen Potential und Bindeglieder zur Verwirklichung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Partizipation von Zuwanderern in Braunschweig.

2. Vernetzung:
Die Arbeit der Stadt zielt im Rahmen von Integrationsmaßnahmen, Projekten und Veranstaltungen auf eine Vernetzung mit internationalen Vereinen, Institutionen und Verbänden ab. Politisches und Verwaltungshandeln werden somit transparent, bürgernah und nachhaltig. Als zentrale Kontaktstelle dient seit vielen Jahren das „Büro für Migrationsfragen", in dessen Zuständigkeit Grundsatzfragen der Gestaltung der Integrations- und Migrationsarbeit fallen.

3. Partizipation :
Damit sich Zuwanderer für ihre Belange in dieser Gesellschaft einsetzen können, förderte die Stadt bereits im Verlauf der 70er Jahre ihre kommunalpolitische Beteiligung. Dem 1988 in Braunschweig erstmals gebildeten Ratsausschuss für Ausländerangelegenheiten gingen bereits ein „Arbeitskreis für die Probleme ausländischer Arbeitnehmer" (1971) und ein „Unterausschuss des Sozialausschusses für die Belange auslän-

Weiter auf Seite V



Braunschweig Parcours 2004, Bildende Kunst im öffentlichen Raum. Der mexikanische Künstler Pedro Reyes hat sich mit seiner Arbeit ZIKZAK der lokaltypischen Bauweise des Fachwerks gewidmet und unter Einsatz zeitgenössischer Konstruktionsmethoden eine Tradition und Moderne vereinigendes Architektur entworfen. Foto: Stadt Braunschweig

Braunschweig Parcour 2004, Fine Arts in the public realm. In his work „ZIKZAK" artist Pedro Reyes has focused on the typical construction-methods of half-timbered houses. He has created an architecture that combines traditional and contemporary architecture, using modern methods of construction. Photo: City of Braunschweig

Migration – Lived normality in Braunschweig

By Wolfgang Laczny

Given the present polarising public discussion, whether on Muslim women's rights to wear headscarves in non-denominational space, or the media debate on whether the multi-cultural society has failed, anyone tacking the topic of migration today, with its corresponding task of integration, needs to choose their perspective inside this complex area of action very carefully. This contribution intends to discuss the local-level efforts in tackling issues around migration and integration undertaken by the city of Braunschweig and the experience gathered. For Braunschweig, since the first years after the Second World War, both of these concerns represent a continually shaped field of action in municipal policy and, for this reason, are, as tasks, phenomena, and problems, lived political, social and cultural normality.

Background
The way migration developed in Braunschweig followed a similar pattern to the other major cities in Germany. In the years immediately after the Second World War, migration consisted mainly of refugees and displaced persons from eastern Europe. From the 1960s on, growing number of migrants came to Braunschweig, primarily from southern and south-eastern European countries, drawn by the promise of work. The 1980s then saw an increase in the proportion of migrants coming from other parts of the world. In 1983, after the main reception centre for asylum-seekers (ZASt) was opened, Braunschweig played a key role in the asylum process in Lower Saxony. Now, people from more than 140 nations are permanently settled in Braunschweig, living and working here.

Facilitating integration
Braunschweig saw, and sees, its ability to facilitate integration both as an opportunity for the city now and a task for the future. For this reason, it was quick to initiate moves directed at participation, providing a foundation for the city's growing success in this area. In the meantime, in Lower Saxony, Braunschweig has a leading role in many of the concerns in integration policy. The integration policy approaches pursued over the long-term can be characterised under the following four main pillars.

1. Self-organisation
For twenty years, Braunschweig has been promoting a scheme to subside the rent of meeting places for migrant associations and provide rooms in state-owned properties free of charge, enabling municipal community facilities to serve as a meeting point. A few years ago, a state-funded International Encounter Centre was set up, which is, at present, used permanently by eight associations. In this way, city areas with a high migrant population, in particular, are given an ethnic and cultural space for retreat, while simultaneously creating a framework for as many intercultural encounters as possible.
Integration begins in the normal environment where people live, their neighbourhoods, kindergartens, migrant associations, schools and youth clubs – and here, the local citizens' power of initiative can be activated and integrated. In nearly all city districts that are home to larger migrant communities, grass-roots social initi-

Continued on page V

Fortsetzung von Seite IV
discher Arbeitnehmer/innen“ (1973) voraus. Ausländische Bürgermitglieder, gewählt durch die ausländische Bevölkerung oder vorgeschlagen durch die Vereine und über die im Rat vertretenen Fraktionen benannt, haben durch ein Mandat als Bürgermitglied die Möglichkeit, in den politischen Gremien des Rates der Stadt gestaltend an der Migrationspolitik mitzuwirken. Braunschweig hat die Gremiumsform eines Ausschusses als effektivste und bislang weitestgehende Möglichkeit zur Interessenvertretung und für die Beatung integrationsrelevanter Themen bewertet. Diesem Beispiel sind in der laufenden Wahlperiode weitere Kommunen in Niedersachsen gefolgt.
Braunschweig ist zudem Gründungsmitglied der 1984 auf Landesebene initiierten „Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretung Niedersachsen“ (AG KAN), seit 2001 „Niedersächsischer Integrationsrat“.

4. Modellprojekte:
Die Stadt initiiert immer wieder innovative Projekte zur Optimierung ihrer Integrationspolitik. Mit dem Modellprojekt „Integrationsprogramm für Spätaussiedler“ beschritt die Stadt Braunschweig Anfang 2000 neue Wege in der Aussiedlerintegration. Dieses erstmalig erprobte Eingliederungsmodell der gesteuerten Integration wurde in Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe e. V. im Jahr 2003 auf Grund seiner effizienten Ergebnisse auf die Zuwandererergruppe der Flüchtlinge übertragen. Zurzeit werden die Übertragbarkeit des Verfahrens und die Implementierung der Modellbausteine in die Planungen zur Arbeitsmarktintegration der gemeinsamen ARGE der Stadt Braunschweig und der Bundesagentur für Arbeit geprüft.
Auch der Fachbereich Kinder, Jugend, Familie hält diverse Integrations- und Präventionsprojekte vor. Zu nennen sind z. B. das Projekt „PRINT – Prävention und Integration“ an zwei Braunschweiger Hauptschulen oder das Projekt „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit mit Aussiedlerinnen, Migrantinnen und benachteiligten Mädchen“. Eine Besonderheit ist das Kinder- und Jugendzentrum „Selam“, das in Kooperation mit der Einrichtung „Nachbarschaftsladen“ eine konzeptionell / modellhaft integrative Stätte für türkische Kinder, Jugendliche und deren Familien ist. Darüber hinaus nehmen Braunschweiger Schulen teil am „Braunschweiger Modell“, dem vermutlich größten Gewaltpräventionstraining in Deutschland, das bei einem Bildungsträger angesiedelt und im Braunschweiger Bündnis „Peace to the City“ integriert ist.

Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010

Die Stadt Braunschweig versteht die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Braunschweig als Möglichkeit, sich als international agierende Kommune auch im internationalen Kontext präsentieren zu können. International ist nicht nur, wie oben skizziert, die Bevölkerungsstruktur. Auch die partnerschaftlichen Kontakte weltweit sprechen eine entsprechende Sprache.
Aus der Geschichte der Migration sind acht verschiedene Städtepartnerschaften, mehr als 60 Schulpatenschaften und viele institutionelle Partnerkontakte entstanden. Neben den bestehenden Städtepartnerschaften wird nunmehr eine Städtepartnerstadt mit Lettland angestrebt. Eine kulturelle Öffnung nach Osteuropa, die die EU-Osterweiterung nahe legt. Jenseits offizieller Gesten findet der osteuropäische Dialog bereits in vielfältiger Form vor Ort statt und bindet sich ein in die zusammenwachsende multiethnische Gesellschaft in Braunschweig. Gerade der lebendige interkommunale Austausch hat die Idee zu einem Kongress „Europa 2010 – Partnerschaft und Wettbewerb in Kultur, Politik und Wirtschaft“ Gestalt annehmen lassen, der im Mai 2005 als gemeinsames Projekt Braunschweigs mit Partnern in der Region stattfinden wird. Ziel ist es, Visionen für Handlungsstrategien kommunaler und regionaler Partnerschaftskontakte insbesondere für den osteuropäischen Raum zu formulieren. Auch damit wird ein weiterer Baustein für Migrations- und Integrationspolitik geformt.
Es versteht sich von selbst, dass vielfältige Projekte in allen künstlerischen Bereichen das inter- und multikulturelle Potential der Stadt aufgreifen. Hierbei kann auf einem integralen Ansatz des (inter)kulturellen Diskurses gefußt werden, der in vielen Jahren gerade im Kontext zeitgenössischer Kunst durch Wettbewerbe gepflegt wird. Insbesondere im Bereich der Kunst im öffentlichen Raum werden international arbeitende Künstlerinnen und Künstler zur Auseinandersetzung mit der Stadt Braunschweig, ihrem Erscheinungsbild und ihren Menschen aufgefordert. Überhaupt hat sich anhand zahlreicher Kulturprojekte, die die Stadt Braunschweig auf unterschiedlichen Ebenen und für breit angelegte Zielgruppen initiiert und umgesetzt hat, dass kulturelle Ansätze in den verschiedenen künstlerischen Vermittlungsformen ein hervorragendes Medium zur Integration darstellen. Jenseits von Alter, nationaler oder ethnischer Herkunft, auch jenseits von Sprachbarrieren ermöglichen gemeinsame, aktiv von Deutschen und Migranten getragene Kunstprojekte oder gemeinsam erarbeitete Theaterstücke nachhaltiger eine Kommunikation und Verständnisannäherung, die weit über die Wirkung von passiv erlebbaren Angeboten hinausgehen.
Somit verdeutlicht die Bewerbung Braunschweigs zur Kulturhauptstadt Europas 2010 auch mit dem Schwerpunkt „Braunschweig – die interkulturelle Stadt“ einmal mehr, dass sie das Zusammenleben der Kulturen und die darin angelegten Chancen und Potentiale als kulturelle Herausforderung begreift.

Fazit

Braunschweig hat in den Bereichen Migration und Integration in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von Maßnahmen auf der Ebene der Gesamtstadt entwickelt und gute Erfolge verzeichnen können. Gerade die breite Palette von Kulturangeboten, von stadtteilbezogenen Aktionen bis hin zu international ausgewiesenen Kunstprojekten, hat sich dabei als nachhaltig wirksamer Integrationsmotor erwiesen. Als wesentliches Kriterium für die erfolgreiche Arbeit an diesen Projekten hat sich stets die aktive Einbeziehung und Partizipation der Migranten in den Projekten herauskristallisiert.
Aber die Stadt hat auch nachvollzogen, dass gerade eine aktive und integrative Stadtteilpolitik, die die Problemlagen der Bewohner – Deutsche wie Migranten im Sinne einer effektiven Integration zum Ziel hat, dass eine bessere Verzahnung der einzelnen Maßnahmen zu einer gemeinsamen Strategie bei einer Großstadt wie Braunschweig eher auf Stadtteilebene erreicht werden kann als auf der Ebene des gesamten Stadtgebietes. Hier gilt es, den beschrittenen Weg fortzusetzen.
Bei allen Fortschritten und Erfolgen in der Migrations- und Integrationspolitik der Stadt in den vergangenen Jahrzehnten: noch immer sind diese Integrationsaufgaben nicht im Rahmen eines gesamtstädtischen Leitbildes verbindlich verankert und als entscheidender Gestaltungsansatz für die Stadt definiert bzw. in den verschiedenen Fachbereichen gezielt gesteuert.
In der Gestaltung dieser „Integrativen Stadtteilentwicklungspolitik“ liegen die Aufgaben für die kommunale Politik im Hinblick auf die Integrationspolitik in den kommenden Jahren. Das Potential, diese Aufgaben zu lösen, hat die Stadt Braunschweig. Die Kulturhauptstadtbewerbung kann hier zu einem Meilenstein in der Realisierung werden.

Der Verfasser ist Kulturdezernent
der Stadt Braunschweig ■

STATISTISCHE INFORMATIONEN:

Bei einer Gesamtbevölkerung von derzeit rund 239.500 Einwohnern leben in Braunschweig 18.500 ausländische Einwohner/innen. Unter ihnen befinden sich rund 5.000 Bürger/innen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ferner leben außerhalb der ZASt in Braunschweig noch rund 1.000 Flüchtlinge aus unterschiedlichen Ländern, die Mehrzahl von ihnen mit Bleiberecht. Die größte Gruppe unter ihnen sind die Kurden aus dem Irak, die durch den Nachzug ihrer Familienangehörigen auf eine größere Anzahl angewachsen ist. Aus dem ehemaligen Jugoslawien leben 250 Flüchtlinge in Braunschweig, deren Rückführung bisher nicht möglich war. Unter den Zuwanderern stellen die türkischen Staatsangehörigen mit 32,4% die größte Gruppe (rund 6.000), gefolgt von Polen mit 7,7% (rund 1.400) und Italienern mit 6,6% (rund 1.200). Mit insgesamt ca. 7,7% liegt die ausländische Wohnbevölkerung in Braunschweig leicht über dem niedersächsischen Durchschnitt. Dieser Anteil wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter erhöhen, was sich aus der Entwicklung seit 1990 mit einer steigenden ausländischen Bevölkerung bei gleichzeitigem viel stärkeren Rückgang der deutschen Bevölkerung ableiten lässt. In statistischer Hinsicht „abgemildert“ wurde diese Entwicklung durch die steigenden Einbürgerungszahlen, insbesondere nach Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts.
Eine statistisch schwer zu erfassende demographische Gruppe stellen Aussiedler bzw. Spätaussiedler dar. Seit vielen Jahren bilden sie aber die größte Zuwanderergruppe in Braunschweig. Bis Ende der 80er Jahre kamen sie vornehmlich aus Polen. Seitdem stellen die sog. „Russland-Deutschen“ aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit ca. 95% aller Spätaussiedler den größten Anteil der Neuzuwanderer (rd. 24.000 Personen seit 1952 im Rahmen des Zuweisungsverfahrens).

Continued from page IV

Migration – Lived normality in Braunschweig

atives and overarching working groups from supporting bodies have been founded, searching for solutions to encourage neighbourly relations in residential areas. In particular, an integrative and pro-active development strategy for urban districts is firmly anchored in the “Social State”, Lower Saxony’s largest policy area.
Migrant projects and events receive diverse financial, organisational and material support from the various local authority departments, depending on the precise nature of each project.
These widely varied forms of local authority support for migrant self-organisations have created a lively mixture of social and cultural associations, generating, in many areas, spaces for cultural encounter and a range of intercultural initiatives. Their diverse activities and events provide a key foundation in mutual and reciprocal understanding. At the same time, the around 70 international associations, societies und intercultural initiatives provide the potential to, and form a crucial link in, realising the social, cultural and political participation of foreign nationals in Braunschweig.

2. Networking
Within the framework of the city’s projects and events and other measures for integration, efforts are directed towards creating a network with international organisations, institutions and associations – making actions taken in the policy and administrative sectors transparent, close-to-the-citizen and sustainable. For many years, the “Büro für Migrationsfragen” (Migration Issues Office”) has served as a central contact point, responsible for the fundamental questions on how to direct and shape work in the migration and integration areas.

3. Participation
To ensure the immigrants can voice their concerns in our society, Braunschweig has been calling from the 1970s for local-level political participation. The first Braunschweig Local Council Committee on the Affairs of Foreign Nationals was formed in 1988, building on the previous 1971 “Working Group on the Problems of Foreign Workers” and the 1973 “Sub-Committee of the Social Policy Committee on the Concerns of Foreign Workers”. Foreign national members, elected by the foreign national population or proposed by associations and nominated by the groups represented in the local council, have, via their mandate as a civic member, the chance to help shape migration policy in the municipal council’s policy body. Braunschweig chose to employ a policy body form of a committee as the most effective and as offering, until now, the broadest possibility in representing interests and advising on topics relevant to integration issues. During the present term, other local authorities in Lower Saxony have since followed this example.
In addition, Braunschweig was a founding member of the “Working Party of Local Authority Aliens Representative Offices in Lower Saxony“ (AG KAN), initiated in 1984 on the *Land* level, which, since 2001, has continued its work as the “Lower Saxony Integration Committee” (NIR).

4. Model projects
The city has constantly initiated innovative projects to optimise its integration policy. Its “Integration programme for migrant ethnic Germans” pilot project in 2000 opened up new perspectives in integration for this part of the community. This model of controlled integration, tried for the first time here, proved so effective it was transferred in 2003, working with the *Flüchtlingshilfe e. V.,* to migrant refugees. At present, steps have been taken to examine how far this process can be transferred to the job market, with the building blocks of this model then implemented in employment integration in the joint ARGE employment partnership between Braunschweig and the Federal Employment Service (BA).
The Children, Young People and Families department is also involved in diverse projects on integration and prevention. In this context, two projects are especially worth mentioning: firstly, “PRINT – Prevention and Integration” running in two secondary modern schools in Braunschweig and, secondly, the *“Lebensweltbezogene Mädchenarbeit mit Aussiedlerinnen, Migrantinnen und benachteiligten Mädchen”* project. The “Selam” youth centre is also especially interesting, established in cooperation with the *“Nachbarschaftsladen”* facility, providing a model concept for integrative meeting spaces for Turkish children, young people and their families.
In further moves, city schools are taking part in the “Braunschweig Model”, probably the largest anti-violence scheme in Germany, set up by a training body and integrated into the Braunschweig “Peace to the City” grouping.

European Capital of Culture 2010 Application
Braunschweig understands its bid to become the European Cultural Capital as an additional chance to present itself as an internationally active municipal body in an international context. But the city is not only international where the structure of is population is concerned, as indicated above, but also in terms of partner contacts worldwide.
Braunschweig’s history of migration has culminated in eight twinned towns, more than 60 twinned schools, and numerous instances of cooperation at institutional level. Apart from the existing twinned towns, efforts are also being made to initiate a further twinned town scheme with a city in Latvia – a cultural opening up to eastern Europe in the spirit of eastern EU expansion. But the eastern European dialogue is not only present on the official level, it is already taking place in a variety of ways on the local level, as part of the integrating multi-ethnic society in Braunschweig. This lively inter-communal exchange, in particular, has proven a main impetus in shaping the idea for the “Europe 2010 – Partnership and Competition in Culture, Politics and Business”, set to take place in May 2005 as a joint project run by Braunschweig with regional partners. The project intends to evolve visions for strategies capable of encouraging communal and regional contacts on the partnership level, especially for the eastern European area. These moves too will help shape a further building block in migration and integration policy.
It goes without saying that the diverse projects in all arts areas concern themselves with the city’s inter- and multicultural potential – and they have been able to build on the foundation of the (inter)cultural discourse’s integral approach fostered over many years, especially as contemporary art competitions. Here, focussing on art in public space, international artists are invited to reflect on the city of Braunschweig, its appearance, and its people. The cultural approaches in the diverse artistic mediative forms have shown themselves to be an outstanding medium for integration, similarly evident in the numerous cultural projects initiated and implemented by the city of Braunschweig on a variety of diverse levels and addressing a broad public. Beyond age, national or ethnic origins, beyond language barriers, shared art projects or jointly evolved plays, actively developed by German and foreign nationals, sustainably facilitate communication and approaches in a reciprocal understanding far beyond any of the effects possible in passively experienced events.
In this way, Braunschweig’s bid to become the European Capital of Culture 2010, with its main focus on “Braunschweig – an intercultural city”, underlines once again how the city perceives cultures living together and sees the chances and potential this embodies as a cultural challenge.

Conclusion
Over the last decades, Braunschweig has evolved a series of successful municipal-level measures in migration and integration issues. In particular, the broad range of cultural provision, from actions designed for specific city districts to international established art projects, has proved to be a sustainable and effective motor driving integration forward. The migrants’ own active involvement and participation has always been fundamental to these projects - an approach that has shown itself to be a main factor in their success.
But the city has also grasped that, especially in pursuing an active and integrative policy at the city-district level, in dealing with the problems encountered by the residents– both German and foreign nationals – we have to aim at, in the sense of a more effective integration, improved interlinking of individual measures into a joint strategy which, in a major city like Braunschweig, is sooner to be achieved on the urban district level than on the meta-urban level – and here, the aim must be to continue down the road we have already started down.
Yet, despite all the advances and successes in the city’s migration and integration policy over the last decades, the integration tasks have not been bindingly anchored as a part of the meta-urban *leitbild*, defined as an essential part of overarching policymaking, steering the various departments towards a common aim.
In the context of integration policy, it is here, in shaping this integrative urban district development policy, that the tasks for local authority politics lie in the coming years. Braunschweig has the potential to fulfil these tasks – and its bid as European Capital of Culture can become a milestone on the road to its realisation.

The author is Head of the Culture Department in the Braunschweig City Authority ■

STATISTICAL DETAILS
Braunschweig’s total population is presently around 239,500, of which 18,500 residents are foreign nationals, with around 5,000 of them citizens of European Union Member States. In addition, around 1000 refugees from a variety of countries are still living in the city, outside the ZASt, most of them with the right of abode. The largest group here is formed by Kurds from Iraq, whose numbers have grown as family members have come to join them. Braunschweig is still home to 250 refugees from the former Yugoslavia, as a return to their country of origin has not yet proved possible. The largest immigrant group is made up of Turkish nationals, at 32.4% of the total (around 6,000), followed by Polish citizens, 7.7% (around 1,400), and Italian nationals, 6,6% (around 1,200). Around 7.7% of the total population in Braunschweig is made up of foreign nationals, slightly over the average in Lower Saxony. Given the growth development in the foreign nationals’ population since 1990 and the more pronounced parallel decline in the German population, this figure may well continue to rise in future. In statistical terms, this development is “ameliorated” by steadily increasing numbers adopting German nationality, particularly in the wake of the new citizenship law coming into force.
Ethnic Germans exercising their right of abode in Germany, either prior to or after the fall of the Berlin Wall, form one demographic group difficult to measure statistically. For many years, they constituted the largest group of migrants in Braunschweig. Until the end of the 1980s, ethnic Germans immigrants mainly came from Poland; since then, they have primarily come from Soviet Union successor states, with all ethnic Germans making up around 95%, the largest proportion, of the new immigrants to the city (under the allocation procedure, around 24,000 people since 1952).

Kommen und Gehen – Bremens Einwanderer

Von Lutz Liffers

Welterfahrung hinterm Deich

Wenn Willy Schwarz am 22. April auf der Bühne des eleganten Bremer Konzerthauses Glocke erstmals das ***Bremer Stadtimmigranten Orchester*** präsentiert, hat er nicht nur musikalisch ein herausragendes Projekt der Bremer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas erfolgreich auf den Weg gebracht. Der Wahlbremer mit dem U.S.-Pass hat sich dann auch viele Monate mit den politischen und sozialen Unwägbarkeiten eines von Migranten getragenen Orchesters herumgeschlagen: Da mussten schon mal Briefe an Behörden geschrieben werden, um die Aufenthaltsdauer für einen Musiker zu verlängern, Proben umkoordiniert werden, weil ein anderer Musiker sich um ein erkranktes Familienmitglied im östlichen Afrika kümmern musste oder auch mal ein wenig in Englisch oder Spanisch geprobt werden, weil das Deutsche als lingua franca dann doch nicht immer ausreichte.

Das Bremer Stadtimmigrantenorchester demonstriert besonders nachdrücklich, wie allgegenwärtig das Thema Migration in der Bewerbung Bremens zur Kulturhauptstadt Europas ist. Eine Auswahl der besten Musiker der Migranten der Stadt probte ein halbes Jahr für den ersten öffentlichen Auftritt. Neben den ganz praktischen Problemen, die sich einem Ensemble aus Migranten stellen, war es der ambitionierte musikalische Anspruch, der das Projekt zu etwas Besonderem machte: Keinesfalls wollten die Musiker sich als Folkloreensemble verstehen oder in einer modischen Mixtur „Weltmusik“ präsentieren. Ihre musikalische Arbeit verstanden sie vielmehr als einen Forschungsprozess, der das Gemeinsame und Trennende ihrer kulturellen Wurzeln erkundet und der zu einer Musik führt, die die hybriden Identitäten in einer heterogenen Stadtgesellschaft nicht homogenisiert, sondern Ambivalenz und Vielschichtigkeit zum Prinzip der Komposition macht.

Das Stadtimmigranten Orchester ist ein Projekt des *Bremer Weltspiels,* einem wichtigen Element der Bewerbung der Hansestadt. Mit dem Bremer Weltspiel - eine aus privaten Stiftergeldern finanzierte Experimentierbühne Kultur - sind die Bürger der Stadt aufgefordert, innovative Projekte aus der Welt in Bremen auszuprobieren. In der Ausschreibung für diesen Wettbewerb um neue künstlerische Ansätze und kulturpolitische Kontexte waren ausdrücklich auch die Migranten der Stadt angesprochen, ihr kulturelles Potential einzubringen. Unterstützt vom Funkhaus Europa hat das Bremer Weltspiel nach vier Monaten Laufzeit in der Stadt ein eindrucksvolles Echo hervorgerufen und zahlreiche Projektvorschläge eingebracht, die sich oft überraschend undogmatisch dem Thema Migration nähern.

Reiche Erfahrungen – Neue Fragen

In einer Stadt wie Bremen kann das Bewerberteam um den Intendanten Martin Heller dabei auf reichhaltige Erfahrungen zurückgreifen, ist Bremen doch nicht erst seit Beginn der Arbeiteranwerbung in Südeuropa eine wesentlich von Migration geprägte Stadt. Schon in den Jahrhunderten vor den „goldenen Jahren“ (Hobsbawm) wäre die Entwicklung Bremens wie beispielsweise ab 1870 beim Bau der neuen stadtbremischen Häfen und dem Aufbau einer heimischen Industrie nicht ohne die Anwerbung von Arbeitsmigranten denkbar gewesen. Damals waren es polnische-katholische Arbeiter, die die neu entstehenden Arbeiterquartiere im protestantischen Bremen prägten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen Flüchtlinge aus den östlichen Teilen des niedergerungenen Deutschen Reiches, die in Bremen neu anfingen. Und nach 1960 waren es katholische Portugiesen, orthodoxe Griechen und muslimische Türken, die Bremens ökonomische Entwicklung ermöglichten.

Nicht nur die Arbeitsmigranten haben die Geschichte der Stadt geprägt. Hervorzuheben ist auch die europäische Auswanderung nach Nord- und Südamerika im 18. und 19. Jahrhundert. Beispielhafte Schutzbestimmungen, eine weitgehend faire Behandlung der Auswanderer und moderne Unterbringungs- und Reisesysteme verhalfen Bremen zu einer enormen Reputation, so dass die Stadt an der Weser bald der wichtigste Auswandererhafen des europäischen Festlandes wurde und Bremerhaven zum „Vorort New Yorks“ avancierte.

Im Nationalsozialismus kamen erneut Zehntausende von Fremden in die Stadt. Es waren nach Bremen verschleppte Zwangsarbeiter, die in der Industrie und bei der Trümmerbeseitigung unter qualvollen Umständen beschäftigt waren. Auch diese Migranten haben tiefe Spuren im Selbstverständnis der Bremer hinterlassen. Übrigens waren es Bremer „Barfußhistoriker“, die schon lange bevor sich die offizielle deutsche Geschichtswissenschaft vor zwei Jahrzehnten langsam dieses Themas annahm, die grausamen Details des Zwangsarbeitersystems ausleuchteten.

Fatih Moschee: Symbolische Bedeutung hat der Bau der repräsentativen Fatih-Moschee mit Kuppel und Minarett im ehemaligen Arbeiterquartier Gröpelingen.

Faith-Mosque with its representative dome and minaret in the working-class quarter of Gröpelingen.

Heute leben im Land Bremen[1] ca. 135.000 Migranten, davon sind 25% Aussiedler, 12% eingebürgerte Ausländer und 63% Ausländer. Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 660.000 ist damit jeder vierte Bremer ein Migrant. Zählt man die in Bremen geborenen Kinder und Enkel von Migranten hinzu, wird deutlich, wie grundlegend die Migration das gesamte gesellschaftliche Leben Bremens prägt.

Entsprechend vital und vielseitig zeigt sich das kulturelle und soziale Leben der Einwandererstadt Bremen. Nicht nur die über 120 in Bremen vertretenen Nationalitäten selbst haben sich in unzähligen Vereinen und Institutionen organisiert, auch in der Bremer Kultur spielt Migration eine zentrale Rolle, wenn auch „Multikulturalität“ nicht mehr wie noch vor einem Jahrzehnt im modischen Trend liegt. Stattdessen ist die Frage der Interkulturalität mehr und mehr zu einer Herausforderung geworden, die in Schulen, in sozial benachteiliegenden Quartieren und im Innenstadt/Peripherie-Verhältnis existentiell ist.

Unter den Arbeitsmigranten stellt die Gruppe türkischen Einwanderer mit ca. 60% den größten Anteil. Entsprechend elementar sind die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit und um diese Gruppe, hier liegt der Fokus in den letzten Jahren auf soziale Konflikte um die in Bremen geborenen Enkel der Einwanderer. Seit dem „11. September“ wird darüber hinaus die Rolle des Islam kontrovers diskutiert. Dabei spielen die traditionell intensiven Kontakte zwischen Kulturinitiativen, christlichen Kirchen und der Landesregierung mit den Moscheen in der Stadt eine konstruktive Rolle. Die aus diesem Arbeitszusammenhang entstandene regelmäßige Islamwoche ist einzigartig in Deutschland, auch die Kontakte zwischen jüdischer Gemeinde und muslimischen Gemeinden ist hervorzuheben. Insgesamt kann von einem zivilgesellschaftlichen Diskurs gesprochen werden, der die Konflikte konstruktiv thematisiert und gleichzeitig den Muslimen in der Stadt Respekt entgegenbringt.

Bremen ist, will und tut

Bremens Bewerbung ging von einer gründlichen Analyse der Geschichte und Gegenwart der Stadt aus. So lag es auf der Hand, dass die Frage der Migration wesentlich für die Bewerbung war. Weder ließe sich der kulturelle Beitrag der Migranten zu zahllosen Kulturprojekten herausdividieren, noch wäre der Prozess der Bewerbung denkbar, ohne die ständige kritische Reflexion der vielschichtigen, von Migration geprägten Identitäten in Bremen. Mit der Bewerbung ist aber auch ein kulturpolitischer Prozess in Gang gesetzt worden, der eingeübte Rituale der kulturellen Bewältigung in Frage stellt und neue Wege einfordert. Dies gilt insbesondere auch für das Selbstverständnis Bremens als Einwandererstadt.

Ein Beispiel für eine aktuelle Ausleuchtung historischer Wurzeln ist das *Deutsche Auswanderer Haus* in Bremerhaven, dass im Rahmen der Bewerbung im Sommer 2005 eröffnet wird. Das Haus knüpft an die Geschichte Bremens als Auswandererstadt an und versteht sich als entsprechendes Dokumentationszentrum. Aber es will auch ein europäisches Zentrum für das Thema Migration im 21. Jahrhundert sein. Die kulturellen, sozialen und politischen Gründe globaler Migrationsbewegungen werden ebenso gezeigt, wie aktuelle Daten über Einwandererbestimmungen gesammelt. So wird das „Deutsche Auswanderer Haus“ europaweite Anlaufstelle für Forscher, Fachleute und Ausreisewillige. Gleichzeitig unterstützt das Haus mit seinem umfangreichen historischen Archiv angloamerikanische Nachfahren der Europamüden des 19. Jh. bei der Recherche ihrer individuellen Familiengeschichte.

In der Bewerbung Bremens zur Kulturhauptstadt Europas 2010 ist der Kultur auch ein utopischer Gehalt eingeschrieben, nicht im Sinne einer Homogenisierung gesellschaftlicher Disparitäten oder dem Angebot von Heimaten für die unterschiedlichen Gruppen der Stadtgesellschaft – eher im Sinne eines ästhetischen Labors, in dem den wesentlichen Fragen moderner städtischer Gesellschaften nachgegangen wird.

Der Verfasser ist im Projektbüro Bremen2010 tätig ■

Informationen:
www.bremerweltspiel.de
www.bremen2010.de
www.dah-bremerhaven.de

[1] Das Bundesland Bremen besteht aus den Städten Bremen und Bremerhaven

A Constant Coming and Going – Bremen and its Immigrants

By Lutz Liffers

Worldly Wise in the Shadow of the Dike

Once Willy Schwarz on April 22 has presented the „Bremer Stadtimmigranten Orchestra“ at the distinguished Bremen concert hall Glocke for the first time he will not only have exceeded in the production of an exclusive piece of musical art. He then will have successfully launched Bremen's application to become European Capital of Europe. And this after months in which the US American Schwarz who has adopted Bremen as his home has struggled with all the social and political uncertainties that an orchestra consisting of migrants brings along: Petitions to write to prolong a musician's permit of residence, rescheduling rehearsals because a member of the ensemble had to look after an member of his family who was taken ill in East-Africa and the language barrier – German is no lingua franca. Rehearsals were often held in English or in Spanish.

The Bremer Stadtimmigranten Orchestra emphasises the omnipresent issue of migration in Bremen's bid. Some of the best migrant musicians available in Bremen rehearsed six months for their first public concert. It was the orchestra's musical ambition that, apart from certain practical problems a migrant orchestra might face, made the project into something special: The musicians never wanted to see themselves as a multicultural folk ensemble and on no account did they want to display a kind of en vogue mixture of "worldmusic". They understood their creative work as a research process that examined the mutuality and diversity of their cultural roots. And this led to a music that does not homogenise the hybrid identities within a heterogeneous urban society but that reflects the compositional principle of ambivalence and complexity. The Stadtimmigranten Orchestra is a project embedded in the „Bremer Weltspiel“ [Bremen World Games] - an important element of the Hanseatic city's bid. Bremer Weltspiel – an experimental stage that is financed by private trustees – calls on the citizens of Bremen to try innovative projects from all over the world. The submission procedure for new artistic approaches and socio-cultural contexts included the explicit call on the city's migrants to contribute their cultural potential. In collaboration with and by support from the Funkhaus Europa [WDR and RadioBremen] the Bremer Weltspiel, after only four months of campaigning in the city, has generated an impressive response: The majority of the submitted project suggestions were astonishingly undogmatic in their approach towards the issue of migration.

Rich Experience – New Questions

The Bremen team and its director Martin Heller could resort to the city's rich experience as a city of migrants long before the recruitment of migrant workers from the South of Europe began to coin it as a city of migrants. It was centuries before the "Golden Years" (Eric Hobsbawm) that migrant workers enabled Bremen's development as an important seaport (such as the construction of the modern municipal port and the establishment of local industries after 1870). Catholic workers from Poland were the first to populate the emerging working-class quarters of the Protestant dominated Bremen. After WW II refugees from the lost Eastern provinces of Germany began a new life in Bremen. After 1960 Catholic Portuguese, Orthodox Greek and Muslim Turks provided the workforce for Bremen's economic rise.

Not only migrant workers have put a stamp on the history of the city. It must be pointed out that in the 18th and 19th centuries the ports of Bremen and its exclave Bremerhaven became the most important ports of the continent for emigration to North and South America. Exemplary visa conditions and state of the art logistics for emigrants earned Bremen and its other port Bremerhaven the formidable reputation of being a "New York City suburb".

The Nazi-Regime brought other tens of thousands, this time involuntary, migrants to the city. These men and women were forced to toil under dismal conditions in the local industry and the removal of air-raid debris. These "migrants" have also left a deep mark on the identity of the people of Bremen. Incidentally, and 20 years before German historians acknowledged this as part of their research, amateur historians investigated the inhuman details.

Bremen and Bremenhaven have a population of about 660.000. Of those, 135.000 account as migrants: 25% are Russian-Germans or other ethnic Germans from the former communist east, 12% are naturalised Germans and the remaining 63% are foreigners. Every forth inhabitant of Bremen is from outside. Adding the migrants' children and grandchildren born in Bremen, one realises the fundamental importance of migration to Bremen's socio-economic function.

Accordingly, Bremen's cultural and social life is full of vitality and diversity. More than 120 nationalities live in Bremen, and most of them are organised in clubs and associations. Bremen has realised the central role of migration in cultural policy, and that in times when "multiculturaliy" is not the most imminent factor to support as it was the case a decade ago. But then, "interculturality" has become a growing challenge to schools and borderline quarters, either within the city centre or the outskirts.

Continued on page VII

Continued from page VI
The Turkish community has the biggest share among the migrant workers: 60%. This has led to the elementary social conflict that involves the question about the grandchildren of the first generation of Turkish migrants. Since "September 11" the role of Islam is being controversially discussed. Yet the traditionally close contacts between cultural initiatives, the Christian Churches and the State Government of Bremen with Bremen's Mosques are of a most constructive fashion. The weekly "Islamwoche", unique in Germany, has evolved from this context, and to stress this fact, contacts between the Jewish and the Muslim Community were established. All in all one can observe a discourse in civil society that constructively addresses conflicts and than at the same time pays respect to the Muslim community in the city.

Bremen lives, plans and acts
Bremen's application is based on a thorough analysis of its history and present. Thus it became obvious to focus on migration as a centre piece of the application. Neither could one deny the migrants' contributions to our city's manifold cultural activities, nor could one do without the constant critical reflection of the multilayered identities embossed on Bremen by its migrants. Bremen's bid has triggered a socio-cultural process that challenges well-known rituals coping with cultural diversity, simultaneously calling for breaking new grounds. This applies to Bremen as a migrants' city in particular.
The „Deutsche Auswanderer Haus" in Bremerhaven, that will open to the public in the Summer of 2005, illustrates the history of emigration and at the same time will function as a Documentary Centre of Emigration. It aims at becoming a European Centre for 21st Century Migration. The exhibition will depict cultural, social and political reasons for global migration. It also aims at collecting all relevant data about immigration regulations. Therefore the "Deutsche Auswanderer Haus" is going to become a Europe-wide contact point for scientists, experts and people wishing to emigrate. The houses' extensive archive enables Anglo-Americans to investigate their own family's history of ancestors weary of the Old Continent.
Bremen's application to become the European Capital of Culture 2010 contains a certain utopian character – not in the sense of homogenising social disparities or to save-harbouring of different groups of civil society – but rather in addressing modern urban people.

The author works for the Project on Bremen's application Capital of Culture 2010 ■

Mechanismus von Arbeit und Integration

Von Dieter Nellen und Nadja Grizzo

20. Februar 2005: Die mit der Auswahl der nationalen Bewerber beauftragte Jury bereist das Ruhrgebiet und prüft an ausgewählten Orten dessen Eignung als „Kulturhauptstadt Europas 2010". Am Schacht XII auf Zollverein in Essen begegnen die verantwortlichen Mitglieder der Jury der Videoinstallation „Autoporträt" der bosnischen Künstlerin Danica Dakic. In einer überlebensgroßen Aufnahme erscheint das Porträt einer Frau, deren Augen durch einen zweiten Mund ersetzt sind. Aus den beiden Mündern dieser Frau dringen langsam und eindringlich zwei verschiedene Sprachen: Deutsch und Bosnisch. Die dargestellte Person verbindet nicht nur unterschiedliche Sprachen, sondern auch verschiedene Identitäten.

Mit diesem visuellen Erlebnis ist die Jury nicht nur geographisch, sondern auch historisch und perspektivisch im Kern des Ruhrgebietes angelangt. Wie keine andere verdankt diese Region ihren Aufstieg zur Metropolregion der raumgreifenden Industrialisierung, der nachziehenden Migration aus ganz Europa und der Sozialisation durch Lohn bringende Arbeit. Heute sagt man salopp: Im Ruhrgebiet ist Europa immer gleich um die Ecke.
Der Kontext ist hinlänglich bekannt: Die erste Einwanderungswelle am Ende des 19.Jahrhunderts brachte Arbeitswillige aus dem Osten Deutschlands und Europas, vornehmlich aus Schlesien, Ostpreußen, Polen und Tschechien, an Ruhr und Emscher. Aber auch vom Westen des Kontinents, aus Belgien, Großbritannien, Irland und Nordfrankreich kamen qualifizierte Bergleute. Ein weiterer großer Einwanderungsschub erfolgte in der Zeit des Wirtschaftswunders mit der Anwerbung von „Gastarbeitern" aus Südeuropa, die teils blieben und teils nach einiger Zeit zurück gingen. Danach folgten türkische Zuwanderer (vornehmlich aus der ländlichen Bevölkerung Anatoliens) – mit inzwischen sehr unterschiedlichen Arbeits- und Sozialbiografien. Aktuell leben mehr als 580.000 Menschen ausländischer Herkunft aus 140 Nationen im Ruhrgebiet. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 11%, von denen wiederum die türkische Volksgruppe mit 43,1% fast die Hälfte stellt. Die Nachkommen der ersten Einwanderergeneration des 19. Jahrhunderts sind längst Einheimische geworden. Ihnen bedeutet die Zuwanderung ihrer Vorfahren nur noch eine familiengeschichtliche Reminiszenz.
Das Ruhrgebiet rühmt sich gern seiner Integrationsleistung und seiner konstitutiven Toleranz. Aber Toleranz darf nicht zu Desinteresse und gesellschaftlicher Bequemlichkeit verleiten. Denn heute verstärken sich jenseits der wohlmeinenden Anmutungen über Aufnahme und Attraktivität des „Fremden" bei Sprache, Gebräuchen und Essgewohnheiten immer mehr die drängenden Probleme in Schule, Beruf und Gesellschaft – gerade bei Migranten im Ruhrgebiet.
Die Bedingungen und Folgen von Einwanderung unterliegen auch im Ruhrgebiet einem rasanten Wandel. Mit zahlreichen Konzepten und Projekten an Schulen, Ausbildungsstätten und in sozialen Initiativen versucht man Lösungen zu finden. Grundsätzlich gilt weiter die positive Migrationserfahrung der Region als viel beschworener „Schmelztiegel" im historischen Format. Auch die in den neunziger Jahren propagierte „multikulturelle Gesellschaft" ist im Revier nicht von vorneherein obsolet geworden. Aber immer dringender wird angesichts der Existenz von „Parallelgesellschaften" die Frage, „in welchem Maße Demokratien ethnischen Minderheiten Autonomie einräumen sollen, welche Anforderungen die Gesellschaft an Immigranten legitimerweise stellen darf und muss und welches die Rahmenbedingungen für die Integration von Immigranten sein können". Bisher hat man sich im Ruhrgebiet wie andernorts vor dieser Frage gedrückt.
Für die Vergangenheit galt: Die Einwanderer wurden im Ruhrgebiet durch Arbeit und Lohn sozialisiert. Erst kam die Arbeit, dann die Nationalität. So entstand – wohlmeinend formuliert – ein integratives Klima, das aber gleichzeitig die Neugierde auf andere Kulturen in Grenzen hielt.
In der Gegenwart und noch mehr in der Zukunft werden wir uns eine solche kulturelle Indifferenz aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr leisten können. Die Bedingungen heutiger Einwanderung gestalten sich ungleich schwieriger. Der einfache Mechanismus von Arbeit und Integration, von Leistung und Aufstieg funktioniert längst nicht mehr. Gesellschaftliche und kulturelle Verantwortung ist deshalb wesentlich stärker gefordert. Deswegen nutzen wir das Projekt „Kulturhauptstadt Europas 2010", um in einer sehr grundsätzlichen Weise die Dialektik von kultureller Identität und Andersartigkeit für eine moderne Gesellschaft zu erfahren. Noch stehen wir am Anfang mit unseren Fragen.

D. Dakic, Autoportrait, Videostill 1999, C
VG Bild-Kunst, Bonn 2004

D. Dakic, Autoportrait, Videostill 1999, C
VG Bild-Kunst, Bonn 2004

Praktische Ansätze zeichnen sich allerdings schon jetzt ab. Das Thema „Interkulturalität" ist ein Schwerpunkt der Bewerbung. In loser Zusammenarbeit mit dem Bewerbungsbüro haben sich Kulturschaffende der freien Szene verschiedener Ruhrgebietsstädte, das Land NRW und die Stadt Dortmund zusammen geschlossen, um neben vielen weiteren Ansätzen in dieser Richtung das Festival MELEZ (türkisch: Mischung) zu planen, das ab 2005 jährlich stattfinden soll. Das umfassende Festivalprogramm mit Fokus auf die deutsch-türkischen Kulturaktivitäten soll vor allem die Teilhabe der türkischen Migranten am kulturellen Leben im Ruhrgebiet stärken und auf der anderen Seite das Interesse an türkischer Kultur wecken. Hier zeichnet sich bereits eine mögliche Funktion zum Thema Migration der Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet ab: Ein Forum zu bieten, unter dessen Dach sich eine Reihe von Aktivitäten entwickeln könnten, die bisher nicht den passenden, offenen Rahmen gefunden haben. Generell könnte für die Kulturhauptstadt im Ruhrgebiet gelten: Ein Forum zu schaffen, wo Migration und Interkulturalität diskutiert und hinterfragt werden.
Kulturen haben keine klaren Grenzen, keine homogene Gestalt. Sie sind vielmehr – wie das Ruhrgebiet selbst – charakterisiert durch Verflechtungen, Durchmischungen und Fusionen. Die Gratwanderung von Einheit und Vielfalt wird den Mikrokosmos Ruhrgebiet in Zukunft ebenso begleiten wie den Makrokosmos Europa.

Dieter Nellen ist Leiter des Fachbereiches Öffentlichkeitsarbeit vom Regionalverband Ruhrgebiet. Nadja Grizzo ist freie Mitarbeiterin beim Regionalverband Ruhrgebiet. ■

The Ruhr Area: The Mechanism between Employment and Integration

By Dieter Nellen and Nadja Grizzo

February 20, 2005: The jury that has been appointed to survey the national candidates bidding for title of "European Capital of Culture 2010" travels the Ruhr Area. Near Schacht XII of the Zollverein mine in Essen the members of the jury encounter the video-installation "Autoportrait" by the Bosnian artist Danica Dakic. A portrait larger than life depicts the face of a female whose eyes have been replaced by a second mouth. Both mouths slowly and insistently speak two languages: German and Bosnian. The portrayed person does not only link different languages but different identities, too.
This visual experience has made the jury not only to geographically but also historically and perspectively arrive at the very heart of the Ruhr Area. Like no other region the Ruhr Area owns its rise to an important metropolitan region to the former extensive industrialisation, the migration from all over Europe and the socialisation through paid work as a consequence thereof. Today one casually says: In the Ruhr Area Europe is always just around the corner.
The context is a well-known fact: At the end of the 19th century a first wave of migrants brought workers mainly from the Eastern parts of Germany, such as East-Prussia, Silesia, but also from Bohemia and Poland. Qualified miners from Northern France, Belgium, Britain and Ireland were also attracted to the Ruhr. A second big influx of migrant workers, this time mainly from Southern Europe, was triggered by the so-called "Wirtschaftswunder" in the 1950s and 1960s. Later Turkish nationals, mostly from rural Anatolia, followed – by now these people all have very different working-life and social biographies. Today some 580.000 people from 140 different countries live in the Ruhr Area. That is 11% of the total population. The Turkish community is by far the largest individual group: 43.1%. The descendants of the first migrants have long ago become locals. Their ancestors' immigration to the Ruhr Area has faded into a mere reminiscence in family history.
The Ruhr Area likes to pride itself for its achievements in integration policy and its constitutive tolerance. But tolerance must not induce indifference and social lethargy. All well-meant impressions about the "strangers'" languages, customs and food cannot belie the increasing problems at school, at work and in society – especially amongst the migrants of the Ruhr Area.
Even in the Ruhr Area the conditions and consequences of immigration are subject to a rapid change. Numerous concepts and projects in educational institutions and social initiatives try to find solutions. But basically one still holds fast to the positive experience with migration to the much praised "melting pot" that has historically grown. In the same way it can be said that the idea of a "multicultural society", as propagated in the 1990s, has not yet become obsolete in the region. But in view of the existence of "parallel societies" one question is becoming increasingly urgent: "To what degree must democracies grant autonomy to ethnic minorities, and what are the legitimate demands that society may and also has to ask of immigrants concerning the general conditions of their integration". Until now the Ruhr Area has, as other places elsewhere, got around this question. For the past it can be stated that work and pay socialised the immigrants in the Ruhr Area. First came the job and then one's own nationality. This view encouraged – phrased in a friendly way – an integrative climate, but at the same time it limited the interest in other cultures. On various grounds we will not be able to afford such cultural indifferences any longer – not at present nor in the future. The pattern of today's immigration has taken drastic turn. The once simple mechanism of employment and integration, job performance and advancement has long since ceased to function. Therefore it is necessary to call for more social and cultural responsibility. This is why we utilise the project "European Capital of Culture 2010" in order to experience the dialectics of cultural identity and differentness in modern society in a fundamental fashion. We are yet at the beginning of our quest. But there are already noticeable practical approaches. "Interculturality" is one of the core issues of our application. The agency in charge of the application has loosely grouped with freelance artists from various cities from the region, with the State of North Rhine-Westphalia and the City of Dortmund to organise, apart from other projects, the MELEZ festival [Turkish for intermixture] that is planned to be an annual event from 2005 onwards. The festival's extensive programme focuses on German-Turkish cultural activities and aims on the one hand at strengthening the share of Turkish migrants in the cultural life of the Ruhr Area, and on the other hand at arousing interest in Turkish culture. Already a possible function of the issue of migration in the Ruhr Area's bid for the Capital of Culture becomes apparent: A forum that offers the umbrella under which a number of activities can evolve that until now did not have the suitable open space in which to develop. Generally speaking, the Capital of Culture in the Ruhr Area would offer a forum where migration and interculturality could be discussed and scrutinised. Cultures are not defined by distinct borderlines, and they have no homogenous shape. Like the Ruhr Area itself, they are characterised by complexity and intermixture. The narrow path between entity and diversity will always be part of the microcosm Ruhr Area as well as the macrocosm Europe.

Dieter Neller is Head of Public Relations of the Ruhr Area Regional Authority. Nadia Grizzo is a freelancer with the same authority. ■

Görlitz

Von Ulf Großmann

Der Ausländeranteil in der Stadt Görlitz beträgt ca. 2,4 Prozent. Die meisten ausländischen Mitbürger kommen aus Polen. Deren Zahl nimmt jährlich zu, was auf Grund der unmittelbaren Grenzlage nachvollziehbar ist und anhalten wird. Migration ist kein primäres Thema in der Stadt Görlitz. Eine Wanderungsbewegung in Größenordnungen ist auch nicht abzusehen.
Kulturdezernat Görlitz ■

Görlitz

By Ulf Großmann

The proportion of foreigners in Görlitz is at about 2.4 percent, and most of them come from Poland. Their number is going to rise annually, not to surprisingly due to the fact of being right on the German-Polish border. Migration in itself is not a primary factor in the City of Görlitz; and migration in huge proportions is not foreseeable in the near future.
Kulturdezernat Görlitz ■

Stadtumbau in seiner interkulturellen Dimension

Von Günter Kowa

Stetig und unaufhaltsam verläuft die Abwärtskurve der Einwohnerzahl Halles im Verlauf der Jahre seit der Wende: Der Rückgang um mehr als 100.000 auf derzeit 237.000 Personen entspricht dem Aussterben einer mittelgroßen Stadt und er ist typisch für die Situation fast überall in Osteuropa. Halle ist ein Beispielfall unter vielen für das Phänomen der „Schrumpfenden Städte".

Es gibt aber eine ganz andere Kurve, die der hier beschriebenen genau entgegengesetzt verläuft. Halles Einwohnerzahl wächst rasant, wenn man die ausländischen Bürger in den Blick nimmt. Innerhalb von zehn Jahren - zwischen 1993 und 2003 - stieg deren Zahl von 6.122 auf 9.169, ein Zuwachs von fast 50 Prozent. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt mittlerweile fast vier Prozent, doppelt so viel wie zehn Jahre zuvor.
Das ist zwar immer noch eine überschaubare Größe verglichen mit vielen westdeutschen Großstädten, die seit langem zu Zentren der Zuwanderung geworden sind. Aber die Tendenz ist deutlich. Sie wird zunehmend zu einem Faktor in der Entwicklungspolitik der Stadt.
Das ist auch Elisabeth Merk bewusst. Die Leiterin des halleschen Stadtplanungsamtes erntet bei Zuhörern stets ein erstauntes und amüsiertes Raunen, wenn sie in ihrem Vortrag über den „Kolorado"-Plan für Halle-Neustadt eine Fotomontage des derzeit in großen Teilen leerstehenden Einkaufszentrums „Neustädter Passage" als „Chinatown" präsentiert. Sie bringt damit auf den Punkt, nicht nur wie Halles vormals eigenständiger Plattenbau-Satellit der 60er Jahre zum Experimentierfeld für „undenkbare" Ideen taugt, sondern auch, wie Halle den wachsenden Ausländeranteil als kulturelle Herausforderung begreift.

Vorerst allerdings spielt sich die Herausforderung immer noch vorrangig auf der sozialen Ebene ab. Eine Einrichtung wie das „Eine-Welt-Haus" zum Beispiel beschäftigt derzeit 20 Mitarbeiter, viele davon auf Ein-Euro-Basis, um einem nicht abreißenden Strom von Migranten und Flüchtlingen Rat und Beistand in Notlagen zu gewähren und bei Behördengängen zu begleiten. Das kann auch der Weg zum Frauenhaus sein, wenn Frauen und Kinder von gewalttätigen Lebenspartnern und Vätern bedroht werden. Über derlei akute Situationen hinaus will jedoch das Eine-Welt-Haus vor allem durch Bildungsarbeit, aber auch durch regelmäßige gesellige Themenabende unter dem Begriff „Cabana" (etwa: Schutzhütte) dazu beitragen, dass sich Ausländer „mit der Gesellschaft vertraut machen", wie es die Geschäftsführerin Christa Delle-Buchmann formuliert. Sie verweist darauf, dass in dem weiterhin bestehenden „Klima der Abweisung" diese Grundlagen immer noch zu legen sind. Politisch institutionalisiert ist das auch durch den gewählten Ausländerbeirat, der die Oberbürgermeisterin berät, allerdings auch die großen kulturellen Unterschiede der Ausländer untereinander mitunter deutlich widerspiegelt.
Ausländer-Integration und Stadtplanung ist im Gegensatz dazu ein noch relativ unerprobtes Feld. Es lässt neuartige Ansätze zu und lenkt die interkulturelle Diskussion in Bahnen, in denen die rein soziale Problematik für neue Alltagserfahrungen nutzbar gemacht werden kann. Seit dem Sommer 2003 gibt es in Halle-Neustadt ein Projekt, das den Stadtumbau unter entsprechende Vorzeichen setzt. Der noch junge Verein „Kultur/Block" machte mit Ausstellungsaktionen in elfgeschossigen Wohnhäusern auf sich aufmerksam, die zum Abriss leergeräumt und entkernt waren. „Kultur/Block" stellte unter anderem die Frage, wie mit den zu erwartenden Brachflächen umgegangen werden könnte. Aus einem Workshop mit dem Titel „Neustadt Gärten" ging eine gleichnamige Initiative hervor. Orientiert an Vorbildern einiger anderer Städte sowie verschiedenen Projekten des „Urban farming" sollte Neustädtern aus der Nachbarschaft der Abrissflächen die Möglichkeit gegeben werden, nach eigenem Gutdünken Gärten anzulegen. Der Grundstückseigentümer - eine Wohnungsgenossenschaft - willigte ein. Die Stadt unterstützte das Projekt mit planerischen Leistungen.
Da den Bürgern das Vorhaben bewusst und durchaus provokant in mehreren Sprachen bekannt gemacht wurde, war deutlich, dass keine neue Kleingartensparte, sondern eine kulturelle Begegnung der floralen Art gemeint war. Auf 15 beläuft sich derzeit die Zahl der Familien, die auf dem Areal Gärten anlegen wollen, und die Mischung der Nationalitäten - deutsch, russisch, kurdisch - spiegelt die Verhältnisse in Halle-Neustadt. Dazu kommen fünf „Baumpatenschaften", um Neuanpflanzungen über die Sommermonate zu versorgen. Die Vorstellungen der Interessenten reichen von der Anlage eines Gemüse- oder Blumengartens über Spielflächen für Kinder bis hin zu einem Zen-Garten.
Wo jetzt über multikulturelle Gärten diskutiert wird an einer Stelle, die einst nur in Beton gegossene Monostruktur zuließ, kursieren plötzlich völlig unerwartete Ideen. So machte eine zeitlang das Gerücht die Runde, es sei eine Moschee geplant. Die selbstverwalteten Gärten von Halle-Neustadt versinnbildlichen einen Stadtumbau, der sein Ergebnis in die Hände der verbleibenden Bürger legt und so in seinem Ergebnis kaum vorhergesagt werden kann.

Der Verfasser ist Journalist bei der Mitteldeutschen Zeitung. ■

Moritzburg in Halle Foto: Thomas Ziegler | Moritzburg in Halle Photo: Thomas Ziegler

City reorganisation and its intercultural dimension

by Günter Kowa

There has been a constant and unstoppable downwards trend in the number of inhabitants in Halle in the years since the German reunification: the drop by 100.000 to 237.000 inhabitants at present is the equivalent to the extiction of a middle-sized city and is typical für the situation almost everywhere in eastern Europe. Halle is one example among many for the phenomenon of "shrinking cities".

But there is also a different curve, that runs exactly opposite to the one described above. The population of Halle is growing rapidly, when you focus on the foreign citizens. In ten years – between 1993 and 2003 – their number climbed from 6.122 to 9.169, an increase of almost 50%. Their share of the total population has reached nearly four percent, double the count of ten yars ago.
This is still a managable number compared to many large cities in western Germany, that have long become centers of immigration. But the tendency is clear. It will increasingly become an important factor in the developement policy of the city.
Elisabeth Merk is concious of this. The head of the department of city planing of Halle always gets suprised and amused reactions from her listeners when, as part of her presentations on the "Kolorado"- plan for Halle-Neustadt, she shows a photomontage of the now mostly empty shopping centre "Neustädter Passage" as "Chinatown". By doing this, she is not only pointing out how Halles formerly independent satellite city of the sixties can nowadays become an experimental field for "unthinkable" ideas, but also that Halle understands the growing foreign population as a cultural challenge.
As for the moment this challenge is mainly taking place on the social level. An institution like the "Eine-Welt-Haus" (*the one-world house)* for example is employing a staff of twenty people, mostly on a One-Euro basis, to give the the unending stream of immigrants and refugees counseling and help in crisis situations and to accompany them on their visits to the authorities. This can also entail visits to the womens refuge , if women and children are being threatened by violent partners or husbands. Inspite of dealing with these pressing situations on hand, the Eine-Welt-Haus wants to reach out through educational programms but also through regular social gatherings under the motto "Cabana" *(safe-house)*, that are supposed to enable foreigners to "familiarize with German society" as Christa Delle-Buchmann, the manager, puts it. She points out that in the still existing "climate of rejection" these foundations still have to be laid. On a political level this has also been institutionalised through the elected advisory commitee for foreign immigrants, that advises the mayor but that often also reflects the great cultural differences among the foreigners themselves.
The integration of foreigners and city planing on the other hand is a fairly new field. It makes new approaches possible and channels the inter-cultural discussion into areas, in which the purely social difficulties can be used to create new every-day experiences. In the summer of 2003 a project was started in Halle-Neustadt, that sets these standards for city reorganisation. The young organisation "Kultur/Block" *(culture/block)* has drawn attention with exhibitions in eleven-storeyed appartement houses, that were to be torn down and had been vacated and stripped for this purpose. "Kultur/Block" posed the question, of how the fallow area should be used. A workshop with the title "Neustadt Gärten" *(Neustadt gardens)* created an initiative by the same name. Modelled on the example of several cities as well as on different projects on "urban farming", the inhabitants of the neighbouring areas should be given the possibility of creating gardens of their own design on the land where the buildings had been torn down. The owner of the plot – a housing cooperative – consented. The city has supported the project with planing expertise.
Since the plan was made public to the inhabitants and, provocatively, issued in several languages, it was clear that the aim was not to create a new an area of small garden plots but to enable cultural communication on a "floral" level. Up until now, fifteen families want to start a garden on the plot and the mixture of nationalities – german, russian, kurdish – reflects the situation in Halle-Neustadt. In addition five "tree-sponsorships" have been created, to care for the newly planted trees during the summer months. The plans of the applicants reach from vergetable and flower gardens to a play-area for children or a zen-garden.
That multi-cultural gardens are being discussed in an area that before only consisted of cement mono-structures, gives rise to comletely unexpected ideas. For some time the rumor circulated that the construction of a mosque was being planed.The self-manged gardens of Halle-Neustadt symbolize a city reorganisation, that lays the results into the hands of the citizens and therefore can not be foretold in its final outcome.

The author is a journalist for the Mitteldeutsche Zeitung ■

Migration ein Teil der Stadtgeschichte

Von Ullrich Eidenmüller

Am Anfang steht der Privilegienbrief
Eine große, europäische Idee steht schon an der Wiege unserer Stadt. Es ist 1715, als Karl-Wilhelm, Markgraf von Baden-Durlach, sich entschließt, die mittelalterliche Enge seiner damaligen Residenz gegen den Bau einer neuen, in Anlage und Geist offenen Stadt einzutauschen. Seine Vorstellung einer Modellstadt der Zukunft fasst er in einem historischen Dokument von weitreichender Bedeutung, dem Privilegienbrief zusammen. Der Brief trägt bereits viele Zeichen eines hochmodernen Staats- und Menschenbildes. In den "Privilegien" scheint vieles auf, was sich die europäischen Völker in den Revolutionen der Folgezeit, bis ins 20. Jahrhundert hinein, als gutes Recht eines jeden Menschen erkämpfen werden: Persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Recht und politische Mitsprache.

1719 – Ausländeranteil 18 Prozent
Dank großzügiger Aufnahmebedingungen für Neubürger wuchs die Stadt zunächst zufriedenstellend. 1719 bildeten schon 2000 Immigranten die Bevölkerung Karlsruhes. Verbrieft wurden erstmals in einer Residenzstadt die Freiheit zur Ausübung aller im Reich tolerierten Religionen, darüber hinaus Freiheit von Leibeigenschaft und Frondiensten, ein Bauplatz nebst Baumaterial, Steuerfreiheiten, eine bürgerliche Gerichtsbarkeit sowie ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht für alle Bürger. Die Neubürger kamen denn auch zu 50 Prozent aus Orten mit mehr als 100 km Entfernung, 18 Prozent stammten von außerhalb des Reiches, vor allem aus Frankreich, der Schweiz, aber auch aus Italien und Polen und den vielen Ländern des zersplitterten Deutschlands zusammen.

Wiege der deutschen Demokratie
Als 1818 nicht die erste, aber die fortschrittlichste von Karl Friedrich Nebenius erarbeitete Verfassung der Zeit für Baden erlassen wurde, bezog das Parlament 1822 den ersten eigenständigen Parlamentsbau Deutschlands, das Ständehaus in Karlsruhe. Dem Parlament wuchs stilbildende Kraft für ganz Deutschland zu, es wurde zur „Wiege der deutschen Demokratie". Die Forderungen nach mehr politischer Mitsprache, Pressefreiheit, Trennung von Justiz und Verwaltung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit von Justizverfahren sowie der Aufhebung von Fronen und Zehnten wurden hier drängender gestellt, leidenschaftlicher diskutiert und unbeugsamer vertreten als sonst in Deutschland. Zu den viel beachteten Diskussionen zählten auch jene zur erstmals gestellten sozialen Frage, zur Judenemanzipation und nicht zuletzt zur deutschen Einheit.

Vorreiterrolle der europäischen Völkerverständigung
Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg begannen Franzosen und Deutsche mit dem Bau eines neuen Europa in Frieden. Besonders tief waren die Wunden am Oberrhein, in Baden und dem Elsass. Bis heute sind deshalb die Bestrebungen, Brücken zwischen den Menschen zu bauen und Grenzen zu überwinden, bei uns besonders lebendig. Der 2002 gegründete Zweckverband REGIO PAMINA (PA steht für Palatinat/Südpfalz, MI für Mittlerer Oberrhein und NA für Nord Alsace) und die damit geschaffene Verwaltungsstruktur gelten heute als Vorbild und Modell auch für die osteuropäischen Grenzregionen. Die bereits 1955 begründete Partnerschaft mit Nancy nimmt eine Vorreiterrolle in der deutsch-französischen und europäischen Völkerverständigung ein. Seit 1987 übernimmt Karlsruhe diese Verantwortung erneut mit einer Partnerschaft zum ostdeutschen Halle und seit 1992 zu Temeswar in Rumänien und Kransnodar in Russland.

„Mit Recht. Karlsruhe"- Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010
Von Anfang an haben wir unsere Bewerbung nicht nur auf das vorhandene Kunst- und Kulturangebot der Stadt und der Region beschränkt. „Mit Recht" wurde dabei nicht nur als Werbeslogan gewählt, sondern dieser Slogan ist gleichzeitig Programm unserer Bewerbung mit den vier Leitprojekten
· Haus der Grundrechte,

Weiter auf Seite IX

Fortsetzung von Seite VIII

· Platz der Gerechtigkeit,
· Kreativpark Ostaue und
· Europäischer Stadtbrief

Es war auch von vornherein unser erklärter Wille, Karlsruhe als die „Planstadt", an deren Beginn die Proklamation von Bürgerrechten und die Gemeinsamkeit unterschiedlicher Völker und Religionen stand, in den Dienst der erweiterten Europäischen Union stellen. Das Projekt Europäischer Stadtbrief beschäftigt sich zum Beispiel nicht nur in Workshops im In- und Ausland mit den Voraussetzungen für das Zusammenleben in einer europäischen Stadt des 21. Jahrhunderts. Auch Persönlichkeiten wie Felicia Langer, Prof. Dr. Ernst Benda, Klaus Benneter, Friedrich Merz oder Rezzo Schlauch haben bereits ihre Vorstellungen dazu zu Papier gebracht.

Karlsuhe als weltoffene Stadt war zu allen Zeiten ein beliebter Zuwanderungsort. In der rund 272 000 Einwohner zählenden Stadt (Angaben Statistisches Jahrbuch der Stadt 2004) leben derzeit über 38 000 ausländische Mitbürger. Bis 2015 wird ein Anstieg auf 44 700 erwartet, zumal in der attraktiven Technologieregion Karlsruhe entgegen der bundesweiten Entwicklung mit einer Bevölkerungszunahme von 15 Prozent bis zum Jahr 2020 gerechnet wird.

Karlsruhe hat auf die zu erwartenden Auswirkungen des Soziodemographischen Wandels frühzeitig mit einer gezielten städtebaulich- und sozialorientierten Stadtteilentwicklung reagiert. Eine Stärkung der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf wird durch interkulturelle Stadtteilentwicklungsprogramme gezielt betrieben. Neben Maßnahmen des Spracherwerbs und der Berufsqualifizierung wird Orientierungskursen zum Erwerb von kulturellen und gesellschaftlichen Kenntnissen immer mehr Bedeutung zukommen.

Migranten Teil der Kulturhauptstadtbewegung

Nach dem Bekanntwerden der Karlsruhe Bewerbung hat sich ein knappes Dutzend Migrantengruppen und deutsch-ausländische Gesellschaften sowie Privatpersonen aus mehr als zehn Ländern zum „Mittelmeerkreis" zusammengeschlossen. Dieser Kreis, dem übrigens auch die Jüdische Gemeinde ebenso wie die Palästinensische Gemeinde angehören, will den Aufruf des Markgrafen aus dem Jahre 1715 aufgreifen, der Menschen aus verschiedenen Ländern aufrief, mit ihm eine neue Stadt zu bauen. Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung „Rund um den Olivenbaum" will der Kreis sich vorwiegend um die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit der Kulturen kümmern. Neben dem Stadtmarketing, den Architekten und Juristen sowie der Initiative „Karlsruhe im Kopf" ist die jüngste Initiative der fünfte Unterstützerkreis für die Kulturhauptstadt-Bewerbung.

Der Verfasser ist Bürgermeister der Stadt Karlsruhe und Projektleiter der Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt Europas 2010 ■

Erweiterter Campus: Der Karlsruher Schlossgarten ist auch bei Studenten ein beliebter Treffpunkt.
Foto: Bildstelle der Stadt Karlsruhe

Expanding campus: The palace gardens of Karlsruhe are a popular chatting point for many students
Photo: City of Karlsruhe

Migration: An Integral Part of Karlsruhe's History

By Ullrich Eidenmüller

In the beginning was the Charter of Special Rights

In 1715, when the city of Karlsruhe was first created, a major, European idea was already present at its birth. Karl-Wilhelm, Margrave of Baden-Durlach, had decided to radically change the medieval confines of his then court residence by building a new city, marked by intellectual and spatial openness, and set down his idea of the model city of the future in a Charter of Special Rights – an historical document of far-reaching significance. Traces of many modern notions of urban and human nature can already be found in the 1715 Charter, while the "Special Rights" list a considerable number of those privileges the peoples of Europe struggled to attain in subsequent revolutions, even into the 20th century, and fought to establish as every person's inalienable right - individual freedom, equality before the law, and political participation.

1719 – 18 per cent foreign residents

Initial urban growth proved satisfactory thanks to the generous conditions for new residents and, by 1719, Karlsruhe's population already included 2000 immigrants. For the first time in Germany, the seat of a court vested by charter the freedom to exercise any religion tolerated within the Holy Roman Empire of the German Nation and, moreover, guaranteed freedom from serfdom, soccage, and taxes, provided for building plots and materials, and ensured a civil jurisdiction, with all citizens granted the right of proposal and a legal hearing. Around 50 per cent of the new residents of the city came from towns and villages from over 100 km away, with 18 per cent coming from outside Germany's borders, primarily from France and Switzerland, but also from Italy and Poland, and the multiplicity of states comprising the Germany of that time.

Cradle of German democracy

In 1818, Karl Friedrich Nebenius' draft constitution for Baden – not the first, but the most progressive of its day – was adopted, and in 1822 the Baden Parliament moved into the first specifically created parliamentary building in Germany, the *Ständehaus* in Karlsruhe. The forces generated by this parliament set standards for Germany as a whole, with this Baden Parliament becoming the „cradle of German democracy". Here, the demands for greater political participation, press freedom, separation of judiciary and administrative powers, transparency and orality in legal processes, and the abolition of soccage and tithes, were voiced more urgently, debated more passionately and defended more vigorously than anywhere else in Germany. These debates were widely reported and raised many social issues never before discussed, including the emancipation of the Jews and, not least, the question of German unity.

A pioneering role in developing European understanding

Directly after the Second World War, the French and German governments initiated efforts to build a new, peaceful Europe. The scars were especially deep in the Upper Rhine, Baden and Alsace. For this reason, especially vigorous efforts were made – and continue to be made - to build bridges between people and transcend these borders. The REGIO PAMINA (PA for Palatinate/ southern Pfalz, MI for the mid-Upper Rhine region and NA for north Alsace), a special-purpose association founded in 2002, and the administrative structures it generated are regarded today as a paradigm and model for eastern European border regions. The partnership with Nancy, established in 1955, in the very early phases of twin-towns, has played a pioneering role in German-French and European understanding. Since 1987, Karlsruhe's feeling of responsibility in this area has again been evident, first in becoming twinned with Halle in eastern Germany and, since 1992, twinned with Temeswar in Rumania and Kransnodar in Russia.

"Mit Recht. Karlsruhe"- European Capital of Culture 2010 application

From the very start, we did not restrict our bid merely to the cultural and art sector services already present in our city and region. Our slogan of "*Mit Recht*" ("Justly so") was not only chosen as effective in media terms, but also as succinctly summarising Karlsruhe's four key application projects:

· Haus der Grundrechte (House of Basic Rights),
· Platz der Gerechtigkeit (Justice Square),
· Kreativpark Ostaue (Creative Park Ostaue) and
· European Local Letter

It was also our declared intention, from the outset, to allow Karlsruhe's status as a "model city", the cradle of a proclamation on basic civil rights and the commonality of diverse peoples and religions, play its part in an expanded European Union. For example, the European Local Letter project is not only involved in trying to establish, in a series of Workshops both in Germany and abroad, the basis needed for living together in a European city in the 21st century, but has also encouraged well-known figures like Felicia Langer, Professor Ernst Benda, Klaus Benneter, Friedrich Merz and Rezzo Schlauch to present their ideas on this theme in a written form.

As a city open to cosmopolitan influences, Karlsruhe has always been attractive to immigrants. The present population of roughly 272,000 (according to the Karlsruhe Statistical Yearbook 2004) includes more than 38,000 foreign nationals – a figure expected to rise to 44,700 by 2015 since, in contrast to the general trend in Germany, Karlsruhe's appeal as a technological centre looks set to ensure 15 per cent population growth by 2020. Karlsruhe has already initiated an early response to the anticipated effects of socio-demographic change, with strategic socially-oriented urban development targeting various districts, and providing those areas requiring specific support with a selective intercultural urban development programme where, in addition to language acquisition schemes and vocational training, an increasing emphasis is placed on orientation courses helping participants acquire social and cultural knowledge and skills.

Migrants part of the European City of Culture bid

After Karlsruhe's bid became known, nearly a dozen migrant groups, German-foreign societies and private individuals from more than ten countries joined forces to form the "Mediterranean Circle". This group – which, by the way, includes both the Jewish and Palestinian communities – intends to take up the Margrave's 1715 call to people from many different countries to join him in building a new city. After its successful first meeting, run under the motto of "Around the Olive Tree", this circle now intends to focus primarily on promoting dialogue and cultural cooperation. This is the fifth circle supporting Karlsruhe's bid, alongside circles in city marketing, architecture, law, and the *Karlsruhe im Kopf* (Karlsruhe in Mind) initiative.

The author is the Mayor of Karlsruhe and Head of the Project on Karlsruhe's application to be European Capital of Culture 2010 ■

Europa gemeinsam leben in Kassel

Von Michael Kelbling

Kulturhauptstadt Europas zu werden heißt, selbstbewusst und zugleich gastfreundlich zu sein, offen für Menschen aus anderen Kulturen. Ein bedeutender Pfeiler der Kasseler Bewerbung als Kulturhauptstadt 2010 ist daher auch der kreative Umgang mit den Auswirkungen der Migration.

Kassel war im Laufe seiner Geschichte immer wieder mit – zunächst fremden – Kulturen konfrontiert. Hugenotten und Waldenser wurden durch den Landgrafen Karl Ende des 17. Jahrhunderts in Kassel und der Region angesiedelt. Sie haben die kulturelle, architektonische, technische und wissenschaftliche Entwicklung stark geprägt. Zu den schmerzlichen Erfahrungen zählt der Umgang mit den Zwangsarbeitern, die im 2. Weltkrieg auch nach Kassel verschleppt wurden und dort unter menschenverachtenden Bedingungen arbeiten mussten.

Die Stadt stellt sich den Brüchen in ihrer Geschichte, sie verharrt jedoch nicht im bloßen Erinnern, sondern richtet den Blick in die Zukunft. Die Integration der so genannten Gastarbeiter dauert nach Jahrzehnten immer noch an. Ständig bekommt Kassel weitere „Neubürger" aus aller Welt, z. B. in der Wirtschaft und auch durch die Universität. Damit gewinnt die Stadt einen reichen Schatz an Erfahrungen und neuen Perspektiven. Sie sind ein fruchtbarer Boden, um neue Formen des Zusammenlebens modellhaft zu entwickeln.

Eine Ausstellungsreihe zeigt das erfolgreiche Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationen unter einem Dach in Kassel – getreu dem Motto des europäischen Verfassungskonventes „Einheit in der Vielfalt" – und visualisiert damit auch die reichhaltige Geschichte und Gegenwart Kassels. Das Stadtmuseum und das Stadtarchiv arbeiten dabei mit anderen Museen, dem Staatsarchiv Marburg, der Universität Kassel und Organisationen ausländischer Mitbürger in Kassel und der Region zusammen.

In dem Projekt „Stadtentdeckungen" geben Neubürger durch ihren subjektiven Blick Impulse für die Stadtentwicklung. Kassel öffnet sich deren Erfahrungen und Sichtweisen und will sie für die Neu-Entdeckung der kulturellen Reichtümer der Stadt gewinnen. Dabei sollen die „Neubürger" aus einer (noch) fremden Perspektive den Kasseler Bürgern helfen, die kulturellen Stärken und Schätze neu zu entdecken – zum Beispiel bei Stadtführungen. Menschen kommen aus ganz verschiedenen Motiven in die Stadt. Ganz gleich, ob aus beruflichen, familiären, persönlichen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen – sie sind neue Bürger, als Gäste oder als Migranten gleichermaßen willkommen. Im Verständnis der Stadt sind sie „Kasseler" – Zugezogene, die sich von den „Kasselanern" (deren Eltern in der Stadt geboren wurden) und den „Kasselänern" (die „Eingeborenen") unterscheiden. Die Neuankömmlinge haben den Alteingesessenen etwas mitzuteilen – aber auch umgekehrt. Bei den „Stadtentdeckungen" soll der Blick nicht so sehr von der Kultur als Privileg einer gebildeten Schicht und vom Bildungsstand abhängig gemacht werden, sondern vor allem auf die Alltagskultur gerichtet werden, die von professionellen Bezügen und beruflichen Prägungen bestimmt wird. Kassel kann Persönlichkeiten zu seinen Bürgern zählen, die in hervorragender öffentlicher beruflicher Stellung oder durch Engagement in kulturellen Sparten bekannt sind. Das sind zum Beispiel Professoren an der Universität und der Kunsthochschule, Mediziner am Städtischen Klinikum sowie Musiker, bildende Künstler und Schauspieler. Solche Personen sollen zum Beispiel Stadtführungen für kleinere Gruppen leiten und dabei durch ihren ganz subjektiven Blick buchstäblich neue Einblicke ermöglichen. Sie könnten an Veröffentlichungen über die Stadt mitwirken oder als Schirmherren für Veranstaltungen gewonnen werden.

Die aktuelle Debatte um Zuwanderung und Integration, um Öffnung und Abgrenzung wird natürlich auch in Kassel geführt. Dabei geht es allerdings weniger um die Frage ob, sondern eher wie sich der Zusammenhalt in unserer pluralistischen Gesellschaft befördern lässt - und schließlich auch wie Ausgrenzung und Selbstisolierung langfristig entgegen gewirkt werden kann.

In Kassel leben derzeit Menschen aus 143 Ländern. Diese Vielfalt Kassels, seiner Menschen und Sprachen, sollen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas sichtbar gemacht werden. Daher hat die Stadt Sprachbotschafterinnen und Sprachbotschafter ernannt, die in ihrer Muttersprache aktiv an der Präsentation der Bewerbung mitwirken. Als Sprachbotschafterin oder Sprachbotschafter sollen sie Menschen ihrer Sprach- und Kulturgruppen in Kassel und über die Stadtgrenzen hinaus über die Bewerbung informieren. Zu den Aufgaben der Sprachbotschafterinnen und Sprachbotschaftern gehören Übersetzungen von Informationen über den Bewerbungsprozesses in die jeweilige Muttersprache, die Mitwirkung an Präsentationen im Rahmen des Bewerbungsprozesses, die Förderung der Kommunikation über die Aktivitäten im Rahmen der Bewerbung in den jeweiligen ethnischen Herkunftsgruppen und die Aktivierung der zugewanderten Bevölkerungsgruppen. Ein wichtiger Aspekt ist auch die bewusste Pflege einer „Kultur der Gastfreundschaft", der freundlichen Aufnahme von Besu-

Weiter auf Seite X

Kasseler Moschee: Vor dem Gottesdienst | Mosque of Kassel: before the prayers

Fortsetzung von Seite IX

chern und zum Beispiel der Bekanntmachung von Veranstaltungen und wichtigen Informationen durch multimediale Mittel in mehreren Sprachen. Menschen, mit denen Gäste zuerst in Kontakt kommen, werden gezielt über die Bewerbung informiert, um sie als freundliche Gastgeber und Botschafter zu gewinnen. Dies sind Taxifahrer, Beschäftigte im Hotel, das Personal der Busse und Straßenbahnen und die Beschäftigten der Deutschen Bahn. Die besonderen Kommunikationspotenziale der Stadt – Universität und viele qualifizierte Menschen und Unternehmen der Kulturwirtschaft und der Kommunikationswirtschaft – sind eine gute Voraussetzung, um die sich immer weiter entwickelnden Möglichkeiten der elektronischen Medien für die Informationen von Menschen in Europa und der Welt zu nutzen. Zweifellos spielt das kulturelle Leben bei der Integration von Migranten eine Schlüsselrolle. So wichtig es ist, dass die unterschiedlichen ethnischen Gruppen ihre eigene Kultur pflegen können, so bedeutsam ist es aber auch, dass es attraktive Orte und Anlässe gibt, die Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammen führen und ihnen ermöglichen, gemeinsame Erfahrungen zu machen und sich aufeinander zu beziehen.

Der Verfasser ist Mitarbeiter des Kulturamtes der Stadt Kassel ■

Experiencing Europe Together in Kassel

By Michael Kelbling

Becoming the cultural capital of Europe means being both self-confident and hospitable, open to people from other cultures. Thus one important pillar of Kassel's application to become Europe's Cultural Capital for 2010 is the creativity with which the city has managed the effects of migration.

In the course of its history, Kassel has come into contact with numerous cultures that were—at least at first—foreign. At the end of the seventeenth century, for example, Huguenots and Waldenses settled in and around Kassel at the invitation of Landgrave Karl. These newcomers exercised a profound influence on the city's cultural, architectural, technical and scientific development. Among the more painful experiences in the city's history was the treatment of forced laborers who were brought to Kassel during the Second World War and compelled to work in inhumane conditions. The city strives never to forget the darker moments in its history, but endeavors to go beyond mere remembrance and build a better future. The integration of the so-called guest workers is still in progress decades later. At present, "new citizens" from all over the world arrive in Kassel every day, whether they be businesspeople or academics studying or working at the university. In this way the city gains a wealth of experiences and new perspectives. Indeed, these new citizens provide fertile soil for producing original and exemplary ways of living together in today's world.

In addition to exploring the rich history of the city to the present day, a series of exhibitions shows how people from different countries can live together successfully under one roof in Kassel—true to the motto of the European constitutional convention: "Unity in Diversity". In these exhibitions, the city museum and archive are collaborating with other museums, the city archive in Marburg, the University of Kassel, and foreign citizens' organizations in Kassel and the surrounding region.

As part of the project "Discover the City," new citizens give fresh impetus to Kassel's development by contributing their own personal views of the city. Kassel is open to their experiences and perspectives, and will build upon these to help visitors and locals alike discover anew the city's cultural riches. With their (still) foreign perspective, these new citizens can help the people of Kassel see their home town in an entirely new light—for example, by providing their own special city tours.People come to Kassel for entirely different reasons. Whether these be of a professional, familial, personal, economic, or political nature, the newcomers are considered to be new citizens, welcome either as guests or immigrants. In the city's view they are "Kasseler"—immigrants, distinguished from "Kasselaner" (whose parents were born in the city) and "Kasseläner" (who were born here). The new arrivals have something to tell those who have been here for longer—and vice versa. In these "discoveries of the city," culture is seen not so much as a privilege of those belonging to a certain class or with a particular educational background, but as everyday culture as determined by professional contacts and occupational factors. Kassel can count among its citizens people who have won renown through their exceptional standing in their professions or their activities in cultural spheres, such as professors at the university or academy of arts, physicians at the city clinic, or musicians, visual artists, and actors. Indeed, these are some of the people who will lead tours of the city for small groups and promote new views of Kassel from their own personal perspective. These individuals will also take part by helping publish material on the city or acting as the patrons of various events.

The current debate about immigration and integration in Germany, about openness and exclusion are of course also taking place in Kassel. But here people are not asking *whether* solidarity can be promoted in a pluralistic society, but *how* this can be achieved—and how the exclusion of immigrants can be counteracted in the long run.

Today's Kassel has citizens from 143 countries. This diversity in Kassel's people and languages should be showcased as the city makes its way to become the cultural capital of Europe. To help achieve this goal, the city has named linguistic ambassadors who will take an active part in presenting Kassel's candidacy in their own native languages. As linguistic ambassadors they will inform people in their linguistic and cultural groups about the candidacy, both within and beyond the city's borders. Among their tasks are translating information materials about the application process, taking part in presentations about the city's candidacy, spreading the word about related activities within their various ethnic groups, and helping to get the various immigrant groups involved in the process.

An important aspect of this project is the self-conscious cultivation of a "culture of hospitality"—the friendly reception of visitors, for example, and promoting events and pertinent information through multimedia in many languages. Thus, people who typically come into immediate contact with visitors are being targeted with information about the city's candidacy in order to win them over as friendly hosts and ambassadors. These include taxi drivers, hotel employees, public transportation staff, and employees of the German Rail Services. Kassel has a wealth of communications resources, including the university and many qualified individuals and firms in the cultural and communications sectors. These factors make it possible to take advantage of the expanding possibilities of electronic media to inform the people of Europe and the world about all that the city has to offer.

There is no doubt that cultural life plays a key role in the integration of immigrants. As important as it is to help various ethnic groups foster their own cultures, however, it is just as important to provide attractive venues and opportunities for people from different cultures to come together, to have common experiences, and to relate to one another.

The author works for the Department of Culture in Kassel. ■

Migration und die Lübecker Bewerbung

Von Holger Walter

Im September 2003 fasste die Bürgerschaft (Stadtvertretung) der Hansestadt Lübeck folgenden Beschluss (Auszüge):

„Die Hansestadt Lübeck ist eine weltoffene Stadt. Damit diese Situation erhalten bleibt, müssen die unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen der hier lebenden Menschen anerkannt sein. Deshalb wird das Vorhaben des Landes Schleswig-Holstein begrüßt, landesweit ein Integrationskonzept zu installieren und die Auffassung geteilt, dass Integration als Ziel die Kultur des gegenseitigen Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders unterschiedlicher Menschen einfordert. Die Hansestadt Lübeck sieht in der Integration der Lübecker Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund eine kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für die Stadt."

Zusammen mit betroffenen Einrichtungen und Trägern werden Integrationskonzepte mit besonderen Schwerpunkten entwickelt: Interkulturelle Erziehung und Sprachförderung, Jugend und Ausbildung, Gesundheit und SeniorInnen, Wohnen, Umfeld und Partizipation, Öffnung der Verwaltung der sozialen Dienste, die Einrichtung eines ehrenamtlich geführten ‚Forums für Migration Lübeck'. Die Umsetzung dieser Konzepte wird innerhalb der Stadtverwaltung als Querschnittsaufgabe wahrgenommen."

Eine der Lübecker Bewerbungsstrategien ist der Hinweis auf die geografische Lage der alten Hanse- und Handelsstadt im Norden Deutschlands und damit die Schlüsselposition Lübecks zwischen Kontinent und mare balticum. Lübeck als Bühne der Kulturen der Menschen der Ostseeregion und damit als Präsentationszentrum der nicht immer angemessen beachteten, aber doch reichen Kultur Nordeuropas. Dieses Vorhaben hat starken Integrationscharakter für die Menschen an der Ostsee, die noch vor wenigen Jahren in politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Staaten leben mussten. Die Bewerbung berührt aber nicht nur die Neuordnung des Ostseeraums, sondern wendet sich auch der größten Ausländerformation in der Stadt zu, den türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Als Botschafterin für die Lübecker Bewerbung konnte die 22jährige TV-Moderatorin Gülcan Karahanci aus Lübeck-Travemünde gewonnen werden. Gülcan ist Türkin und hat für das Jahr 2010 Wünsche formuliert: „Eine Kulturhauptstadt muss Vorbild sein für das Zusammenleben von Menschen, denn Kultur ist zunächst der Umgang der Menschen miteinander. Deshalb soll Lübeck 2010 Kulturhauptstadt und wieder zu einer Königin Europas werden. Es sollte ein großes türkisch-deutsches Fest gefeiert werden, das ich gerne moderieren würde. Junge zugewanderte Migranten und junge Deutsche sollen ohne Vorurteile und Schranken miteinander leben und den „Alten" zeigen, wie es geht. Die Türkei soll bis 2010 in die EU aufgenommen werden. Dass die Türkei 2010 Fußball-Weltmeister wird und Deutsche und Türken das in Lübeck gemeinsam feiern. Dass eine deutsch-türkische Pop-Band den Echo gewinnt und dass ich selbst für andere Jugendliche mit Migrationshintergrund ein wenig Vorbild geworden bin für das Gelingen von Integration."

Der Begriff Kultur ist an sich zuerst einmal neutral. Er sagt nicht aus über die Möglichkeiten des Zusammenfindens oder des Trennenden. Wenn wir über die Kultur lernen wollen, andere zu verstehen, müssen wir zunächst unsere eigene Kultur begreifen und uns dann den Kriterien der unbekannten Kulturen nähern: durch Toleranz, Liebe, Verständnis und Dialogbereitschaft. Dadurch kann ein Weltbild erschlossen werden, dass wertvoller und kompatibler ist, als eine dominant erworbene Grundhaltung. Wir Lübecker wollen diesen Weg gehen. Nicht ausgelöst durch eine Kulturhauptstadtbewerbung, sondern aus unserem Selbstverständnis heraus. Bedingt durch das Leben in einer weltoffenen Hafen- und Handelsstadt wird dieser Weg gangbar sein.

Das Holstentor im Winter: Schlittschuhläufer vor dem Lübecker Wahrzeichen Foto: Stadt Lübeck | The wintery Holstentor: Skaters in front of the city's symbol Photo: City of Lübeck

Der Verfasser ist Projektleiter der Lübecker Kulturhauptstadt-Bewerbung ■

Migration and the application of Lübeck as Cultural Capital of Europe

By Holger Walter

In september of 2003 the municipal representatives (Bürgerschaft) of the hanseatic town of Lübeck passed the following resolution (excerpts):

„The hanseatic town of Lübeck is a cosmopolitan city. To maintain this situation, the different cultures and lifestyles of the people living here must be recognized. Therefore, the plan of the State of Schleswig-Holstein to install a state wide integration-concept, is welcomed and the opinion is shared, that the goal of integration requires a culture of mutual respekt and the equal cooperation of different people. The hanseatic town of Lübeck regards the integration of the citizens of Lübeck with a migration-background as a cultural and economic enrichment for the city.“
Special integration concepts with special emphasis are being developed, together with the concerned institutions and representatives: intercultural education and language-promotion, youth and education, health and senior citizens, housing, environment and participation, opening of the administration of the social services, the creation of a “Forum for migration Lübeck” that ist managed in a honorary capacity. The realization of these concepts is regarded as a cross-sectional task inside the administration.
One of the strategies for the application of Lübeck is to point out the geographical setting of the old hanseatic trade post in northern Germany and therefore its key-position between the continent and the Baltic sea. Lübeck as a stage for the cultures of the people of the Baltic and therefore a center for the presentation of the, not always adequately noticed but nonetheless rich, culture of northern Europe. This plan has a strong integratory character for the people of the Baltic, who had to live in politically and economically very different countries not to long ago. The application, however, does not only concern the restructurisation of the Baltic region, but also adresses the largest foreign population of the city, the turkish citizens. Gülcan Karahanci, a 22-year-old TV-presenter from Lübeck-Travemünde could be won as an ambassador for the application of Lübeck. Gülcan is Turkish and has formulated wishes for the year 2010: “A cultural capital has to set an example for the coexistence of people, because culture is first and foremost dealings of people with each other. This is why Lübeck should be the cultural capital in 2010 and once again become one of the queens of Europe. We should have a big turkish-german celebration, that I would like to present. Young migrants and young germans should live together without prejudices and boundaries, and show the “oldies” how to do it. Turkey should be a member of the EU in 2010. I wish for Turkey to become the soccer world-champion in 2010 and Germans and Turks to celebrate this together in Lübeck. That a german-turkish pop-band wins the Echo (*a music award)* and that I may have become an example for other young people with a migration-backround and an example for successful integration.”
The term culture is, at first look, neutral. It does not tell us anything about the possibilities of coming together or of what seperates us. If we want to learn about culture, learn to understand others, we must first understand our own culture and then turn to the criteria of unknown cultures: through tolerance, love, understanding and a willingness for dialogue. This way a conception of the world can be opened up, that is richer and more compatible than the dominantly aquired attitude. We in Lübeck want to go this way. Not only because of the application as Cultural Capital of Europe, but because of our understanding of who we are. Living in a cosmopolitan port and trade-city will make this way possible.

The author is the project-manager for the application of Lübeck as Cultural Capital of Europe ■

Potsdam 2010: Verständnis und Verstehen

Von Miriam Weber

Migration ist als Bestandteil der Menschheitsgeschichte nicht wegzudenken, sei es aus wirtschaftlicher Not, oder im weiteren Sinne Migration bzw. Flucht aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen. Migration ist insofern auch ein unumkehrbarer Bestandteil der europäischen Nachkriegsgeschichte und hat alle Länder mehr oder weniger stark geprägt. Durch Flucht und Vertreibung wurden in beiden Teilen Deutschlands ganze Gesellschaften ausgetauscht, in der DDR zum Teil darüber hinaus politisch motiviert umgesiedelt. Während die Arbeitsmigration, und damit der Kontakt mit Fremden, in der Bundesrepublik bereits Anfang der fünfziger Jahre ihre Ursprünge hat und einen Höhepunkt in den siebziger Jahre erreichte, schloss die DDR erst Mitte der siebziger Jahren Abkommen, um Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, vor allem aus Algerien, Kuba, Mosambik, Angola und China, Vietnam, sowie Polen und Ungarn. Die Lage der Vertragsarbeiter war nicht einfach und ist für das Verständnis der gegenwärtigen Situation von großer Bedeutung. Migranten in der DDR lebten meist isoliert und hatten zeitlich begrenzte Arbeitsverträge, Familiennachzug war nicht gestattet. Insofern gibt es aus der DDR-Zeit kaum Erfahrungen im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen.

Mit dem Ende der DDR änderte sich die Situation vollständig und während die Bevölkerung in der Bundesrepublik sich über Jahrzehnte an den Umgang mit „Fremden“ gewöhnte, kam für die DDR-Bevölkerung die Konfrontation unvermittelt. So sind zum Beispiel erst seit 1991 auch die neuen Bundesländer verpflichtet, Asylbewerber aufzunehmen. Sammelunterkünfte, Versorgungspflicht durch heimeigene Verkaufseinrichtungen und später durch das Wertgutscheinsystem belasteten die Kommunen. Die ökonomische Lage in den neuen Bundesländern erschweren die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung.
Heute leben im gesamten Land Brandenburg knapp 50.000 Ausländer, das entspricht in etwa 2 % der Bevölkerung. In Potsdam liegt der Anteil mit 5,5 % etwas höher, aber dennoch deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 9 %. Die Zuwanderer in Brandenburg und Potsdam sind Aussiedler, Asylsuchende, Flüchtlinge, Wissenschaftler, Studierende, EU-Gewerbetreibende und jüdische Migranten, die vor allem aus Polen, Vietnam, der Russischen Föderation, der Ukraine und der Türkei kommen. Obschon der prozentuale Anteil von Ausländern in Potsdam sehr gering ist, gibt es seit Beginn der neunziger Jahre zahlreiche Aktivitäten, diese in das gesellschaftliche und kulturelle Leben einzubinden. Das gerade in Ostdeutschland sensible Thema spielt in allen Bereichen eine wichtige Rolle – von Religion, über Musik, Sport, bis hin zu Schulen und Universitäten. Ein intensiver und offener Dialog wird mit großem Erfolg gefördert. Neben den städtischen Institutionen wie Ausländerbeauftragte, Ausländerbeirat und Fachgesprächskreis für Migration und Integration wurde z.B. 2001 im Auftrag des Jugendamtes ein „Lokaler Aktionsplan“ erstellt. Dieser setzt sich aus verschiedenen Arbeitsfeldern zusammen und soll in der Stadt eine Öffentlichkeit für offenen Umgang mit unterschiedlichen Sicht- und Lebensweisen schaffen, Vorurteile sollen abgebaut werden. Ein gelungenes Beispiel ist das Gartenprojekt des Brandenburgischen Kulturbundes. Der „Integrationsgarten“ wurde vor fünf Jahren als gemeinsames Projekt von Potsdamern und Spätaussiedlern in einem Neubaugebiet angelegt, und bietet die Möglichkeit, sich zu Gartenarbeit, zu Lesungen, zum Lernen und Feiern zu treffen.
Darüber hinaus gibt es in der Landeshauptstadt über 30 ehrenamtliche Träger, Vereine und Initiativen, die spezielle Beratungs- und Betreuungsangebote für Zuwanderer und andere ausländische Mitbürger initiieren. Im November 2000 führte die Stadt in Kooperation mit dem Stadtsportbund im Rahmen einer öffentlichen Präsentation diese verschiedenen Vereine und Institutionen unter der Überschrift „Potsdam bekennt Farbe – gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander“ zusammen. Seitdem gibt es unzählige Aktionen wie Rockkonzerte gegen Rechts, Ausstellungen, Sportveranstaltungen und Wettbewerbe. Eine erste Bewährungsprobe hatte das Bündnis im Januar 2001, als auf die Trauerstätte der jüdischen Gemeinde in Potsdam ein Brandanschlag verübt wurde. Es gab u.a. einen von Schülern organisierten Schweigemarsch und mehrwöchige Mahnwachen.
Ein Schwerpunkt der politischen Zielsetzung liegt im Aufbau des jüdischen Lebens und der Unterstützung der neu gegründeten jüdischen Gemeinde. In Potsdam konstituierte sich – nach 1939 – 1992 die erste jüdische Gemeinde des Landes Brandenburg. Seit 1990 haben 1700 jüdische Zuwanderer aus Osteuropa in Potsdam Aufnahme gefunden. Weitere Religionen und Weltanschauungen sind Bestandteil der Kommune. Der Verein der Muslime, die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Baha„i-Gemeinde, die Buddhisten, katholische und evangelische Gemeinden, der Humanistische Verband

Stets im Halbschatten der Vergangenheit: Friedrich ist heute ein begehrtes Souvenir Foto: Andreas Süß

Always in the shadows of the past: Today Frederic is a popular souvenir Photo: Andreas Süß

sind offen für Zugewanderte und pflegen ein friedliches Miteinander.
Das „Edikt von Potsdam“ aus dem Jahre 1685 des Großen Kurfürsten ging als bedeutender Meilenstein für

Fortsetzung von Seite XI

die Entwicklung der Toleranz und guten Nachbarschaft zwischen Menschen verschiedener Nationen in die Geschichte ein. Die Einwanderer der Jahrhunderte – französische Hugenotten, Niederländer, Schweizer, österreichische Juden, Böhmen, Russen – belebten die Entwicklung des Handwerks, der Wissenschaft, Kunst und Kultur und brachten Kapital nach Potsdam. Auch wenn der Gedanke der Toleranz in den verschiedenen Epochen der Politik der jeweils Herrschenden unterworfen war, so blieb er doch ein Symbol für die Stadt und insofern auch für die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010.

Die Verfasserin ist Projektkoordinatorin der Kulturhauptstadt 2010 Potsdam GmbH ■

Potsdam 2010: Understanding

By Miriam Weber

Migration is an inevitable part of human history, whether it is a result of economic necessity or political, religious, or ethnic persecution. Migration was an unavoidable factor in the history of postwar Europe and has influenced every country to a greater or lesser degree. Indeed, in both parts of Germany whole populations were forced to flee or were expelled, and in the German Democratic Republic some groups were resettled for political reasons. However, whereas contact with migrant workers in the Federal Republic began as early as the 1950s and reached a high point in the 1970s, it was not until the middle of the 1960s that the GDR signed agreements to recruit workers from other countries, in particular from Algeria, Cuba, Mozambique, Angola, China, Vietnam, Poland and Hungary. Understanding the difficult circumstances faced by these contract workers provides the key for approaching the situation in Germany today. Migrants in the GDR were kept isolated from the general population and had short-term employment contracts; their families were not allowed to join them in their temporary home. As a result, very few people in the GDR had any experience dealing with individuals from other cultures.
With the end of the GDR the situation changed completely. Whereas the population of the Federal Republic had learned to interact with “foreigners” over the space of several decades, for the people of the GDR the confrontation was abrupt. In 1991 the new federal states of eastern Germany were required to take in their share of individuals seeking political asylum. Local communities had to deal with the additional burdens of collective housing and the duty to care for these individuals based on a variety of unfamiliar regulations. The precarious economic situation in the former GDR made the local population even less willing to accept the newcomers.
Today only 50,000 foreigners reside in the entire state of Brandenburg, which amounts to about 2% of the population. In Potsdam the ratio is somewhat higher at 5.5%, but still far less than the overall average of 9% in the Federal Republic as a whole. The immigrants in Brandenburg and Potsdam include repatriated ethnic Germans, applicants for asylum, refugees, scientists and academics, students, businesspeople from the EU and Jewish immigrants, and come predominantly from Poland, Vietnam, the Russian Federation, the Ukraine, and Turkey.
Although the percentage of foreigners in Potsdam’s population is quite low, a variety of activities have been designed since the early 1990s to integrate them into the city’s social and cultural life. This topic, particularly sensitive in eastern Germany, plays an important role in all areas of culture, ranging from religion, music and sport to schools and universities. These activities have had considerable success in fostering an intense and open dialogue on the subject.
Together with professional councils on immigration and integration and various civic institutions serving the needs of foreigners the Youth Ministry developed a “local plan of action” in 2001. This initiative brings together individuals from a variety of fields and is designed to provide a place for public communication among people of different backgrounds, where prejudices can be overcome. One successful example is the Brandenburg Cultural Society’s garden project. The “Garden of Integration” was started five years ago as a joint project of Potsdam residents and recent immigrants. Located in a neighborhood of postwar prefabricated buildings, it provides residents with the opportunity to meet each other in the context of garden work, readings, educational activities, and celebrations.
Furthermore, in the state capital there are over thirty honorary sponsors, clubs and initiatives that have initiated special counseling and social offerings for immigrants and other foreign citizens. In November 2000, both the city and the municipal sport council brought together these various clubs and institutions under the rubric “Potsdam is true to its colors: together for tolerance, anti-violence and peaceful coexistence.” Since then there have been countless events, such as rock concerts against

Continued on page XII

Continued from page XI

right wing activities, exhibitions, sporting events and competitions. The organization faced its first test of resolve in January 2001, when there was an arson attack on the memorial area of the Jewish congregation in Potsdam. In response, schoolchildren organized a silent march and city residents demonstrated in protest of the crime for several weeks.

One focus is to foster Jewish life and culture in the city and support the newly re-established Jewish congregation. In 1992 the first Jewish congregation in the state of Brandenburg since 1939 was founded in Potsdam. Since 1990 a total of 1,700 Jewish immigrants from Eastern Europe have been welcomed to the city. The municipality is also enriched by a variety of other religions and cultures. The Muslim Council, the Russian Orthodox church, the Baha'i congregation, the Buddhist, Catholic, and Protestant congregations, and the Humanist Council are accepting of immigrants and coexist peacefully.
The Great Elector's Edict of Potsdam in 1685 was an important landmark in the history of tolerance and peaceful coexistence between people of different nations. The immigrants of many centuries—French Huguenots, Dutch, Swiss, Austrian Jews, Bohemians, Russians—helped to invigorate the crafts, science, and art as well as the cultural and economic life of the city. Although the idea of tolerance was always subject to those in power during various periods in the city's history, it remained an important symbol, and is a touchstone of Potsdam's application as Cultural Capital of Europe for 2010.

The author is the project coordinator for Kulturhauptstadt 2010 Potsdam GmbH ■

Mit der Seele atmen... in Regensburg

Von Walter Koschmal

Das „Prüler Steinbuch" (12. Jh.) ist ein frühes Beispiel deutscher Prosa aus dem Regensburger Kloster Prüll, das sich auch die Beherbergung von Fremden, von „Migranten" zur Aufgabe gemacht hat. Das Buch erzählt von der heilkräftigen, magischen Wirkung von Steinen. Einer in Wehen liegenden Frau bindet man einen Edelstein, einen Jaspis auf den Nabel, um die Geburt zu erleichtern.

Jahrzehnte später strömen seit 1070 irische Pilger nach Regensburg. Sie opfern die Geborgenheit ihrer Heimat und tun damit ein Leben lang Buße. In der „Regensburger Schottenlegende" (um 1250) wird zuerst die Heimat dieser Iren beschrieben, die man „Scotia" (Schottland) nannte. Am Ende der Legende werden die im Stadtbild auffälligen Quadersteine der Römerbauten von Regensburg angesprochen. Noch heute steht in Regensburg die „Schottenkirche": Das Bildprogramm ihres Portals ist auch heute noch nicht enträtselt. Auch diese fremden Steine strahlen eine magische Wirkung aus.
Steine waren und sind für diese Stadt wesentlich. Doch nicht auf diese alten Steine der Kirchen und Klöster baut die Stadt. Denn sie war - so ein Mönch des Klosters St. Emmeram um 1080 - immer „alt und neu zugleich". Dieser nur scheinbare Widerspruch wird im Bildmotto der Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas 2010 aufgegriffen, in „Steine im Strom", in „Steine im Fluss". Das meint nicht nur die Widerspiegelung des gotischen Doms im Wasser der Donau, nicht nur die Steine im Strombett. Daraus leitet sich vielmehr ein ganzes Kulturkonzept ab.
Kultur wird hier als lebendiger Prozess, als Fließen begriffen, nicht als festgefügte Kathedrale. Regensburg war immer schon Kreuzung vielfältiger Bewegungen: Fernstraßen Europas stießen hier aufeinander, Königs-, Heeres- und Handelsstraßen - eine davon war die Donau. Hier war und ist alles im Fluss, heute vor allem zwischen Ost und West. Doch erst durch das Gemisch der Kulturen wurde Regensburg alt und neu zugleich, gestern wie heute.
Träger der Kultur sind deshalb immer schon auch Migranten, irische Mönche, Regensburger Kaufleute im mittelalterlichen Kiew, katholische Wanderbischöfe, Juden, die man zwang, aus Regensburg zu emigrieren, Sudetendeutsche, die heutigen Kontingentflüchtlinge und viele andere. Kultur und Migration sind nicht voneinander zu trennen. Ein „holländisches Viertel" in einer Stadt lässt sich unschwer als fremd identifizieren. Jeder weiß um solche Fremdheit. Doch nicht um diese geht es, sondern um das Fremde im Eigenen, um das verdeckte, das verdrängte Fremde. Das sieht man ungleich schwerer. Die Kultur der Migranten wird in Regensburg als fester Bestandteil der eigenen Kultur spürbar gemacht. Die so zahlreichen täglichen Bemühungen so vieler Menschen und Einrichtungen um Integration erhalten damit ein breiteres geistiges Fundament und eine Vision zugleich.
In der heutigen „Schottenkirche" wird durch gälische Musik das Fremde der Vergangenheit ebenso wieder hörbar wie in der Gegenwart die fremden Sprachen in den Straßen der Stadt. Die mittelalterlichen Geschlechtertürme der Stadt werden von ihren italienischen Prototypen, abgebildet auf großen Stoffbahnen, überdeckt. Fremde Kultur, die über Jahrhunderte nur als eigene gesehen, gehört wurde, wird so in ihren ursprünglich fremden Elementen wieder erfahrbar. Durch Verfremdung das Fremdsein spürbar machen! So erkennt man es als gewachsenen Teil der eigenen Identität. Die Migrationen der Gegenwart werden als Bereicherung erlebt. Integration muss nicht erst eingefordert werden. Nationen schaffen sich ihre, sie gegen andere abgrenzenden Symbole der Erinnerung. In Regensburgs Walhalla, einem großen Nationaldenkmal, verbindet sich aber der nordische Name mit der - fremden - Form des südlichen Athener Tempels. Die Stadt identifiziert sich mit ihren großen Söhnen, Johannes Kepler, Albertus Magnus, mit Jehudah dem Frommen (he-Chassid), dem Autor des jüdischen „Buchs der Frommen" (12. Jh.). Sie alle waren Migranten mit einem je eigenen europäischen Netzwerk von Kontakten. Mit diesem haben sie die Stadt erneuert, altem Denken neue Anstöße gegeben, die Steine in Fluss gebracht. Migranten tun dies in Vergangenheit wie Gegenwart.
Das gilt es zu erinnern und erfahrbar zu machen: Nicht national ausgrenzende Erinnerung prägt dieses Kulturkonzept; Gegenwart und Zukunft brauchen vor allem in der Stadt eine Kultur des gemeinsamen Erinnerns, auch an gemeinsame Kultur. Das Judenghetto unter der Erde wird vom israelischen Bildhauer Dani Karavan in seinen Umrissen auf die Oberfläche projiziert: Die Mischung der Kulturen wird so heute wieder sichtbar, das im Dunkel Verschwundene, das Vergessene ins Bewusstsein gehoben. Es geht um „nachhaltige", um tiefgreifende, auf Dauer angelegte Projekte, nicht um „events", um integrative Symbole der Erinnerung. Innovative Traditionsbildung, auch durch integratives Erinnern, das ist - wie Steine im Fluss - niemals endgültig. In einer Zeit wachsender Internationalisierung und Migration wird ein Modell für die Akzeptanz des Fremden erprobt: vom Kulturvergleich über den Kulturkontakt zum Kulturaustausch. Kultur, das ist der „Weg der Seele zu sich selbst" (G. Simmel), Kulturaustausch aber ist der „Atem der Seele" (S. Vincenz). Migration ist immer schon Teil der eigenen Kultur, ihrer Seele. So lässt sich das Fremde als Teil unserer selbst begreifen. Fremde von außen werden dann bereitwilliger aufgenommen. Der Wunsch zusammen zu leben wird gestärkt, nicht die Trennung in Parallelgesellschaften. Das Eigene und das Fremde werden zu „Steinen im Fluss". Natürlich führt ein langer Weg dorthin. Eine Kulturhauptstadt Europas sollte aber für ein neues Denken stehen, gerade zur Migration, Modell sein für ein neues Europa, ein Europa im Fluss.

Regensburg: 179 n. Chr. Als römisches Militärlager gegründet, heute die am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland Foto: Kulturamt Regensburg

Founded as a Roman fortress 179 a.D., Regensburg nowadays is one of the best-kept medieval cities in Germany Photo: Kulturamt Regensburg

Der Verfasser ist Professor der Literaturwissenschaft im Bereich der Slawistik; Lehrstuhl für slawische Philologie und Leiter des Europaeum; Ost-West-Zentrum der Universität Regensburg ■

Drawing a soulful breath ... in Regensburg

By Walter Koschmal

The 12th-century "Prüll Book of Stones" is an early example of German prose from Regensburg's Prüll Abbey, a place that also took upon itself the task of providing accommodation to strangers, to "migrants". The Book of Stones recounts the healing, magical effect of stones, for example, how tying a jasper, a gemstone, around the navel of a woman in the throes of labour will ease the birth. For many decades from 1070 on, Regensburg became a main destination for Irish pilgrims. In sacrificing the comfort of home, they performed life-long penitence. The "Regensburg Scottish Legend" (recorded around 1250) opens with a description of the home of these Irish, a land called "Scotia" (Scotland). The legend closes by discussing the cut stones of Roman buildings, a conspicuous feature in the city. The "Scots Church" still stands, with the narrative images around its portal still not yet decoded. Foreign stones too radiate a magical aura.
Stones were and are essential for this city. But the city did not build on these old church and abbey stones, since it was always – as a monk in the Abbey of St Emmeram noted around 1080 – "old and yet, at the same time, new". This only seeming contradiction is taken up in the images used to support Regensburg's bid to become European Capital of Culture 2010: "Stones in Flux" and "Stones in Flow" do not merely reference the Gothic Cathedral mirrored in the waters of the Danube, nor the stones on the river bed. Instead, from the image they create there flows a complete concept of culture.
Culture understood as a living process, a flux, and not, like a cathedral, set in stone. Regensburg was always an interface where diverse European streams met, an intersection for main European routes, roads conveying royal processions, marching armies and the spread of commerce. And one route was the River Danube - a place where everything was and is in flux, today, first and foremost, as a gateway between East and West. But the meeting and blending of cultures was what made Regensburg old and yet, at the same time, new – both in the past and the present.
For this reason, migrants have always been bearers of culture too - Irish monks, Regensburg traders in medieval Kiev, Catholic itinerant bishops, Jews forced to emigrate from Regensburg, Sudeten Germans, or the present quota of refugees, and many others. Migration and culture are indissolubly linked.
A "Dutch quarter" in a city is not hard to identify as foreign. Everyone knows about such foreignness - but this is not the issue. Instead, our concern is the foreign in what is ours, a hidden, repressed foreignness, something considerably harder to find. In Regensburg, the culture of migrants has become tangible as a fixed part of our own culture. In this way, the numerous daily attempts at integration by so many people and institutions rest on a broad intellectual foundation and, simultaneously, on a vision.
In the "Scots Church" today, Gallic music recreates the foreignness of the past as an audible experience, just as – in the present - foreign languages do on the streets of the city. Medieval patrician towers are covered by their Italian prototypes, depicted on large rolls of material. In this way, foreign cultures, only seen or heard as one's own for centuries, can be re-grasped in their originally foreign elements. Alienation making the alien evident! Allowing it to be recognised as an inherent part of one's own identity; experiencing contemporary migration as an enrichment; and integration not as a process first needing to be triggered in some way. Nations create their own symbols of memory, establishing them against other neighbouring ones. In Regensburg's Walhalla, a main German monument, a Nordic name is linked with the – foreign – form of a southern Athenian temple. The city identifies itself with the great sons it has produced: Johannes Kepler, Albertus Magnus, Jehudah the Pious (*he-Chassid*), author of the 12th-century Jewish work "The Book of the Pious": all migrants, each with their own European network of contacts. Using these networks, they renewed the city, gave new impulses to old ideas, made stones flow – something migrants do just as much now as in the past.
It is this which has to be recalled and transformed into lived experience. This concept of culture is not coined by a national marginalizing memory; especially in the city, the present and the future need a culture of shared memory, and a memory of shared culture. Israeli sculptor Dani Karavan has projected back onto the surface the outlines of the Jewish Ghetto, long buried under ground, making the blending of cultures visible again today, raising into consciousness the forgotten, long vanished into the dark. This is not about "events", but about "sustainable" projects, permanent and profound, integrative symbols of memory. The innovative creation of traditions, and use of integrative memory too, never has an ultimate form – just like stones in flux.
In an age of increasing internationalisation and migration, a paradigm for accepting the foreign is being tested – from cultural comparison via cultural contact to cultural exchange. Culture is, as Simmel remarked, the route the "soul takes to itself", but equally, cultural exchange is the "breath of the soul" (S. Vincenz). Migration is always a part of one's own culture, and its soul. It is the way we are able to grasp the foreign as a part of ourselves. Then, foreigners from outside will be welcomed more readily; reinforcing the desire to life together and not the wish to split apart into parallel societies. The own and the foreign become "Stones in Flux". Of course, the road is a long one. But a European Capital of Culture ought to represent a new approach, a new idea, and especially on migration, provide a model for a new Europe, a Europe in flux.

The author is Professor for Slavic Literature; Chair of Slavic Philology and Director of the Europaeum; East-West Centre at the University of Regensburg ■

Impressum

Europa Kultur Stadt

Eine Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in *politik und kultur*

Herausgeber
Deutscher Kulturrat e.V.
Kulturstiftung des Bundes

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel.: 030/ 24 72 80 14
Fax: 030/ 24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Kulturstiftung des Bundes
Franckeplatz 1
06110 Halle an der Saale
Tel.: 030/ 24 72 80 14
Fax: 030/ 24 72 12 45
Internet: www.kulturstiftung-bund.de
E-Mail: info@kulturstiftung-bund.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich)
Friederike Tappe-Hornbostel,
Theo Geißler, Gabriele Schulz,
Andreas Kolb

Produktion und Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Tel: 0941/ 945 93 0
Fax: 0941/ 945 93 50
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: info@conbrio.de

Übersetzungen:
Andrew Boreham, Elizabeth Boshold,
Horst-Dieter Christopeit, Alison Gallup,
Steven Lindberg